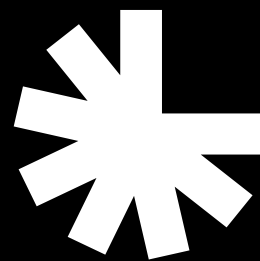


10



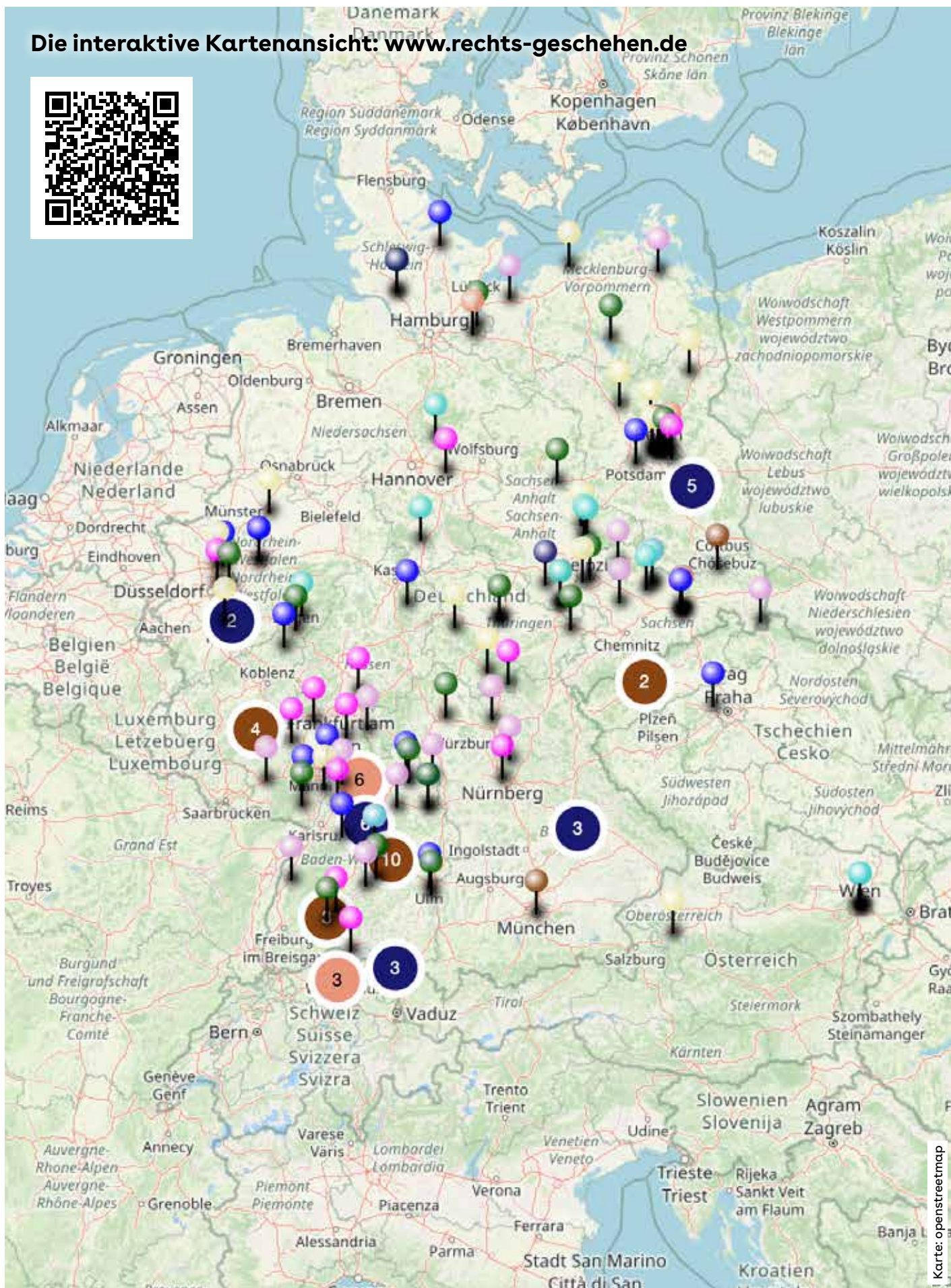
Oktober bis Dezember 2023

RECHTS.GESCHEHEN



Landesarchiv
Baden-Württemberg
Dokumentationsstelle
Rechtsextremismus

Die interaktive Kartenansicht: www.rechts-geschehen.de



Inhaltsverzeichnis

Editorial	Seite 5
Stenzel	Seite 6
Themenschwerpunkt Antisemitismus	
Ein anhaltender Schmerz	Seite 7
Baden-Württemberg aktuell – aus jüdischer Sicht <i>Rami Suliman</i>	Seite 8
Die postkoloniale Endlösung <i>Philipp Peyman Engel</i>	Seite 9
Antilopen Gang: »Oktober in Europa«	Seite 12
Aus dem Ländle	
Bloß nicht wegducken <i>Linda Roth</i>	Seite 14
Der Antisemitismus bedroht uns alle <i>Timo Büchner</i>	Seite 18
Iranische Staatsräson: die Auslöschung des Staates Israel <i>Linda Roth</i>	Seite 20
Interview mit Stephan Grigat, Professor für Theorien und Kritik des Antisemitismus	Seite 22
RECHTS.GESCHEHEN im Gespräch	
mit Volker Beck, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V.	Seite 24
Inland	
Ex-AfD-Politiker Meuthen will in alten Job zurück <i>Anton Maegerle</i>	Seite 28
Der Blick nach rechts auf der Buchmesse in Leipzig <i>Anton Maegerle / Petra Schaffrodt</i>	Seite 32
»Querdenken« – eine »Misstrauensgemeinschaft« <i>Miriam Exner</i>	Seite 35
Meinung	
Keine Angst vor dem AfD-Verbot! <i>Fabian Virchow</i>	Seite 38
Rezensionen	
Philipp Peyman Engel: Deutsche Lebenslügen. Der Antisemitismus, wieder und immer noch <i>Anton Maegerle</i>	Seite 41
Samuel Salzborn: Wehrlose Demokratie? Antisemitismus und die Bedrohung der politischen Ordnung <i>Anton Maegerle</i>	Seite 42
Im Wortlaut	
Robert Habeck: Video-Ansprache zu Israel und Antisemitismus	Seite 44
Chronik	
Oktober bis Dezember 2023	Seite 47
Index	Seite 94

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

»Zeitenwende« heißt der Kommentar der renommierten Journalistin und Filmemacherin Esther Schapira in der Jüdischen Allgemeinen vom 17. April. Sie schreibt:

»Der 7. Oktober war kein Terroranschlag. Er war der Beginn eines neuen globalen antisemitischen Krieges, in dem sich alle Jüdinnen und Juden angegriffen fühlen, weil sie alle angegriffen werden. Dieser Krieg wird an Universitäten, Kultureinrichtungen, auf der Straße, im Sport, überall und mit allen Mitteln geführt. Desinformation, Framing, Halbwahrheiten, Falschmeldungen und Auslassungen gehören dazu – und seit dem 14. April auch Drohnen, Marschflugkörper und Raketen aus dem Iran.«

Der globale Charakter der antisemitischen Kriegsführung ist offensichtlich, und das Bedrohungsgefühl bei Jüdinnen und Juden überall auf der Welt müssen wir ernst nehmen. Das grausame Geschehen am 7. Oktober ist umfassend dokumentiert. Die teilweise von den Tätern selbst gedrehten Videos sind in ihrer unendlichen Brutalität verstörend, die Lektüre der inzwischen vorliegenden präzisen Falldarstellungen ist kaum auszuhalten. In Deutschland werden Häuser und Wohnungen, in denen Juden leben, mit Davidsternen markiert, Universitätsräume mit Feindeszeichen der Hamas versehen, ein Denkmal für im Nationalsozialismus deportierte Juden wird mit anti-israelischen Parolen beschmiert. Selbst vor Angriffen auf Personen schrecken die vorgeblich »pro-palästinensischen« Demonstranten nicht zurück. Derartige Aktionen sind weder »pro-palästinensisch« noch »israelkritisch«, sondern pro Hamas und vor allem antisemitisch. Gerade vor dem Hintergrund der Bilder des 7. Oktober ist die Angst der Jüdinnen und Juden in Deutschland begründet.

Als »Gleichklang zwischen den Extremen« wird Antisemitismus gelegentlich interpretiert. Doch ebenso schlimm wie Antisemitismus an den Rändern unserer Gesellschaft ist die Gleichgültigkeit aus der schweigenden Mitte unserer Gesellschaft. Die alles in allem doch recht geringe Beteiligung an den Gegendemonstrationen war enttäuschend. Weite Teile des Kulturbetriebs sind nach dem 7. Oktober »abgetaucht«. Die akademischen Debatten über Antisemitismusdefinitionen wirken angesichts des aktuellen Geschehens seltsam weltfremd und haltungslos.

Der Themenschwerpunkt der aktuellen Ausgabe lässt ganz verschiedene Stimmen zu Wort kommen: jüdische Männer und Frauen, aber auch Persönlichkeiten aus der »Mehrheitsgesellschaft«. Bereits im Entstehungsprozess der Ausgabe Nr. 10 waren wir uns einig, Antisemitismus wird – um es vorsichtig auszudrücken – weiterhin relevant bleiben. Daher haben wir uns entschieden, dem Thema eine eigene ständige Rubrik im RECHTS.GESCHEHEN zu geben. Darin wird es nicht nur um rechts-extremen Antisemitismus gehen, sondern auch um islamistischen und linken – und um den aus der Mitte unserer Gesellschaft.

Es bleibt zu hoffen, dass sich eine Zeitenwende im positiven Sinn nicht nur in der internationalen Politik, sondern auch im gesellschaftlichen Zusammenleben durchsetzen wird. Es liegt in unserer Verantwortung. Auch Philipp Peyman Engel, Chefredakteur der Jüdischen Allgemeinen und Autor der vorliegenden Ausgabe von RECHTS.GESCHEHEN, verwendet die Bezeichnung »Zeitenwende«. In seinem aktuellen Buch schreibt er: »Ich möchte und werde mich nicht von einem antisemitischen Mob tyrannisieren lassen. Deutschland ist ein gutes Land, trotz allem. [...] Aber eine Gesellschaft, die dem Antisemitismus Spielraum lässt, taumelt in den Abgrund. Deutschland hat die Wahl.«

Karlsruhe, im Juni 2024

Das Redaktionsteam aus der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

AFD-VERBOT?



VÖLLIG ABSURD! KEINE ANDERE PARTEI STEHT SO SEHR AUF DEM BODEN UNSERER DEMOKRATISCHEN GRUNDORDNUNG!



MOOMENT! DIE AFD ANZEHRT DIE WÜRDE DES MENSCHEN IM SINNE DES ARTIKELS 1 ABSATZ 1 GG NICHT, SONDERN BEKENNT SICH ZUM VORRANG EINES NATIONAL-VÖLKISCH DEFINIERTEN VOLKS.



NUN, WENN WIR AUS FÜR DEUTSCHLAND TUN WOLLEN, WERDEN WIR BEI AUSHEBEN DES SAUSTAUS VON KULTURFREMDEN BEVÖLKERUNGSTEILEN UM EIN PAAR WOHLTEMPERIERTE GRAUSAMKEITEN NICHT HERUMKOMMEN.



OHNE VERBOT BREITET SICH DIE AFD IMMER WEITER IN DEN STRUKTUREN DES STAATS AUS!



AFD-VERBOT?! BLOSS NICHT. DIE PARTEI MUSS INHALTLICH GESTELLT WERDEN. UND DAS GELINGT JA IMMER BESSER, WIE BEIM TV-DUELL MARIO VOIGT GEGEN BJÖRN HÖCKE!



WIE DER HÖCKE DEM VOIGT GESTERN EINGESCHENKT HAT, ERSTE SAHNE, WA?



HAT JA BEI DER EUROPAWAHL SUPER GEKLAFFT MIT DEM INHALTLICH STELLEN.



TO BE CONTINUED...

Stenzel 26

Themenschwerpunkt Antisemitismus

Die Autorin dieses Beitrags wohnt in Karlsruhe, sie ist Mutter von drei Söhnen und Großmutter von fünf Enkelkindern. Reale Bedrohung, sagt sie, entsteht, wenn wir uns als Jüdin oder Jude zeigen und nicht mehr unter dem Radar bleiben. Daher bat sie zum Schutz ihrer Person und ihrer Familie diesen Beitrag ohne Namen zu veröffentlichen.

Ein anhaltender Schmerz

Ich – das Kind von Eltern mit verschiedener Herkunftsgeschichte.

Welche Gemeinsamkeit aber gab es trotzdem in Bezug auf die jüdische Herkunft? Die religiöse oder doch eher das Wissen um ihre ethnische Zugehörigkeit?

Beide, Vater und Mutter, waren Vertriebene aus einer jahrhundertlang dagewesenen familiären und örtlichen Verwurzelung.

Meine Mutter entstammte einer jüdischen Familie aus Odessa. Sie selbst war schon im lateinamerikanischen Exil geboren und aufgewachsen. Ihre Eltern waren vor dem Ersten Weltkrieg dorthin geflohen vor den ausufernden Pogromen an den Jüdinnen und Juden durch Russen und Ukrainer.

Mein Vater war Teil einer deutsch-jüdischen Familie. Die Grabstätten der Vorfahren väterlicherseits sind ab der Mitte des 18. Jahrhunderts bis 1935 in einem Radius von nur 15 Kilometern zu finden.

Meine Großmutter väterlicherseits kam aus Württemberg. Sie entstammte einer großen Familie. Ein Teil davon rettete sich nach 1933 weg aus Deutschland. Am 1. Dezember 1941 wurden die 20 im kleinen Ort bis dahin verbliebenen Familienangehörigen nach Riga deportiert. Allein meine Großmutter und einer ihrer Cousins überlebten.

Mein Vater entkam 1935 knapp seiner Verhaftung durch die Gestapo. Er rettete sich in ein für Jüdinnen und Juden offenes lateinamerikanisches Land. Dorthin kamen, kurz vor dem Pogrom am 9. November 1938, seine Eltern nach. Meine Eltern heiraten 1949; 1950 wurde ich dort geboren.

Das Kind wächst in Deutschland auf. Es erinnert das Spielen in Ruinen. Erinnert verwirrende Anblicke auf einarmige Männer oder solche mit nur einem Bein. Erinnert das häufige Daran-Erinnert-Werden, dass wir »Juden« seien. Damit einher geht eine irgendwie geheime, jedenfalls nicht erklärte, nie vollständig geklärte und überwiegend nonverbale Erzählung. Teil davon ist die ständige und spürbare Zurückhaltung und das unterschwellige Misstrauen des Vaters gegenüber der eigenen Generation.

Dann die Gespräche der Erwachsenen hinter vorgehaltener Hand. Diese vom Kind aufgenommenen Wortfetzen: Nazis, Deportation, Riga, Auschwitz, NS-Diktatur, Arisierung, Antisemitismus, Todesangst – und: Israel, Israel, Israel.

Das Kind fühlt sich durch diese Wörter bedroht, körperlich getroffen, verletzt, gefährdet. Nur »Israel«, dieses Wort ist verknüpft mit Hellem, Zuversichtlichem, Hoffnungsvollem. Das Kind erfasst intuitiv das Motto: Wenn es hier in Deutschland wieder nicht mehr geht, dann ...

Das damit verbundene, tief eingeschriebene Sicherheitsversprechen (im Sinne einer Überlebensversicherung) endet am 7. Oktober 2023 mit dem brutalen Terror der Hamas.

Und danach in Deutschland? Gilt hier »Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch«? Diese Hoffnung erweist sich ganz schnell als vergeblich. Es erfolgt eine oft zu wenig eindeutige Verurteilung des Hamas-Terrors, und innerhalb kürzester Zeit werden Ursache und Wirkung häufig nicht mehr differenziert unterschieden. Die bald immer lauter schweigende Mehrheit verstärkt bei uns hier lebenden Jüdinnen und Juden ein Gefühl der Einsamkeit. Auch manche bisher freundschaftliche Beziehung hält der schwierigen Situation nicht stand. Jüdinnen und Juden leben schon immer, nun aber wieder deutlich zugespitzt, unter permanenter Bedrohung. Und das allein, weil sie Juden sind. Nicht weil sie dies oder jenes tun oder lassen, nicht weil sie dieser oder jener Ansichten sind. Nein, wir erleben diese Ausgrenzung allein weil wir Juden sind!

Was bleibt, ist ein anhaltender Schmerz. Der ist deutlich und zeigt: Es ist nichts vergangen, nichts vorüber und letztlich nichts wahrhaftig versöhnt.

Themenschwerpunkt Antisemitismus

Der Pforzheimer Unternehmer Rami Suliman ist seit über zehn Jahren Vorsitzender der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden (IRG Baden) und seit fast einem Vierteljahrhundert Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Pforzheim. Er ist Mitglied im Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland. Vom baden-württembergischen Landeskabinett wurde er in den Expertenrat beim Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus entsandt. Im Mai 2024 wurde er zudem vom Landtag in Stuttgart zum Laienrichter am Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg gewählt. Die IRG Baden ist als Religionsgemeinschaft der Dachverband der Juden im Landesteil Baden mit etwa 5.000 Mitgliedern. Ihr untergliedert sind zehn jüdische Gemeinden in Baden-Baden, Emmendingen, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Lörrach, Mannheim, Pforzheim und Rottweil.

Baden-Württemberg aktuell – aus jüdischer Sicht

Von Rami Suliman



Foto: IRG Baden

Der 7. Oktober 2023 markiert ein einschneidendes Ereignis – für Israel, aber auch für die Juden überall in der Welt, so auch in Baden-Württemberg.

Um das zu verstehen, muss man sich die geschichtlichen Zusammenhänge vor Augen führen. Der Staat Israel wurde 1948 gegründet, im Bewusstsein und auf der Grundlage der Erfahrungen von Juden in der Schoa. Nie wieder sollten Jüdinnen und Juden einem staatlichen Terror ausgeliefert sein, ohne einen Fluchtort zu haben. Es gab das Wissen, dass der Staat Israel jedem Juden Aufnahme gewähren würde, wenn er darum nachsuchte. Es gab die Sicherheit eines Rückzugsortes, falls »alle Stricke reißen«.

Der Terrorüberfall der Hamas am 7. Oktober hat diese Gewissheit erschüttert. Der Terrorüberfall der Hamas hat weltweit – auch in Deutschland und in Baden-Württemberg – unter dem Deckmantel der Solidarität mit Palästinensern antisemitische Handlungen und Taten hervorgebracht und verstärkt. Kritik an Israel, der israelischen Regierung und israelischer Politik ist zulässig und vom Recht der freien Meinungsäußerung gedeckt. Auch das Demonstrationsrecht ist ein hohes Gut. Die Dämonisierung des Staates Israel und der Jüdinnen und Juden an sich aber verlässt den Rahmen der freien Meinungsäußerung und überschreitet die Grenze zum verbotenen Antisemitismus.

Leider erleben wir verstärkt seit dem 7. Oktober solche Grenzüberschreitungen. Positiv ist: Man spricht über Antisemitismus. Die Zivilgesellschaft nimmt diese Auswüchse nicht schulterzuckend hin, sondern positioniert sich. Auch aus der muslimischen Community erreichen uns – die jüdischen Gemeinden im Land – solche Zeichen der Anteilnahme und Solidarität.

Antisemitismus ist für die jüdische Gemeinschaft nichts Neues und auch nichts Außergewöhnliches. Seit Jahrhunderten – und auch in den vergangenen Jahrzehnten – haben Juden die Folgen von Antisemitismus zu spüren bekommen. Lediglich in der Mehrheitsgesellschaft wurde dies nicht so aufmerksam registriert. Das fängt mit »blöden Sprüchen« und schlechten Witzen an, setzt sich über Verdächtigungen, Verwendung von Stereotypen und negativen Zuschreibungen fort und geht bis zu körperlichen Angriffen oder Beschädigungen von Sachen wie Hauswandschmierereien und Friedhofschändungen. Wir kennen das Gefühl, belästigt zu werden und verfolgt zu sein, und leben damit.

Die Lage hat sich verschlechtert. Es ist für Juden gefährlicher geworden. Aber wir sehen auch positive Zeichen. Gesellschaftlich relevante Gruppen beziehen Stellung gegen Antisemitismus. Die Politik und Verwaltung in Baden-Württemberg – Landtag, Landesregierung und Kommunen – unterstützen die jüdische Gemeinschaft. Im Mai 2024 hat der Landtag von Baden-Württemberg erstmals einen Juden zum Laienrichter am Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg – dem höchsten Gericht im Bundesland – berufen. Das ist ein wahrnehmbares Zeichen gegen Ausgrenzung – wir als jüdische Gemeinschaft haben das sehr genau registriert. Die jüdische Gemeinschaft ist als Teil der Gesellschaft in verschiedenen Landesgremien vertreten, die jüdische Stimme wird gehört und nicht ignoriert. Rechtsradikalismus vertritt – auch wenn er laut schreit – nicht die Gesellschaft.

Trotzdem müssen wir aufmerksam sein. Die festgenommenen Täter, die einen Anschlag auf Besucher der Synagoge von Heidelberg geplant hatten und dabei ihren eigenen Tod als sog. Märtyrertod durch Sicherheitskräfte inszenieren wollten, sind Mahnung und Warnung. Ebenso der Tod des jungen Polizisten in Mannheim, der die vom Grundgesetz garantierten Grundrechte verteidigte und dabei getötet wurde. Von Amerika schwappt eine Bewegung an Universitäten zu uns herüber, die »Solidarität mit Palästina« sagt und »Vernichtung von Israel« meint. Dem dürfen wir nicht tatenlos zusehen. Die sozialen Netzwerke tragen ihren Teil dazu bei, die Situation zu verschlimmern.

Aber wir sind nicht hoffnungslos für unser Gemeinwesen. Wenn viele mithelfen, wird sich das Gute durchsetzen.

Themenschwerpunkt Antisemitismus

Der Autor ist Chefredakteur der »Jüdischen Allgemeinen«, und Ricarda-Huch-Preisträger 2024. Er wurde vom Medium Magazin als Chefredakteur des Jahres 2023 ausgezeichnet.

Die postkoloniale Endlösung Über die gefährliche Allianz von linken und muslimischen Judenhassern

Von Philipp Peyman Engel



»Free Palestine from German guilt!«

Es ist ein kalter, sonniger Tag. Sie haben sich für diesen Mittwoch über TikTok und Instagram verabredet. Sie nippen an ihren Coffees to go, plaudern, haben sich mit Matcha, Wraps und veganem Gebäck versorgt. Die Stimmung ist gut. Fröhlich, kämpferisch. Wie auf eine stille Übereinkunft hin nehmen sie Platz auf Bürgersteig und Straße zur Mahnwache vor dem Auswärtigen Amt in Berlin-Mitte – bis hin zur Brücke über die Spree sitzen sie. Rucksäcke, Hoodies, »Palästinensertücher«.

»Stop, stop the Genocide!«

Sie protestieren, nur wenige Tage, nachdem die Hamas ein brutales und menschenverachtendes Massaker an der israelischen Zivilbevölkerung begangen hat. Sie fordern nicht, dass Außenministerin Annalena Baerbock und die deutsche Regierung den Staat Israel und dessen Bevölkerung in seiner schwersten Stunde seit dem Jom-Kippur-Krieg unterstützen. Sie demonstrieren nicht dafür mitzuhelfen, die Geiseln zu befreien oder humanitäre Hilfe in den Gazastreifen zu bringen. Stattdessen rufen sie: »Befreit Palästina von der deutschen Schuld.«

Es sind deutsche Bürgerkinder, die hier sitzen. Kinder, die von ihren Eltern, an ihren Schulen, im Laufe ihrer Sozialisation, Hunderte Male den Begriff »Holocaust« gehört haben. Und nicht etwa Schlägertypen mit tätowierten Hakenkreuzen an Händen und Hälsen. Kinder, die mit ihren Lehrerinnen und Lehrern Konzentrationslager besucht haben. Nicht etwa Wutbürger oder Abgeordnete und Aktivisten der AfD, die einen Schlussstrich unter den »Vogelschiss« in der deutschen Geschichte ziehen möchten. Der Slogan klingt aber verdammt nah dran.

Es sind Demonstrantinnen und Demonstranten, die sich selbst gern unter dem Begriff »postkoloniale Linke« subsumieren. Eine länderübergreifende Bewegung zumeist junger Leute, die auf das koloniale Erbe des Westens aufmerksam machen wollen. Völlig zu Recht. Der Globale Norden hat den Globalen Süden, Afrika, Lateinamerika sowie große Teile Asiens jahrhundertlang unterworfen, ausgebeutet, in Sklaverei und Abhängigkeit gehalten und Völkermorde begangen. Dieses Erbe lastet schwer auf vielen europäischen Ländern und natürlich auf den USA. Wir haben uns auf Kosten ganzer Kontinente bereichert und tun es noch. Wir nennen uns Industrienationen, und wir betrachten andere Völker und Nationen als »Dritte Welt« oder Schwellenländer.

Dafür sind wir verantwortlich.

In diesen Kontext will die postkoloniale Linke die aktuelle Lage im Nahen Osten einordnen. Sie betrachten den Staat Israel und sagen: Das, was Israel mit dem Volk der Palästinenser macht, steht in dieser Tradition. Nach ihrer Lesart ist Israel ein Kolonialstaat, der ein anderes Volk unterdrückt, beraubt, ermordet – einen Genozid und »ethnische Säuberungen« vollzieht. Und sie stellen die so einfache wie pervertiert verquere Frage: Warum sollen Gaza und das Westjordanland für die deutsche Vergangenheit bluten?

Es ist eine Frage, die den Kern der deutschen Erinnerungskultur berührt. Folgt man dem australischen Historiker und Vorreiter der postkolonialen Bewegung, A. Dirk Moses, bildet der Holocaust eine Version von Kolonialismus, ist also nicht mehr etwas Singuläres. Und als Folge überschattete die Erinnerung an den Holocaust die Erinnerung an die Opfer des Kolonialismus. Die Einordnung des Holocaust in eine Geschichte von Genoziden würde die Deutschen aus ihrer »einmaligen« Schuld befreien und ihnen einen vermeintlich unbelasteten Blick auf Israel erlauben. Aber haben wir uns nicht einmal darauf geeinigt, dass der Holocaust eben doch etwas Einmaliges ist? Ich möchte das hier nicht weiter diskutieren, denn das würde bedeuten, vor allen Leugnern zu kapitulieren.

Die Themen der postkolonialen Linken sind breit gefächert. Sie verknüpfen sich mit Schlagworten wie Wokeness, Diversity, Cancel Culture oder Gender. Es geht um soziale Gerechtigkeit, Entkolonialisierung oder Cultural Appropriation: Sie betrachten es als eine fragwürdige kulturelle

>>>

Themenschwerpunkt Antisemitismus

Aneignung, wenn sich weiße Menschen Locs, Braids oder Cornrows flechten, Frisuren, die mit Stolz in der Black Community getragen werden. Eigentlich könnte man das Tragen der Kufiya, des »Palästinertuchs«, auf den Demos auch als Akt der kulturellen Aneignung verstehen. Aber okay.

Das Problem dabei ist, so die Argumentation, nicht das Tragen der Symbole selbst, sondern das weit verbreitete Unwissen über ihren Ursprung. Was zu dem vielleicht wichtigsten Begriff im Diskurs der postkolonialen Linken führt: Awareness. Es geht vor allem darum, sich der Problematiken bewusst zu werden. Das sind große, wichtige Themen, denen sie sich verschrieben haben. Wäre da nicht dieser merkwürdige Blindfleck Israel. Die postkoloniale Linke ist jung, gut ausgebildet, professionell, polyglott und vor allem: über Social Media international vernetzt. Sie ist aber auch arrogant, einflussreich, laut, übergriffig und ultra-aggressiv.

Dabei stellen sie zum Teil ebenso einfache wie richtige Forderungen auf. Man soll Menschen, die einen Migrationshintergrund haben, nicht fragen: Wo kommst du her? Schließlich wollen die Gefragten nicht als fremd wahrgenommen werden. Die Bewegung ist geprägt vom Kampf gegen den Rassismus. Ob »Black Lives Matter«, »Fridays for Future« – sie kämpft global und einigt sich auf postkolonial linke Werte. Im Grunde sprechen sich die Anhänger dieser Massenbewegung explizit gegen jede Form von Antisemitismus aus. Das gehört eindeutig zum Awareness-Kanon dazu.

Und dann stellen dieselben jungen Leute uns deutschen Juden die Frage: Ja, aber was passiert in Israel? Sie tun das Gegenteil dessen, was sie predigen: Vielleicht wollen manche von uns auch nur ganz normale Deutsche sein? Und nicht mit den Problemen und Geschehnissen in Israel gleichgesetzt und darauf reduziert werden? Wo ist der Unterschied zur Frage: Wo kommst du her? Sie setzen sich vors Auswärtige Amt, brüllen »Viva Palästina« und suchen den Schulterchluss zur propalästinensischen Straßenwalze in Neukölln, die eindeutig von Juden hassenden Organisationen wie Samidoun, von der Hamas und von radikalen Islamisten geprägt ist.

Der Instinkt der Linken bestand schon immer darin, für die Palästinenser Position zu beziehen. Diese Unterscheidung führte bei den 68ern zur Parteinahme für die PLO und andere arabische Terroristen, bei den Durchschnittslinken zur Distanzierung von Israel, und bei den postkolonialen Linken führt er zu einer Relativierung des Holocaust zugunsten der vermeintlich größeren Opfer durch die Kolonialpolitik. Das ist in Deutschland zu beobachten, aber, wie wir jetzt sehen, auch international. In Deutschland kommt hinzu, dass die Täter-Opfer-Umkehr eine historische Entlastung mit sich bringt. Und das genau ist der Dammbbruch, dass alle unterschiedlichen linken Strömungen plötzlich zu erkennen geben, dass sie diese Schnittmenge verbindet: Sie alle sind gegen die Juden, ob hier oder dort.

Da mag man den Spieß mal umdrehen: Habt ihr da selbst nicht ein massives Awareness-Problem? Und seid ihr euren Nazigroßeltern in einem Punkt nicht viel näher, als es euch lieb sein kann?

Freitagmorgen, Freie Universität, Berlin-Dahlem. »Kinder bombardieren ist nicht Selbstverteidigung« und »Stoppt den Genozid in Gaza« steht auf den Spruchbändern. Es ist eine »palästinasolidarische« Zusammenkunft von rund 150 jungen Menschen. Dazu aufgerufen hatte eine marxistische Gruppe namens »Klasse gegen Klasse«, erkennbar an den roten Fahnen. Eine Rednerin ergreift ein Mikro und das Wort.

Man grenzt sich ab von der Hamas – und verteidigt sie sogleich. In dem an die Freie Universität gerichteten Aufruf von »Klasse gegen Klasse« heißt es: »Wir fordern die FU auf, eine Erklärung zu veröffentlichen, die den Krieg gegen Gaza als Völkermord und den israelischen Staat als das bezeichnet, was er ist: Apartheid.« Die altbekannte Melodie des Antisemitismus: Ja, aber.

Einige Meter abseits hat sich eine kleine Gruppe Gegendemonstranten versammelt. Ein winziges Dutzend. Sie schwenken wacker Israelfahnen und hängen an den Schlachtruf »Free Palestine« aus leiser Kehle: »... from Hamas«. Ein Demonstrant trägt Kippa und singt: »Am Yisrael Chai.« Das Volk Israel lebt.

Allein.

Es ist eine unheilige Allianz: Die postkoloniale Linke verschwivert sich mit antisemitischen muslimischen Migranten. Völlig unverblümt teilt sie ihren Judenhass. Es ist klassischer Antisemitismus in neuen Gewändern, und er hat katastrophale Folgen. Zwischen dem 7. Oktober und 9. November 2023 meldet die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Berlin einen Anstieg von antisemitischen Straftaten um mehr als 300 Prozent. Als Folge des Nahostkonflikts sind in Deutschland im letzten Jahr innerhalb von zwei Monaten mehr als 4.000 islamistische Straftaten verübt worden.

»Viva, viva Palästina.« Die Rufe werden leiser. Kraftloser. Irgendwann löst sich die Kundgebung vor dem Auswärtigen Amt, die als fröhliches Sit-in begann und als glasklarer Schulterchluss mit muslimischem Judenhass endet, von allein auf. Die deutschen Bürgerkinder sind müde, die Vorräte

sind aufgebraucht, und es wird auch kalt. Die Aufmerksamkeitsspanne einer Generation: Heute »Viva Palästina« rufen, morgen ruft die Uni, das Praktikum, die Werbeagentur.

Aber was bedeutet es eigentlich, konsequent zu Ende gedacht, was sie den ganzen Tag gerufen haben? Was bedeutet es genau, »From the River to the Sea« zu fordern?

Es bedeutet: die Endlösung. In Israel gibt es keinen Platz für Israelis. Keinen Platz für Juden. So wie fast im gesamten Nahen Osten. Judenreines Gebiet. Bravo. Ich weiß nicht, ob sie sich darüber im Klaren sind oder ob es nur »voll« im Trend liegt. Die Hamas, Hisbollah und der Iran sind sich darüber schon im Klaren. Für sie haben die jungen Leute heute demonstriert.

An einem dieser kalten Herbsttage lese ich einen Post auf X: »Was ist eigentlich los mit ‚progressiven‘ Studierenden in der Welt? Es ist schlimmer, missgendet zu werden, als die Auslöschung Israels zu fordern? Vergewaltigungen sind auch ok, solange Jüdinnen die Opfer sind?«

Er stammt von der Journalistin und ehemaligen Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland, Anna Staroselski.

»Was soll mit Israelis passieren, wenn ihr ‚Intifada bis zum Sieg‘ ruft?«

Ich bin nicht allein.

Foto: Rechteinhaber Arne Müssler,
lizenziert unter CC BY-SA 3.0.



Als die Antilopen Gang ihren Song »Oktober in Europa« auf ihrem Youtube-Kanal hochladen, schrieben sie diese persönlichen Worte dazu: »Das antisemitische Massaker in Israel am 07.10.23 ist nun ein halbes Jahr her. Noch immer sind nicht alle Geiseln frei. Als wir uns im November zusammensetzten, um neue Lieder zu schreiben, überschattete der 07.10. alle unsere Gedanken und Gespräche. Während wir im Studio anfangen zu arbeiten, spitzten sich die antisemitischen Zustände auch in Deutschland und Europa weiter zu. Jeder Versuch eines Liedes, das dieses Thema umschiff, kam uns falsch und belanglos vor – nicht zuletzt angesichts des viel-sagenden Schweigens der meisten anderen Musiker. So entstand ‚Oktober in Europa‘ wie von selbst, aus einer Notwendigkeit heraus. Es war das erste neue Lied, das wir zusammen schrieben und es ist auch das erste neue Lied, das wir jetzt veröffentlichen. Man kann es sich ab sofort überall anhören.«

Oktober in Europa

Antilopen Gang

Keine Sonne auf der Sonnenallee
 Du gehst mit Kippa noch nicht mal auf die Champs-Élysées
 Die Zeiten sind rau und ich weiß nicht genau
 Ob ich mich traue, morgen nochmal in die Zeitung zu schauen
 Und ich dreh' meine Runden
 Seit dem 7.10. will ich das Gespräch nicht mehr suchen
 Überraschung: Auch Greta hasst Juden
 Damals war'n ganz schnell die Täter verschwunden
 Heute sind die größten Antisemiten
 Alle Antirassisten, gegen Hass und für Frieden
 Und der Kanzler hört sich so bestürzt an
 Danach trinkt er Tee mit den Mördern
 Es ist ein Irrgarten, es ist das nackte Grau'n
 Du denkst schon lang daran, mit dein'n Kindern abzuhaun
 Es hieß doch »Nie wieder Ohnmacht«
 Es wird Oktober in Europa
 Es wird früher dunkel, in den Straßen schwarzer Rauch
 Zorniges Geschrei, die Fassaden flackern blau
 War das jetzt ein Böller oder war das schon ein Schuss?
 Stolpersteine werden dieses Jahr nicht mehr geputzt
 Es ist kalt geworden, sie macht die Heizung an
 Und bringt die Klein'n dann ins Bett, sagt ihn'n: »Keine Angst«
 Dann nimmt sie die Mesusa aus dem Türrahm'n
 Dafür steht hinter der Tür jetzt ein Schürhaken
 Mein Taxifahrer redet wie ein Nazi
 Führe lieber keine Diskussionen auf der Party
 Freunde und Freundinnen mit starken Überzeugungen
 Hamas-Propaganda an Kreuzberger Häuserwänden
 Osama wird auf TikTok zum Superstar
 Linke Tasche Pepperspray, rechte Tasche Kubotan
 Zieht sich die Kapuze tiefer ins Gesicht
 Omas Kette mit dem Stern trägt sie lieber wieder nicht
 Im September hab' ich vor der roten Flora noch Klavier gespielt
 Siebentausend Antifas machen ein'n auf Wir-Gefühl
 Trän'n fließen bei dem Lied »Mein Vater wird gesucht«
 Und ein'n Monat später waren alle seltsam ruhig
 Ist auch kompliziert, muss man einfach beide Seiten seh'n
 Wenn Terroristen Frau'n in Leichenhaufen vergewaltigen
 Davidsterne werden an die Haustüren gesprüht
 Ist das jetzt diese sogenannte Israel-Kritik?
 Zivilisten in Gaza sind Schutzschild der Hamas
 Schutzschild der Nachfahr'n der Juden-Vergaser
 Schutzschild der sonst immer so Mutigen
 »Blabla, nie wieder Blabla«-auf-Instagram-Sager
 Berkeley näher an Tehran als an San Fran'
 Also an den Mullahs und nicht den Studenten
 Ich wollt ja zur Antifa-Demo gegen Judenhass
 Aber gab keine in Berlin, gute Nacht

Die Redaktion dankt der Antilopen Gang für die Erlaubnis des Abdrucks.



<https://www.youtube.com/watch?v=-QbQWtYe194>

Nach der Veröffentlichung des Songs »Oktober in Europa« entbrannte in den sozialen Medien ein Meinungskampf. Hier ein Auszug aus den Reaktionen aus den sozialen Medien

Das vermeintlich linke Rap-Trio greift mit »Oktober in Europa« zu rassistischen Stereotypen und setzt jede Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung mit Antisemitismus gleich. Lob ernten sie vor allem von recht.

Als Anti-Deutsche Rapper können Protagonisten eben ihren philosemitischen Rassismus gegen Palästinenser offen mit Musik in der BRD ausleben.

Das sind Israel-Firster und die waren auch niemals links.

Free gaza from hamas

Seit wann jammern linke eigentlich so viel über Überspitzung in der Kunst?

Nichts verstanden

Scheiß antisemiten in der antifa. und damit meine ich nicht die antilopengang.#freepalestinefromhamas

Stark, dass sie sich für Genozid und Kolonialismus aussprechen!

Kleiner reminder dass alle 15 minuten in Gaza ein Kind stirbt

so verloren

Song Text: »Zivilisten in Gaza sind Schutzschild der Hamas Schutzschild der Nachfahr'n der Juden-Vergaser«. Beschämende Schuldübertragung von den tatsächlichen Nachfahren. Antideutsch-Rassistisch.

from River to the See, Palestine will be free

Antilopen Gang sind selber die wahren Antisemiten weil die Israelkritik mit judenhass gleichsetzen

Ihr habt mit dem Song was gut gemacht bei mir. Der unkritische Umgang der Linken mit dem Islam ist einfach nur zum kotzen

Krasser Song DANKE

Das sind die schlimmsten Antideutschen. Das einzige was AntiDs erreichen ist dass leute antisemitisch werden

der Song wird von der Bild und nius gefeiert das ist nicht links dran

Ganz wichtig

Respekt vor Mut und klaren Worten. Danke!

Gegen JEDEN Antisemitismus

Im kurz: Das kann weg

Danke dass ihr euer Schweigen bricht. Danke für das Lied.

Normalerweise nicht meine Musik, aber von ganzem Herzen Danke! Vernunft ist noch nicht Tod in Deutschland.

Einfach nur traurig was in Deutschland passiert. Free all people

Ein Hoffnungsschimmer. Einfach gut und leider wahr. Danke!

Zum Heulen

Aus dem Ländle

Bloß nicht wegducken

Von unserem Redaktionsmitglied Linda Roth



Foto: Linda Roth

Irgendein Mehrfamilienhaus am Hang, so exponiert, dass es zum Vorbeilaufen einlädt. Der Eingang einen Blick um die Ecke entfernt. »Staatsministerium«, steht dort auf einem Schild – Schuhe abputzen und Hände schütteln. Auf dem Tisch stehen türkische Süßigkeiten – ein herzliches Willkommen nach dem freundlichen »Hallo« des Antisemitismusbeauftragten des Landes Baden-Württemberg Michael Blume. »Waren Sie schon mal in der Villa Reitzenstein?«, fragt er. »Nein? Wollen Sie sie sich gerne anschauen? Haben Sie denn Zeit? Es ist nicht weit«, sagt Blume mit einladender Geste und schon öffnet er die Tür, die eben erst ins Schloss gefallen ist. Auf dem Weg, der schnellen Schrittes kürzer wird, erzählt er die Geschichte der Villa Reitzenstein und dass der Ministerpräsident Wildblumen im Vorgarten seines Amtssitzes hat anpflanzen lassen.

Termine mit Personen in politischen Ämtern beginnen normalerweise mit dem Blick auf die Uhr, noch bevor der Kaffee den Tassenboden berührt hat. Wie viel Zeit für das Gespräch ist, zeigt die Größe der Tasse. Meistens ist sie sehr klein. Auch Blumes Mitarbeiter wird später den Kopf durch die Tür stecken und ihn daran erinnern, dass er weiter muss. Dazwischen liegt aber noch die Führung durch den Amtssitz des Ministerpräsidenten und ein Gespräch, bei dem der Kaffee in der Tasse kalt wird.

Herausragende Demokraten und andere

Die Villa Reitzenstein, ein Ort vieler Geschichten – Blume öffnet die Türen, hinter denen sie geschrieben wurden, lässt hineinschauen ins Kaminzimmer ohne Kamin, in den Sitzungssaal mit dem großen runden Tisch, an dem die sitzen, die verhandeln, und den Katzentischen an der Wand für andere. »Unser Ministerpräsident ist heute nicht im Haus«, erklärt Blume. Dafür sind die Ehemaligen da. Der eine als Büste, Eugen Bolz, von 1928 bis 1933 Staatspräsident von Württemberg, aber vor allem ein Widerstandskämpfer, der an eine Zeit nach Hitler glaubte. Ein Demokrat, den die Nazis enthaupteten, sonst hätte er nie aufgehört, anders zu denken. Mancher der ehemaligen Landeschefs glänzt weniger als die Bronzebüste von Bolz. Trotz Anstrengungen des Malers ließ sich der eine nicht weichzeichnen und die braune Vergangenheit drückt sich noch immer durch die bunten Pinselstriche eines der anderen Porträts. Was wohl Winfried Kretschmann denkt, wenn er an Stefan Mappus vorbeiläuft, der sich am Bilderrahmen festhält, damit er nicht, wie zu Amtszeiten, auf die Nase fällt. Oder wenn der Ministerpräsident die tiefen Sorgenfalten von Lothar Späth nach 13 Jahren Amtszeit sieht? »Und irgendwann hängt er dann hier«, sagt Blume und deutet auf die leere Wand, die noch viele Meter lang ist. Vielleicht bricht Kretschmann aber auch mit der Tradition und statt in einem Rahmen zu hängen, steht ein Insektenhotel mit seinem Namen darauf auf der Wildblumenwiese, es wäre ihm wahrscheinlich lieber.

Im März 2018 hat der Ministerrat auf Vorschlag von Kretschmann Michael Blume zum bundesweit ersten Antisemitismusbeauftragten ernannt. Vollständige Amtsbezeichnung: Beauftragter der Landes-

regierung gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben. Der Zusatz »für jüdisches Leben« ist im März dieses Jahres hinzugekommen. Die Begründung des Staatsministeriums Baden-Württemberg: »Als Reaktion auf den terroristischen Anschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und den auch in Baden-Württemberg zunehmenden Antisemitismus hat das Kabinett am 12. März 2024 die Beauftragung inhaltlich und strukturell gestärkt und den Titel um den Zusatz ‚und für jüdisches Leben‘ erweitert.« Auch der Ministerpräsident machte nochmal den Ernst der Lage klar: »Wir sorgen dafür, dass der Antisemitismusbeauftragte seine wichtige Arbeit in Zukunft noch weiter intensivieren kann. Dieser Auftrag ist aber auch ein Auftrag an uns alle: Wir sind als Gesellschaft gefordert, für den Schutz unserer Demokratie einzustehen. Jeder bei uns im Land muss wissen, was Antisemitismus ist, warum er die Sicherheit aller Menschen bedroht und warum wir in Deutschland eine historische Verantwortung – eine Pflicht – haben, ihn zu bekämpfen.«

Der Ernst im Witz

Fumus albus oder fumus niger? Weißer oder schwarzer Rauch? Das längste Konklave dauerte über tausend Tage. Zum Erzwingen eines Ergebnisses wurde den Kardinälen damals nur Wasser und Brot gereicht. Ehrlicherweise: Das war im 13. Jahrhundert. Heute können die Gläubigen auf einer App des Vatikans die Rauchfarbe verfolgen und die Kardinäle dürfen sogar schlafen. Nichtsdestotrotz, so eine Papstwahl ist eine zähe Angelegenheit. Blume wurde von den Israelitischen Religionsgemeinschaften Badens und Württembergs gemeinsam für das Amt des Antisemitismusbeauftragten vorgeschlagen. »Das ist in Baden-Württemberg, egal in welcher Religion, immer eine Sensation, wenn Baden und Württemberg sich einig sind. Das ist immer dicht am Papst«, sagt er und lacht. Wenn man Blume darauf anspricht, warum er diese Anekdote immer wieder in den unterschiedlichsten Formaten oder Gelegenheiten erzählt, findet man sich in einem Gespräch wieder, in dem es um Religionen und Identität geht. Schon in seinem Job als Referatsleiter für Religionsangelegenheiten, erzählt Blume, habe er bei den Muslimen die Erfahrung gemacht, dass die Frage der Zugehörigkeit sich daran misst, ob man nun ein Schwabe oder ein Badener ist. »Das ist sehr ermutigend, finde ich, weil es doch irgendwie auch zeigt, dass wir alle eben nicht unsere Identität auf eine Dimension reduzieren können.« Für ihn sei es das Schönste, dass man auch einfach mal über sowas lachen kann. Auch wenn das natürlich eine schrecklich ernste Sache hierzulande ist, das weiß auch Blume. Deshalb schiebt er hinterher: »Auf der einen Seite bin ich Württemberger, aber ich verteidige meinen letzten Lehrauftrag in Karlsruhe.« Auch dies könnte ein Witz sein, aber der Ernst schwingt mit. Denn Blume ist dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) tatsächlich sehr dankbar, dass es ihn dort das Seminar »Medienethik« halten lässt und sich damit auch die Gefahr mit ins Haus holt. »Sie könnten es sich auch einfach machen und sagen: Wir lassen den Blume und holen uns jemand anderen.« Anders als bei anderen Lehrveranstaltungen ist nirgendwo öffentlich zu finden, wann und wo sein Seminar stattfindet. Das Polizeirevier muss im Vorfeld informiert werden – Standardprogramm, wenn man sich in den heutigen Zeiten gegen Antisemitismus einsetzt. »Wir haben nicht gewusst, was losgehen würde mit diesem Amt«, sagt Blume und meint damit sich und seine Familie. Dass er Schutz braucht, dass er gesagt bekommt, wie er sich verhalten und einschränken muss, damit ihm nichts passiert – das war für ihn damals ein »sich eingestehen« und auch heute, wenn er darüber spricht, hört man leicht die Zähne knirschen.

Wo gemenschelt wird, fliegen Raumschiffe

Blume kommt ins Plaudern, als würde er vom letzten Urlaub erzählen, wenn es um seine Zeit in Jena geht. Wie gut es ihm dort gefallen hat, als Religionswissenschaftler – der er eigentlich ist – zu unterrichten, dass die Studierenden sich aus einem so vielfältigen Milieu zusammensetzten, dass da deshalb Dampf im Kessel war und wie schön die Stadt ist. Goethe, Humboldt und so. Wenn jemand so für etwas brennt, muss man sich anschauen, ob er in seinem Element auch überzeugt.

Das KIT in Karlsruhe. Großer Campus, darauf hohe Gebäude, darin viele Räume. Auf der Suche nach dem Seminarraum geht einem die Orientierung in den Fluren verloren. Irgendwann dann, auf irgendeinem Stockwerk, der richtige Raum. Er ist klein und voll mit Studierenden. Stühle rücken, aufgeklappte Laptops auf dem Tisch, Smartphones daneben, mancher auch noch ein Tablet – damit alle drei Hände die nächsten Stunden etwas zu tun haben. Vor den Studierenden steht Blume und sagt, dass er sich sehr freue, dass so viele Interesse am Seminar »Medienethik« hätten und dabei, man kann es nicht anders sagen, strahlt er mit dem Halogenstrahler an der Decke um die Wette. Und dann legt er los. Bestimmt hätten alle hier mehr Ahnung als er und er lerne immer so viel bei den Seminaren. KI sei erlaubt. »Nutzen Sie es gerne, jede, die sie wollen.« Mitschreiben bräuchte

>>>

Aus dem Ländle

keiner, er gehe davon aus, dass alle schreiben können, er erwarte aber, dass sie mitdenken. »Hier dürfen Raumschiffe fliegen«, sagt Blume und setzt damit die Grenze des erlaubten Denkens für dieses Seminar. Er nutzt den Raum, um mit den Studierenden zu erörtern, was Antisemitismus ist, er geht mit ihnen zurück zu den Wurzeln, leitet über ins Heute und bewegt sich dabei zwischen Ethik, Medien, KI und Religion. Blume menschelt, aber so richtig, und das verfängt bei den Studierenden. Mit der Zeit werden daher die Laptop-Bildschirme schwarz, kein Finger wischt irgendwo drüber. Blume ist tatsächlich voll in seinem Element.

Die Welt sortiert nach Freund und Feind

Seit seiner Wahl zum Antisemitismusbeauftragten des Landes Baden-Württemberg steht er im Ring. Er wird angezählt, ausgebuht, angetrieben, bekommt Kinnhaken und Tiefschläge, landet in der Ecke, in den Seilen und manchmal auf der Nase. Es gibt Stimmen, die sagen, er positioniere sich zu viel. Und solche, die meinen, er äußere sich einfach nicht genug. Und welche, die sich beschweren, er hätte immer die gleichen Antworten auf dieselben Fragen. Und dann hole er auch noch ständig weit aus. Oft fasse er sich aber auch einfach viel zu kurz. Antisemit dürfe man ihn nennen, große Zeitungen hätten das ja schließlich auch so getitelt. Und stand er nicht sogar auf der Antisemiten-Liste des US-amerikanischen Simon Wiesenthal Center? Ein Skandal. Das fanden die Israelitischen Religionsgemeinschaften aus Baden und Württemberg damals auch und waren sich in ihrer Entrüstung darüber einig. Inhaltliche Kritik, sagt Blume, begrüße er, damit könne er sich auseinandersetzen, doch das, was ihm täglich entgegenschlägt, sei Hass. Wenn es um die Frage geht, wie interkulturelles Zusammenleben funktionieren kann, erzählt Blume von seiner Familie. Dass er gläubiger Christ sei, Schwabe mit ostdeutschen Wurzeln, verheiratet mit einer Muslimin türkischer Herkunft. Es gibt ein Buch, erschienen 2019: »Eine Blume für Zehra – Liebe bis zu den Pforten der Hölle«, darin geht es um ihn und seine Frau Zehra, um ihr Kennenlernen, ihre Liebe und wie die Familie die Zeit erlebte, als Blume, damals noch Referatsleiter im Staatsministerium von Baden-Württemberg, in den Nordirak reiste und sich an der Rettung von 1.100 jesidischen Frauen und Kindern beteiligte, die auf der Flucht vor dem IS waren. Dass Blume so offen mit seinem Privatleben umgeht, macht ihn als Mensch in einem öffentlichen Amt an ganz empfindlichen Stellen angreifbar. »Die Attacken, die wir bekommen, richten sich von vornherein gegen meine Person und gegen meine Familie«, sagt Blume. Sie seien häufig rassistisch und sexualisiert. Er bekommt sie von rechts, von links, von Juden, Muslimen und Christen und oft von richtigen Spinnern. An ihm könnten sich alle abarbeiten, sagt der Antisemitismusbeauftragte. Blume ist den Weg gegangen, die Vielfalt in seiner Familie einzusetzen, um zu zeigen, dass Widersprüche zueinander passen. Er ist Brückenbauer und Feindbild – den Schuh gibt es nur als Paar. Tausende von Hass-Mails bekommt der Antisemitismusbeauftragte jährlich. Und zigtausend Hass-Kommentare in den sozialen Medien. »Dualisten«, nennt Blume diejenigen, die die Welt in Freund und Feind einteilen und ihn zum Feindbild erklärt haben.

Obsessiver Troll

Seit seinem Amtsantritt gibt es einen, der sich besonders an ihm abarbeitet – Benjamin Weinthal, ein israelischer Journalist. Wühlt man sich durch die Berichterstattungen und die Kommentare zu den Anschuldigungen Weinthals über den Antisemitismusbeauftragten des Landes Baden-Württemberg, merkt man schnell: Hier geht es nicht um inhaltliche Differenzen. Diesen jahrelangen Konflikt hier auszurollen, würde Weinthal bestimmt freuen, deshalb nur ein Beispiel, um das Ausmaß besser einordnen zu können. 2022 erlässt das Landgericht Frankfurt auf Antrag Blumes hin eine einstweilige Verfügung, daraufhin muss Twitter Tweets löschen, weil deren Inhalte falsch oder ehrverletzend seien. Zu finden waren diese unter anderem auf dem Account von Weinthal, der Blume auf eine Weise diffamierte, die man an dieser Stelle nicht wiederholen will. 3.000 Mails habe er im letzten Jahr von diesem bekommen, erzählt Blume. Auf seinem Blog »Natur des Glaubens« bei den scilogs von Spektrum der Wissenschaft nimmt Blume immer wieder Stellung zu Weinthals Anschuldigungen und geht in den öffentlichen Meinungskampf. 2021 schrieb er auf seinem Blog direkt an den Journalisten einen Brief, in dem unter anderem steht: »Da Sie eine persönliche Antwort mit einer Fristsetzung verlangten, tue ich gerne, was ich auch schon vor drei Jahren erfolgreich tat: Ich informierte die Öffentlichkeit über Ihre völlige Missachtung von Medienethik. Und da sich eine Menge Ihrer früheren ‚Opfer‘ – ernsthafte Journalist*innen und Wissenschaftler*innen, demokratische Politiker*innen Christ:innen Muslim*innen und Jüdinnen und Juden sowie Nichtreligiöse – bei mir dafür bedankt

haben, dass ich gegen Ihr digitales Trolling aufgestanden bin, schulde ich Ihnen sogar Anerkennung dafür, dass Sie uns allen die Chance geben, etwas über Medienethik und Zivilcourage in den sogenannten ‚sozialen Medien‘ zu lernen.« Im Gespräch sagt er über Weinthal: »Es tröstet mich ein bisschen, dass solange er sich so obsessiv mit mir befasst, hat er schon keine Zeit für andere«, und dann lächelt der Antisemitismusbeauftragte.

Der digitale Hass hatte Blume in der Vergangenheit an die Wand gedrängt, sodass er sich aus den sozialen Medien zurückzog, in der Hoffnung, mehr Ruhe zu haben. Damit ist er gescheitert: »Es hat den Hass damals nicht gestillt, sondern diejenigen haben das als Erfolg wahrgenommen und haben gesagt, jetzt machen wir ihn erst recht fertig«, erzählt Blume. Daraufhin entschied er sich für einen anderen Weg. Bloß nicht wegducken! Deshalb zieht er gegen den digitalen Hass vor Gericht, macht ihn auf seinem Blog und bei jeder Gelegenheit öffentlich. »Ich kann entweder verzweifeln oder ich kann dem Druck standhalten. Es gibt keine Möglichkeit mehr, ihm zu entkommen«, sagt Blume.

Nur einer von vielen und das große Ganze

Blumes Geschichte, sie ist eine von vielen. Der Hass und die Übergriffe, sagt Blume, wenn sich die in unsere Privatleben durchsetzen, dann verdorrt die Demokratie von unten. Demokratinnen und Demokraten, die als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Journalistinnen und Journalisten und viele mehr ihren Job machen, könnten aus Furcht vor Angriffen diese aufgeben, die Mandate niederlegen und dann? »Dann würde den Feinden die Demokratie in den Schoß fallen, wenn die Demokraten sich zurückziehen«, sagt Blume und der Satz bleibt irgendwie in der Luft hängen, wie ein Damoklesschwert hängt er da. »Ich kann warnen, aufklären, mahnen, aber letztlich habe ich nicht das Gefühl, dass wir insgesamt schon begriffen haben, wie bedrohlich die Situation ist.« »Haben Sie schon mal bereut, den Job angenommen zu haben?« Blume zögert. »Ja«, sagt er dann. »Ich habe aber nicht vor, zurückzuweichen, auch nicht emotional. Ich werde dieses Amt so lange ausüben, wie die jüdischen Gemeinden, der Landtag und die Landesregierung hinter mir stehen«, sagt er ohne zu zögern.

Es klopft, Blumes Mitarbeiter steckt den Kopf durch die Tür, erinnert ihn daran, dass seine Tasse Kaffee schon längst leer ist. Hände schütteln, ein ehrliches »Das war jetzt ganz schön viel«, dann ein freundliches »bis bald«.

Aus dem Ländle

Timo Büchner ist freier Journalist und schreibt regelmäßig für RECHTS.GESCHEHEN.

»Der Antisemitismus bedroht uns alle«

Michael Blume, Beauftragter der Landesregierung gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben, präsentierte Ende 2023 seinen Zweiten Antisemitismusbericht im baden-württembergischen Landtag. Im Bericht thematisiert er den Judenhass der extremen Rechten.

Von Timo Büchner

Diese Bilder gingen um die Welt: Hamas-Terroristen, schwer bewaffnet, überfielen am Morgen des 7. Oktober 2023 das Supernova-Festival in Israel. Das Festival fand in der Negev-Wüste statt, unweit des Kibbuz Re'im und der Sperranlagen um den Gazastreifen. Die Terroristen töteten Hunderte Menschen. Sie entführten, misshandelten, vergewaltigten. Mit Helmkameras hielten sie ihre Verbrechen fest, um die Bilder des Terrors in die Welt zu senden. Das Massaker war Teil eines massiven Terrorangriffs gegen Israel. Der Angriff war der größte Massenmord an Jüdinnen und Juden seit der Shoah.

Der Hamas-Terror habe die jüdischen Gemeinden in Baden-Württemberg »tief erschüttert«, informiert Michael Blume, der Beauftragte der Landesregierung gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben, im Gespräch mit RECHTS.GESCHEHEN. Unter dem Eindruck des Angriffs stellte er am 9. November 2023 seinen Zweiten Antisemitismusbericht im Stuttgarter Landtag vor. Das Datum markierte den 85. Jahrestag der Novemberpogrome. »Der Antisemitismus bedroht uns alle«,¹ erklärte Blume am Redepult. Denn Antisemit*innen seien weder demokratie- noch friedensfähig.

Gegenüber RECHTS.GESCHEHEN betont er, die Rede im Landtag sei »bisher die wichtigste Rede meines Lebens gewesen«. Die jüdischen Gemeinden waren vertreten, mehrere Schulklassen waren im Publikum. Grüne, CDU, SPD, FDP/DVP applaudierten, die AfD, so Blume, verließ den Saal.²

»Mit beidem kann ich leben«, sagt er. Ehe er seine Rede hielt, sprachen der Ministerpräsident und die fünf Fraktionsvorsitzenden. Anton Baron, der AfD-Fraktionsvorsitzende, erklärte in seinem Beitrag, der Antisemitismus sei »größtenteils in der deutschen Bevölkerung überwunden«. Seine Worte wirkten, als wolle er die Deutschen reinwaschen und mit der Vergangenheit abschließen.

Über den Antisemitismus der extremen Rechten sprach er nicht. Stattdessen nutzte er seine Rede, um den »importierten Antisemitismus« zu thematisieren. Mit Blick auf den Hamas-Terror vom 7. Oktober 2023 und die Tatsache, dass der Terror auf deutschen Straßen bejubelt wurde, sagte er: »Das Erbe der Ära Merkel und die Folgen der illegalen Migration wurden nun sichtbar.« Baron thematisierte den »importierten Antisemitismus« mit der Absicht, Abschiebungen zu fordern. Man solle Antisemit*innen ohne deutsche Staatsbürgerschaft »außer Landes« schaffen. Sie hätten das »Gastrecht verwirkt«. All das erzählt er mit der Vorgabe, jüdisches Leben in Deutschland schützen zu wollen.

Antisemitismus ist jedoch kein Randphänomen einiger »Importierter«, sondern vielmehr ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Das wird am Beispiel des israelbezogenen Antisemitismus deutlich. In einer Studie der Universität Leipzig stimmten mehr als 30 Prozent der Befragten aus Baden-Württemberg der Aussage »Israels Politik in Palästina ist genauso schlimm wie die Politik der Nazis im Zweiten Weltkrieg« manifest zu (»stimme überwiegend zu« und »stimme voll und ganz zu«). Fast 40 Prozent stimmten latent zu (»stimme teils zu, teils nicht zu«).³ Die Befragung wurde 2020, vor dem Hamas-Massaker und der israelischen Reaktion, durchgeführt.

Seit dem 7. Oktober 2023 hat sich die Lage zugespitzt. Die extreme Rechte stellte ihre Sympathien mit den islamistischen Terroristen ganz offen zur Schau. Nur einen Tag nach den Gräueltaten posteten die Jungen Nationalisten, die Jugendorganisation der Neonazi-Partei Die Heimat (ehemals NPD), ein Foto mit der Parole: »Israel mordet und die Welt schaut zu!« Die Neonazis betrieben eine Täter-Opfer-Umkehr: »Der neuen Angriffswelle der Hamas geht die völkerrechtswidrige Unterdrückung, die Besetzung und israelischer Massenmord voran.«⁴ Die Massaker der Hamas-Terroristen werden zur legitimen Selbstverteidigung verklärt.

1 Landtag von Baden-Württemberg (09.11.2023): Plenarprotokoll, 17. Wahlperiode, 78. Sitzung, S. 4662 (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Plp/17_0078_09112023.pdf); SWR (09.11.2023): Landtagsdebatte – Antisemitismus in Baden-Württemberg (<https://www.ardmediathek.de/video/swr-aktuell-baden-wuerttemberg/swr-extra-landtagsdebatte-antisemitismus-in-baden-wuerttemberg/swr-bw/Y3JpZDovL3N3ci5kZS9hZXgvdzE5NTlyNjc>)

2 Vgl. Mastodon @BlumeEvolution@sueden.social vom 10.11.2023

3 Vgl. Brähler, Elmar/Decker, Oliver/Ziener, Carolin-Theresa (2021): Antisemitismus in Zeiten von Covid-19. Se-kundär-auswertung der Leipziger Autoritarismus Studien für Baden-Württemberg, S. 27 (https://stm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/210429_StM_BW_Studie_Antisemitismus_in_Zeiten_von_Covid-19_Uni_Leipzig.pdf)

4 Telegram Junge Nationalisten vom 08.10.2023

In seinem »Zweiten Antisemitismusbericht« beleuchtet Blume die »traditionell stark ausgeprägte, hetzerische Israelfeindlichkeit«⁵ der extremen Rechten. Er macht aufmerksam auf Neonazi-Parteien, die mit den Parolen »Israel ist unser Unglück« (Die Rechte) und »Keine Solidarität mit Israel« (Der III. Weg) warben.⁶ Darüber hinaus berichtet er, »Anlass zur Aufmerksamkeit und Sorge«⁷ bereite der Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V. (BfG) mit seinem Jugendheim Hohenlohe in Kirchberg/Jagst-Herboldshausen im Landkreis Schwäbisch Hall. Im Jugendheim, einem alten Fachwerkhaus, werden Treffen der extremen Rechten abgehalten. Zum Beispiel gründeten die Jungen Nationalisten im Spätherbst 2022 ihren »Stützpunkt Baden-Württemberg« in dieser Immobilie.⁸

Der BfG pflegt die antisemitische Ideologie Mathilde Ludendorffs (1877–1966).⁹ Die »Urgroßmutter des deutschen Antisemitismus«¹⁰ war eine feste Größe der völkischen Bewegung. Damals machte Ludendorff aus ihrem Judenhass keinen Hehl. Heute bemüht sich der BfG, den Judenhass zu verkläusulieren. Man propagiert den Kampf gegen »überstaatliche Mächte«. Die »Mächte« würden die Deutschen knechten und zerstören.¹¹ Das ist der chiffrierte Mythos vom »Weltjudentum«. Im Oktober 2023 schrieb Heidrun Beißwenger, eine bekannte Ludendorfferin aus Baden-Württemberg, über israelische Regierungspolitiker: »Die Welt zittert vor ihrer Macht und leckt ihnen den Speichel!« Sie fügte hinzu: »Die deutsche Marionetten-Regierung gar ergreift bedingungslos die Seite Israels in dessen verbrecherischem Krieg gegen die Palästinenser!«¹²

In öffentlichen Veranstaltungen wendet sich Michael Blume gegen den Antisemitismus in Baden-Württemberg. Weit mehr als 500 Veranstaltungen – Podien, Vorträge, Workshops – haben bereits stattgefunden. Neben den Städten besucht er auch kleine und mittelgroße Gemeinden.¹³ Rami Suliman, Vorsitzender der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden, sieht mit der Arbeit des Beauftragten eine tiefgreifende Veränderung: »Die Kultur des Wegschauens und Überhörens wandelt sich zu einer Kultur des ernsthaften Hinschauens, Thematisierens und Bearbeitens.«¹⁴ Mit dem Kulturwandel sei eine deutliche Erhöhung des Sicherheitsgefühls in seiner Gemeinde zu beobachten. Barbara Traub, Vorsitzende der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs, bekräftigt, der Wandel verstärke »das Gefühl, gemeinsam an einem Strang zu ziehen«.¹⁵

5 Staatsministerium Baden-Württemberg (2023): Zweiter Bericht des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus Sachstand und Empfehlungen, S. 25 (https://stm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/231109_StM_Zweiter_Bericht_Beauftragter_gegen_Antisemitismus_BW_2023.pdf)

6 Ebd., S. 30

7 Ebd., S. 30

8 Vgl. Büchner, Timo (04.11.2022): Geheimtreffen und „Kampf fürs Vaterland“: Neonazis gründen Stützpunkt im Land, Südwest Presse (<https://www.swp.de/lokales/craillsheim/rechtsextreme-in-herboldshausen-neonazis-gruenden-einen-stuetzpunkt-in-hohenlohe-67433131.html>)

9 Vgl. Büchner, Timo (06.10.2022): Das Ludendorff-Netzwerk in Baden-Württemberg, Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg (<https://www.boell-bw.de/de/2022/10/06/das-ludendorff-netzwerk-baden-wuerttemberg>)

10 Vgl. N.N. (16.02.1960): Gotterkenntnis (L), Der Spiegel (URL: <https://www.spiegel.de/politik/gotterkenntnis-l-a-99afe2f4-0002-0001-0000-000043063318?context=issue>)

11 Vgl. Staatsministerium Baden-Württemberg (2023): Zweiter Bericht des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus Sachstand und Empfehlungen, S. 31 (https://stm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/231109_StM_Zweiter_Bericht_Beauftragter_gegen_Antisemitismus_BW_2023.pdf)

12 Adelinde (28.10.2023): Unterwerfung und Heimatvergessenheit, Das Adelinde-Gespräch (<https://www.adelinde.net/unterwerfung-und-heimatvergessenheit/>)

13 Vgl. Staatsministerium Baden-Württemberg (2023): Zweiter Bericht des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus Sachstand und Empfehlungen, S. 54 (https://stm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/231109_StM_Zweiter_Bericht_Beauftragter_gegen_Antisemitismus_BW_2023.pdf)

14 Ebd., S. 3

15 Ebd., S. 5

Aus dem Ländle

Iranische Staatsrason: die Auslöschung des Staates Israel

Von unserem Redaktionsmitglied Linda Roth

In der Islamischen Republik Iran haben Juden den Status von »Dhimmis« – Minderheiten, die vor dem Gesetz als nicht gleichberechtigte Staatsbürger angesehen werden. Diskriminierung und Unterdrückung sind für sie Alltag. Von den 150.000 Jüdinnen und Juden, die noch vor dem Ausruf der Islamischen Republik 1979 im Iran lebten, haben 90 Prozent das Land verlassen. Viele von ihnen gingen nach Israel. Ein Staat von »Dhimmis« – für die religiöse Führung des Irans eine »rückgängig zu machende Kränkung, die nicht dem entspricht, was in deren Vorstellung die Juden zu sein haben«, erklärt Stephan Grigat bei seinem Vortrag »Vom Atomabkommen mit dem Iran zum 7. Oktober: Warum deutsche Politik für die aktuelle Eskalation im Nahen Osten mitverantwortlich ist«. Seit 2022 ist er Professor für Theorien und Kritik des Antisemitismus an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen. Es sei aktuell die einzige Professur in Deutschland mit »Antisemitismus« im Titel, sagt Grigat. Seit dem Massaker vom 7. Oktober ist der Antisemitismusexperte mehr denn je mit Vorträgen im ganzen Land unterwegs. Der Nahost-Konflikt ist nicht nur ein Stresstest für die deutsch-israelischen Beziehungen, sondern auch für die deutsche Gesellschaft. Das große Interesse an dem Thema zeigt sich beim Vortragsabend am 24. April im Haus der Geschichte in Stuttgart. Mit circa hundert Zuhörerinnen und Zuhörern zählt der Veranstalter, die Deutsch-Israelische Gesellschaft Region Stuttgart e. V. (DIG), mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer, als sich im Vorfeld angemeldet hatten.

Die deutsch-iranischen Handelsbeziehungen

Wie zu fast jedem Land auf der Welt unterhält Deutschland – als eine der führenden Exportnationen – auch Handelsbeziehungen mit dem Iran. Seit den umfassenden EU-Sanktionen gegen die Islamische Republik ist das Außenhandelsvolumen stark eingebrochen. Aktuell wird auf EU-Ebene wegen der Rolle des Irans im Konflikt zwischen der Terrororganisation Hamas und Israel über weitere Sanktionen diskutiert.

In der Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel 2023 belegt der Iran nach Angaben des Statistischen Bundesamts (Destatis) Platz 66. Von Januar 2024 bis Februar 2024 wurden Waren im Wert von 241 Millionen dorthin exportiert. Das gesamte Exportvolumen Deutschlands betrug im Januar 2024 135,6 Milliarden Euro. Aus dem Iran importiert wurden Waren im Wert von 41,2 Millionen Euro (Gesamtimporte im Januar 2024: 108 Milliarden Euro). Die Deutsch-Iranische Industrie- und Handelskammer titelt im April 2024: »Steigerung des Handelsvolumens zwischen Iran und Deutschland um 15 Prozent«. Dass es aber bereits 2023 laut Destatis um fast ein Viertel geringer als 2022 war und die iranischen Exporte nach Deutschland zweistellig im negativen Bereich liegen, findet sich erst in den Tiefen der Statistik. Mit dem Plakatieren der vermeintlich engen und wachstumsorientierten Handelsbeziehungen mit der drittgrößten Exportnation stellt der Iran sich als ein wichtiger Player auf der Weltbühne dar. Für Deutschland ist das weder gut für die Glaubwürdigkeit, noch zuträglich für die Ernsthaftigkeit der Solidarität mit Israel und der Ukraine. Denn die Islamische Republik Iran ist zwar auf dem Weltmarkt ein kleines Licht, auf den Kriegsschauplätzen mischt sie hingegen im großen Stil mit.

Deutschland unterhält jedoch nicht nur Wirtschaftsbeziehungen in das autoritär geführte Land. Auf der Seite des Auswärtigen Amts heißt es außerdem: »Traditionell bestand zwischen Deutschland und dem Iran ein reger Austausch im Kultur- und Wissenschaftsbereich, der infolge veränderter politischer Rahmenbedingungen zurzeit jedoch stark belastet und rückläufig ist. Dennoch bleibt das zivilgesellschaftliche Interesse an einem bilateralen Austausch in Kultur und Wissenschaft hoch.«

Judenhass made in Germany

»Die deutsch-iranischen Beziehungen waren schon immer sehr gut«, bestätigt Grigat in seinem Vortrag, was auf der Seite des Auswärtigen Amts zu lesen ist. Nach 1979 sei das Regime, so Grigat, auf der Weltbühne isoliert gewesen, bis Hans-Dietrich Genscher als erster Außenminister eines Nato-Mitgliedstaates nach der Islamischen Revolution in den Iran reiste und dem Land aus der Isolation zurück auf das politische Parkett half.

Über Jahrzehnte funktionierte die Beziehung beider Länder nach dem Prinzip: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. So waren die Iraner schon im Ersten Weltkrieg auf der Seite der Deutschen, da diese gegen Briten und Russen kämpften und damit auch gegen die Feinde des Irans. Besonders nahe – wirtschaftlich und ideologisch – standen sich beide Länder zur Zeit des Nationalsozialismus.

Die Projektion auf der Wand im Hintergrund zeigt den Mufti von Jerusalem Amin al-Husseini und Adolf Hitler bei einem Treffen in Berlin am 28. November 1941.



Denn die Nazis exportierten nicht nur Waren »Made in Germany« in den Iran, sondern auch ihren Judenhass. Ruhollah Chomeini, der Führer der islamischen Revolution im Iran (1978/79), so der Antisemitismusexperte, war Hörer des deutschen Auslandsrundfunks mit Sitz in Zeesen (Königs Wusterhausen), südlich von Berlin. Das Radioprogramm lief auf arabisch, persisch und türkisch und verbreitete den Antisemitismus der Nazis in der arabischen Welt.

»Die Regierung des Irans organisierte 2006 in Teheran eine Holocaustkonferenz, zu der Rechts-extremisten, Antizionisten und Islamisten aus der ganzen Welt zusammenkamen«, sagt Grigat. Organisiert wurde dieses antisemitische Propaganda-Treffen damals vom iranischen Politiker und ehemaligen stellvertretenden Minister für Kultur und Presseangelegenheiten Mohammad-Ali Ramin. Der überzeugte Holocaustleugner hat lange in Deutschland gelebt, er studierte an der TU Clausthal, in Düsseldorf und Karlsruhe.

»Ich möchte nochmal in Erinnerung rufen, über was für ein Regime wir sprechen«, sagt Grigat eindringlich an die Zuhörerinnen und Zuhörer seines Vortrags gerichtet. Egal, ob sogenannte Reformer an der Macht seien oder Hardliner, es gelte den Staat Israel zu vernichten. Bei Differenzen zwischen den politischen Lagern im Iran »geht es nur darum, wie das umgesetzt wird, nicht darum, dass es umgesetzt wird«. Die Islamische Republik hat nicht nur die Auslöschung Israels auf dem Zettel stehen, sondern bastelt zudem seit Jahrzehnten an einem Atomprogramm – und die Welt fragt sich sehenden Auges: »Hat Teheran bald die Bombe?«

Iranisches Atomprogramm und JCPOA

Die Wiener Nuklearvereinbarung (JCPOA), die 2015 nach langen Verhandlungen von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA, Russland, China und Iran unterzeichnet wurde, sollte genau diesen Wahnsinn verhindern. Von der Seite des Auswärtigen Amtes heißt es über das Abkommen: »Damit wurde versucht, den Konflikt auf dem Verhandlungsweg zu lösen.« Der Antisemitismusexperte fasst die Zeit zwischen der Wiener Nuklearvereinbarung und heute so zusammen: »Im Windschatten des Abkommens wurde der Iran zum nuklearen Schwellenstaat.« In einem ARD-Interview zeigte sich der Chef der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) Rafael Grossi vor wenigen Wochen sehr besorgt und bestätigte die enorme Weiterentwicklung des Atomprogramms und dass auf diesem Stand das internationale Atomabkommen mit dem Iran von 2015 gestorben sei. »Kein Land, das noch keine Atombombe hat, reichert Uran auf diesem Niveau an: 60 Prozent!«, sagt der IAEA-Chef im Interview. Der Iran ist technisch also in der Lage, eine Atombombe zu bauen. Heute gebe es noch keine, sagt Grossi.

Dass es eine nukleare Bedrohung für Israel aus dem Iran in naher Zukunft geben wird, sieht Grigat als realistisch an: »Die ständige Bedrohungslage würde zu einer Massenauswanderung aus dem Land führen.« Der Iran hätte damit den Staat Israel in seiner jetzigen Form ausgelöscht, denn wer möchte schon freiwillig unter einem nuklearen Damoklesschwert leben? Damit hätte der Iran seine Staatsräson erfüllt, ohne auf das berühmte Knöpfchen drücken zu müssen.



Im Gespräch mit Stephan Grigat

Professor für Theorien und Kritik des Antisemitismus an der Katholischen Hochschule NRW und Leiter des Centrums für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) in Aachen

Innerhalb der außerparlamentarischen Linken ist die Solidarisierung mit den Palästinensern groß. Nicht selten zeigt sich auf Kundgebungen, aber auch in den sozialen Medien, Antisemitismus in Form von Israel-Hass. Haben Sie eine Erklärung dafür, dass große Teile der außerparlamentarischen Linken sich in diesem Konflikt so absolut auf die Seite der Palästinenser schlagen?

Zum Glück ist es in Deutschland und Österreich nicht ganz so eindeutig: Es hat sich in den letzten 30 Jahren im deutschsprachigen Raum auch eine explizit pro-israelische und antisemitismuskritische Linke herausgebildet, die sich auf die Kritische Theorie bezieht und bei der Kritik des linken Antisemitismus eine wichtige Rolle spielt. Die offen israelfeindlichen Teile der Linken beziehen sich auf andere Theorietraditionen. Zum einen und schon seit Jahrzehnten auf den autoritären Marxismus-Leninismus, der mit seinem kruden antiimperialistischen Weltbild schon immer auch einen antisemitischen Antizionismus kolportiert hat und derzeit bei einigen jungen Linken eine merkwürdige Wiederbelebung erlebt. Und zum anderen – und das ist die neuere Entwicklung – auf poststrukturalistische Philosophie und bestimmte Ausprägungen des Postkolonialismus. Bei Letzterem spielen dann auch ein Pseudoantirassismus und der Kulturrelativismus eine entscheidende Rolle.

International kritisieren besonders linksgerichtete Regierungschefs das militärische Handeln Israels im Gaza-Streifen. Vor wenigen Monaten kam es zu einer Solidarisierungswelle mit Brasiliens Staatschef Lula da Silva seitens der Regierungschefs der Nachbarländer, nachdem dieser mit einem Holocaust-Vergleich verbal danebengriff. Warum ist auch international zu beobachten, dass die politische Linke so entschieden an der Seite der Palästinenser steht?

Zunächst stehen diese Linken nicht »an der Seite der Palästinenser«, sondern objektiv auf der Seite der Hamas und des Islamischen Jihad, unter denen auch viele Palästinenser und erst recht Palästinenserinnen leiden. Gerade die lateinamerikanische Linke solidarisiert sich seit Jahrzehnten nicht nur mit den antisemitischen Terrorarmeen an der Grenze Israels, sondern befindet sich auch in einem engen Bündnis mit dem iranischen Regime. Besonders deutlich war das zu Zeiten von Ahmadinejad und Hugo Chavez, aber dieses Bündnis besteht auch heute noch. Hier wird nicht nur, wie bei da Silva, der israelbezogene Antisemitismus ideologisch befeuert, sondern es wird ganz praktische antisraelische Politik in Kooperation mit Islamisten betrieben.

Wie beurteilen Sie die Positionierung der extremen Rechten in Deutschland zum Israel-Gaza-Konflikt?

Das kommt darauf an, wen man alles unter »extreme Rechte« fasst. In den politischen Formationen rechts vom klassischen Konservativismus ist das Thema Israel ebenso umstritten wie die Positionierung zum Islam. Neben islamkritischen und in der Regel dann auch pro-israelischen Kräften vor allem im Rechtspopulismus existieren weiterhin offen antisemitische Kräfte, die den Islam im Rahmen ihres ethnopluralistischen Weltbildes und ausgehend von den Großraumtheorien von Carl Schmitt als potenziellen geopolitischen Bündnispartner sehen – auch gegen Israel, das diesen Rechten als Vorposten des verachteten westlichen Liberalismus gilt.

Ist Antisemitismus weiterhin ein konstitutives Element im deutschen Rechtsextremismus?

Auf jeden Fall, nicht nur bei den offen neonazistischen und rechtsterroristischen Gruppen, wo der Antisemitismus mit Parolen wie »Wer Deutschland liebt, ist Antisemit« oder »Israel ist unser Unglück« weiterhin ganz offen proklamiert wird, sondern auch bei jenen Fraktionen, die versuchen, sich aus dem unmittelbar positiven Bezug auf den Nationalsozialismus zu lösen. Bei Letzteren muss darüber geredet werden, wie sie mit ihrem Geraune einerseits über einen »Schuldskult« und andererseits über die angeblich zersetzenden Kräfte der Globalisierung und einen von Drahtziehern im Hintergrund orchestrierten »großen Austausch« sowohl einen klassischen Schuldabwehrantisemitismus proklamieren als auch eine antisemitische Sicht auf die Weltgesellschaft befördern – auch, wenn anders als bei klassischen Nazis das Feindbild »Jude« nicht explizit ins Visier genommen wird.

»Im auslandsbezogenen Extremismus in Deutschland nimmt Antisemitismus vor allem im türkischen Rechtsextremismus und bei extremistischen Palästinensern eine relevante Rolle ein«, schreibt das Bundesamt für Verfassungsschutz. Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach türkischstämmige extreme Rechte bei der Verbreitung antisemitischer Propaganda in Deutschland und an welchen Orten wird diese besonders häufig verbreitet?

Eine sehr große Rolle. Wir haben kürzlich in unserer Reihe CARS-Working Papers einen wichtigen Text dazu von Ismail Küpeli veröffentlicht, der deutlich aufzeigt, welche grundlegende Rolle sowohl antisemitische als auch antiarmenische Ressentiments in Verschwörungsnarrativen des türkischen Nationalismus spielen.¹ Und das ist ein Nationalismus, der auch bei Protagonisten der türkisch-islamischen Ideologie in Deutschland eine entscheidende Rolle spielt.

Würden Sie sagen, dass Antisemitismus im Ausländerextremismus in der öffentlichen Diskussion zu wenig Beachtung findet?

Ja, und das gilt sowohl hinsichtlich nationalistischer Akteure wie den türkischen Grauen Wölfen und ähnlichen Gruppierungen als auch für diverse Akteure des politischen Islams. Bezüglich Letzterem müsste neben zahlreichen sunnitischen Akteuren insbesondere über die Hisbollah und das iranische Regime geredet werden, die weiterhin in Deutschland viel zu ungehindert agieren können. Die Sicherheitsbehörden beschreiben seit Jahren sehr deutlich die Gefahren, die von diesen antisemitischen Akteuren in Deutschland ausgehen, aber es fehlen die entsprechenden Antworten auf politischer Ebene.

Das Gespräch führte Linda Roth.



¹ Ismail Küpeli: Verschwörungsnarrative im türkischen Nationalismus, CARS Working Papers # 013 https://kidoks.bsz-bw.de/frontdoor/deliver/index/docId/4079/file/CARS_WorkingPaper_013.pdf



RECHTS.GESCHEHEN im Gespräch mit Volker Beck

Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. (DIG)

Herr Beck, Sie waren über zwei Jahrzehnte Mitglied des Deutschen Bundestages als Abgeordneter Bündnis 90/Die Grünen und waren in dieser Zeit sowohl rechts-, menschenrechts-, innenpolitischer, religions- und migrationspolitischer Sprecher. Besonders Ihr großer Einsatz für die Anerkennung und Entschädigung aller Opfer des Nationalsozialismus ist in Erinnerung. Wie kamen Sie damals zu dem Thema?

In der Tat bin ich über das Thema Schwulen-Politik dazu gekommen. In den 1980er-Jahren haben wir in unserem Selbstbehauptungskampf mitten in der AIDS-Krise dafür gekämpft, dass wenigstens das Unrecht, das den homosexuellen Opfern des Nationalsozialismus, den Männern mit dem Rosa Winkel, angetan wurde, als solches anerkannt wird; und dass die wenigen Überlebenden entschädigt werden. Das ist uns leider nur rudimentär und zu spät gelungen. Sie wurden weiter nur nach dem Allgemeinen Kriegsfolgensgesetz, nicht dem Bundesentschädigungsgesetz entschädigt. Will heißen, man meinte irgendwie, die Nazis haben ein wenig über die Stränge geschlagen, aber im Grunde hatten sie schon Recht mit der Verfolgung der Homosexuellen. Schließlich hielt man die Nazi-Version des §175 bis 1969 in Westdeutschland in Kraft. Erst 1999 hob man die Urteile der Nazi-Justiz gegen die Homosexuellen auf. Ich habe mich 30 Jahre mit dem Thema NS-Entschädigung beschäftigt.

Seit 2022 sind Sie Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG). Kamen Sie durch Ihren Einsatz für die Anerkennung der homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus auch mit dem Antisemitismus in Berührung?

20 Jahre lang war ich Sprecher des Härtefonds für NS-Verfolgte der hessischen Landesregierung. Der zahlte über die bundesgesetzlichen Regelungen hinaus zusätzliche Leistungen aus. Dort habe ich ganz konkret auch Entschädigungsakten, also Einzelfälle, bearbeitet. Dabei konnte ich im Detail sehen, dass nicht nur die sogenannten ‚vergessenen Opfer‘ wie Homosexuelle, Zwangssterilisierte, Euthanasiegeschädigte und Wehrmachtsdeserteure leer ausgegangen waren, sondern auch Juden, Sinti und Roma, Zeugen Jehovas und Kommunisten aufgrund zahlreicher bürokratischer Fristen und Hürden im Ergebnis nichts oder fast nichts bekommen hatten.

Wer sich öffentlich für Entschädigung von Opfern der Shoah oder der anderen Opfer des Nationalsozialismus einsetzt, bekommt den gesellschaftlichen Antisemitismus ab. Es müsse jetzt auch mal Schluss sein: »Judenknecht« und »Nestbeschmutzer«-Beschimpfungen, Hakenkreuz-Post und selbst eine Pistolenkugel waren Teil meines Posteingangs damals. Das Thema Entschädigung triggert den Schuldabwehr-Antisemitismus.

Was meinen Sie damit?

Der Kollektivschuldvorwurf ist ein klassisches Strohhalm-Argument. Es wird behauptet, allen Deutschen, selbst den nach dem Krieg Geborenen, würde eine kollektive Schuld an den Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands vorgeworfen. Das ist reine Fantasie. Niemand, weder die Alliierten noch jüdische Organisationen haben einen solchen Vorwurf jemals erhoben. Aber gegen das Unrecht dieses angeblichen Vorwurfs begehrt der Schuldwehr-Antisemitismus auf. Und versucht damit einen Schlusstrich unter die Geschichte zu ziehen und jede Verantwortung gleich mit vom Tisch zu wischen.

Wie kamen Sie als Innen- und Rechtspolitiker zum außenpolitischen Thema Nahostkonflikt und Israel?

Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus hat mich sensibel dafür gemacht, wie über Israel in Deutschland geredet wird. Denn, wenn das Thema Israel in Deutschland aufgerufen wird, wird mehr über uns und unsere Identitäten geredet, unser Verhältnis zu unserer Geschichte und der Verdrängung unserer familiären Geschichten verhandelt als über Israel und die Verhältnisse im Nahen Osten.

Mein Anspruch als Innenpolitiker war und ist ein paradoxer: Wenn wir über Israel und den Nahen Osten reden, reden wir über Außenpolitik. Ein Innenpolitiker, der mehr Außenpolitik fordert! Und es geht dabei auch um die Realität in Israel: die Realität eines außerordentlich pluralen und demokratisch streitbaren Landes, die Realität von 76 Jahren Krieg seiner Nachbarn gegen dieses Land. Über die kriegerische Realität im Nahen und Mittleren Osten.

Foto: Erik Marquardt



Hat sich im Laufe der Zeit am Antisemitismus etwas geändert?

Er ist seit dem 7. Oktober dramatisch sichtbarer geworden. Aber er war nie weg und immer da. Kein Platz für Antisemitismus ist eine große Lebenslüge. Ich wäre mit weniger Raum schon sehr zufrieden. Erstaunt bin ich immer wieder, dass andere so erstaunt sind, wenn der Antisemitismus sich sichtbar zeigt.

Sehen Sie die sozialen Medien als eine Art Brandbeschleuniger?

Antisemitismus ist durch das Internet sichtbarer geworden. Für die Leute, die diesen verbreiten, bieten die sozialen Medien einen Verstärkungseffekt oder Bestätigungseffekt. Das ist bei anderen Hassphänomenen ganz ähnlich. Für die Behörden ist es gar nicht so einfach, Antisemitismus zu erkennen und die Codes zu verstehen.

Wenn ich Vorträge halte, verwende ich zur Verdeutlichung dieser Schwierigkeit gern Bilderpaare, bei denen die Bilder sich formal oder stilistisch ähneln – eines davon hat einen antisemitischen Bildinhalt und das andere hat keine einschlägige Bedeutung: Simon von Trient oder Manneken Pis, Pizzastück oder ein Teller Spaghetti, was davon ist antisemitisch?

Lösen Sie es gerne auf.

Simon von Trient steht für die Ritualmordlegende des Mittelalters, die Juden unterstellt, sie würden das Blut christlicher Kinder zu Matze verbucken. Das legendäre Fakeopfer hat es in den Heiligenkalender geschafft.

Das Pizzastückchen als Icon ist im Internet ein Erkennungsmerkmal der QAnon-Bewegung aus den USA. Das Pizzagate-Narrativ besagt, dass Hillary Clinton zusammen mit ihrem Wahlkampfteam einen geheimen Kindersex-Ring im Keller der Pizzeria betreiben würde. Von diesem Wahn gibt es verschiedene Versionen.

Das Beispiel zeigt, die Narrative muss man kennen, um die Codes entschlüsseln oder einordnen zu können.

Für wen genau ist es besonders wichtig, diese Codes zu kennen?

Für Polizistinnen und Polizisten oder die Staatsanwaltschaft, die im Bereich Staatsschutz Äußerungsdelikte im Internet beurteilen sollen. Sie kriegen eine Strafanzeige von jemandem und sehen bei Instagram, Facebook oder Twitter die Replies zu einer Person, die bedroht, beleidigt und beschimpft wird. Und wenn sie dann diese Symbole nicht deuten können, wissen sie nicht, in welche Richtung sie ermitteln sollen, weil sie das Milieu nicht erkennen. Für die Leute, die sich schwerpunktmäßig mit so etwas beschäftigen, die Demonstrationsgeschehen beobachten, die Internetstraftaten im Bereich der Äußerungsdelikte bearbeiten, muss es entsprechende Fort- und Ausbildungen geben, ansonsten läuft die Strafverfolgung ins Leere.

Würden Sie den Satz unterschreiben, dass soziale Medien eine Plattform der Manipulation sind?

Soziale Medien sind per se nicht gut oder schlecht, sondern soziale Medien sind technische Möglichkeiten, über die Inhalte verbreitet werden. Mit dem Strafrecht und Regelungen zu den Pflichten der Anbieter kann der Gesetzgeber regulierend eingreifen. Plattformanbieter dürfen darüber hinaus auch Verantwortung wahrnehmen. Das ist aber als Forderung wohl naiv. Catch as catch can pays.

Müsste man nicht die Lehrenden besser schulen, damit sie besser über Antisemitismus aufklären können, und das über die Behandlung der NS-Zeit im Geschichtsunterricht hinaus?

Man muss ran an die Curricula an den Schulen, ran an die Lehrmaterialien, ran an die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, Polizistinnen und Polizisten, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten und allen andern Staatsbediensteten. Man darf es nicht dem Zufall überlassen, was die Leute über Judentum, Antisemitismus, Zionismus, Israel und den Nahost-Konflikt wissen.

Die Politik macht es sich oft einfach. Es passiert ein Anschlag wie in Halle oder es passiert etwas wie hier in Neukölln, als sie nach dem Massaker der Hamas am 7.10. Süßigkeiten verteilt haben. Die Politik ruft dann: Die Schulen müssen das richten, die Polizei muss die roten Linien durchsetzen, und die Justiz muss am besten auch noch besonders harte Strafen verhängen. Und keiner fragt sich, wie kommen eigentlich jetzt diese Staatsbediensteten, an die man appelliert, zu dem Wissen, das dieser institutionellen Aufgabenzuschreibung entspricht?

Das heißt konkret, Herr Beck, der Appell muss letztendlich in eine Handlungsempfehlung durch den Landtag münden?

Alle Ministerien müssen sich verbindlich darum kümmern, dass Aus- und Fortbildung für alle Staatsbediensteten und Schulen, ob Grundschule, Gymnasium oder Berufsschule, diese Inhalte verbindlich enthalten. Auch die Lehrmaterialien müssen entsprechend konsequent überarbeitet werden. Eine Schulbuchstudie aus Nordrhein-Westfalen hat zum Beispiel gezeigt, dass jüdisches Leben in Schulbüchern meistens in stereotypisierender Art und Weise oder als Opfernarrativ vorkommt – wenn es denn überhaupt vorkommt. Jüdische Gegenwart ist meist eine Leerstelle.

Die Shoah kommt in den Schulbüchern meist irgendwie vor – mal mehr oder mal minder gut. Zur Geschichte des Zionismus, der Identität Israels, des jüdischen und demokratischen Staates, wie zum Verlauf des Nahost-Konfliktes finden Sie in den Schulbüchern nichts oder kaum etwas.

Wir wissen, dass der israelbezogene Antisemitismus der Brandbeschleuniger des Antisemitismus ist. Und Lehrerinnen und Lehrer, so höre ich aus der Lehrerweiterbildung, vermeiden häufig das Thema. Es gilt zu Recht als konflikträchtig. Im Zweifelsfall ist das Lehrpersonal wissensmäßig der Schülerschaft unterlegen: Diese Themen waren nicht Teil ihrer Ausbildung, und ihre Schülerinnen und Schüler waren nachmittags auf der TikTok-Universität. Sie haben häufig ein völlig einseitiges und verkehrtes oder verschobenes Wissen, aber die Lehrerinnen und Lehrer haben oft gar keines. Und so fühlen sich die Lehrkräfte der Auseinandersetzung oft nicht gewachsen. Und sie sind es auch nicht. Hier braucht es Empowering durch Reflexion wie Wissensvermittlung.

Hat sich seit dem 7. Oktober etwas verändert?

Ich habe den Eindruck, dass zunächst nochmal eine Welle von Willensbekundungen der Verantwortlichen kam. Inzwischen hat sich das Bild an den Universitäten gedreht: Ein Teil der Lehrenden hat sich für eine intellektuelle Teilkapitulation entschieden.

Das Entscheidende ist: Antisemitismusbekämpfung gelingt nicht mit einer Strohfeueraktion. Es nützt nichts, nach einem Ereignis wie in Halle oder nach dem 7. Oktober, alle Leute zu einem Krisengipfel zusammenzuholen. Dann beschließt man irgendwelche x-Punkte-Papiere oder beteuert einander, dass Antisemitismus keinen Platz in Deutschland hat. Und dann geht man wieder auseinander und nächste Woche wendet man sich dem nächsten Thema zu. Und es passiert nichts Nachhaltiges. Allenfalls ein paar Modellprojekte fürs Gewissen.

Antisemitismusbekämpfung braucht mehr Ausdauer. Es ist ein gesellschaftspolitischer Marathonlauf. Wir reden von der Rückabwicklung oder Dekonstruktion eines zweitausendjährigen Kulturprogramms.

Für uns als Dokumentationsstelle Rechtsextremismus ist Antisemitismus ein wesentliches Ideologiemerkmalelement von Rechtsextremismus. In einem neuen Rechtsextremismus-Handbuch heißt es: »Aufs Ganze gesehen gehört Antisemitismus heute nicht mehr zu den konstitutiven Elementen im deutschen Rechtsradikalismus«. Sehen Sie das ähnlich oder würden Sie da gänzlich widersprechen?

Es gibt neue Formen des Rechtspopulismus, die versuchen, das strategisch zu drehen. Sie versuchen, das Problem des Antisemitismus bei Muslimen für rassistische Propaganda zu instrumentalisieren.

Wenn man genauer hinschaut, findet man bei diesen Rechtspopulisten von AfD & Co. aber weiterhin antisemitische Muster in Form von Verschwörungserzählungen, sei es der ‚Grand Reset‘ oder das Feindbild der ‚Globalisten‘.

Teile der AfD versuchen sich ‚proisraelisch‘ zu positionieren. Freunde des Judentums sind sie damit noch lange nicht. Wesentliche Traditionen des Judentums wollen sie verbieten: Sie treten für das Schächtverbot ein, manche fordern auch ein Beschneidungsverbot. Für sie ist Israel nur ein Panzerkreuzer im Meer des Islam.

In der Bundesrepublik geht die größte Gefahr von Rechtsextremisten aus. Die quantitativ folgende Gruppe, was Rechtsextremismus anbelangt, ist der Ausländerextremismus. Gibt es bei uns überhaupt ein entsprechendes Bildungsangebot für diese Gruppe?

Bei den antisemitischen Gewalttaten liegen die rechtsextremistischen Taten 2023 nur auf Platz 2. Die Bekämpfung von Ausländerextremismus und Islamismus sind Tabuthemen, weil sie vom Rechtspopulismus für rassistische Propaganda instrumentalisiert werden. Gleichzeitig gibt es ein Bedürfnis der Parteien, sich auch neue Wählerklientele zu erschließen.

Die Religionspolitik, Ländersache, im Bereich Islam ist in allen Ländern problematisch: Rheinland-Pfalz hat mit der DITIB und einer von Milli Görüs dominierten Schura Vereinbarungen mit der Perspektive der Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts geschlossen. Hessen hat die DITIB sogar als Religionsgemeinschaft im Sinne von Artikel 7.3 Grundgesetz anerkannt. Zu einem konsequenten Ausstieg hatte die Landesregierung nicht den Mumm. In Nordrhein-Westfalen sitzt die DITIB auch in der Kommission für den Religionsunterricht, und wenn man sich mal anschaut, was erzählen denn diese Organisationen? In der DITIB gilt, was die Diyanet bestimmt. Der Chef der Diyanet, der oberste Dienstherr von über tausend DITIB-Imamen in Deutschland, sagt, dass Israel ein rostiger Dolch im Leib der islamischen Geografie ist. Rostige Dolche reißt man aus. Das ist eine Vernichtungsansage. Mit der DITIB legt sich aber keiner an. Aus Opportunismus: too big to fail.

Aber wieso?

Ich sage immer: Parallelgesellschaft ist, wenn die deutschen Medien und die deutsche Politik sich einfach weigern, Phänomene im muslimisch oder migrantisch geprägten Teil unserer Gesellschaft wahrzunehmen. Das ist nicht der Fehler der Minderheit, das Problem ist das Desinteresse der Mehrheit: Radikale und Irrsinnige gibt es in der autochthonen Bevölkerung wie in dem Bevölkerungsteil mit Einwanderungsgeschichte. Das Problem ist: Schauen wir da gleichermaßen hin? Haben wir dafür Kompetenzen? Haben wir überhaupt eine Islamwissenschaft, die sich so etwas kritisch anschauen möchte? Oder haben wir nur eine, die affirmativ ist und sozusagen mit einem Opfertheorem versucht, das alles zu tabuisieren? Wir diskutieren diese Fragen nicht.

Der Chefredakteur der Jüdischen Allgemeinen, Philipp Peyman Engel, berichtet, ich nenne es jetzt mal diplomatisch »sehr kritisch« über die Staatsministerin Claudia Roth. Macht sie gute Politik und verkauft gute Politik schlecht oder wie würden Sie das charakterisieren?

Ich würde mir wünschen, dass es im Bundeskulturministerium eine klare Strategie gibt, wie man mit Antisemitismus im Kulturbereich umgeht. Und ich kann diese Strategie bislang nicht erkennen, obwohl einem das Problem auch ganz ohne Brille, und ich bin Brillenträger, ins Auge springt.

Das Gespräch führten Anton Maegerle und Linda Roth.



Inland

Ex-AfD-Politiker Meuthen will in alten Job zurück

Von unserem Redaktionsmitglied Anton Maegerle

Der frühere AfD-Landes- und Bundesvorsitzende Jörg Meuthen will an die Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl, die baden-württembergische Ausbildungsstätte für Verwaltungsfachkräfte, zurückkehren. Der beurlaubte Hochschulprofessor Meuthen war seit Dezember 2017 als Nachrücker für Beatrix von Storch im Europaparlament. Bis November 2017 amtierte er als AfD-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Baden-Württemberg. Zuvor war Meuthen bis 2016 Professor für Volkswirtschaftslehre in Kehl. Der Politiker hat die AfD im Januar 2022 verlassen. Aus Sicht der Hochschule gibt es keine rechtlichen Einwände gegen eine Rückkehr von Meuthen. »Wenn der beurlaubte Hochschullehrer nach seiner Zeit als Parlamentarier wieder an die Hochschule zurückkehren will, dann muss die Hochschule ihm dies ermöglichen. Das ist die Gesetzeslage, an die wir gebunden sind«, sagte Rektor Joachim Beck am 19. März auf Medienanfrage. Meuthen muss drei Monate nach dem Ausscheiden aus dem Parlament einen Antrag stellen. »Mit dieser Antragstellung lebt das ursprüngliche Beschäftigungsverhältnis wieder auf. Die Hochschule hat dann selbst drei Monate Zeit, eine adäquate Verwendung als Hochschullehrer sicherzustellen«, so Beck.

RECHTS.GESCHEHEN ruft in Erinnerung, dass bei Meuthen während seines parteipolitischen Engagements die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und der extremen Rechten verschwommen sind. Der AfD-Mandatsträger hat mit dazu beigetragen, dass die Sprache des Sagbaren weit nach rechts geöffnet wurde. Er scheute keine Ausflüge, Kontakte und Freundschaften ins völkisch-nationalistische Lager, bei dem er auch als Redner und Interviewgebender in Erscheinung trat. Meuthen bezeichnete den Rechtsextremisten Björn Höcke als »Freund« und sah über dessen rassistische Theorien von angeblichen »Reproduktionsstrategien« der Afrikaner hinweg. Mehrfach nahm er Höcke gegen Antisemitismus-Vorwürfe in Schutz und lehnte ein Parteiausschlussverfahren gegen diesen ab. Höcke, der die damalige Bundeskanzlerin als »Diktatorin« diffamierte, habe »Lust an provokativen Formulierungen [...]«. Er ist aber kein Rechtsextremist«, so Meuthen 2017 in einem Interview mit der Esslinger Zeitung.

Am 4. Juni 2016 war Meuthen Redner bei der 2. Kyffhäuser-Veranstaltung des extrem rechten und völkischen Höcke-Flügels. Vor Ort hatten sich 500 Personen, darunter exponierte Vertreter der sogenannten Neuen Rechten, wie Götz Kubitschek und Ellen Kositzka, eingefunden. In seiner 20-minütigen Rede sprach Meuthen davon, dass seine Gegner aus dem »Lager der grünen Volkserzieher zu Genderismus und anderen Perversionen des Zeitgeistes« stammen würden. Die Grünen diffamierte Meuthen als »grüne Sprachvergewaltiger«. Auch bei dieser Rede nannte Meuthen Höcke seinen »Freund«.

Vier Tage später, am 8. Juni 2016, hielt Meuthen, frischgebackener AfD-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Baden-Württemberg, seine allererste Rede in einem Parlament. Meuthen beklagte – ganz im Stil der Geschichtsrevisionisten – die angeblich von den anderen Landtagsparteien gegen die AfD geschwungene »Antisemitismus-Keule«. Kurz zuvor waren antisemitische Schriften von Meuthens Fraktionskollegen Wolfgang Gedeon öffentlich bekannt geworden. In diesen bezeichnete der Antisemit Gedeon Holocaustleugner als »Dissidenten« und diffamierte die Erinnerung an den industriell betriebenen Holocaust als »Zivilreligion« des Westens.

Auf dem AfD-Bundesparteitag in Stuttgart verteidigte Meuthen am 30. April 2016 die nationalistische Erinnerungskultur: »Wir fordern [...], die deutsche Erinnerungskultur nicht einseitig auf diese Zeit des Nationalsozialismus auszurichten, sondern sie auch auf die nicht wenigen positiven und identitätsstiftenden Phasen deutscher Geschichte, die es eben auch gibt, auszuweiten. Daran ist aus meiner Sicht nichts, wirklich nichts Verwerfliches.« In seiner Rede wandte sich Meuthen gegen Weltoffenheit »im Sinne eines idiotischen zeitgeistigen Multi-Kulti der kompletten Beliebigkeit« und skizzierte das Ziel der AfD wie folgt: »Wir wollen weg vom links-rot-grün-versifften 68er-Deutschland und hin zu einem friedlichen, wehrhaften Nationalstaat.«

Am 20. Januar 2017 stellte Meuthen im Haushaltsausschuss des baden-württembergischen Landtags einen Antrag, mit dem er der NS-Gedenkstätte Gurs (Memorial National de Gurs) die Fördergelder komplett entziehen wollte. In das 1939 errichtete Lager waren 1940 5.617 Juden aus Baden deportiert worden. Die finanzielle Unterstützung der Gedenkstätte sei »in Zeiten der Haushaltskonsolidierung nicht zu erklären. Die Landesregierung vernachlässigt ihre Kernaufgaben«, lautete die Begründung der AfD zur Streichung des Betrags von 120.000 Euro. Ein weiterer AfD-Antrag vom gleichen Tag zielte darauf ab, dass Zuschüsse für Fahrten zu »Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts« umgewidmet werden für Fahrten zu »bedeutsamen Stätten der deutschen Geschichte«. Eine »einseitige Konzentration« auf zwölf Jahre NS-Unrecht dagegen sei »abzulehnen«.

Auf die Pressemitteilung der AfD zur Gedenkstätte Gurs reagierte die Israelitische Religionsgemeinschaft mit »fassungslosem Entsetzen«. »Die AfD offenbart eine völlige Unkenntnis der furchtbaren Geschichte der Deportation der badischen Juden [...] nach Gurs. [...] Die Erinnerung an die Schoa gehört zu den unumstößlichen Fundamenten der Erinnerungspolitik der Bundesrepublik Deutschland«, führte Rami Suliman, Vorsitzender der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden, aus. Den AfD-Antrag, die Fördermittel für Gurs zu streichen, kommentierte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, der baden-württembergische SPD-MdB Christian Lange: »AfD-Chef Meuthen offenbart damit erneut das offen rechts-extreme Gedankengut dieser Partei. Die Erinnerung an die Verbrechen während des NS-Zeit und das Gedenken an die Opfer der Shoah ist gerade heute wichtiger denn je. Wenn ich mir die Äußerungen von Meuthen, Höcke und Co. anschau, steht außer Zweifel: Wir müssen die Erinnerungsarbeit sogar intensivieren, damit vor allem auch die Jugendlichen lernen, wohin Hass führen kann.« Am 8. Februar 2017 gab Meuthen kund, dass der Änderungsantrag der AfD-Fraktion zur Streichung des Zuschusses für die finanzielle Unterstützung der NS-Gedenkstätte in Gurs zurückgezogen werde. »Dieser Antrag beruhte auf einem Irrtum meiner Fraktion«, so Meuthen.

Bei einer AfD-Demonstration am 27. Mai 2018 in Berlin schimpfte Meuthen auf die »Hofschrannen Angela Merckels« – die Minister, die dem Volk dienen sollten, »aber sie tun das ganz und gar nicht«. Den AfD-Anhängern, 5.000 hatten sich vor dem Brandenburger Tor versammelt, verkündete Meuthen: »Wir erleben die Vergewaltigung unserer Identität und Kultur durch unkontrollierte und behördlich sogar noch illegal unterstützte Massenmigration in unser Land [...]. Wir erleben die Vergewaltigung unserer Sprache, durch ein in unseren Schulen gelehrt und behördlich eingefordertes Gender Gaga, angeordnet von Binnensternen-Volldeppen, die selbst im Bundestag keinen geraden Satz zusammen bekommen, aber grenzdebil feixend dazwischen rufen, wenn unsere exzellenten AfD-Abgeordneten ihnen etwas erklären.«

Seit seinem Wechsel von der Hochschule in die Politik stand Meuthen regelmäßig extrem rechten Blättern Rede und Antwort oder griff selbst für diese zur Feder. In der Jungen Freiheit (JF), dem bekanntesten Sprachrohr der Neuen Rechten, attackierte er 2016 in einem Artikel den öffentlich-rechtlichen Rundfunk: »Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat ausgedient. Dies gilt jedenfalls in der derzeit noch bestehenden zwangsweisen und nicht mehr begründbaren Finanzform. Ziehen wir ihm den Stecker.« Im gleichen Jahr, am 4. Juni 2016, gehörte Meuthen zu den Feiernden des Sommerfestes der JF anlässlich ihres 30-jährigen Bestehens in Berlin.

Die JF will nicht nur Zeitung sein, sondern auch ein politisches Projekt, Vorfeldorgan und Forum einer Bewegung. Verlag und Zeitung haben sich über Jahre hinweg zu den Ideen der sogenannten Konservativen Revolution bekannt, einer antidemokratischen Strömung in der Weimarer Republik. Heute will man laut Selbstdarstellung für einen demokratischen Konservatismus stehen. Seit Gründung der AfD hat sich die JF zunehmend zu einem Sprachrohr der Partei entwickelt. »Wer die Alternative für Deutschland verstehen will, muss die Junge Freiheit lesen,« sagte der AfD-Altvardere Alexander Gauland.

In einem Interview mit dem rechtsextremen Monatsmagazin Zuerst! (Untertitel: »Deutsches Nachrichtenmagazin«) beklagte Meuthen im Oktober 2018 eine »vorherrschende linke Kulturhegemonie«, gegen die sich »erfreulicherweise ein reger Widerstand formiert, weil am Ende die gesellschaftlichen Realitäten schwerer wiegen als linke Hirngespinnste«. Wiederholt bezeichnete Meuthen, so auch in diesem Interview, im Bundestag vertretene demokratische Parteien verachtend als »Kartellparteien«. Ebenfalls in Zuerst! erklärte Meuthen in einem Interview im Januar 2018, dass zwischen Alexander Gauland und ihm »kein Blatt Papier passt, und dabei wird es auch bleiben. Wir kennen uns, wir schätzen uns«. Gauland sinnierte öffentlich über einen »Systemwechsel« im Land und wollte alle Merkel-Unterstützer »aus der Verantwortung vertreiben«.

Zuerst! zählt zum Imperium Lesen & Schenken Verlagsauslieferung und Versandgesellschaft mbH des rechtsextremen norddeutschen Verlegers Dietmar Munier. Verbindungen von AfD-Politikern zu Zuerst! sind im »Gutachten zu tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der AfD und ihren Teilorganisationen« des Bundesamtes für Verfassungsschutz aufgeführt. Meuthen hielt zum 75. Geburtstag von Gauland, der am 20. Februar 2016 in Potsdam gefeiert wurde, die Laudatio. Er pries Gauland als »Pontifex Maximus der Alternative für Deutschland« und nannte ihn einen »intellektuellen Brückenbauer«. Gauland hatte kurz zuvor mit einer Äußerung über den dunkelhäutigen Fußball-Nationalspieler Jérôme Boateng für Empörung gesorgt. »Die Leute finden ihn als Fußballspieler gut. Aber sie wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben«, so Gauland.

Im Mai 2016 wurde Meuthen von der rechtsextremen Monatszeitschrift COMPACT, dem »Magazin für Souveränität«, interviewt. Auf den Hinweis, dass er in den Medien »ja gerne als das ‚brave, bürgerliche Gesicht‘ einer ansonsten gefährlichen Partei« dargestellt werde, »als ein ‚Gemäßigter unter Radikalen‘«, antwortete Meuthen: »Tja, die Medien brauchen ihre Etikettierung, aber das ist natürlich Quatsch. In der Tat bin ich aus ökonomischer Sicht liberal, aber ich bin eben gesellschaftspolitisch genauso konservativ wie es etwa Alexander Gauland ist, da gibt es eigentlich keinen Unterschied. Die Medien haben ihre Etiketten, ich selbst finde meine Positionen gar nicht so brav.« Ausdrücklich betonte Meuthen, dass sein »gemäßigter« Stil sich auf den Südwesten ausrichte, er aber in anderen Bundesländern mit radikaleren Haltungen kein Problem habe: »Mit einer Poggenburg-Linie hier in Baden-Württemberg wäre es problematisch geworden, und mit einer Meuthen-Linie in Sachsen-Anhalt vermutlich auch.«

Propagiert wird in COMPACT, dass die Bundesrepublik nicht souverän, sondern eine »Militärkolonie« der USA sei. Das Hochglanzprodukt COMPACT verbreitet antisemitische Verschwörungstheorien. Der rechtsterroristische NSU um die Neonazis Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe wird als Geheimdienst-Komplotz dargestellt. Das »Volk« ist in der Weltsicht von COMPACT immer das Opfer: Es wird von politischen und ökonomischen Eliten bedroht und betrogen, seine angeblichen Feinde sind wahlweise »Gutmenschen«, »Finanzkapital«, Massenmedien oder die »Kolonialmacht« USA. Zu den Themenschwerpunkten des Blattes gehört die Asyl- und Flüchtlingspolitik – in Kombination mit dem Vorwurf an die sogenannten Altparteien, für den drohenden Untergang Deutschlands verantwortlich zu sein.

In einem Interview mit der Zweimonatszeitschrift Deutsche Geschichte (5/2017) gab Meuthen an: »Wir wollen eine andere Politik machen, da wir die Politik der Regierenden für grundfalsch halten.« Zugleich plädierte er für eine »wertkonservative Gegenbewegung«: »Was die Alt-68er-Bewegung verursacht hat, war die Aufgabe traditioneller Werte und Tugenden, die für das Funktionieren einer Gesellschaft unabdingbar sind, zugunsten einer völligen Beliebigkeit und Wertelosigkeit«, so Meuthen.

Die Zeitschrift Deutsche Geschichte (DG) wurde von der Verlagsgesellschaft Berg mbH (VGB) mit Sitz im bayerischen Gilching verlegt, einem der größten organisationsunabhängigen rechtsextremen Verlage in der Bundesrepublik. In dem Blatt fanden sich geschichtsrevisionistische und militärhistorische Inhalte. Laut Eigenwerbung wollte die DG zum »aufrechten Gang durch die Welt von damals« einladen und »im Buch der Geschichte« blättern, das »alles, aber bestimmt kein Verbrecheralbum« sei.

Im Mai 2018 attackierte Meuthen in einem Artikel der FPÖ-nahen Monatszeitschrift Die Aula die Abgeordneten der CSU im Europaparlament. So sollen diese laut Meuthen »geschlossen für die unbegrenzte Masseneinwanderung« gestimmt haben: »Hier fühlen sich die CSUler, anders als in Deutschland, offensichtlich unbeobachtet – und stimmen deshalb so ab, wie es in der Union mittlerweile erwartet wird.« Meuthen weiter: »Da wundert es nicht, daß auch auf anderen Gebieten interessante Ergebnisse herauskamen.« Besonders schändlich findet Meuthen bei den CSU-Abgeordneten, dass diese »für die verpflichtende gegenseitige Anerkennung der Homo-Ehe auch in denjenigen Mitgliedsstaaten« stimmten, »welche diese gar nicht vorgesehen haben. Sie stimmten für ‚Lehrpläne der Toleranz‘. Sie stimmten für Gender-Unterricht an Schulen ohne elterliches Einverständnis«, empörte sich Meuthen.

Die Zeitschrift Die Aula, im Juni 2018 eingestellt, war eines der ältesten Medien des österreichischen Rechtsextremismus nach 1945. Vor allem aufgrund anhaltender antisemitischer Agitation sorgte die NS-apologetische Monatszeitschrift immer wieder für öffentliche Empörung. Mehrfach wurden verurteilte Neonazis zustimmend als »Volkstumskämpfer« oder »Nationale« verharmlost.

Am 9. September 2018 referierte Meuthen auf der 19. Sommerakademie des neurechten Instituts für Staatspolitik (IfS) in Schnellroda (Sachsen-Anhalt) über seine Erfahrungen als Europaparlamentarier. Beim IfS gehen Mitglieder der vom Verfassungsschutz beobachteten Identitären Bewegung ein und aus. Das Netzwerk des Höcke-Freundes Kubitschek sieht sich im Gegensatz zur Jungen Freiheit weiterhin in der Tradition der Konservativen Revolution stehend. Als geistige Orientierungspunkte benannte Kubitschek unter anderem die Anti-Demokraten Ernst Jünger, Carl Schmitt und Armin Mohler.

Auf die Frage »Mit welchen Themen wird die AfD in den Wahlkampf ziehen?« antwortete Meuthen im Frühjahr 2019 in einem Interview mit der österreichischen Wochenzeitung Zur Zeit (ZZ): »Wir wenden uns stark gegen die weitere Zentralisierung der EU, gegen die schrittweise Entwicklung hin zu den Vereinigten Staaten von Europa.« Lob fand Meuthen für den ungarischen Autokraten Viktor Orban: »Es ist nämlich das Recht der Ungarn und der Regierung Orban, etwa in der Migrationspolitik so zu entscheiden, wie sie das tun.« Meuthen bekennd weiter: »Ich habe eine hohe Meinung von Orban.«

ZZ ist eine Postille mit deutschnationaler Ausrichtung, die unter anderem vom ehemaligen EU-Parlamentarier und FPÖ-Funktionär Andreas Mölzer herausgegeben wird. Interviewt wurde Meuthen vom ZZ-Redakteur Bernhard Tomaschitz, der sich in einer ZZ-Ausgabe daran erfreut, dass »Orban nicht nach der Pfeife des in Brüssel bestens vernetzten US-Spekulanten Soros tanzt«. Antisemitische Rhetorik pur.

Im Mai 2019 hatten sich vor dem Mailänder Dom auf Einladung des rechtsextremen italienischen Innenministers Matteo Salvini von der fremdenfeindlichen Lega Delegationen von elf sogenannten patriotischen Parteien quer durch Europa eingefunden, um den Weg aufzuzeigen, wie die EU in Zukunft aussehen soll. Vor Ort waren unter anderen Meuthen, der niederländische Politiker Geert Wilders (Partei für die Freiheit) und die Französin Marine Le Pen (Rassemblement National). Meuthen betonte in seinem Redebeitrag, dass die Anwesenden keine Anti-Europäer, sondern die echten Europäer seien. »Arrogante Technokraten« hätten Europa zerstört: »Lasst uns diese Eliten auf politischem Weg zu Fall bringen.«

Wenige Stunden vor Beginn des AfD-Parteitages in Braunschweig Ende November 2019 diffamierte Meuthen auf seiner Facebook-Seite sowohl Grüne als auch SPD als »linksradikal«: »Und dass diese Kräfte tatsächlich linksradikal sind, beweisen sie stets aufs Neue, nicht nur mit ihrer zutiefst wohlstandsvernichtenden, deutschlandfeindlichen und damit komplett antibürgerlichen Politik, sondern auch mit ihrer unsäglichen Agitation und Hetze gegen uns als Oppositionsführer im Bundestag.«

Kurz vor Weihnachten 2019 berichtete Meuthen in der Jungen Freiheit über einen Spaziergang durch seine Heimat: »Wenn ich durch die Straßen meiner Heimatstadt gehe, sehe ich den massiven Substanzverlust, den mein Land in den letzten Jahrzehnten erlitten hat. Das Vulgäre, Dreckige, Chaotische, Unverschämte scheint Hochkonjunktur zu haben, im Großen wie im Kleinen. Umgangsformen und Ästhetik spielen keine Rolle mehr. Dekadenzphänomene und kollektiver Disziplinverfall sind Folgen des allgegenwärtigen moralischen Relativismus.« Schuld daran, so Meuthen, sei die »zunehmende, von den vorherrschenden Multikulturalisten systematisch vorangetriebene völlige Heterogenität der Gesellschaft« und der »mangelnde Mumm der Autochthonen, die aus Gründen devoter Kultursensibilität das Eigene zum Maßstab nicht zu erheben bereit« seien.

In einem Interview mit der rechtspopulistischen Online-Ausgabe von Tichys Einblick führte Meuthen im April 2020 aus: »Der Verfassungsschutz schützt seit der Ablösung von Herrn Maaßen und seiner Ersetzung durch Herrn Haldenwang leider nicht mehr primär die Verfassung vor ihren Feinden, sondern die Regierung vor ihren Kritikern.« Ins gleiche Horn wie Meuthen stößt auch die Printausgabe von Tichys Einblick vom April 2024: »Angriff auf die Verfassung. Wie die Ministerinnen Faeser und Paus mit Geheimdienstchef Haldenwang die Grundrechte aushebeln wollen«, prangt auf der Titelseite. Im Editorial des vermeintlich rechtsbürgerlichen Blattes wird den beiden Bundesministerinnen und dem Verfassungsschutzpräsidenten böswillig unterstellt, dass sich hinter deren »'die Demokratie retten'-Geschwurbel« ein »nie da gewesener Anschlag auf Freiheit und Grundgesetz« verberge. Demnach sehe es so aus, »dass sie eine der Grundfesten des Grundgesetzes, die strenge Trennung zwischen Exekutive und Judikative, aushebeln wollen«.

Wenige Wochen vor dem Interview mit Tichys Einblick erklärte Meuthen, dass auch Positionen des völkisch-nationalistischen Flügels Teil der AfD seien. »Zu sagen, der Flügel gehört in seinen Positionen in toto nicht dazu, würde ich für falsch halten«, verkündete Meuthen am Rande eines Sonderparteitags der AfD Baden-Württemberg. »Dazu kenne ich zu viele vernünftige Leute, die sich dem Flügel zugehörig fühlen, mit denen man sehr wohl vernünftig sich austauschen kann.« Der Flügel sei eine signifikante Strömung in der Partei und eingebunden in die AfD, auch wenn er die Positionen nicht immer teile. Im Juli 2019 hatte Meuthen den Flügel als »dezidiert nationalkonservativ, aber auf dem Boden der Verfassung« stehend eingeordnet. Tatsächlich stufte das Bundesamt für Verfassungsschutz den Flügel im März 2020 als gesichert rechtsextrem ein. Die Gruppierung sei eine »erwiesene extremistische Bestrebung«, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richte.

Fragwürdige Wahlkampfhilfen für Meuthen sollen in diesem Artikel keine Rolle gespielt haben. Der Fokus war auf das parteipolitische Engagement von Meuthen zwischen Rechtspopulismus und der extremen Rechten gerichtet. Daher sei abschließend ein letzter O-Ton des ehemaligen langjährigen AfD-Funktions- und Mandatsträgers Meuthen dokumentiert: »Längst findet Rassismus auch gegenüber uns Deutschen statt.« (Facebook-Seite von Meuthen vom Juni 2020).

Inland

Der Blick nach rechts auf der Buchmesse in Leipzig

Von unserem Redaktionsmitglied Anton Maegerle und der Bibliothekarin der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus Petra Schaffrodt

Die Leipziger Buchmesse im März ist der wichtigste Frühjahrstreff der Buch- und Medienbranche und verbindet Leserinnen und Leser, Autorinnen und Autoren, Verlage und Medien – nicht nur aus der Bundesrepublik Deutschland, sondern aus der ganzen Welt. Sie alle kommen nach Leipzig, um die Vielfalt der Literatur zu erleben, Novitäten zu entdecken und neue Blickwinkel kennenzulernen. Auf den Weg nach Leipzig machten sich auch Mitarbeiter der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus (DokRex). Deren Ziel war das deutschstämmige, extrem rechte und/oder verschwörungsmithische Zeitschriften- und Literaturangebot.

Der im südbadischen Freiburg beheimatete Ahriman-Verlag, Sprachrohr des Bundes gegen Anpassung, ist seit Jahren bei den Buchmessen in Frankfurt und Leipzig mit einem großen Verlagsstand präsent. Der antiklerikal und antiamerikanisch ausgerichtete Verlag lässt sich keinem politischen Lager eindeutig zuordnen, hat er doch auch antifaschistische Literatur im Angebot, begreift sich als in der Tradition der Psychoanalyse stehend und beruft sich auf Marx, Lenin, Sigmund Freud und vor allem auf Wilhelm Reich.

Der Bund gegen Anpassung fußt auf der 1974 gegründeten Marxistisch-Reichistischen Initiative (MRI) und der später gebildeten lokalen Bunten Liste. Der Bund gegen Anpassung verfügt mit dem Ahriman-Verlag und der zugehörigen Thanilo Verlags- und Vertriebs-GmbH über eine eigene verlegerische Struktur. Anzeigen schaltet der Ahriman-Verlag mit Vorliebe in der rechtsextremen Zeitschrift COMPACT, der neurechten Jungen Freiheit und den rechtsökologischen Gazetten Die Kehre und Krautzone.

Verschwörungsideologisch ausgerichtet ist der Ahriman-Verlag jedenfalls. Geredet wird über das »Dogma des menschengemachten Klimawandels« oder die »Corona-Diktatur«: »Der Gesinnungsterror, der uns das Auftreten eines grippeähnlichen Virus als ‚Pandemie‘ einbleuen will, die Gesetzlosigkeit und wilde Verordnungswut der Politniks haben die düstersten Zeiten der neueren deutschen Vergangenheit zurückgebracht. In mancher Hinsicht ist die Corona-Diktatur sogar noch übler als ihre historischen Vorgänger, denn einerseits ist sie weltweit, zum anderen verfügt sie über einen technisierten Propagandaapparat, von dem Goebbels nur hätte träumen können.« An anderer Stelle heißt es in fremdenfeindlichen Stil: »Solidarität mit den Opfern der eingeschleusten Vergewaltiger und Mörder, Solidarität mit der AfD! Falsche Flüchtlinge raus!«

Der Weg von der Verschwörung zum Verfolgten- und Opferstatus scheint nicht weit. In Schriften ist zu lesen: »Seit Jahrzehnten weisen wir auf die heimliche Zensur, d.h. Sendungsunterschlagung und Kundenbelügung, sowohl beim Versand (Post) als auch auf elektronischem Weg (Internet) hin«: Nichtantwort »beweist NATO-Postzensur«.

In der Zweimonatszeitschrift Ketzerbriefe, der »Flaschenpost für unangepasste Gedanken«, orakelt Ahriman-Verlags-Guru Fritz Erik Hoevens, ein ehemaliger SDS-Funktionär, über den Angriff der terroristischen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Das »unter sehr seltsamen Umständen von der Hamas 40 km tief in israelischem Gebiet angerichtete Massaker« bezeichnet Hoevens »als eine eingefädelte Provokation«, die einer militärischen Einmischung der USA in der Region über Syrien hinaus zum Vorwand verhelfen soll, eine Endlösung der iranischen Frage durchzuziehen«.

Antisemitische Töne sind bei der Vorstellung des Verlagsprogramms auf der Website zu finden: »Wie die Exilliteratur gegen Hitler, so schlägt (unser) AHRIMAN eine Bresche in die gegenwärtige Gleichschaltung. Er soll das Gegengewicht gegen den Terror unserer Regierungen an der Leine der ‚400 Familien‘ und ihrer weltweiten ‚Medien‘ sein.«

Das Thema Überbevölkerung stand, wie schon im vergangenen Jahr, wieder im Fokus des Verlagsauftritts auf der Leipziger Messe. Massiv beworben wurde das Buch und der Vortrag von Kerstin Steinbach: »Denkverbot Geburtenkontrolle«. Am Verlagsstand erhältlich waren außerdem menschenverachtende Aufkleber mit der Aufschrift »Acht Milliarden sind sieben zu viel. Bevölkerungsreduktion ist der beste Umweltschutz – Gilt auch für Europa!«.

Aus dem nordrhein-westfälischen Duisburg war der Verlag VAWS (= Verlag + Agentur Werner Symanek) angereist. Das etwa Mitte der 1980er-Jahre gegründete Unternehmen (»Buchverlag, Musik-Label, Musikverlag«), in dem der Verlagsinhaber auch als Autor tätig ist, vertreibt Bücher wie »Kriegsausbruch und Kriegsschuld«: Fazit: »[...] dass eine rechtliche Kriegsschuld Deutschlands schlechtweg nicht in Frage kommt.« Oder das Buch: »Tribute. 1,5 Billionen Euro Siegerbeute, Tributzahlungen, Besatzungskosten, Wiedergutmachungen«: »Mehr als 1,5 Billionen Euro deutscher Tributzahlungen und Wiedergutmachungsleistungen in 100 Jahren. Das ist die traurige Bilanz dieses

Buches. Eine Summe, die nach aktuellen Zahlen für 30 Jahre Kindergeld an unserem Volk ausreichen würde.« Im Buch »Apokalyptische Söldner?« soll das »große kapitalkräftige Netzwerk« hinter den »Klimaaktionen in Deutschland« und die »Destabilisierung des nahen Ostens« enttarnt werden.

Schwerpunkt des Musikprogramms von VAWS-Musicfactory bildet der Dark-Wave-Gothic-Bereich. Im Angebot findet sich Musik der extrem rechten Neofolkband Von Thronstahl. Auf deren CD (»E Pluribus Unum«) beschwören die von Synthesizer-Klang begleiteten martialischen Gesangs- und Sprechpartien eine Untergangsstimmung, vor deren Hintergrund der Aufruf zum heroischen Kampf ergeht.

Werner Symanek ist Vorstandsmitglied des in Oberhausen ansässigen Vereins Freundeskreis Unabhängige Nachrichten. Dieser gibt die seit 1969 existente Monatszeitschrift Unabhängige Nachrichten (UN) heraus, für die am VAWS-Verlagsstand geworben wurde. Die Herausgeber unterstellen, dass die bundesdeutsche Presselandschaft einseitig berichte und gleichgeschaltet wirke. Die Unabhängigen Nachrichten würden hierzu ein »Gegengewicht« darstellen. Gefordert wird darin: »Stoppt umgehend den ungesteuerten Zuzug – De-Migration sofort!« Beschworen wird der »Kampf für das Existenzrecht des deutschen Volkes«. Die Postfachanschrift von VAWS ist mit der des UN-Leserdienstes in Duisburg identisch.

Für das rechtsklerikale Angebot bei der Buchmesse sorgte die Deutsche Vereinigung für eine christliche Kultur e.V. (DVCK, Mühlheim am Main). Deren Stand wird seit Jahren vom Junge-Freiheit-Gelegenheitsautor Mathias von Gersdorff betreut. Gersdorff warnt davor, dass die in Berlin regierende Ampel »unvermindert die Errichtung einer totalen Gender-Republik« anstrebe. Mit der »abstrusen Gender-Ideologie« sollen »Biologie und Vernunft« ersetzt werden. O-Ton Gersdorff im Namen der Aktion Kinder in Gefahr: »Die Gender-Lobby wird nicht ruhen, bis Gender in Deutschland zur offiziellen Staatsdoktrin erhoben wird.«

Gersdorff, so die rechtsextreme Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft (SWG), habe es sich »seit 1993 zur Aufgabe gemacht, die Öffentlichkeit über Pornographie, Gewaltverherrlichung und Gender an den Schulen aufzuklären und vor den Gefahren zu warnen«. Vor Jahren warnte Gersdorff außerdem vor der »Homo-Ehe«. »Empörung und Entsetzen« empfinde man darüber, »wie die rotgrüne Koalition die Homo-Ehe im Bundestag durchgesetzt« habe und »eine radikale Kulturrevolution nach den Maximen der 68er Studentenrevolte« betreibe, so Gersdorff, der in Chile geboren wurde.

Gersdorff ist Vorstandsmitglied des Büros Deutschland des Vereins Tradition, Familie und Privateigentum (TFP). Die extrem rechte Sekte TFP wurde 1960 von dem Brasilianer Plínio Corrêa de Oliveira gegründet, »um sich weltweit gegen den Kommunismus und die katholische Linke zu stellen«, die Befreiungstheologie innerhalb der katholischen Kirche zu bekämpfen und nach den Worten des Gründers für eine »sakrale, anti-egalitäre und anti-liberale christliche Kultur« einzutreten.

Am Messestand von Gersdorff war auch der Jahreskalender 2024 der TFP-Aktion »Das Herz Jesu Apostolat für die Zukunft der Familie« ausgelegt. Während rechtsklerikale Kreise im Regelfall die Wurzel des Bösen in der Zeit der Französischen Revolution von 1789 verorten, geht TFP zeitlich weiter in die Vergangenheit zurück: Demnach habe der »hinterhältige Prozess der Entchristlichung der Gesellschaft« ihren Anfang gegen Ende des 15. Jahrhunderts genommen, »als ein anthropozentrischer, neuheidnischer Humanismus Fuß zu fassen begann«. Dessen Ziel sei es gewesen, nach und nach das Christentum durch ein »gottloses ‚Reich des Menschen‘ zu ersetzen«.

Einen kürzeren Anreiseweg nach Leipzig hatte die in Dresden ansässige Edition BuchHaus Loschwitz der Buchhändlerin Susanne Dagen. Dagen, seit 2019 Stadträtin für die extrem rechten Freien Wähler in Dresden und zeitweilig Kuratoriumsmitglied der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung, arbeitet Eigenbekunden zufolge mit den einschlägigen Verlagen Antaios, Jungeuropa und CATO zusammen. In einem Interview sagte Dagen: »Dass ich eine Freundin von Ellen Kositzka bin und Ellen Kositzka die Frau von Götz Kubitschek ist und der den Antaios-Verlag und das Institut für Staatspolitik führt. Das sei ja alles so wahnsinnig rechts. Es ist vielleicht rechts. Aber nicht so, dass es eine Grenze überschreitet.«

Buchautor der Edition ist der vormalige Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen (LfVT), Helmut Roewer. Der Titel seines Machwerkes lautet »Corona-Diktatur. Der Staatsstreich von Merkel, Christunion & Co 2020/21«. In dem Buch schreibt Roewer: »Der Berichts-Kern dieses Buches stellt sich zum Zeitpunkt seiner Reinschrift so dar, dass unsere politische Klasse unter der Herrschaft der Bundeskanzlerin Angela Merkel durch Ausnutzung der Corona-Krise den Rubikon vom demokratischen Rechtsstaat zum diktatorischen Maßnahmestaat überschritten hat.« Der einstige Verfassungsschützer weiter: »Trump wurde durch einen gigantisch zu nennenden Wahlbetrug seines Amtes beraubt. Das war nur deswegen möglich, weil das amerikanische Establishment des einen Prozents der Alles-Besitzenden den seit vier Jahren andauernden Putsch gegen Trump mit Entschlossenheit zum Abschluss brachte. Es ersetzte den Präsidenten durch eine amtsunfähige Mario-

nette. Das wurde vom Mainstream als glänzender Sieg gefeiert. Deutschlands polit-medialer Komplex feierte mit.« Auf den Spuren einer globalen Weltverschwörung wandelnd, fabuliert Roewer: »Es sind die Matadore der Grusel-Veranstaltungen von Davos, die den Versuch unternehmen, die Reichen und Superreichen dieser Welt auf den Kurs einzuschwören, den sie mit Formeln von Nachhaltigkeit, Klimagerechtigkeit und Fairness umschwurbeln. [...] Das Ziel dieser Phantasten heißt Chinesische Verhältnisse. Das bedeutet im Klartext: Entmündigung des Individuums, seine digitale Totalüberwachung und die absolute Herrschaft der Berufenen.«

Aus dem niedersächsischen Seesen (Landkreis Goslar) war der Bund für deutsche Schrift und Sprache e. V. (BfdS) zugegen. Dieser »sieht seine Aufgabe darin, deutsche Sprache und Schrift als unersetzliche Kulturgüter zu pflegen und zu erhalten«. Für Sprachinteressierte wird im Verzeichnis lieferbarer Veröffentlichungen des BfdS die 16-seitige Schrift »Glanz und Elend der deutschen Sprache« von Richard W. Eichler empfohlen, »um die Entwicklung und Vielfalt der deutschen Sprache besser verstehen zu können«. Der 2014 verstorbene Kunsthistoriker galt in Kreisen der extremen Rechten »als unumstrittener Experte in Kunstfragen«. In der geschichts- und gebietsrevisionistischen Zeitschrift Deutschland in Geschichte und Gegenwart (DGG) aus dem Hause des holocaustleugnenden Grabert-Verlages (Tübingen) bestritt er jahrelang das »Kunst-Forum« und formulierte dort seine gegenkulturellen Prämissen aus. Als Ursache für den angeblichen Verlust der Schönheit in der Kunst nannte Eichler die »in Jalta festgeschriebene Weltunordnung«. Die Homepage des Bundes für deutsche Schrift und Sprache e. V. verlinkt auf die Zeitung Deutsche Sprachwelt und den Verein Deutsche Sprache (VDS).

Sichtlich stolz teilt der VDS nach dem diesjährigen Ende der Buchmesse auf seiner Homepage mit, dass man am vereinseigenen Stand »viele Sprachinteressierte und auch Autoren begrüßen« konnte: »Immer wieder bildeten sich Mensentrauben vor dem VDS-Stand.« Der VDS wendet sich gegen die übermäßige Verwendung von Anglizismen und gegen das Gendern. Bundesweite Schlagzeilen lieferte der VDS zum Jahresende. Aufgrund von Recherchen zu einem »Remigrations«-Vernetzungstreffen extrem Rechter im Landhaus Adlon in Potsdam musste das VDS-Vorstandsmitglied Silke Schröder wegen ihrer Teilnahme zurücktreten. An dem konspirativ durchgeführten Treffen hatten im November 2023 unter anderem bekannte Rechtsextremisten wie Martin Sellner, einzelne AfD-Funktionäre sowie einzelne Mitglieder der CDU und der stramm rechten Werteunion teilgenommen.

Der Verein für Sprachpflege e. V. (Postfachanschrift in Erlangen), ein Steinwurf vom Stand des Bundes für deutsche Schrift und Sprache e. V. auf dem Messegelände entfernt, ist Herausgeber der vierteljährlich in einer Auflage von 25.000 Exemplaren erscheinenden Zeitschrift Deutsche Sprachwelt (DSW). Vereinsvorsitzender und zugleich Schriftleiter des Blattes, das erstmals im Jahr 2003 einen Stand in Leipzig betrieb, ist Thomas Paulwitz. Paulwitz untersuchte auf einem Jahreskongress der Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) das Verhältnis von Sprache und Nation und geißelte den Gebrauch vieler Fremdwörter. Die von ehemaligen SS-Offizieren und NS-Funktionären gegründete GfP ist die mitgliederstärkste rechtsextreme »Kulturvereinigung« und das größte überparteiliche Sammelbecken von rechtsextremen Verlegern, Redakteuren, Publizisten, Schriftstellern und Buchhändlern in der Bundesrepublik.

»Querdenken« – eine »Misstrauensgemeinschaft«

Von Miriam Exner

Als Reaktion auf die Aufforderung, eine Maske zu tragen, erschoss ein Mann in Idar-Oberstein im September 2021 einen Tankstellenmitarbeiter. Wie sich durch das Untersuchen seiner Online-Accounts herausstellte, stand der Täter der »Querdenken«-Bewegung nahe.

Der Mord steht symbolhaft für die Radikalisierung der »Querdenken«-Szene, welche seit April 2021 im eigens kreierten Phänomenbereich »verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates« durch den Bundesverfassungsschutz beobachtet wird. Tiefes Misstrauen gegenüber politischen Akteuren und Institutionen eint die Bewegung. In meiner Bachelorarbeit bin ich der Frage nachgegangen, welche Rolle dieses politische Misstrauen in der Querdenken-Bewegung spielt und welche Dimensionen es hat.¹

Für eine funktionierende Demokratie ist Vertrauen unerlässlich. Es führt zur Gesetzestreue und zur Bildung einer kollektiven Identität. Für den Politikwissenschaftler David Easton muss sowohl Unterstützung in die *authorities* als auch in das *regime* gegeben sein, um die Stabilität eines politischen Systems nicht zu gefährden. Als *authorities* bezeichnet er die Inhaber von politischen Ämtern, welche von ihren Rollen selbst – dem *regime* – zu unterscheiden sind.² Während es in der Demokratietheorie unterschiedliche Auffassungen gibt, wie stark das Vertrauen der Bürgerinnen in Institutionen und Akteure sein sollte, ist es anerkannt, dass zu großes Misstrauen ein politisches System gefährdet. Misstrauen sollte jedoch nicht als das Gegenteil von Vertrauen verstanden werden – dies wäre wohl eher Nichtvertrauen. Misstrauen beschreibt eine zynische Haltung, die politischen Akteuren und Institutionen eine böse Natur unterstellt.

Früh nach Einführung der ersten Corona-Maßnahmen gründete sich in Stuttgart die Initiative »Querdenken-711«. Ein Demonstrationsgeflecht mit Ablegern in fast allen größeren deutschen Städten baute sich auf. Die erste Kundgebung im April 2020 trug den Namen »Mahnwache für das Grundgesetz«. Auch online findet die Bewegung statt – maßgeblich auf Telegram, YouTube und WhatsApp. In den Jahren 2021 und 2022 blieben die Querdenker aktiv, wenn auch mit geringeren Teilnehmerzahlen.

Querdenken weist zwei markante Merkmale auf: Sowohl die soziale Zusammensetzung der Teilnehmerinnen als auch die von ihnen vertretenen Inhalte zeichnen sich durch enorme Heterogenität aus. Eine ungewöhnliche Mischung kommt in der Querdenken-Bewegung zusammen: Akteure der rechten Szene, Familien mit Kindern, Friedensaktivistinnen etc. Weder ein politisches Programm noch eine Ideologie scheint die Protestteilnehmer zu einen. Was die parteipolitische Verortung betrifft, so ist eine Tendenz nach rechts festzustellen. Davon profitierte vor allem die AfD, die schon im Jahr 2020 nach kleineren Parteien am meisten Zuspruch von den Querdenkern erhielt.

Zentrale Argumente der Querdenkerinnen sind die Relativierung der Gefährlichkeit von Corona, die Überzeugung von der Schädlichkeit der Gegenmaßnahmen und die Besorgnis um eine vermeintliche Errichtung einer Diktatur durch die Einschränkung von Grundrechten. Ein großer Kontrast liegt in der Koexistenz von anthroposophischen und rechtsextremen Denkweisen. Viele der Querdenker sehen in den Corona-Maßnahmen einen Angriff auf die körperliche Selbstbestimmung und haben eine impfkritische Einstellung. Auf der anderen Seite teilt Querdenken mit der extremen Rechten Narrative, wie beispielsweise den Verdacht auf Desinformation durch die Medien – Stichwort »Lügenpresse«. Besonders mit dem Rechtspopulismus gibt es Gemeinsamkeiten: Man sieht sich als das »gute Volk« im Gegensatz zu einer »korrupten Elite«. Dies führt zu einer Selbststilisierung als Widerstandskämpferinnen – und gleichzeitig zu einem Rückzug in die Opferrolle.

Verbreitet sind zudem Ansichten der sogenannten »Reichsbürger«, welche sich ebenfalls an den Demonstrationen beteiligten. Geteilt wird die Überzeugung, der deutsche Staat würde illegitim agieren oder sogar existieren.

Nicht zu unterschätzen ist schließlich die Bedeutung von – mitunter antisemitischen – Verschwörungsideologien in der Querdenken-Bewegung. Viele der Teilnehmerinnen glauben an den sogenannten »deep state« oder den angeblichen »großen Austausch«, bei dem »Eliten« die weiße Bevölkerung durch Immigranten ersetzen sollen.

¹ Der nachfolgende Text ist eine Zusammenfassung meiner Bachelorarbeit im Fach Sozialwissenschaften an der Universität Stuttgart (2022).

² Easton, David. 1965. *A Systems Analysis of Political Life*. New York: John Wiley & Sons, Inc.

Was eint also diese so heterogene Bewegung? Die Querdenker sind in einem fundamentalen politischen Misstrauen verbunden. Die überaus unterschiedlichen Teilnehmer finden in dieser Grundeinstellung einen Minimalkonsens – sie bilden eine »Misstrauensgemeinschaft«.³ Gegen wen sich dieses Misstrauen richtet und aus welchen Gründen, war zum Zeitpunkt meiner Analyse noch nicht systematisch untersucht worden. Ziel meiner Analyse war daher, die Dimensionen des Misstrauens unter den Querdenkerinnen zu erfassen. Dafür habe ich Chatverläufe der offiziellen Querdenken-Telegram-Gruppen aus jeweils zwei Städten – Konstanz und Cottbus – vom November 2020 analysiert.

Im Rahmen einer strukturierenden Inhaltsanalyse habe ich die einzelnen Beiträge der User in ein deduktiv erstelltes Kategoriensystem eingeordnet. Auf einer eigens kreierten Misstrauensskala habe ich die Stärke der geäußerten Einstellung und gegen wen es sich richtet, erfasst – also entweder politische Akteure oder ganze Institutionen. Im Falle einer skeptischen oder misstrauischen Haltung wurden ebenso die dahinterliegenden Motive erfasst.

Die qualitative Inhaltsanalyse der Telegram-Chats brachte folgende Ergebnisse: Das Thema Misstrauen ist überaus dominant in den Querdenken-Gruppen. Fast jede zweite Aussage im Chat beinhaltet Misstrauen. Eine Aussage, die politisches oder gesellschaftliches Vertrauen ausdrückt, konnte kein einziges Mal gefunden werden. Die Querdenker definieren sich geradezu über ihre misstrauische Einstellung. Ein Mitglied der Konstanzer Gruppe gab sich beispielsweise selbst den Usernamen »Skeptikerin«. All dies bestätigt die Annahme, dass Querdenkerinnen zur Selbststilisierung als Kritiker und Widerstandskämpfer neigen und diese Rollen als zentrales Identifikationsangebot wahrnehmen.

*»wir sind kritisch, wir sind gesellschaftskritisch, wir sind kritisch gegenüber der Regierung«
(Chat Cottbus)*

Was die Objekte dieses Misstrauens betrifft, so bleiben die Beiträge vage. Wenn es klar benannt wird, so handelt es sich überwiegend um *authorities* im Sinne Eastons, also um die aktuellen Politiker. Auch gegenüber dem *regime* hegen die Querdenkerinnen Misstrauen. Besonders betroffen hiervon sind die Medien. Sie werden der falschen Berichterstattung bezichtigt oder es wird ihnen vorgeworfen, »gemeinsame Sache« mit der Politik zu machen sowie absichtlich Panik zum Thema Corona zu verbreiten.

*Ach wie schön diese GEZ Medien lügen ...
27 Gegendemonstrationen.
Es waren insgesamt 27 Demonstrationen.*

*[-]
Herzlichen Glückwunsch Systempresse der DDR.
(Chat Konstanz)*

Neben den Medien ist es auch die Wissenschaft, der die Querdenkerinnen zutiefst misstrauen. Dies äußert sich in Anfeindungen gegen Wissenschaftlerinnen, aber auch im Negieren allgemein anerkannter wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Generell gilt das Misstrauen in der Querdenken-Bewegung jedoch weniger stark den Verfassungsorganen wie Bundestag oder -regierung oder den Parteien. Daraus lässt sich schließen, dass die Querdenker keine Kritik am institutionellen Aufbau des politischen Systems üben möchten, sondern vielmehr an den politischen Amtsinhaberinnen und ihrer aktuellen Politik. Seltener wird jedoch auch das gesamte politische Regime zum Objekt politischen Misstrauens. Manche Äußerungen suggerieren, dass der gesamte Staat in den Aufbau einer Diktatur verstrickt sei oder die Souveränität der BRD wird generell geleugnet.

*»Die BRD ist kein Staat und muss runter vom deutschen Boden, damit wir endlich frei werden!«
(Chat Cottbus)*

Mit Blick auf die unter den Querdenkern vertretenen Motive für die Skepsis bzw. das Misstrauen ist generelle Unzufriedenheit das am stärksten vertretene. Ein weiteres starkes Motiv ist Verschwörungsglaube. Wortspiele wie »Plandemie« deuten an, dass die Pandemie künstlich kreiert sei und das

³ Pantenburg et al. 2021. Wissensparallelwelten der »Querdenker«. In: Die Misstrauensgemeinschaft der »Querdenker«. Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive, hrsg. von Sven Reichardt, Frankfurt: Campus Verlag, S. 29-66, hier S. 31.

Corona-Virus nicht existiere. Die starke Präsenz von Verschwörungsnarrativen sorgt auch dafür, dass zwar großes Misstrauen geäußert, dieses aber keinem spezifischen Objekt zugeordnet wird. Dies liegt daran, dass Verschwörungsideologien unklare Vermutungen beinhalten und somit keine präzisen Akteure benennen.

Zwar werden vereinzelt Begriffe aus dem rechtsextremistischen Milieu benutzt und eine gewisse Nähe zur AfD durch das Teilen von Beiträgen ihrer Parteiangehörigen festgestellt, eine profunde rechtsextremistische Einstellung konnte die Analyse jedoch nur ein einziges Mal als Motiv für Misstrauen ausfindig machen. Rechtsextremismus scheint unter den Querdenkerinnen nicht die Hauptmotivation des Misstrauens zu sein. Hier bestätigen sich die Beobachtungen von Nachtwey et al., dass rechtsextreme Ansichten zwar von den Querdenkern übernommen werden, jedoch unter ihnen nicht mehrheitsfähig sind.⁴

Die Studie zeigt, dass Querdenken eine heterogene Bewegung ist, die Misstrauen sowohl gegenüber Autoritäten als auch dem politischen System hegt. Die Hauptmotivation scheint die Unzufriedenheit mit der aktuellen Politik zu sein. Tiefer Verschwörungsglaube und Extremismus in Teilen der Bewegung bergen demokratiefeindliche Tendenzen. Die Ironie liegt darin, dass sich viele Querdenker jedoch als demokratische Widerstandskämpferinnen sehen. Eine Radikalisierung innerhalb der Bewegung ist bereits erkennbar und sollte als Bedrohung für die Demokratie ernst genommen werden.

⁴ Nachtwey, Oliver, Nadine Frei und Robert Schäfer. 2020. Politische Soziologie der Corona-Proteste, Working Paper. Basel: Universität Basel.

Meinung

Fabian Virchow ist Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule Düsseldorf und Leiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA).

Keine Angst vor dem AfD-Verbot!

Von Fabian Virchow

Die Diskussion um Notwendigkeit, Nutzen und Gefahren eines Verbots der AfD nimmt zu. Das ist eine sinnvolle und sorgfältig zu führende Auseinandersetzung angesichts des Erstarkens der AfD und einer Demokratiegefährdung, wie sie in den letzten sieben Jahren nicht zu beobachten gewesen ist. Folgende Fragen sollten im Mittelpunkt stehen: Ist ein Verbot einer Partei, die bei einem erheblichen Teil der Wähler*innen Unterstützung findet, undemokratisch? Ist ein Verbot begründbar? Hat ein Verbotsausschuss Aussicht auf Erfolg? Gibt es negative Wirkungen eines Verbotverfahrens? Gibt es Alternativen?

Tatsächlich ist das Verbot einer Partei ein erheblicher Eingriff in die Parteiendemokratie und den Prozess der politischen Willensbildung; er ist daher nicht leichtfertig vorzunehmen. Dass es bisher nur sehr wenige entsprechende Verfahren gab, ist auch als Indiz zu verstehen, dass dies verstanden worden ist. Zugleich darf nicht übersehen werden, dass sich die AfD entsprechend des zunehmenden Zuspruchs bei Wahlen auch in den Strukturen des Staates ausbreitet, unter anderem in Universitäten und Schulen, in der Polizei, in der Justiz und in den gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften. Die aktive Verteidigung der demokratischen Institutionen wird entsprechend immer schwieriger. Es macht eben tatsächlich einen substanziellen Unterschied, ob es in einer Gesellschaft »nur« rassistische, antisemitische, misogynen Einstellungen gibt – oder ob diese in organisierter Form auftreten und auf vielerlei Ebenen Einfluss gewinnen. Schon die NPD formulierte: »Der organisierte Wille bedeutet Macht!«

Kriterien für ein Verbot

Im Januar 2017 legte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil im zweiten Verbotverfahren gegen die NPD sein Urteil vor. Wie bereits bei früheren Verfahren modifizierte das Gericht die Kriterien für ein Verbot. Zwar jubelte die NPD darüber, dass sie nicht verboten wurde, aufmerksame Beobachter*innen der extremen Rechten notierten freilich, dass das Gericht deutlicher als zuvor Rassismus und ethnisch definierte Volkszugehörigkeit als zentral für die Einstufung als verfassungswidrig markiert hatte – und dies zukünftig auch für die AfD ein Problem werden könne.

Verfolgt man die programmatische Entwicklung der AfD, ihre Radikalisierung und die öffentlichen Äußerungen ihres Personals, dann gibt es wenig Zweifel, dass die AfD einen völkischen Nationalismus vertritt, der impliziert, dass Minderheiten ausgegrenzt, verächtlich gemacht und weitgehend rechtlos gestellt werden sollen. Entsprechende Forschungen zur Verweigerung elementarer Rechtsgleichheit liegen seit Jahren vor: Die AfD »akzeptiert die Würde des Menschen im Sinne des Artikel 1 Absatz 1 GG nicht, sondern bekennt sich zum Vorrang eines nationalvölkisch definierten Volks. Sie negiert den sich aus der Menschenwürde ergebenden Achtungsanspruch eines jeden Menschen und zielt auf einen rechtlich abgewerteten Status für alle Menschen, die nicht zum nationalvölkisch definierten ‚Volk‘ gehören«. Zunehmend wird dies auch von den Innenministerien der Länder und im Bund konstatiert. Den entsprechenden Einstufungen hat die AfD auch auf juristischem Wege zu widersprechen versucht, ist damit aber weitgehend gescheitert. Dies deutet auf eine solide Beweislage hin.

Dass die AfD trotz gegenteiliger Beteuerungen Wesenselemente der demokratischen Verfasstheit beseitigen will, lässt sich aus der fortwährenden Verächtlichmachung demokratischer Akteur*innen und Institutionen ebenso schlussfolgern wie aus der Inszenierung als Widerstandsbewegung. Betrachtet man die verschiedentlich geleakten Chat-Gruppen, an denen Bundes- und Landtagsabgeordnete der AfD beteiligt waren und in denen offen zum Umsturz aufgerufen wurde, so kann an einer entsprechenden kämpferisch-aktiven Einstellung kaum gezweifelt werden.

Nutzen eines Verbots

Mit der zuvor vielfach zersplitterten extremen Rechten ist der AfD ein handlungs- und diskursmächtiger Akteur zugewachsen. Die AfD hat über ihre parlamentarischen Vertretungen privilegierten Zugang zu Informationen, die sie unter anderem einsetzt, um demokratische Initiativen und Projekte einzuschüchtern und ihnen die Finanzmittel zu entziehen; die Partei verfügt – zu einem beträchtlichen Maße aus Steuermitteln – über umfangreiche finanzielle Mittel, die sie nicht nur für wirksame und flächendeckende Propaganda nutzt, sondern mit denen sie auch andere extrem rechte Projekte

unterstützt und Kadern der außerparlamentarischen extremen Rechten Jobs verschafft; als Partei hat die AfD privilegierten Zugang zu Medien (zum Beispiel Sommerinterviews im öffentlich-rechtlichen Rundfunk) und Sendezeiten während der Wahlkämpfe – und ihren Abgeordneten wird für rassistische und queerfeindliche Hetze weitgehende Immunität gewährt. Ihre Vertreter*innen sitzen in immer mehr Aufsichts- und Kontrollgremien, die Möglichkeiten unmittelbarer Machtausübung (zum Beispiel Sperrminoritäten, Gesetzgebung) nehmen unübersehbar zu.

All das würde die Partei mit einem Verbot verlieren. Der gesamten extremen Rechten wären maßgebliche Teile ihrer Infrastruktur, der finanziellen Mittel und ihres bezahlten Personals genommen. Nicht zuletzt wäre ein deutliches Signal gesetzt, dass eine Partei mit dieser Programmatik und Zielsetzung nicht zum demokratischen Spektrum gehört.

Einwände gegen das Verbot

Gegen das Verbot der AfD wird betont, dass dadurch keine Änderung der Einstellungen zu erwarten und vielmehr die politische Auseinandersetzung zu suchen sei. Im Kern geht es bei einem Verbot auch nicht um die Änderung von Einstellungen, sondern um die Beseitigung einer extrem rechten, menschenrechtsfeindlichen Organisation. Die politische Auseinandersetzung bleibt – völlig unabhängig von einem möglichen Verbotsverfahren – zentrale Aufgabe. Allerdings bleibt das so lange eine politische Phrase, wie nicht erklärt wird, was darunter konkret zu verstehen ist. Die Übernahme von AfD-Positionen – etwa durch die Verschärfung der asylpolitischen Maßnahmen – stellt jedenfalls keine Auseinandersetzung dar, sondern eine Affirmation. Entsprechend gering sind die Chancen, auf diesem Wege Wähler*innen von der AfD zurückzugewinnen.

Beim jüngsten Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster um die Frage, ob die AfD als rechtsextremistischer Verdachtsfall vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) geführt werden darf, spielte erneut die Frage eine Rolle, ob und in welchem Umfang die Nachrichtendienste V-Personen in der AfD haben. Dies war Grund des Scheiterns des ersten Verfahrens gegen die NPD im Jahr 2003. In dieser Hinsicht ist zum einen darauf zu verweisen, dass durch die massive Nutzung von Social-Media-Plattformen durch die AfD die Notwendigkeit der Sammlung von Fakten, die die Verfassungswidrigkeit der AfD beweisen, durch V-Leute deutlich zurückgegangen ist. Zudem bleibt zu hoffen, dass die Innenministerien den oben genannten Fehler nicht wiederholen.

Immer wieder wird die Befürchtung geäußert, dass die AfD die Zeit des Verfahrens nutzen wird, um sich als Opfer darzustellen und Solidarität einzuklagen. Sie wird dies – ähnlich, wenn auch mit deutlich mehr finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet als die NPD – auch mit juristischen Schritten verbinden. Daran gibt es keinen Zweifel. Diesen Aspekt jedoch zum Fixpunkt des eigenen Handelns zu machen, reduziert die Handlungsmöglichkeiten dramatisch. Ob Einstufung als ‚gesichert rechtsextremistisch‘ durch die Innenministerien, ob breiter antifaschistischer Protest gegen die Deportationsprogrammatik der AfD, ob Nichteinladung in Talkshows – die Inszenierung als Opfer gehört zum Standardprogramm der AfD. Sich davon abhängig zu machen, ist ein Irrweg. Das heißt gleichwohl nicht, diese Frage zu ignorieren. Sie berührt grundsätzlich die Aufgabe der politischen Auseinandersetzung und bedeutet konkret, in der Diskussion um ein Verbot der Partei und für die gesamte Zeit eines solchen Verfahrens deren Verfassungswidrigkeit (Programm, Strategie und Auftreten) einer breiten Öffentlichkeit immer wieder im Detail zu belegen und zu erklären. Die AfD wird dafür immer wieder Anlässe liefern – auch die jüngste Recherche des Bayerischen Rundfunks zur Vielzahl von Rechtsextremen unter den Mitarbeiter*innen der AfD-Abgeordneten ist dafür ein gutes Beispiel.

Alternativen?

Das Verbot der AfD-Jugendorganisation, die Auflösung einzelner Landesverbände sowie der Entzug der Grundrechte für einzelne AfD-Politiker*innen, zuvorderst Björn Höcke, nach Artikel 18 des Grundgesetzes tauchen in der öffentlichen Debatte als weitere Handlungsoptionen auf. Letztgenannter Ansatz ist in der Geschichte der Bundesrepublik vier Mal erfolglos gegen extrem rechte Politiker genutzt worden. Auch diese Verfahren dauerten mehrere Jahre, bevor die Anträge vom Bundesverfassungsgericht abschlägig beschieden wurden. Die oben genannten Einwände, etwa hinsichtlich einer möglichen Solidarisierung, gelten entsprechend, allerdings wären die negativen Wirkungen auf die extreme Rechte sehr viel bescheidener.

Nach dem Verfahren

Die NPD wurde im Jahr 2017 zwar höchstrichterlich als verfassungswidrig eingestuft, aber aufgrund ihrer politischen Bedeutungslosigkeit nicht verboten. Letzteres ist bei der AfD nicht zu erwarten. Eine Zurückweisung eines Verbotsantrags gegen die AfD durch das Bundesverfassungsgericht wäre ein deutlicher Erfolg für die Partei. Dies unterstreicht noch einmal, wie bedeutsam es bleibt, eine systematische und kontinuierliche inhaltliche Kritik an der AfD zu führen. Diese bleibt freilich in ihrer Wirkung begrenzt, solange es dem demokratischen Spektrum nicht gelingt, Vertrauen durch eine gerechtigkeitsorientierte Politik zurückzugewinnen.

Mit einem Verbot der Partei würde diese aller Strukturen und materiellen Ressourcen mit sofortiger Wirkung verlustig gehen. Eine Fortsetzung der Tätigkeit steht unter Strafe; dies träfe ggfs. auf eine niedrige vierstellige Zahl von AfD-Funktionären zu. Es wäre flächendeckend Aufgabe von Bürger*innenkomitees, entsprechende Versuche zu erkennen, öffentlich zu machen und Konsequenzen zu fordern. Auch der Eintritt in und die Übernahme anderer extrem rechter oder national-konservativer Parteien wäre mit Blick auf Nachfolgeaktivitäten und deren Verbot zu beobachten. Zwar kann die Partei vor europäische Gerichte ziehen, aber bis zu deren Entscheidung darf die Partei die Strukturen nicht fortführen. Das Verbot würde die organisierte extreme Rechte nicht verschwinden lassen, aber ihrer zentralen Ressourcen berauben und die Zersplitterung wieder herstellen.

Es spricht viel für ein Verbot(sverfahren) gegen die AfD. Nicht zuletzt: Der Verzicht auf ein Verbotsverfahren trägt die Gefahr in sich, diese Partei der Menschenrechtsfeinde zunehmend zu normalisieren.

Rezension

Philipp Peyman Engel

Deutsche Lebenslügen.**Der Antisemitismus, wieder und immer noch.**

München (dtv) 2024

Von unserem Redaktionsmitglied Anton Maegerle

Die Bundesrepublik Deutschland ist kein sicherer Ort mehr für Juden. Das ist das Fazit des Journalisten Philipp Peyman Engel zur Lage der Juden in Deutschland nach dem 7. Oktober. Auf knapp 200 Seiten seines faktengeprägten und zugleich persönlichen Buches »Deutsche Lebenslügen« berichtet Engel, wie er den wachsenden Antisemitismus unterschiedlicher Schattierungen erlebt.

Engel, Chefredakteur der Jüdischen Allgemeinen, dem wichtigsten Medium des deutschen Judentums, ist Sohn einer persischen Jüdin und eines deutschen Vaters. Seit dem 7. Oktober »ist nichts mehr, wie es war«, schreibt der 1983 im westfälischen Herdecke geborene Engel wenige Monate nach dem Massaker an mehr als 1.200 Israelis. Seit dieser von Engel als »Zeitenwende« beschriebenen Lage ist die Bedrohung der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland so akut wie nie. Seit diesem »dunkelsten Tag« in der Geschichte des jüdischen Volkes seit der militärischen Befreiung vom Nationalsozialismus bricht nun offen aus, was längst vorhanden war: Judenhass durch Rechts-extremisten, Muslime und die postkoloniale Linke. Teile der alten, antiimperialistischen wie der neuen postkolonialen Linken (»vermeintlich links-progressive Community«) unterscheiden sich in ihrem Antisemitismus, den sie sich nicht eingestehen wollen, nicht mehr von jenen Muslimen, die Juden ganz offen hassen, weil sie Juden sind, konstatiert Engel. Antisemitismus muss eben nicht immer zwingend rechts sein.

Die deutsche Haltung dem Judentum gegenüber sei verlogen. Die Deutschen hätten nach Krieg und Shoah nur gelernt, »die Klappe zu halten«, stellt Engel fest. Die viel zitierte Wiedergutmachung entlarvt er als eine »deutsche Lebenslüge«: Einerseits werden Politik und Öffentlichkeit nicht müde, jüdischem Leben hierzulande und dem Staat Israel eine Unterstützung bis hinauf zur Staatsräson zuteilwerden zu lassen, aber gleichzeitig seien Judenhass und antisemitische Vernichtungsfantasien en vogue. Nicht nur bei Neonazi-Demonstrationen auf der Straße, sondern inmitten der Hochschulen. Engel sieht Versäumnisse bis in die höchste Politik. Er ruft in Erinnerung, dass Claudia Roth, Staatsministerin für Kultur und Medien, dem Antisemitismus auf der Documenta »Tür und Tor öffnete«. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sage an Gedenktagen »Nie wieder«, trete aber an allen anderen Tagen für Geschäfte mit dem Iran ein. Staatsräson in Teheran ist die »Befreiung« Jerusalems vom Zionismus. Positiv wertet Engel Steinmeiers Statement nach dem 7. Oktober, dass »unsere Solidarität nicht nur dem Israel als Opfer des Terrors« gelte, sondern auch jenem Israel, »das sich wehrt, das kämpft gegen eine existenzielle Bedrohung«.

Eindringlich warnt Engel in seinem Buch vor einer Wiederkehr der 1930er-Jahre. Die AfD bezeichnet der Autor klar als »Neonazipartei«. Mit ambivalenten Gefühlen beendet Engel sein Buch: »Ich möchte und werde mich nicht von einem antisemitischen Mob tyrannisieren lassen. Deutschland ist ein gutes Land, trotz allem. [...] Aber eine Gesellschaft, die dem Antisemitismus Spielraum lässt, taumelt in den Abgrund. Deutschland hat die Wahl.«

Rezension

Samuel Salzborn

Wehrlose Demokratie? Antisemitismus und die Bedrohung der politischen Ordnung

Berlin, Leipzig (Hentrich & Hentrich) 2024

Von unserem Redaktionsmitglied Anton Maegerle

Wer sich nach dem antisemitischen Terroranschlag des 7. Oktober nicht unmissverständlich mit Israel solidarisiere, ergreife Partei für den antisemitischen Terror, schreibt Samuel Salzborn. Er ist Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus und Honorarprofessor für Politikwissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Salzborn legt in seinem Buch »Wehrlose Demokratie?« dar, dass der Kampf gegen Antisemitismus und der Kampf für die Demokratie »untrennbar miteinander verbunden« seien – gleich, ob historisch, theoretisch oder systematisch. Eine Demokratie ohne den Schutz von Jüdinnen und Juden und ohne den Kampf gegen Antisemitismus exkulpiere ihren demokratischen Kern. Dieses Argument sowie die Möglichkeiten der wehrhaften Demokratie im Kampf gegen den Antisemitismus zu nutzen, zu stärken und zu erweitern, sind Anliegen des rund 140 Seiten umfassenden Essays.

Antisemitismus sei eine Weltanschauung, zu der die Vernichtungsandrohung immer dazugehöre. Dieses Weltbild ziele in letzter Konsequenz immer auf Vernichtung, so Salzborn. Der Antisemitismus-Forscher betont, dass lange, bereits beginnend in der Kaiserzeit, verkannt wurde, dass die antisemitische Feinderklärung im Kern auch eine antidemokratische Feinderklärung war und ist. Antijüdischer Hass impliziere Hass auf Aufklärung, Liberalismus, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Individualität und Demokratie. Pluralismus soll durch Identität, Wahrheit durch Lüge ersetzt werden. Ziel sei die Schaffung einer antisemitischen Volksgemeinschaft.

Heute sei Antisemitismus zur »integralen Klammer über alte Milieu-Grenzen hinweg geworden«. Antisemitische Verschwörungsmythen und der antisemitische Hass auf Israel vereinen Kräfte aus »allen Bereichen des politischen Spektrums«. Die Unterstellung einer jüdischen Weltverschwörung ist Salzborn zufolge »der verbindende Gedanke zwischen Neonazis, linken Antiimperialisten und islamistischen und arabischen ExtremistInnen«. In jüngerer Vergangenheit zeige sich eine »teilweise Radikalisierung« im Kunst- und Kulturmilieu, »in dem unter dem Deckmantel vermeintlicher Kunstfreiheit eine massive Normalisierung von antisemitischen Ressentiments betrieben wird«. Ausdrücklich betont der Wissenschaftler, dass Antisemitismus »der integrale Bestandteil des nazistischen und rechtsextremen Weltbildes« sei.

Salzborn erinnert daran, dass die bundesdeutsche Demokratie nicht nur historisch, sondern auch systematisch gegen den Nationalsozialismus etabliert und als Bollwerk gegen den Antisemitismus und für die Schaffung einer offenen Gesellschaft gegen die identitäre Gemeinschaft konstituiert wurde.

Die Stärke der bundesdeutschen Demokratie im Kampf gegen Antisemitismus könnte ihr Selbstverständnis als wehrhafte Demokratie sein. Terminologisch wurde die Wehrhaftigkeit des modernen Staates in seiner Verfasstheit als demokratischer Staat in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von Karl Loewenstein mit dem Begriff der »militant democracy« formuliert.

Zum Kontext des Verständnisses der wehrhaften Demokratie zählt Salzborn unter anderem die Verbotsmöglichkeiten von Vereinen und Parteien, die Einschränkung bzw. Verwirkung von Grundrechten oder die Bindung der Lehrfreiheit an die Normen der Verfassung, aber auch einfachgesetzliche Regelungen wie die Volksverhetzung einschließlich NS-Verherrlichung und Holocaustleugnung (§130 StGB).

Salzborn ruft in Erinnerung, dass das Politikfeld »Antisemitismus« als Aufgabe staatlichen Handelns in systematischer und institutionalisierter Hinsicht eine Geschichte von weniger als zehn Jahren habe. »Viel zu spät« habe sich die Bundesrepublik um die systematische Bekämpfung von Antisemitismus gekümmert. Mittlerweile habe dies der Staat jedoch »ausdrücklich zur staatlichen Aufgabe« gemacht. Dennoch verharre die »Professionalisierung der wehrhaften Demokratie« noch in den Startlöchern. Dass die wehrhafte Demokratie bis heute allzu oft wehrlos gegen Antisemitismus agiere, solle »dringende Mahnung sein«, dass die demokratischen Parteien und der Staat das Handeln gegen Antisemitismus »systematisch, konsequent und wehrhaft« umsetzen.

Auch sei das Strafrecht nicht mehr auf der Höhe der Zeit. So mache es Holocaustleugnung strafrechtlich verfolgbar, andere Formen von Antisemitismus aber bis heute nicht. Salzborn appelliert deshalb: »Es bedarf dringend einer strafrechtlichen Erweiterung, die jede Form von Antisemitismus ahndet.«

Salzborn schlägt vor, den von einigen Bundesländern bereits begonnenen Weg der expliziten verfassungsnormativen Verankerung des Kampfes gegen Antisemitismus zur Staatszielbestimmung auf Ebene der bundesdeutschen und der Länderverfassungen zu machen. Antisemitismus sei nicht einfach eine Diskriminierung wie Rassismus oder Homophobie. Antisemitismus sei eine grundlegende Haltung von Personengruppen zur Welt, eine »Verbindung aus Weltanschauung und Leidenschaft«, mit der man alles in Politik und Gesellschaft, das manche Personengruppen nicht erklären und verstehen können oder wollen, zu begreifen versuche.

Wenn »Nie wieder« ernst gemeint sein sollte, muss die bundesdeutsche Demokratie beim Kampf gegen den Antisemitismus ihre Wehrhaftigkeit unter Beweis stellen. Eben nicht nur durch die Proklamation in Worten, sondern durch systematisches und umfangreiches Handeln, appelliert Salzborn.

Im Wortlaut

Vizekanzler und Bundesminister Robert Habeck**Video-Ansprache zu Israel und Antisemitismus**

1. November 2023

Der Terrorangriff der Hamas auf Israel ist jetzt bald vier Wochen her. Viel ist seitdem passiert. Politisch, aber vor allem für die Menschen. So viele Menschen, deren Leben von Angst und Leid zerfressen wird.

Die öffentliche Debatte ist seit dem Angriff aufgeheizt, mitunter verworren.

Ich möchte hier mit diesem Video einen Beitrag dazu leisten, sie zu entwirren. Zu viel scheint mir zu schnell vermischt zu werden.

Der Satz, »Israels Sicherheit ist deutsche Staatsräson« war nie eine Leerformel und er darf auch keine werden. Er sagt, dass die Sicherheit Israels für uns als Staat notwendig ist.

Dieses besondere Verhältnis zu Israel rührt aus unserer historischen Verantwortung: Es war die Generation meiner Großeltern, die jüdisches Leben in Deutschland und Europa vernichten wollte.

Die Gründung Israels war danach, nach dem Holocaust das Schutzversprechen an die Jüdinnen und Juden – und Deutschland ist verpflichtet, zu helfen, dass dieses Versprechen erfüllt werden kann. Das ist ein historisches Fundament dieser Republik.

Die Verantwortung unserer Geschichte bedeutet genauso, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland frei und sicher leben können. Dass sie nie wieder Angst haben müssen, ihre Religion und ihre Kultur offen zu zeigen. Genau diese Angst aber ist zurück.

Ich habe kürzlich Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Frankfurt getroffen. In einem intensiven, einem schmerzhaften Gespräch erzählten mir die Gemeindevertreter, dass ihre Kinder Angst haben, zur Schule zu gehen, dass sie nicht mehr in Sportvereine gehen, dass sie auf Anraten ihrer Eltern die Kette mit dem Davidstern zuhause lassen.

Heute hier, in Deutschland. Fast 80 Jahre nach dem Holocaust.

Sie erzählten, dass sie sich selbst nicht mehr trauen, in ein Taxi zu steigen, dass sie Briefe nicht mehr mit Absendern versehen, um ihre Empfänger zu schützen.

Heute hier, in Deutschland. Fast 80 Jahre nach dem Holocaust.

Ein jüdischer Freund berichtete mir von seiner Angst, seiner schieren Verzweiflung, seinem Gefühl von Einsamkeit. Die jüdischen Gemeinden warnen ihre Mitglieder, bestimmte Plätze zu meiden – zu ihrer eigenen Sicherheit.



Foto: BMWK / Dominik Butzmann

Dr. Robert Habeck
Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Heute hier, in Deutschland. Fast 80 Jahre nach dem Holocaust.

Der Antisemitismus zeigt sich auf Demonstrationen, er zeigt sich in Äußerungen, er zeigt sich in Angriffen auf jüdische Läden, in Drohungen.

Während es schnell große Solidaritätswellen gibt, etwa wenn es zu rassistischen Angriffen kommt, ist die Solidarität bei Israel rasch brüchig. Dann heißt es, der Kontext sei schwierig. Kontextualisierung aber darf nicht zu Rechtfertigung führen.

Wir haben sicherlich oft zu viel Empörung in unserer Debattenkultur. Hier aber können wir gar nicht empört genug sein. Es braucht jetzt Klarheit, kein Verwischen.

Zur Klarheit gehört: Antisemitismus ist in keiner Gestalt zu tolerieren – in keiner.

Das Ausmaß bei den islamistischen Demonstrationen in Berlin und in weiteren Städten Deutschlands ist inakzeptabel und braucht eine harte politische Antwort. Es braucht diese auch von den muslimischen Verbänden. Einige haben sich klar von den Taten der Hamas und vom Antisemitismus distanziert, haben das Gespräch gesucht. Aber nicht alle, manche zu zögerlich und ich finde, insgesamt zu wenige.

Die hier lebenden Muslime haben Anspruch auf Schutz vor rechtsextremer Gewalt – zurecht. Wenn sie angegriffen werden, muss dieser Anspruch eingelöst werden und das gleiche müssen sie jetzt einlösen, wenn Jüdinnen und Juden angegriffen werden. Und sie müssen sich klipp und klar von Antisemitismus distanzieren, um nicht ihren eigenen Anspruch auf Toleranz zu unterlaufen. Für religiöse Intoleranz ist in Deutschland kein Platz.

Wer hier lebt, lebt hier nach den Regeln dieses Landes. Und wer hierherkommt, muss wissen, dass das so ist und auch so durchgesetzt werden wird.

Unsere Verfassung schützt und gibt Rechte, sie legt Pflichten auf, die von jedem und jeder erfüllt werden müssen. Beides kann man nicht voneinander trennen. Toleranz kann an dieser Stelle keine Intoleranz vertragen. Das ist der Kern unseres Zusammenlebens in der Republik.

Das heißt: Das Verbrennen von israelischen Fahnen ist eine Straftat, das Preisen des Terrors der Hamas auch. Wer Deutscher ist, wird sich dafür vor Gericht verantworten müssen, wer kein Deutscher ist, riskiert außerdem seinen Aufenthaltsstatus. Wer noch keinen Aufenthaltstitel hat, liefert damit einen Grund, abgeschoben zu werden.

Der islamistische Antisemitismus darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir auch in Deutschland einen verfestigten Antisemitismus haben: Nur, dass die Rechtsextremen sich zum Teil gerade aus rein taktischen Gründen zurückhalten, um gegen Muslime hetzen zu können. Die Relativierung des Zweiten Weltkriegs, des Nazi-Regimes als »Fliegenschiss« ist nicht nur eine Relativierung des Holocausts, sie ist ein Schlag ins Gesicht gegenüber den Opfern und Überlebenden. Alle, die hinhören, können und müssen das wissen. Der Zweite Weltkrieg war ein Vernichtungskrieg gegen Juden, für das Nazi-Regime war die Vernichtung des europäischen Judentums immer Hauptziel.

Und weil unter den Rechtsextremen so manche Putin-Freunde sind: Putin lässt sich mit Vertretern der Hamas und der iranischen Regierung fotografieren und bedauert die zivilen Opfer im Gaza-Streifen, während er zivile Opfer in der Ukraine schafft. Und seine Freunde in Deutschland sind gewiss keine Freunde der Jüdinnen und Juden.

Sorge macht mir aber auch der Antisemitismus in Teilen der politischen Linken und zwar leider auch bei jungen Aktivistinnen und Aktivisten. Anti-Kolonialismus darf nicht zu Antisemitismus führen. Insofern sollte dieser Teil der politischen Linken seine Argumente überprüfen und der großen Widerstandserzählung misstrauen. Das »beide Seiten«-Argument führt in die Irre. Die Hamas ist eine mordende Terrorgruppe, die für die Auslöschung des Staates Israels und den Tod aller Juden kämpft.

Die Klarheit, mit der das wiederum zum Beispiel die deutsche Sektion von Fridays For Future auch in Abgrenzung zu ihren internationalen Freunden konstatiert hat, ist mehr als respektabel.

Als ich in der Türkei war, wurde mir vorgehalten, dass in Deutschland pro-palästinensische Demonstrationen verboten seien. Und dass Deutschland seine humanitären Ansprüche auch auf die Menschen in Gaza übertragen müsse. Ich machte klar, dass bei uns Kritik an Israel natürlich erlaubt ist. Dass es eben nicht verboten ist, für die Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser und auch ihr Recht auf einen eigenen Staat einzutreten. Aber der Aufruf zur Gewalt gegen Juden oder das Feiern der Gewalt gegen Juden sind verboten – zurecht!

Ja, das Leben in Gaza ist ein Leben in Perspektivlosigkeit und Armut. Die Siedlerbewegung in der Westbank schürt Unfrieden und nimmt den Palästinensern Hoffnung und Rechte und auch Leben. Und das Leid der Zivilbevölkerung jetzt im Krieg ist eine Tatsache. Eine furchtbare. Jedes tote Kind ist eines zu viel.

Auch ich fordere humanitäre Lieferungen, setze mich dafür ein, dass Wasser, Medikamente und Hilfsgüter nach Gaza kommen, dass Flüchtlinge geschützt werden. Zusammen mit unseren amerikanischen Freunden machen wir Israel immer wieder deutlich, dass der Schutz der Zivilbevölkerung zentral ist. Der Tod und das Leid, das jetzt über die Menschen im Gaza-Streifen kommt, sind schlimm.

Das zu sagen ist so notwendig wie legitim. Systematische Gewalt gegen Jüdinnen und Juden kann und darf damit dennoch nicht legitimiert werden. Antisemitismus kann damit nicht gerechtfertigt werden.

Natürlich muss sich Israel an das Völkerrecht und internationale Standards halten. Aber der Unterschied ist: Wer würde solche Erwartungen an die Hamas formulieren?

Und weil ich kürzlich im Ausland damit konfrontiert wurde, wie der Angriff auf Israel am 7. Oktober als »unglücklicher Vorfall« verharmlost wurde, ja sogar die Fakten in Frage gestellt wurden, rufe ich hier noch mal in Erinnerung: Es war die Hamas, die Kinder, Eltern, Großeltern in ihren Häusern bestialisch ermordet hat. Deren Kämpfer Leichen verstümmelt haben, Menschen entführt und lachend der öffentlichen Demütigung ausgesetzt haben. Es sind Berichte des schieren Horrors – und dennoch wird die Hamas als Freiheitsbewegung gefeiert? Das ist eine Verkehrung der Tatsachen, die wir nicht stehen lassen können.

Und das bringt mich zum letzten Punkt:

Der Angriff erfolgte in einer Phase der Annäherung mehrerer muslimischer Staaten an Israel. Es gibt die Abraham-Abkommen zwischen Israel und muslimischen Staaten der Region. Jordanien und Israel arbeiten in einem großen Trinkwasserprojekt zusammen. Saudi-Arabien war auf dem Weg, seine Beziehungen zu Israel zu normalisieren.

Aber ein friedliches Miteinander von Israel und seinen Nachbarn, von Juden und Muslimen, die Perspektive einer Zweistaatenlösung – all das wollen die Hamas und ihre Unterstützer, insbesondere die iranische Regierung nicht. Sie wollen es zerstören.

Wer die Hoffnung auf Frieden in der Region nicht aufgegeben hat, wer am Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat und eine wirkliche Perspektive festhält – und das tun wir –, der muss jetzt in diesen Wochen der Bewährung differenzieren.

Zur Differenzierung gehört, dass die Mordtaten der Hamas Frieden verhindern wollen. Die Hamas will nicht die Aussöhnung mit Israel, sondern die Auslöschung von Israel.

Und deshalb gilt, unverrückbar: Das Existenzrecht Israels darf nicht relativiert werden. Die Sicherheit Israels ist unsere Verpflichtung. Deutschland weiß das.

Chronik

Nachträge September

Bundesweit:

Hohe Zahl von Rechtsextremisten, die per Haftbefehl gesucht werden

Die Zahl von Rechtsextremisten, die per Haftbefehl gesucht werden, bewegt sich seit Jahren im höheren dreistelligen Bereich. Zum Stichtag 29. September 2023 lagen laut Bundesregierung bundesweit insgesamt 776 offene, das heißt noch nicht vollstreckte Haftbefehle gegen 597 Personen vor, die dem rechtsextremen Spektrum zuzurechnen sind. Hinzu kommen vier Haftbefehle ausländischer Behörden zwecks Auslieferung, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Gruppe Die Linke ausführt. Danach lag insgesamt 27 Haftbefehlen ein politisch motiviertes Gewaltdelikt zugrunde, überwiegend Körperverletzungsdelikte und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. 132 weitere Haftbefehle bestanden den Angaben zufolge wegen Straftaten mit politisch rechter Motivation wie Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung und Beleidigung. Die übrigen Fälle sind laut Vorlage dem Bereich der Allgemeinkriminalität wie Diebstahl, Verkehrsdelikte und anderem zuzuordnen. Es lag keinem offenen Haftbefehl eine terroristische Tat zugrunde.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke. Entwicklung der Zahl per Haftbefehl gesuchter Neonazis – Herbst 2023, BT-Drs. 20/11105 vom 18. April 2024: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/111/2011105.pdf> / eingesehen am 16. Mai 2024

Europaweit:

AfD will neuen Gedenktag

Christine Anderson, AfD-Europaabgeordnete und vormalige Flügel-Obfrau in Hessen, will den 12. September zu einem »Gedenktag« machen. An dem dann arbeitsfreien Tag soll der »Schlacht am Kahlenberg« gedacht werden, so ihr Entschließungsantrag im Europäischen Parlament (EP). Bei der »Schlacht am Kahlenberg« am 12. September 1683 erlitt die osmanische Armee, die zuvor mit einem starken Angriffsheer monatelang Wien, das »Tor nach Westeuropa«, belagert hatte, durch eine »unglaubliche, bis dato beispiellose gemeinsame Kraftanstrengung vieler europäischer Territorien und Herrschaftshäuser« eine Niederlage. An »jenem geschichtsträchtigen Tag« wurde unsere »europäische Identität erfolgreich verteidigt«, so Anderson. Heute verlaufe die »Frontlinie eines neuerlichen Identitäts- und Kulturkampfes« nicht von außen, sondern »vielmehr von innen heraus«, findet die Politikerin: »In diesem Schwächezustand eines fehlenden Selbstbehauptungswillens lauert jetzt die Gefahr des schleichenden und unwiederbringlichen Identitätsverlustes, wenn fehlgeleitete Eliten, gewissenlose EU-Technokraten sowie unter Selbsthass und notorischer Unterwürfigkeit leidende, schwächliche Politiker und Regierungen alles aufs Spiel setzen, wofür die europäischen Verteidiger gemeinsam vor 340 Jahren vor den Toren Wiens blutig gekämpft und gesiegt haben.« Anderson will dagegen ein »ehrliches und freies Europa der freien Völker und kein Konstrukt der politischen Eliten. Und ich will ein Europa der freundschaftlichen Vaterländer, die gemeinsam ihre Kultur, ihre Identität und Freiheit sowie die Interessen des europäischen Kontinents und seiner Völker gegen jede Gefahr verteidigen – unabhängig davon, ob diese Gefahr wie einst von eroberungslüsternen Armeen oder wie heute von den falschen Propheten eines seelenlosen Globalisierungskultes ausgeht.«

Die Europaabgeordnete, die das demokratisch gewählte Europäische Parlament als »größtes Irrenhaus der Welt« beschimpft, die Europäische Union als »verlotterten Sauhaufen« diffamiert und den sofortigen Austritt der Bundesrepublik fordert, will dennoch wieder als Abgeordnete in dieses Parlament einziehen.

Eigenrecherche DokRex

Blick auf Brüssel. Ihre AfD-Delegation informiert über die Arbeit im EU-Parlament. Ausgabe 13 (2023)

<https://deutschlandkurier.de/2021/12/geimpft-und-gelackmeiert-wacht-endlich-auf-fordert-christine-anderson-afd-mdep/> / eingesehen am 2. Januar 2024

Berlin:

Kündigung: Verharmlosung von NS-Unrecht

Veröffentlicht ein Lehrer ein Video, in dem das Tor eines Konzentrationslagers mit der Inschrift »Impfung macht frei« dargestellt wird, so setzt er das staatliche Werben um eine Impfbereitschaft mit der Unrechtsherrschaft der Nationalsozialisten gleich. Dieses Verhalten rechtfertigt eine fristlose Kündigung des Arbeitsverhältnisses, so das Arbeitsgericht Berlin.

Arbeitsgericht Berlin, Urteil vom 12. September 2022 – 22 Ca 223/22

Bundesweit:

Rechtsextreme Aussteiger

Vom 1. Januar 2018 bis zum 28. September 2023 ist laut Bundesregierung »eine niedrige zweistellige Zahl von (ehemaligen) Rechtsextremisten« über das Aussteigerprogramm des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) aus der rechtsextremistischen Szene ausgestiegen. In diesem Zeitraum sind circa 230 Anrufe bei der Aussteigerhotline Rechtsextremismus des BfV eingegangen.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Aussteigerprogramm des Bundesamtes für Verfassungsschutz für Rechtsextremisten, BT-Drs. 20/8832 vom 13.10.2023: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/088/2008832.pdf> / eingesehen am 15. Oktober 2023

Oktober

Baden-Württemberg:

Dunkle Flecken in der Biografie von Ex-Innenminister Karl Schiess

In einer aktuellen Forschungsarbeit beleuchtet der Konstanzer Historiker und Archivar Jürgen Klöckler im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg die NS-Verstrickung des ehemaligen baden-württembergischen Politikers Karl Schiess (CDU). Von 1972 bis 1978 amtierte der Rechtsanwalt Schiess (1914–1999) als Landesinnenminister. Er galt als Law-and-Order-Politiker. Mit seinem Namen sind die Überprüfung der Verfassungstreue der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (»Schiess-Erlass«) sowie die Abhöraffaire von Stammheim verbunden. Schiess ordnete 1973 an, dass ausnahmslos jeder Bewerber und jede Bewerberin für eine Stelle im öffentlichen Dienst, von der Reinigungskraft bis zu den Hochschullehrenden, vom Verfassungsschutz überprüft werden musste.

Fast immer kamen die Abgelehnten aus dem linken Spektrum, während Verfahren gegen Rechtsextremisten lediglich in zwei Fällen bekannt wurden. Schiess hat auch die illegalen Abhörmaßnahmen im »RAF-Knast« Stuttgart-Stammheim in den Jahren 1975 und 1977 zu verantworten. An insgesamt 22 Tagen wurden Gespräche zwischen Inhaftierten und ihren Rechtsanwälten abgehört. Den »Wanzeneinsatz« hatten Techniker des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) und des Bundesnachrichtendienstes (BND) durchgeführt.

Zum 1. Juni 1933 trat Schiess der SA bei. Der NSDAP schloss sich Schiess am 1. Mai 1937 an. Laut Gaupersonalamtsakte wurde Schiess, zeitweilig SA-Scharführer auf der Reichenau, als »einsatzbereiter Nationalsozialist« beurteilt. Der Jurist Schiess war nach seinem Referendariat 1941 als Beamter in der badischen Innenverwaltung beim Bezirksamt Lörrach tätig. Den Zweiten Weltkrieg überlebte Schiess als Kampftruppenoffizier. Nach der militärischen Befreiung vom Nationalsozialismus verdingte sich Schiess als Waldarbeiter, da er zunächst aus dem öffentlichen Dienst geflogen war. Im Spruchkammerverfahren, dem Kernpunkt der Entnazifizierung, stand ihm der spätere Ministerpräsident Hans Filbinger (CDU) zur Seite. Das Urteil vom Juli 1948 lautete »Minderbelastet« – nach den »Hauptschuldigen« und den »Schuldigen« die dritthöchste Kategorie in der gesamten Entnazifizierung. Dieses Urteil wurde durch einen Gnadenerweis im August 1950 hinfällig. 1964 wurde Schiess in den Landtag gewählt, wo er bis 1980 blieb. 1972 berief Filbinger seinen Parteifreund Schiess zum Innenminister.

Die Forschungsarbeit von Jürgen Klöckler erscheint im nächsten Band der Baden-Württembergischen Biographien.

Eigenrecherche DokRex

Jürgen Klöckler: Die Vergangenheit des Karl Schiess, in: Südkurier vom 15. September 2023, S. 19

Stefan Aust: Der Baader-Meinhof-Komplex, Hamburg 2008

Sachsen:

Die Neonazi-Kleinpartei Freie Sachsen und der »Säxit«

Die circa 1.000 Mitglieder umfassende Neonazi-Kleinpartei Freie Sachsen ist eine als Partei organisierte Gruppierung von Neonationalsozialisten, Funktionären der Heimat (vormals NPD) und weiteren Szene-Angehörigen oder Sympathisanten, die sich unter der Ägide der Szene-Aktivisten Martin Kohlmann, Robert Andres (beide ehemals Pro Chemnitz) sowie Stefan Hartung (NPD) im Jahr 2021 gegründet hat. Zu den Kernpunkten im politischen Programm der Freien Sachsen gehört der sogenannte »Säxit«.

Robert Andres, Bundesvorstandsmitglied der Freien Sachsen, stand im Herbst der Neonazi-Postille N.S. Heute (Dortmund) als Interviewpartner zum Thema »Wie kann ein ‚Säxit‘ gelingen?« Rede und Antwort. Auf die Frage, was die Freien Sachsen unter einem »Säxit« verstehen, antwortete Andres: »Für uns steht der Säxit als zentraler Sammelbegriff für das Streben nach sächsischer Eigenverantwortung. Wir haben ihn bewusst nicht bis ins kleinste Detail definiert, sondern versammeln dahinter ein breites Spektrum. Das reicht von denjenigen, die im bestehenden Föderalismus lediglich mehr

Kompetenzen nach unten verlagern wollen über diejenigen, die eine Autonomie (wie z.B. Südtirol in Italien) anstreben bis zu den Verfechtern eines kompletten Austritts aus der Bundesrepublik, sprich einem eigenen Staat. Anmerken möchte ich, dass wir unter Sachsen nicht den heutigen Freistaat Sachsen verstehen, sondern das traditionelle, dem Königreich Sachsen zugehörige Gebiet. Darunter zählen weite Teile Thüringens, der Osten Sachsen-Anhalts, der Süden Brandenburgs sowie einige heute polnisch verwaltete Landstriche.« Angaben von Andres zufolge arbeiten die in mehreren kommunalen Gremien vertretenen Freien Sachsen »teilweise mit AfD-Vertretern zusammen«. »Grundsätzlich« sei »die Parteibasis der AfD offen für eine Zusammenarbeit«, so Andres. Sollte der »Säxit« Wirklichkeit werden, soll Sachsen »gerne ein Zufluchts- und Sehnsuchtsort aller Deutschen, die noch als Deutsche leben wollen und keine Lust auf die Untergangerscheinungen der linksliberalen Regenbogengesellschaft haben«, werden, so Andres, der früher den Nationalen Sozialisten Chemnitz zugerechnet wurde.

Wie kann ein »Säxit« gelingen? Im Gespräch mit Robert Andres von den Freien Sachsen, in: N.S. Heute, September/Oktober 2023, S. 5-8

Österreich: FPÖ-Herbstoffensive

Die 1955 gegründete Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) hat eine sogenannte Herbstoffensive unter dem Motto »Schluss mit der Verharmlosung linksextremer Gewalt und der Kriminalisierung von Patrioten!« gestartet. Die Partei lässt verlautbaren: »Egal ob von Politikern der Einheitspartei, den Mainstream-Medien oder Behörden: Die Verharmlosung von linksextremer Gewalt ist allgegenwärtig.« Die FPÖ kämpfe mit ihrer Herbstoffensive »als einzige politische Kraft dagegen an«. FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker, Alter Herr der Burschenschaft Nibelungia zu Wien, und der FPÖ-Justizsprecher Harald Stefan, Mitglied der schlagenden Schülerverbindung Gothia Meran im Österreichischen Pennäler Ring (ÖPR), wollen »diesen Missstand [...] schonungslos« in einer Pressekonferenz am 5. Oktober aufgedeckt haben: »Auch der Verfassungsschutz ist auf dem linken Auge blind, während er aber angebliche Gefahren von rechts aufbauscht oder ganz herbeifantasiert. Das hängt sicherlich auch damit zusammen, dass mit den Grünen eine Partei in der Regierung ist, die dem linksextremen Lager zuspricht.« Fakt ist, dass die FPÖ eng mit rechtsextremen Kräften im In- und Ausland zusammenarbeitet und immer wieder eine ausgeprägte Nähe zur NS-Ideologie offenbart.

Elektronischer FPÖ-Newsletter vom 5. Oktober 2023

Sachsen: Rechtsextremer Richter bleibt im Ruhestand

Die Versetzung des rechtsextremen sächsischen Richters Jens Maier in den vorzeitigen Ruhestand ist rechtmäßig. Das entschied das Dienstgericht des Bundes beim Bundesgerichtshof (BGH) am 5. Oktober (BGH, Urt. v. 05.10.2023, Az. RiZ (R) 1/23). Das Dienstgericht für Richter am Landgericht (LG) Leipzig hatte auf Antrag des sächsischen Justizministeriums die Versetzung in den Ruhestand für zulässig erklärt (Urt. v. 1.12.2022, Az. 66 DG 2/22). Maier ging dagegen in Revision, hatte damit aber keinen Erfolg. Maier wollte 2021 nach seiner Zeit als AfD-Bundestagsabgeordneter in den Richterdienst zurückkehren. Das Land hatte ihn aber in den Ruhestand versetzt, weil er gegen die Mäßigungspflicht eines Richters verstoßen habe. Der sächsische Verfassungsschutz stuft Maier als rechtsextrem ein. Der Vorsitzende Richter am BGH Pamp sagte bei der Verkündung, ein Richter müsse jederzeit die Gewähr dafür bieten, dass er für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einstehe, das gelte nicht nur beim Eintritt in das Richteramt, sondern auch bei der Rückführung in die Justiz.

Maier gehörte zum rechtsextremen Flügel der AfD um Björn Höcke. So sprach er etwa im Januar 2017 bei einer Veranstaltung in Dresden mit Blick auf die Aufarbeitung von NS-Verbrechen von einem »Schuldskult«, den er für »endgültig beendet« erklären wolle. Im April 2017 erklärte Maier während einer Veranstaltung des rechtsextremen Magazins COMPACT unweit von Pirna, der um sich greifende Multikulturalismus, die Vermischung der Kulturen innerhalb westlicher Gesellschaften durch die Einwanderung von »Kulturfremden«, »ist das nicht alles zum Wahnsinnig werden?«. Auf dieser Veranstaltung verkündete Maier ferner, dass Anders Breivik aus »Verzweiflung heraus zum Massenmörder geworden« sei. Das Attentat des Rechtsterroristen Anders Breivik aus dem Jahr 2011 gilt als einer der schwersten Terrorakte, die Europa in den vergangenen Jahren erlebte. Breivik zündete zunächst im Zentrum der norwegischen Hauptstadt Oslo eine Autobombe und erschoss danach auf der Ferieninsel Utøya 69 Menschen – die meisten davon Gäste eines Ferienlagers der Jugendorganisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Norwegens. Insgesamt starben 77 Menschen.

Das Abgeordnetengesetz sieht grundsätzlich vor, dass Richter und Beamte nach einem Mandat in den Dienst zurückkehren können. Zugleich galt Maier, der mit rechtsextremen Äußerungen aufgefallen

war, als untragbar. Juristisch wurde Maier von Jochen Lober vertreten. Der Kölner Rechtsanwalt ist in extrem rechten Kreisen kein Unbekannter. Lober war Autor der rechtsextremen Zeitschrift Staatsbriefe und verteidigte zeitweilig den Neonazi Ralf Wohlleben im NSU-Prozess.

Eigenrecherche DokRex

https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/bgh-rizr123-dienstgericht-bundes-afd-richter-jens-maier-verhandlung-verkuendung-versetzung-ruhestand/?utm_source=Eloqua&utm_content=WKDE_LEG_NSL_LTO_Daily_EM&utm_campaign=wkde_leg_mp_lto_daily_ab13.05.2019&utm_econtactid=CWOLT000028951681&utm_medium=email_newsletter&utm_crmid= / eingesehen am 5. Oktober 2023

Österreich / Bundesrepublik / Schweiz / Italien / Tschechien / Ungarn / Schweden:
Neonazistischer »Honsik-Kongress« in Wien

Am ersten Oktober-Wochenende fand in Wien der »1. Gerd-Honsik-Europakongress« statt. Die Anmeldung zu dem konspirativ ausgerichteten Treffen, inklusive Zahlung des Ticketpreises, erfolgte über die neonazistische Kleinstpartei Der III. Weg. Szene-Angaben zufolge versammelten sich etwa 60 Rechtsextremisten. Neben den österreichischen Gastgebern reisten Gleichgesinnte aus der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Tschechien, Ungarn und Schweden an. Redner waren unter anderem der Schwede Fredrik Vejdeland von der Nordischen Widerstandsbewegung (Nordiska motståndsrörelsen – NMR), Pierre Krebs, Gründer des rechtsextremen Thule Seminars, Davide Brancaglion von der italienischen neofaschistischen Gruppierung CasaPound und ein Aktivist des III. Weges.

Der Österreicher Gerd Honsik, 2018 im Alter von 76 Jahren verstorben, war über Jahre hinweg eine der wichtigsten Figuren der Neonazi- und Holocaustleugner-Szene im deutschsprachigen Raum. Bereits in seiner Schülerzeit gründete er eine »deutsche Burschenschaft«, knapp 22-jährig legte er als Südtirol-Terrorist Brand- und Sprengkörper. Schon Ende der 1960er-Jahre war er Funktionär der Nationaldemokratischen Partei Österreichs, die 1988 wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung behördlich aufgelöst wurde. Seit 1980 gab Honsik das antisemitische Hetzblatt Halt heraus. Honsiks Vorstrafenregister reicht, so interne Unterlagen des österreichischen Innenministeriums, von Verurteilungen nach dem Sprengstoffgesetz, dem Waffengesetz, wegen erfolgter Beleidigungen, übler Nachreden, Verhetzung, wegen schwerer Sachbeschädigung, Herabwürdigung des Staates und seiner Symbole, bis hin zur NS-Wiederbetätigung. Zweimal wurde er auch in der Bundesrepublik verurteilt, beide Male wegen Volksverhetzung. Als übelstes Machwerk von Honsik gilt dessen in Österreich verbotenes Buch »Schelm und Scheusal«. In der Hetzschrift unterstellte er dem Holocaust-Überlebenden und Nazi-Verbrecherjäger Simon Wiesenthal und anderen Juden, den Holocaust erfunden zu haben.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.stopptdierechten.at/2023/10/30/honsik-kongress/> / eingesehen am 30. Oktober 2023

<https://der-dritte-weg.info/2023/10/1-gerd-honsik-kongress-mit-beteiligung-unserer-partei-der-iii-weg-durchgefuehrt/> / eingesehen am 30. Oktober 2023

Israel / Bundesrepublik:
Die extreme Rechte und der 7. Oktober

Das von Islamisten am 7. Oktober in Israel verübte Massaker wird von der rechtsextremen Szene in der Bundesrepublik für massive antisemitische und rassistische Propaganda genutzt. So rechtfertigen die Jungen Nationalisten (JN), Jugendverband der einstigen NPD (nun: Die Heimat), den islamistischen Terror gegen die jüdische Zivilbevölkerung mit den Worten: »Der neuen Angriffswelle der Hamas geht die völkerrechtswidrige Unterdrückung, die Besetzung und israelischer Massenmord voran.« Dazu posteten die JN auf ihrem Telegram-Kanal das Bild eines blutbefleckten Davidsterns und die Parole »Israel mordet und die Welt schaut zu«. Die Heimat forderte via Facebook, man solle sich aus dem »Konflikt zwischen Israel und Palästina raushalten«. In dem Beitrag heißt es weiter: »Nicht Israels, sondern Deutschlands Sicherheit ist unsere Staatsraison!« »Keine deutsche Staatsraison und kein deutsches Blut für Israel«, postuliert die Hamburger NPD, die den Weg der Mutterpartei zur Umbenennung nicht gegangen ist.

Die neonazistische Kleinstpartei Die Rechte verbreitete auf ihrem Telegram-Kanal Links zu einem rechtsextremen Onlineshop, in dem »Solidarität mit Palästina«-T-Shirts angeboten werden.

Nach Auffassung des neonazistischen III. Weges ist Israel ein »zionistischer Terrorstaat« bzw. ein »zionistisches Gebilde«. Die Kleinstpartei »lehnt jegliche Solidarität mit Israel ab. Der Terrorstaat beweist mit seinem Handeln einmal mehr, dass er für Unfrieden und millionenfaches Leid in Nahost sorgt und die Tradition biblischen Auserwähltheitswahns fortsetzt. Jede Unterstützung, sowohl in praktischer wie auch in symbolischer Form, ist für Israel sofort einzustellen. Ein System,

dessen Staatsräson die Existenz solch eines imperialistischen Unterdrückungskonstruktes ist, hat selbst sein Existenzrecht verwirkt.« An anderer Stelle halten die Neonazis fest: »Beim Konflikt im Nahen Osten stellen wir uns weder auf die Seite der imperialistischen Landräuber Zions, die ihre Gebietsansprüche aus biblischen Verheißungen und chauvinistischen Überlegenheitsallüren rechtfertigen, noch auf die Seite islamistischer Mordbrenner, die nicht allein nur einen berechtigten Anspruch auf einen souveränen palästinensischen Nationalstaat verfolgen, sondern eine dschihadistische Agenda, die im Verborgenen schon längst bei ihren ‚friedlich‘ erobernden Glaubensbrüdern in Deutschland und Europa läuft. Im klaren Gegensatz zu den Herrschenden des BRD-Systems lautet unser Standpunkt deshalb: Keine Solidarität für Israel und keinen Quadratmeter unseres Heimatbodens für mohammedanische Landnehmer!«

Eigenrecherche DokRex

<https://kompetenznetzwerk-rechtsextremismuspraevention.de/presseschau-reaktionen-der-extremen-rechten-auf-die-terrorangriffe-gegen-israel-und-den-gaza-konflikt-2729/> / eingesehen am 1. November 2023

<http://npdhamburg.de/Seiten/Bericht.php?Bericht=1063&width=1252&height=885/> / eingesehen am 17. Oktober 2023

<https://der-dritte-weg.info/2023/10/palaestina-israel-beginnt-lang-erwartete-bodenoffensive/> / eingesehen am 30. Oktober 2023

<https://der-dritte-weg.info/2023/10/zions-willfaehrige-knechte-brd-regierung-solidarisiert-sich-bedingungslos-mit-israel/> / eingesehen am 16. Oktober 2023

Bayern:
Landtagswahl - AfD

In Bayern holte die AfD bei der Landtagswahl am 8. Oktober 14,6 Prozent. Gegenüber der Wahl von 2018 kann die AfD rund 610.000 zusätzliche Stimmen (ein Plus von 4,4 Prozentpunkten) für sich gewinnen. Damit ist die AfD die stärkste Oppositionspartei im Maximilianeum. Für die AfD-Fraktion sitzen 18 Abgeordnete neu im Landtag. Einer von ihnen lieferte bereits einen Eklat. Kurz vor der konstituierenden Sitzung wurde der AfD-Abgeordnete Daniel Halemba, Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft Teutonia Prag, wegen des Verdachts der Volksverhetzung festgenommen. Gegen Halemba wird staatsanwaltschaftlich ermittelt. Laut Staatsanwaltschaft war beispielsweise in Halembas Zimmer »an prominenter Stelle« der Ausdruck eines SS-Befehls des Reichsführers SS Heinrich Himmler aus dem Jahr 1939 gefunden worden.

Hauptgegner der AfD seien die Unionsparteien, gab der Rechtsextremist Götz Kubitschek bei Sezession kund. Kubitschek, Freund des AfD-Rechtsextremisten Björn Höcke, gilt in Teilen der AfD als deren Vordenker und Stratege: Die Unionsparteien CDU und CSU seien »Teil des Auffächerungstricks im Altparteien-System und verhindern noch immer den massenhaften Übertritt zur echten Opposition. Das hat sich in Bayern undeutlich, in Hessen mehr als klar gezeigt«, so Kubitschek.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/neue-afd-fraktion-junge-hardcore-rechte-im-landtag,TsVBash/> / eingesehen am 18. Oktober 2023

<https://www.bild.de/regional/muenchen/muenchen-aktuell/32-abgeordnete-im-landtag-so-rechtsradikal-ist-die-neue-afd-85789356.bild.html> / eingesehen am 18. Oktober 2023

<https://www.pi-news.net/2023/10/goetz-kubitschek-fuenf-reisszwecken-in-der-lagekarte/> / eingesehen am 11. Oktober 2023

Hessen:
Landtagswahl - AfD

Bei der Landtagswahl in Hessen am 8. Oktober erzielte die AfD mit ihrem Landesvorsitzenden Robert Lambrou 18,4 Prozent der Stimmen, was einen Zuwachs von 5,3 Punkten bedeutet und die Partei hinter der CDU zur zweitstärksten Kraft im Wiesbadener Parlament macht. Die »Hochburgen« der AfD, in denen sie bei Erst- und Zweitstimmen vorn lag, sind Brachtal (Main-Kinzig-Kreis), Frielendorf (Schwalm-Eder-Kreis) und Cornberg (Kreis Hersfeld-Rotenburg). Die AfD schneidet in urbanen Räumen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, tendenziell deutlich schlechter ab als in ländlichen Gegenden. Mit diesem Ergebnis feiert der Landesverband nicht nur den größten Erfolg bei einer Landtagswahl in Hessen, sondern es ist auch der größte AfD-Erfolg bei einer Landtagswahl in einem westdeutschen Bundesland. Bislang hielt die AfD bei der Landtagswahl 2016 in Baden-Württemberg mit 15,1 Prozent die Spitzenposition.

Im Interview mit der Jungen Freiheit führte der 1967 in Münster als Sohn eines deutschen Vaters und einer griechischen Mutter geborene Diplomkaufmann Lambrou aus: »Wissen Sie, wenn es immer heißt, die AfD sei eine radikale Partei: Ich kenne wirklich keine radikalere Politik als die der Masseneinwanderung unter der damaligen Bundeskanzlerin Merkel und nun unter Bundeskanzler Scholz. Und ich kenne niemanden, der vor Tino Chrupalla Angst hätte – wohl aber viele, die vor Robert Habeck Angst haben.« Lambrou ist seit 2019 Abgeordneter und Chef der AfD-Fraktion im Landtag. Zudem hat er seit 2017 den Vorsitz des Landesverbands inne. Diesen teilt er sich aufgrund einer Doppelspitzenregelung in Hessen seit 2021 mit dem Landtagsabgeordneten Andreas Lichert. In einem Interview mit der rechtsextremen Monatszeitschrift Zuerst! führte Lichert im Oktober aus: »Die Corona-Maßnahmen-Krise, die skandalöse Rationierung von Grundrechten nach Impfstatus und der ernsthafte Versuch, einen Impfzwang durchzusetzen, haben bei vielen Bürgern zu einem massiven Vertrauensbruch in staatliche und gesellschaftliche Institutionen geführt. Das ‚Organversagen‘, auch und gerade bei der sogenannten ‚Zivilgesellschaft‘, also Medien, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und so weiter, war so umfassend und bestürzend, daß heute fast jede staatliche oder Mainstream-Verlautbarung auf ihre Glaubwürdigkeit hin geprüft wird – und das ist auch gut so!«

Sascha Herr, einer der 28 AfD-Politiker, die in den künftigen Landtag gewählt wurden, wird der Fraktion seiner Partei nicht angehören. Auf Facebook veröffentlichte Fotos zeigen Herr in einer Kneipe gemeinsam mit einer Führungsfigur der wegen Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verbotenen Rechtsterrorgang Combat 18. Herr, bis vor Kurzem stellvertretender AfD-Kreissprecher im Hochtaunuskreis, hatte 2017 auch ein Neonazi-Konzert im thüringischen Themar besucht. Die sich bildende neue AfD-Fraktion beschloss, Sascha Herr nicht aufzunehmen. Tage nach der Landtagswahl trat Herr aus der AfD aus. Sein Landtagsmandat will er trotz seiner Neonazi-Kontakte behalten. Für die AfD wiederholte sich damit, was sich bereits 2019 beim ersten Einzug in den Landtag ereignete: Damals wurde die Abgeordnete Alexandra Walter nicht in die Fraktion aufgenommen. Sie soll auf Facebook einen Kriegsverbrecher der Waffen-SS verherrlicht haben.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.fr.de/rhein-main/landtagswahl-in-hessen-afd-liegt-in-sechs-kommunen-vorne-92568143.html>
/ eingesehen am 10. Oktober 2023

<https://www.hessenschau.de/politik/landtagswahl/hessen-wahl-neue-afd-fraktion-will-abgeordneten-wegen-neonazi-kontakten-nicht-aufnehmen-v1,afd-landtag-herr-100.html>
/ eingesehen am 10. Oktober 2023

<https://www.hessenschau.de/politik/landtagswahl/nach-erfolg-bei-hessen-wahl-afd-kuendigt-corona-untersuchungsausschuss-an-v1,afd-untersuchungsausschuss-100.html>
/ eingesehen am 10. Oktober 2023

<https://www.fr.de/hessen/hessen-sascha-herr-verlaesst-nach-neonazi-skandal-die-afd-92641063.html>
/ eingesehen am 28. Oktober 2023

»Eine starke Opposition«. Der Landessprecher der AfD Hessen Andreas Lichert im Zuerst!-Interview, in: Zuerst!, Oktober 2023, S. 28f; hier: S. 28

Junge Freiheit, Nr. 43, 20. Oktober 2023, S. 2

Mecklenburg-Vorpommern /
Österreich:
**AfD-Fraktionschef im Gespräch
mit Sellner**

Nikolaus Kramer, AfD-Fraktionschef im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, spricht in seinem Podcast (Titel: »Regime Change«) rund 30 Minuten mit dem österreichischen Rechtsextremisten Martin Sellner. Kramer lobt das gute Verhältnis. Das gemeinsame Ziel sei ein »Systemwechsel« von rechts. Es sei »ein starkes Signal, dass wir hier sprechen«, lobt Sellner. Es gehe darum, »getrennt zu marschieren, aber gemeinsam zu schlagen«, um eine »echte Volksherrschaft« in Deutschland zu errichten. Vor Jahren musste sich Sellner zu Hilfsarbeiten auf einem jüdischen Friedhof verpflichten, da er als 17-Jähriger Plakate mit einem Hakenkreuz und der Aufschrift »Legalisiert es« an der Außenmauer der Synagoge in Baden bei Wien angebracht hatte.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.ostsee-zeitung.de/politik/regional/schwerins-afd-fraktionschef-kramer-hofiert-rechtsextremisten-martin-sellner-WMDPREJASBHRRM3X37EIO4OJIM.html>
/ eingesehen am 8. Oktober 2023

Bayern / Bundesrepublik /
Österreich:
**Burschenschafter, AfD-
Parlamentarier und ein
»White Power«-Gruß**

»Hoffnung auf eine bleibende Anschlussfähigkeit burschenschaftlicher Idee« mache »die Festkneipe im bayerischen Landtag, die von den AfD-Abgeordneten Christoph Maier und Ferdinand Mang organisiert wurde«, gibt Andreas Karsten (Halle-Leobener Burschenschaft Germania 2017, Hamburger Burschenschaft Germania 2019/20), »Schriftleiter« der Burschenschaftlichen Blätter, der »Zeitschrift für den deutschen Burschenschafter«, in deren Herbst-Ausgabe kund. Karsten ist zugleich Nachfolger von Manuel Ochsenreiter im Amt des Chefredakteurs des rechtsextremen Monatsmagazins Zuerst!.

Ehregast der Veranstaltung am 15. Juni in der Landtagsgaststätte im bayerischen Landtag war der ehemalige FPÖ-Nationalratsabgeordnete Walter Rosenkranz (Wiener akademische Burschenschaft Libertas). 2022 kandidierte Rosenkranz für die FPÖ bei der Bundespräsidentenwahl in Österreich. Zwei bei der Veranstaltung in der Landtagsgaststätte anwesende Burschenschafter, J. D. und L. Z., zeigten eine als »White Power«-Gruß bekannte Geste. In rechtsextremen Kreisen symbolisiert dieser Gruß die »Überlegenheit der Weißen«. Weltweit bekannt wurde das rechtsextreme Symbol 2017, als der rechtsextreme Christchurch-Attentäter Brenton Tarrant es bei seinem Amoklauf mit 51 Toten in Neuseeland zeigte. Die »White Power«-Performer in der Kantine des Maximilianeums zählen zur Münchner Burschenschaft Danubia. Deren studentischer Teil wird vom bayerischen Verfassungsschutz beobachtet. Die bundesweite negative Medienberichterstattung nach dem rechtsextremen Vorfall kommentierten die beiden AfD-Landtagspolitiker mit den Worten: »Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, daß Vertreter dieser großartigen Vereinigung als Gäste im Bayerischen Landtag willkommen geheißen werden. Indem Altparteien und Mainstream-Medien versuchen, einen solchen Besuch zu skandalisieren, zeigt sich einmal mehr, daß der patriotische und demokratische Geist bedroht ist.«

Eigenrecherche DokRex

Andreas Karsten: Mitteilung der Schriftleitung, in: Burschenschaftliche Blätter, 3/2023, S. 99

Studentenverbindungen zu Gast im Bayerischen Landtag, in: a.a.O., S. 113

Saarland:
**Neonazi-Brandanschlag:
Nach 32 Jahren verurteilt**

Das Oberlandesgericht (OLG) Koblenz hat am 9. Oktober den 52-jährigen Peter S. wegen eines rassistischen Mordes zu einer Jugendstrafe von sechs Jahren und zehn Monaten verurteilt (OLG Koblenz, Urt. v. 9.10.2023, Az. 4 StE 10/22). Die Verurteilung erfolgte nach Jugendstrafrecht, da der Angeklagte zum Tatzeitpunkt erst 20 Jahre alt war. Verurteilt wurde der Mann auch wegen versuchten Mordes und besonders schwerer Brandstiftung. Bei dem Brandanschlag am 19. September 1991 auf das als Flüchtlingsheim genutzte ehemalige Gasthaus Weißes Rößl in der Saarlouiser Straße 53 in Saarlouis-Fraulautern war der 27-jährige ghanaische Flüchtling Samuel Yeboah getötet worden. Das Opfer starb an Verbrennungen und einer Rauchvergiftung. Yeboah »hatte nicht ansatzweise eine Chance, diesem Feuerball zu entkommen«, sagte Richter Konrad Leitges. Etwa 10 bis 15 Minuten habe der junge Mann aus Ghana in den Flammen in verschiedenen Sprachen um Hilfe gerufen. »Sein Sterben war qualvoll und dauerte sehr, sehr lang«, berichtete der Richter. Zwei weitere Bewohner brachen sich beim Sprung aus dem Fenster Knochen. 18 anderen gelang es, sich unverletzt in Sicherheit zu bringen. Nach dem Urteil des Oberlandesgerichts Koblenz legten Verteidigung, Bundesanwaltschaft und einer der Nebenkläger Revision ein.

Laut Bundesanwaltschaft feierte Peter S. in der Tatnacht mit mehreren Neonazis in einer Saarlouiser Kneipe. Sie sollen sich über rassistisch motivierte Anschläge unterhalten haben. Als die Gaststätte schloss, sei S. offenbar als Einzeltäter zu dem Wohnheim gegangen. Im Treppenhaus soll er Benzin aus einem Kanister vergossen und angezündet haben. Der Brandanschlag war bereits der fünfte Angriff auf Flüchtlingsunterkünfte in Saarlouis seit 1987. Im Umfeld des Tatorts hatte es weder ein Bekennerschreiben noch rechtsextreme Schmierereien gegeben. Die Tat wurde zunächst nicht als rechtsextrem eingestuft. Die Bundesregierung korrigierte diese Einschätzung später. Im Sommer 2020 wurde im saarländischen Landespolizeipräsidium eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die mögliche Fehler bei den Ermittlungen aufklären sollte. Beim Anschlag blieben die Ermittlungen zunächst ohne Erfolg und wurden nach elf Monaten eingestellt. Der Fall galt als eines der bekanntesten ungelösten extremistischen Tötungsdelikte Deutschlands.

S. zählte in den Jahren von 1990 bis September 1997 zu den Führungspersonen der Neonazi-Szene in Saarlouis und war Führungsmitglied der Kameradschaft Horst Wessel Saarlautern. Mehrfach wurde er bei Demonstrationen als Ordner eingesetzt. Am 9. Oktober 1992 soll er an einem Übergriff von zwölf Neonazis auf einen Studenten in Saarbrücken beteiligt gewesen sein. Am 17. August 1996 nahm S. am Rudolf-Heß-Gedenkmarsch im rheinland-pfälzischen Worms teil. 200 Neonazis marschierten damals unter Führung des späteren NPD-Vorsitzenden Holger Apfel durch die Innenstadt. Zu den

von der Polizei namentlich erfassten Neonazis gehörten auch die späteren NSU-Terroristen Uwe Mundlos und Beate Zschäpe sowie deren Gesinnungskameraden Ralf Wohlleben, Holger Gerlach und Tino Brandt. Anwesend war S. auch bei einer spontanen Neonazi-Demonstration am 1. Mai 1997 im hessischen Alsfeld. 120 Neonazis zogen brüllend durch die Innenstadt. Wenige Wochen später soll S. gegenüber der Polizei Angaben über Gleichgesinnte gemacht haben und aus der Szene in Saarlouis offenbar ausgeschlossen worden sein.

Weiterhin unaufgeklärt sind im Saarland auch zwei weitere Taten, die vermutlich auch Rechts-extremisten begangen haben: Am 9. März 1999 wurde mit Hexogen, einem militärischen Sprengstoff, ein Anschlag auf die Wanderausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944« in Saarbrücken verübt. Der an einer frei zugänglichen Außenmauer angebrachte Sprengsatz richtete am Ausstellungsgebäude und einer nahegelegenen Kirche Sachschaden in Höhe von rund 255.000 Euro an. Trotz eines anonymen Bekennerbriefes konnte die Polizei die Täter nicht stellen. Am 19. November 1990 wurde unter einer Treppe vor der Geschäftsstelle der Linken Liste/PDS in Saarbrücken ein Sprengstoffpaket mit Zeitzündler entdeckt. Der Zünder war auf einen Zeitpunkt eingestellt, an dem die Bombe wohl mehr als zwei Dutzend Personen getroffen hätte.

Eigenrecherche DokRex

Marlene Grunert / Timo Steppat: 32 Jahre später. 1991 wurde in Saarlouis ein Asylbewerber ermordet. Nun ist der Täter verurteilt worden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Oktober 2023, S. 5

<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/brandanschlag-saarlouis-asylbewerberheim-ovg-koblenz-4ste1022/> / eingesehen am 11. Oktober 2023

Bundesrepublik / Argentinien / Italien:

10. Todestag von SS-Kriegsverbrecher

Am 11. Oktober jährte sich der 10. Todestag des 2013 in Rom verstorbenen Erich Priebke. Eine öffentliche Begräbnisfeier hatten die italienischen Behörden damals untersagt – die erzkatholische Piusbruderschaft stellte jedoch eine ihrer Kapellen für eine Trauerfeier zur Verfügung. Der SS-Hauptsturmführer Priebke (Jg. 1913), der »aus Überzeugung« der NSDAP als Mitglied angehört hatte, war 1944 an der Ermordung von 335 italienischen Zivilisten in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom beteiligt. Die Hinrichtungen sind eines der schwersten NS-Massaker während des Zweiten Weltkriegs in Italien. Unter den Opfern waren 75 Juden. 1948 setzte sich Priebke mit Hilfe des Vatikan-Geistlichen Alois Hudal, dessen »Hilfsbereitschaft« gegenüber NS-Kriegsverbrechern als legendär galt, ins argentinische Bariloche ab. In den Folgejahren reiste Priebke mehrfach in die Bundesrepublik ein. Ende der 1980er-Jahre soll er sogar den damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Klaus Jürgen Hedrich in Niedersachsen besucht haben. Bis 1994 lebte Priebke unbehelligt in dem südamerikanischen Land. Vor seiner Auslieferung nach Italien meldete sich Priebke telefonisch bei dem ebenfalls in Argentinien lebenden Wilfried von Oven, dem letzten Presseadjutanten Goebbels, ab. 1995 wurde Priebke nach Italien überstellt und 1998 als Kriegsverbrecher zu lebenslanger Haft verurteilt, die jedoch aus Altersgründen in Hausarrest umgewandelt wurde. Priebke wird bis heute in rechtsextremen Kreisen verehrt. Die Neonazi-Homepage <http://erich-priebke.de/> widmet sich seinem Gedenken.

Eigenrecherche DokRex

Erich Priebke: Autobiographie Vae Victis. Rom (Eigenverlag) 2003

Baden-Württemberg / Türkei:
Türkischer Rechtsextremismus und Sport

In Baden-Württemberg stehen keine Sportvereine wegen Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung unter nachrichtendienstlicher Bearbeitung des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV), so das baden-württembergische Innenministerium auf eine parlamentarische Anfrage. Im Phänomenbereich »Auslandsbezogener Extremismus und Terrorismus« und insbesondere im türkischen Rechtsextremismus spielen jedoch der Sport und sportvereinsähnliche Gruppen eine relevante Rolle; so im Umfeld der türkisch-rechtsextremen Dachverbände Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (ADÜTDF) und Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V. (ATIB). Dabei handelt es sich nicht um klassische Sportvereine, sondern um Sportgruppen innerhalb der Anhängerschaft bereits vorhandener sogenannter Kulturvereine aus diesen Milieus. Die ADÜTDF und die ATIB organisieren regelmäßig – meist im Rahmen ihrer Jugendarbeit – Sportturniere auf regionaler Ebene, so auch in Baden-Württemberg. Die ADÜTDF führt diese Veranstaltungen in der Regel im Gedenken an Alparslan Türkes, den Gründer ihrer türkisch-rechtsextremen Mutterpartei Milliyetçi Hareket Partisi (MHP), durch.

Antrag der Abg. Nico Weinmann und Dennis Birnstock u. a. FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen: Extremistische Vereine im Sportbereich, Landtag von Baden-Württemberg, Drs. 17/5542 vom 10. Oktober 2023: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/5000/17_5542_D.pdf / eingesehen am 16. Mai 2024

**Bundesweit:
AfD-Mitgliederzahl,
Roland Hartwig**

Am 11. Oktober gab die AfD an, dass sie so viele Mitglieder habe wie noch nie: 35.781. AfD-Mitglied ist auch Roland Hartwig. Hartwig war bis 2011 Bundestagsabgeordneter seiner Partei und später »rechte Hand« von Alice Weidel in der AfD-Bundesgeschäftsstelle. Am 15. Januar 2024 wurde sein Arbeitsvertrag als Weidels Referent in »beiderseitigem Einvernehmen« aufgelöst. Dem vorangegangen war die Teilnahme von Hartwig beim geheimen »Remigrations-Treffen« von extremen Rechten am 25. November 2023 im Landhaus Adlon in Potsdam.

Maria Fiedler / Ann-Katrin Müller: Die überdehnte Partei, in: Der Spiegel, 42/2023, S. 32

**Österreich:
Jörg Haider – Unfalltod
vor 15 Jahren**

In der Nacht zum 11. Oktober 2008 raste der betrunkene 58-jährige Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider in Lambichl südlich von Klagenfurt mit 142 km/h (Tempolimit 70 km/h) in den Tod. Bis heute ranken sich in rechtsextremen Kreisen Legenden um den Unfalltod Haiders. »Von Medien verschwiegene Recherchen nähren weiterhin den Verdacht, dass er keinem Unfall, sondern einem Anschlag zum Opfer gefallen sein könnte«, orakelt das rechtsextreme Monatsmagazin COMPACT.

Haider, langjähriger FPÖ-Parteichef, gründete 2005 nach parteiinternem Streit die Konkurrenzpartei Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ). 1999 war er Drahtzieher der ersten FPÖ-/ÖVP-Koalition auf Bundesebene, die international von heftigen Protesten begleitet wurde.

An der Trauerfeier im Oktober 2008 nahmen auch Burschenschafter und »Weltkriegsveteranen« teil. Im gleichen Monat folgten rund 200 Menschen der Einladung seiner Witwe Claudia Haider und des derzeitigen Kärntner FPÖ-Fraktionschefs Erwin Angerer, Haider im Rahmen eines Gottesdienstes zu gedenken. Haider stammte aus einem deutsch-national gesinnten Elternhaus. Sein Weg führte ihn vom Mitglied der schlagenden Schülerverbindung Albia zu Bad Ischl 1986 an die Spitze der FPÖ als Bundesobmann. »Bei den Traditionstreffen auf dem Ulrichsberg brach er stets eine Lanze für die Weltkriegssoldaten aus Österreich«, wird lobend in einer Erinnerung in der rechtsextremen Monatszeitschrift Zuerst! erwähnt.

1995 hielt Haider am Vorabend des Ulrichsbergtreffens eine Ansprache vor Waffen-SS-Veteranen, die er als »anständige Menschen« bezeichnete, die »einen Charakter haben und die auch bei größtem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und ihrer Überzeugung treu geblieben sind«. Die Rede vor einstigen Kriegsverbrechern sorgte für weltweite Schlagzeilen. Am Ulrichsberg bei Klagenfurt treffen sich seit Jahrzehnten ehemalige Angehörige der Waffen-SS, Burschenschafter und Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland. Über Jahrzehnte hinweg waren auch Delegationen der Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS (HIAG), der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger (OdR) und des Kameradenwerks Korps Steiner bei den ewiggestrigen Feiern zugegen. Vor Ort gern gesehen war die 2018 verstorbene Gudrun Burwitz. Die Tochter von Reichsführer-SS Heinrich Himmler war die graue Eminenz der rechtsextremen Stillen Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte. Die bis zuletzt in München lebende Burwitz arbeitete Anfang der 1960er-Jahre beim Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach bei München. Vermutlich war Gudrun Margarete Elfriede Emma Anna Burwitz, so ihr vollständiger Name, von Ende 1961 bis zum Herbst 1963 beim BND als Sekretärin angestellt.

Eigenrecherche DokRex

https://www.compact-online.de/15-jahre-danach-die-zweifel-im-fall-haider/?mc_cid=fba480f60f / eingesehen am 24. Oktober 2023

Frank Zastrow: Populist mit Janusgesicht, in: Zuerst!, Oktober 2023, S. 40-42

<https://zuerst.de/2023/10/15/vor-15-jahren-joerg-haider-stirbt-bei-autounfall-und-ist-unvergessen/> / eingesehen am 15. Oktober 2023

Polen:
Vor 80 Jahren: Flucht aus dem Vernichtungslager Sobibor / »Aktion Erntefest«

Sobibor gehörte neben Belzec und Treblinka zu den Tötungszentren der »Aktion Reinhardt«, die sich der Vernichtung der Juden im Generalgouvernement im besetzten Polen verschrieben hatte. Zwischen März 1942 und Oktober 1943 starben in den Gaskammern dieser nationalsozialistischen Mordfabriken mindestens 1,8 Millionen Menschen. Am 14. Oktober 1943 wagte die Widerstandsorganisation in Sobibor den Aufstand. Von ungefähr 400 Geflohenen starben 80 durch die Kugeln der SS, ihrer Helfer, antisemitischer katholischer Polen oder in den Minenfeldern. 170 der 320 Juden, die aus Sobibor entkamen, wurden in den nächsten Tagen von den Deutschen bei ihrer Menschenjagd wieder aufgegriffen und ermordet. Das Ende des Krieges erlebten wenige Dutzend Gefangene. Die Anführer des Aufstandes von Sobibor waren Alexander Petscherski (1909–1990) und Leon Feldhendler (1910–1945). Semjon Rosenfeld, letzter Überlebender des Aufstandes von Sobibor, starb im Alter von 96 Jahren 2019 in Israel.

Offenbar wegen des Aufstandes in Sobibor befahl Heinrich Himmler, Reichsführer SS, die »Aktion Erntefest« in den folgenden Tagen – das »wohl größte koordinierte Massaker des Zweiten Weltkriegs« (Historiker Andrej Angrick). Die gemessen an der Opferzahl schlimmste einzelne Massenerschießung am 3. und 4. November 1943 brachte mehr als 43.000 Menschen den Tod.

Etienne Schinkel: Flucht aus der Hölle, in: Damals, 10/2023, S. 58-63

https://www.welt.de/geschichte/article248337130/Aktion-Erntefest-Das-groesste-einzelne-Massaker-des-Holocaust.html?sc_src=email_5086942&sc_lid=515797034&sc_uid=29syg8VmXd&sc_lid=2040&sc_cid=5086942&cid=email.crm.redaktion.newsletter.geschichte&sc_eh=6d32444893b25ffb1 / eingesehen am 4. November 2023

<https://www.welt.de/geschichte/article247938920/Sobibor-Von-600-Aufstaendischen-ueberlebten-gerade-einmal-47.html?cid=email.crm.redaktion.newsletter.geschichte> / eingesehen am 28. März 2024

Österreich / Bundesrepublik:
Kubitschek in Wien

Drei Vortragstermine absolvierte der Rechtsextremist Götz Kubitschek am 17. Oktober in Wien. Zum einen sprach Kubitschek bei einer Kundgebung der Aktion 451 direkt vor der Universität Wien. Aktion 451 versteht sich als »eine Anlaufstelle für jene Studenten, denen es reicht«, so deren Eigenangabe. Die selbsternannten »Fluchthelfer aus dem geistigen Gefängnis« wollen die Universitäten als linken »Safe Space« auflösen. Anwesend bei Kubitscheks Kundgebung vor der Wiener Universitätsrampe waren auch die einschlägigen Aktivisten Martin Sellner und Martin Lichtmesz (i.e. Martin Semlitsch).

Kubitschek und Semlitsch waren 2012 bei einem Treffen der Génération Identitaire in Frankreich zugegen. Von der organisatorischen Keimzelle der Identitären brachten sie Bausteine für eine neurechte Jugendkultur mit, die unter anderem von dem österreichischen Rechtsextremisten Martin Sellner aufgegriffen und umgesetzt wurde.

Einen zweiten Vortrag hielt Kubitschek im Haus der Österreichischen Landsmannschaft (ÖLM). Die ÖLM ist eine rechtsextreme Organisation mit vordergründig humanitärer Ausrichtung, die vor allem im publizistischen Bereich beträchtliche Aktivitäten setzt und aufgrund ihrer ideologisch-kulturellen Tätigkeit eine wichtige integrative Funktion für das deutschnationale und rechts-extreme Lager hat, so das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW). Der dritte Auftritt von Kubitschek fand im Parlament statt. Dort lud das Freiheitliche Bildungsinstitut (FBI) in die Klubräumlichkeiten der FPÖ zu einer Podiumsdiskussion über »Linksextremismus als wachsende Gefahr«. Neben Kubitschek begrüßte Nationalratsabgeordneter und FBI-Präsident Axel Kassegger folgende Personen am Podium: Christian Hafenecker (Nationalratsabgeordneter und FPÖ-Generalsekretär), Jan Wenzel Schmidt (AfD-Bundestagsabgeordneter und Generalsekretär der AfD-Sachsen-Anhalt) sowie Maximilian Weinzierl (Bundesobmann der Freiheitlichen Jugend).

Eigenrecherche DokRex

<https://www.derstandard.de/story/3000000195725/deutscher-rechtsextremist-kubitschek-trat-unter-protest-vor-uni-wien-auf> / eingesehen am 18. Oktober 2023

<https://www.info-direkt.eu/2023/11/18/vollstaendige-rede-goetz-kubitschek-an-der-universitaet-wien/> / eingesehen am 17. Oktober 2023

<https://www.info-direkt.eu/2023/11/20/selbstbewusste-patrioten-warnen-vor-linksextremismus/> / eingesehen am 21. Oktober 2023

<https://aktion451.info/index.php/uber-uns/> / eingesehen am 1. Mai 2024

<https://sezession.de/68431/aktion-451-in-wien-ein-persoener-blick-auf-einen-metapolitischen-tag> / eingesehen am 23. November 2023

Bundesweit:
Dokumentationszentrum
»Zweiter Weltkrieg und deutsche
Besatzungsherrschaft in Europa«
(ZWBE)

Der Bundestag hat am 19. Oktober eine Entschließung verabschiedet, nach der die Errichtung des geplanten Dokumentationszentrums Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa (ZWBE) umfassend und zügig umzusetzen sei. »Die Besatzungsherrschaft des nationalsozialistischen Deutschen Reichs brachte zwischen 1939 und 1945 Tod, Leid, Entrechtung und Zerstörung über die Bevölkerungen weiter Teile Europas«, heißt es in der Entschließung. Rund 230 Millionen Menschen hätten 1942 unter deutscher Besatzung gelebt. Die Hälfte der etwa 40 Millionen Opfer des Zweiten Weltkrieges in Europa seien Zivilisten gewesen.

Kulturstaatsministerin Claudia Roth erklärte: »Die Erinnerung an die Verbrechen, die im deutschen Namen in ganz Europa begangen worden sind, darf nicht enden. Mit dem Dokumentationszentrum wird in Berlin an zentraler Stelle eine Einrichtung entstehen, die uns die Schrecken des von Deutschland ausgehenden Eroberungs- und Vernichtungskrieges vor Augen führt. Dieses überaus wichtige erinnerungskulturelle Vorhaben setzt auch das deutliche Zeichen, dass wir das Leid der Menschen in den damals von der Wehrmacht besetzten Ländern niemals vergessen werden.«

Tod, Leid und Entrechtung. Dokumentationszentrum Zweiter Weltkrieg, in: Das Parlament, Nr. 43-45/2023, S. 6

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bundestag-beschliesst-errichtung-des-dokumentationszentrums-zweiter-weltkrieg-und-deutsche-besatzungsherrschaft-in-europa-2231566/ingesehen-am-25-oktober-2023>

<https://www.dhm.de/museum/ueber-uns/stabsstelle-zur-errichtung-des-dokumentationszentrums-zwbe/ingesehen-am-25-oktober-2023>

Bundesweit:
Keine Kooperation mit der AfD

Auf die Frage des Nachrichtenmagazins Der Spiegel: »Die AfD gilt in Teilen als verfassungsfeindlich, trotzdem gibt es keine ernsthaften Bestrebungen, sie zu verbieten. Wie halten Sie diesen Widerspruch aus?« antwortete Bundeskanzler Olaf Scholz: »Es ist gut, dass die Verfassungsschutzämter ihre Aufgaben wahrnehmen. Aber ich bin kein Freund von einem Verbot der AfD. [...] Ich sage [...] klar, solche rechten Haltungen dürfen keinen Platz haben in unserer Demokratie! Keine Kooperation mit solchen Parteien!«

Gespräch mit Bundeskanzler Olaf Scholz, in: Der Spiegel vom 21. Oktober 2023, S. 17-21

Italien:
Zuwachs für Süd-Tiroler Freiheit

Bei der Landtagswahl in Südtirol am 22. Oktober (Wahlbeteiligung 71,5 Prozent) wurden die 35 Mitglieder des Landtages neu gewählt. In jenem bis 1919 österreichischen Teil Tirols, den Benito Mussolini ab 1923 gewaltsam italianisierte, wohnen 530.000 Einwohner. Seit 75 Jahren regiert die christdemokratische Südtiroler Volkspartei (SVP), die Sammelpartei der deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler, in Bozen. Bei der Wahl fuhr die SVP das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte ein. Sie bleibt mit 34,5 Prozent zwar stärkste Kraft, verlor aber mehr als sieben Punkte gegenüber den Wahlen von 2018 (41,9 Prozent). Gewinner sind die separatistische Süd-Tiroler Freiheit, die mit 10,9 Prozent ihr Ergebnis fast verdoppelte (2018: 4,9 Prozent) sowie die extrem rechte Partei Fratelli d'Italia von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, die sechs Prozent erzielte. An der Spitze von Fratelli d'Italia in Südtirol steht Marco Galateo.

Die Süd-Tiroler Freiheit unter Vorsitz von Sven Knoll wurde drittstärkste Kraft und verfügt nun über vier statt bislang zwei Sitze. In den Landtag zogen neben Knoll auch Myriam Atz Tammerle, Hannes Rabensteiner und Bernhard Zimmerhofer ein. Der Wahlkampf der Süd-Tiroler Freiheit richtete sich schwerpunktmäßig gegen die Corona-Politik und »kriminelle Ausländer«. Zwei Drittel der ca. 5.000 Mitglieder der Süd-Tiroler Freiheit, über 3.000 an der Zahl, stammen aus Südtirol, 931 aus Tirol und Österreich, 891 aus Bayern und Deutschland. Die weiteren Mitglieder sind »Heimatferne«. Knapp die Hälfte der Mitglieder ist unter 40 Jahre alt. Bedeutend sei das Abschneiden der Süd-Tiroler Freiheit, weil diese »die Rückkehr Südtirols nach Österreich anstrebt, wo es bis 1918 war. Die Sieger des ersten Weltkrieges diktierten dann die Abtretung an Italien, dennoch bildet auch heute noch die deutsche Volksgruppe mit rund zwei Dritteln die Mehrheit in der autonomen Provinz«, so die rechtsextreme Monatszeitschrift Zuerst!.

Die Lega (bis 2018: Lega Nord) von Matteo Salvini landete abgeschlagen bei 3 Prozent (- 8,1 Prozent). Landeshauptmann ist seit 2014 Arno Kompatscher.

Eigenrecherche DokRex

Dirk Reinartz: Blamage für die Volkspartei, in: Zuerst!, 12/2023, S. 43

<https://www.tageszeitung.it/2023/10/23/das-endergebnis/> / eingesehen am 29. Oktober 2023

<https://suedtiroler-freiheit.com/2023/10/23/historisch-bestes-ergebnis-buerger-gehoren-in-den-mittelpunkt/> / eingesehen am 29. Oktober 2023

<https://suedtiroler-freiheit.com/2024/05/02/sued-tiroler-freiheit-zaehlt-ueber-5-000-mitglieder/> / eingesehen am 5. Mai 2024

Sachsen:

**Neonazi-Protest beim
Ministerpräsidenten**

Die neonazistische Kleinstpartei Freie Sachsen hat am 22. Oktober zu einer Kundgebung gegen eine geplante Unterkunft für Geflüchtete in Dresden-Klotzsche aufgerufen. Rund 300 Teilnehmer zogen dann weiter in Richtung der Wohnung von Regierungschef Michael Kretschmer (CDU). Die Polizei riegelte das Gebiet um sein Wohnhaus ab. »Politiker dürfen sich zu Hause nicht mehr wohlfühlen«, verkündete der Neonazi Max Schreiber bei der Zwischenkundgebung in Hörweite zu Kretschmers Wohnung. In Klotzsche sollen Plätze für Geflüchtete entstehen. In den letzten Wochen kam es immer wieder zu Vandalismus an der künftigen Flüchtlingsunterkunft. Ende September wurde ein Brandanschlag verübt. Nicht zum ersten Mal sind in Sachsen Demonstrationen in der Nähe oder direkt vor Häusern von Politikern abgehalten worden. Bereits im Januar 2021 waren Corona-Gegner vor das Haus von Kretschmer gezogen, im Dezember 2021 sorgte ein Mob mit Fackeln vor dem Haus von Sachsens Sozialministerin Petra Köpping (SPD) in Grimma für Schlagzeilen.

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/rechtsextreme-freie-sachsen-cdu-nennt-versuchten-aufmarsch-bei-michael-kretschmer-niedertraechtig-a-03ccfce6-84b6-4f08-a9c1-0b06977fa0b2/> / eingesehen am 25. Oktober 2023

https://www.t-online.de/region/dresden/id_100264918/dresden-klotzsche-freie-sachsen-demonstrieren-vor-wohnung-von-kretschmer.html / eingesehen am 25. Oktober 2023

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/dresden/dresden-radebeul/demo-fluechtlinge-freie-klotzsche-kretschmer-100.html> / eingesehen am 25. Oktober 2023

Bundesweit / Schleswig-Holstein:
**Vor 20 Jahren verstorben:
Grünen-Mitbegründer
Baldur Springmann**

Am 24. Oktober 2003 verstarb der 1912 geborene Baldur Springmann. Springmann beteiligte sich 1982 an der Gründung der Grünen. Zuvor engagierte er sich in der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), die in den Grünen aufging. 1978 war er einer der Initiatoren der Grünen Liste Schleswig-Holstein und trat bei der Europawahl 1979 an. Gemeinsam mit dem CDU-Dissidenten Herbert Gruhl gründete er 1982 die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP). Später engagierte sich Springmann in der von ihm gegründeten rechtsextremen Aktionsgemeinschaft Deutschlandliebender. Baldur Springmann, benannt nach dem Gott des Lichts in der germanischen Mythologie, gehörte vor 1945 der SA, SS und der NSDAP an. Der Vorkämpfer der ökologischen Landwirtschaft stieß in den 1970er-Jahren zur norddeutschen Anti-Atom-Bewegung und beteiligte sich an den Protesten gegen den Bau des AKWs Brokdorf. »Der Naturschutz, der nichts mit heutigen Ökodiktatur-Phantasien zu tun hat, ist ein urkonservatives Anliegen mit Wurzeln im Volks- und Heimatbewusstsein«, notiert die rechtsextreme Monatszeitschrift Zuerst! anlässlich des 20. Todestages von Springmann.

Eigenrecherche DokRex

Frank Zastrow: Ein Ur-Grüner. Vor 20 Jahren verstarb der Patriot und Grünen-Mitbegründer Baldur Springmann, in: Zuerst! November 2023, S.65f

Österreich / Bundesrepublik:
**Ex-Verfassungsschutzpräsident
in rechtsextremen Zusammen-
hängen**

Hans-Georg Maaßen widerspricht in der rechtsextremen österreichischen Zeitschrift Freilich, dem »Magazin für Selbstdenker«, der Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die im Rechtsextremismus die größte Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik sieht: »Ich nehme das deutlich anders wahr. Für mich stellt der Linksextremismus derzeit die größte Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar und zwar deswegen, weil der Linksextremismus in den letzten Jahrzehnten die gesellschaftlichen Institutionen äußerst erfolgreich infiltriert hat und bis in höchste Ämter Unterstützung und Sympathie findet«, so Maaßen. Der einstige oberste Verfassungsschützer geht davon aus, »dass die politische Linke es darauf anlegt, eine politische Transformation unseres bürgerlich-freiheitlichen Gemeinwesens durchzuführen und dazu ist es notwendig, dass alle bestehenden bürgerlichen Strukturen zerstört werden.« Maaßen redet sich während des Interviews in Rage: »Wie bei Mao und Pol Pot geht es dabei um die Zerstörung der Familie, die Zerstörung der Religion, die Zerstörung der bürgerlichen Kultur und – was ganz zentral erscheint – zusätzlich die Zerstörung des ethnischen Zusammenhalts. Und deswegen ist es ein

probates Mittel, zum Anschlag auf unsere bürgerliche Kultur auch die Zerstörung des nationalen Zusammenhaltes durch die Ansiedlung kulturfremder Migranten zu fördern. Dahinter steht das Ziel der Erschaffung einer neuen ökosozialistischen totalitären Diktatur, in der ein neuer Mensch geschaffen werden soll, was wiederum der alten klassischen maoistischen Doktrin entspricht.«

Das Interview mit Maaßen führte Bernd Kallina, stellvertretender Vorsitzender der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e.V. (SWG). Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hamburg hat den Verein am 9. Juni 2023 als »gesichert rechtsextremistische Bestrebung« zum Beobachtungsobjekt erklärt. So konnte der Verfassungsschutz die vorliegenden tatsächlichen Anhaltspunkte für rechtsextreme, geschichtsrevisionistische und die parlamentarische Demokratie und den Rechtsstaat verächtlich machende Aktivitäten nach eingehender nachrichtendienstlicher Ermittlung und Auswertung verdichten. Zudem hat das LfV weitere Erkenntnisse, die »zweifelsfrei belegen«, dass von der SWG Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und den Gedanken der Völkerverständigung ausgehen. Darunter seien auch »antisemitische Chiffren«.

Chefredakteur des identitären Blattes Freilich ist der Burschenschafter Stefan Juritz (Grazer Akademische Burschenschaft Marko-Germania). Juritz nahm im Jahr 2007 gemeinsam mit dem österreichischen Neonazi und Holocaustleugner Gottfried Küssel am »Sommercamp« des neonazistischen Bundes freier Jugend (BfJ) teil. Später war Juritz als Kader der rechtsextremen Identitären Bewegung aktiv.

Eigenrecherche DokRex

Interview mit Hans-Georg Maaßen, in: Freilich, Nr. 23 (2024), S. 11-17

Österreich / Bundesrepublik /
Niederlande:
**AfD-Politikerin »enttarnt«
niederländische Politik**

Die in Diensten der AfD arbeitende Irmhild Boßdorf äußert sich in der rechtsextremen österreichischen Zeitschrift Freilich zu den Bauernprotesten in den Niederlanden. Demnach sei es das »Ziel der niederländischen Politik«, die »Bauern zu enteignen, um an ihr Land zu kommen«. Das Land werde dafür benötigt, um »Neubürger unterzubringen und Platz für ‚erneuerbare‘ Energien wie Windräder und Solarparks zu schaffen. Nur dafür werden die Bauern enteignet. Das ist der Hintergrund der Bauernproteste in den Niederlanden«. Boßdorf warb bei der Europawahlversammlung der AfD im Juli mit einem Schlagwort der Identitären Bewegung (IB) erfolgreich um Stimmen. Die Politikerin aus Nordrhein-Westfalen forderte in ihrer Rede in Magdeburg eine »millionenfache Remigration« und sagte, eher als den menschengemachten Klimawandel sollten die Deutschen den »menschengemachten Bevölkerungswandel« fürchten, der Europa »in eine Siedlungsregion für Millionen Afrikaner und Araber umwandeln« solle.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) führt die Identitäre Bewegung in seinem Jahresbericht im Kapitel zu Rechtsextremismus auf. Das Kölner Verwaltungsgericht hatte im Jahr 2022 festgestellt, in der »massiven ausländerfeindlichen Agitation« der Bewegung komme »eine Missachtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte zum Ausdruck, insbesondere der Menschenwürde und des Diskriminierungsverbots«. Aussagen wie »Remigration« oder »Bevölkerungsaustausch stoppen« seien ausländer- und islamfeindlich.

Eigenrecherche DokRex

Interview mit Irmhild Boßdorf, in: Freilich, Nr. 24 (2023), S. 10-19

Baden-Württemberg / Bundesweit:
**Razzia gegen rechtsextremes
Musiknetzwerk:
Durchsuchungsmaßnahmen /
Rechtsextreme Musik in
Baden-Württemberg**

Die Zentrale Kriminalinspektion Oldenburg führt seit mehreren Monaten unter der Sachleitung der Generalstaatsanwaltschaft Celle ein umfangreiches Verfahren, unter anderem wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung im Sinne des §129 StGB. Im Kern geht es um die Produktion sowie den nationalen und zum Teil internationalen Vertrieb von strafrechtlich relevanter, volksverhetzender, antisemitischer, menschenverachtender rechtsextremer Musik durch eine bundesweit agierende Tätergruppierung, deren Mitglieder größtenteils der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind. Am 26. Oktober 2023 kam es in diesem Zusammenhang zu umfangreichen Einsatz- und Durchsuchungsmaßnahmen in insgesamt sechs Bundesländern sowie im europäischen Ausland. Die Durchsuchungen erstreckten sich auf drei Objekte in Niedersachsen sowie auf weitere Liegenschaften in Hamburg, Berlin, Thüringen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und auf Mallorca. Eine der Razzien fand auf dem Anwesen des Musikproduzenten Thorsten Heise in Fretterode (Thüringen) statt. Heise, ein einschlägig vorbestrafter Neonazi, vormals Kader der wegen Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Partei Die Heimat (ehemals NPD).

Ein weiterer Betroffener ist Jens Hessler auf Mallorca, Musiker aus dem Emsland und 1996 Gründer der Band Stahlgewitter. Musik ist ein verbindendes, kulturelles Element innerhalb der Ideologie und häufig der Einstieg für jüngere Menschen in rechtsextremes Gedankengut. Konzerte und Musikfestivals sind immer wieder Treffpunkte der Szene. Der Verkauf von Merchandise rechtsextremer Bands oder CDs ist eine wichtige Einnahmequelle der rechtsextremen Szene.

Der Leiter der Zentralstelle Terrorismusbekämpfung der Generalstaatsanwaltschaft Celle, Leitender Oberstaatsanwalt Martin Appelbaum, betonte die große Gefahr für die öffentliche Sicherheit, die von den volksverhetzenden, antisemitischen und ausländerfeindlichen Inhalten der Tonträger ausgehe: »Damit sollten gezielt junge Menschen angesprochen werden, auf die rechtsradikal-propagandistisch eingewirkt werden soll. Diesen Bestrebungen, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten, müssen die Strafverfolgungsbehörden mit allem Nachdruck – wie heute geschehen – entgegenwirken.« Bei den Durchsuchungen wurden mehrere zehntausend Tonträger (CDs und Schallplatten), zahlreiche elektronische Kommunikationsmittel (Smartphones und Notebooks) und Speichermedien, ein fünfstelliger Bargeldbetrag sowie schriftliche Unterlagen sichergestellt. Die Auswertungen dauern an.

Die Razzien nahm der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Oliver Hildenbrand (Grüne) zum Anlass, eine Kleine Anfrage in Sachen rechtsextreme Musikszene in Baden-Württemberg zu stellen. Dem Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) sind in Baden-Württemberg derzeit folgende rechtsextreme Musikgruppen, Liedermacher und Musiklabels bekannt: Musikgruppen: Antikonform (Sitz: Baden-Württemberg/Bayern), Aufbruch (Mannheim), Eishammer (Nordwürttemberg), Germanium (Raum Karlsruhe), Hard & Smart (Nordwürttemberg), Kommando Skin (Raum Stuttgart), Naked but armed (unbekannt), Noie Werte (Raum Tübingen). Liedermacher: Bragi (Nordbaden), Wegbereiter (Schwarzwald), Wehrhammer (Raum Bodensee), Wiesel/Heureka (Nordbaden). Musiklabels und Musikvertriebe: Asatru-Versand (Dettenhausen), Freiheit-Sounds (Eppingen). Zuletzt fand am 5. August 2023 im Vereinsheim des MC Born to be wild in St. Georgen im Schwarzwald eine rechtsextreme Musikveranstaltung der Brothers of Honour statt.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.swr.de/swraktuell/razzia-wegen-rechtsextremer-musik-100.html> / eingesehen am 26. Oktober 2023

<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/bundesweite-razzien-neonazi-thorsten-heise-unter-den-verdaechtigen-a-9f870980-51bb-4c07-ac9a-dbd2132f20> / eingesehen am 26. Oktober 2023

<https://taz.de/Volksverhetzende-Musik/!5969119/> / eingesehen am 26. Oktober 2023

<https://generalstaatsanwaltschaft-celle.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/aktuelle-bundesweite-durchsuchungsmassnahmen-226663.html> / eingesehen am 26. Oktober 2023

Kleine Anfrage des Abg. Oliver Hildenbrand GRÜNE und Antwort des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Razzia gegen rechtsextremistisches Musiknetzwerk: Durchsuchungsmaßnahmen am 26. Oktober 2023 in Baden-Württemberg, Landtag von Baden-Württemberg, Drs. 17/5678 vom 27.10.2023. v. 27. Oktober: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/5000/17_5678_D.pdf / eingesehen am 17. Mai 2024

**Baden-Württemberg:
Querdenker-Aufmarsch mit
AfD-MdB Christina Baum**

Am 21. Oktober fand in Weil am Rhein (Landkreis Lörrach) eine Versammlung mit rund 400 Personen aus dem Querdenker-Spektrum unter dem Motto »Frieden, Freiheit, Souveränität« statt. Unter den Rednern war auch die baden-württembergische AfD-Bundestagsabgeordnete Christina Baum. Eigentlich sollte der Demonstrationzug von Basel nach Weil am Rhein und ins elsässische Hüningen führen. Doch in Basel waren Demonstrationsverbote verhängt worden.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/kundgebung-in-basel-querdenker-demo-in-weil-am-rhein-100.html> / eingesehen am 25. Oktober 2023

Bundesweit:
**Bekanntmachung von
 Rechenschaftsberichten
 der AfD und der Basis**

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas informierte im Februar 2024 über die Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2022.

Die Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis) hat 2022 dem Bericht zufolge 6,09 Millionen Euro eingenommen, 3 Millionen Euro ausgegeben und damit einen Überschuss von 3,09 Millionen Euro erzielt. Das Reinvermögen belief sich auf 5,44 Millionen Euro. Den Zuwendungen natürlicher Personen in Höhe von 3,74 Millionen Euro standen staatliche Mittel von 2,26 Millionen Euro gegenüber. 28.817 Mitglieder gehörten der Partei mit Stand 31. Dezember 2022 an.

Die Einnahmen der AfD werden mit 23,19 Millionen Euro, die Ausgaben mit 23,05 Millionen Euro angegeben, der Überschuss betrug damit 134.270,52 Euro. Das Reinvermögen der Partei belief sich auf 23,51 Millionen Euro. Die Zuwendungen natürlicher Personen summierten sich auf 8 Millionen Euro, die staatlichen Mittel auf 10,41 Millionen Euro. 29.296 Mitglieder zählte die Partei zum Jahresende 2022.

Unterrichtung durch die Präsidentin des Deutschen Bundestages. Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2022, BT-Drs. 20/10430 vom 21. Februar 2024: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/104/2010430.pdf> / eingesehen am 17. Mai 2024

Bundesweit:
Waffenbesitz und Waffeneinsatz von und durch Neonazis und Reichsbürger bzw. Selbstverwalter

Nach Kenntnis der Bundesregierung (im Oktober 2023) waren zum Stichtag 31. Dezember 2021 insgesamt 1.561 Rechtsextremisten Inhaber waffenrechtlicher Erlaubnisse. Abschließende Zahlen für das Jahr 2022 liegen der Bundesregierung noch nicht vor. Ende 2022 verfügten überdies noch etwa 400 Reichsbürger und Selbstverwalter über mindestens eine waffenrechtliche Erlaubnis.

Für den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 27. Dezember 2022 sind der Bundesregierung 23 Fallkomplexe bekannt geworden, in denen Rechtsextremisten einzelne oder auch mehrere aufeinanderfolgende Schießübungen abgehalten haben. In etwa der Hälfte der Fallkomplexe fanden die Schießübungen im europäischen Ausland statt. Der Bundesregierung ist bekannt, dass eine geringe Zahl der dem Phänomenbereich Reichsbürger und Selbstverwalter zuzuordnenden Personen Sportschützen und/oder Jäger sind.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Waffenbesitz und Waffeneinsatz von und durch Neonazis und Reichsbürger bzw. Selbstverwalter, BT-Drs. 20/9031 vom 31. Oktober 2023: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/090/2009031.pdf> / eingesehen am 17. Mai 2024

Finnland:
Rechtsterroristen verurteilt

In Finnland wurden Ende Oktober drei Neonazis von einem Gericht verurteilt, weil sie Anschläge auf Migrantinnen und Migranten, kritische Infrastruktur wie das Elektrizitätsnetz und politische Gegner geplant hatten. Die Verurteilung ist die erste in Finnland wegen Rechtsterrorismus. Mittels eines 3D-Druckers hatten die Neonazis halbautomatische Waffen für ihren geplanten »Rassenkrieg« hergestellt. Der 29-jährige Hauptbeschuldigte Viljam Lauri Antero Nyman wurde unter anderem wegen schwerer Schusswaffenvergehen mit terroristischen Absichten und wegen Drogenbesitzes zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Die beiden anderen Angeklagten erhielten mehrmonatige Haftstrafen auf Bewährung.

<https://www.theguardian.com/world/2023/oct/31/finland-neo-nazis-convicted-crimes-with-terrorist-intent-3d-printer-guns> / eingesehen am 1. November 2023

<https://yle.fi/a/74-20057870/> / eingesehen am 1. November 2023

November

Griechenland / Bundesrepublik:
JN in Athen

Rund um den 1. November bereisten Mitglieder der Jungen Nationalisten (JN), der Jugendorganisation der Partei Die Heimat (vormals NPD), zum bereits achten Mal die griechische Hauptstadt Athen. Dort sollte der zehnte Gedenkmarsch für die 2013 ermordeten »Kameraden« von Golden Dawn, Georgios Fountoulis und Manolis Kapelonis, stattfinden. Zudem sollten die »freundschaftlichen Bande zwischen unseren Organisationen« weiter verfestigt werden. Auf Grund des Versammlungsverbotes war ein »ehrvolles und anständiges Gedenken wie in den Jahren zuvor unmöglich, ohne sofort verhaftet zu werden«, so die JN.

*<https://aktion-widerstand.de/aktion/europa-aktion/athenreise-2023-giorgos-und-manolis-unsterblich/>
eingesehen am 23. November 2023*

Baden-Württemberg:
**Hans-Georg Maaßen und das
Studienzentrum Weikersheim**

Im württembergischen Oberstenfeld sollte am 3. und 4. November die Vortragsveranstaltung »Wer schützt unsere Verfassung« des vormals unionsnahen Studienzentrums Weikersheim (SZW) mit dem einstigen Verfassungsschützer Hans-Georg Maaßen stattfinden. Die Veranstaltung wurde jedoch abgesagt.

Stattdessen hat dagegen die Vorstandswahl des SZW auf Burg Lichtenberg im Bottwartal. Präsident der 1979 vom ehemaligen NS-Marinerichter und späteren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger (CDU) gegründeten Vereinigung bleibt der in extrem rechten Kreisen umtriebige Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider. Der 83-jährige hat sich in einschlägigen Kreisen mit Klagen und Prozessen gegen die Maastrichter Verträge (1992/93), die Europäische Währungsunion (1998) und den Eurorettungsschirm EFSF (2010 f.) einen Namen gemacht. Zeitweilig war Schachtschneider Kuratoriumsmitglied der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung und Unterstützer des rechtsextremen Netzwerks Ein Prozent. Zum SZW-Vizepräsidenten wurde Volker Kempf, Ex-AfD-Kreistagsabgeordneter Breisgau-Hochschwarzwald, gewählt.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Junge Freiheit, Nr. 47 vom 17. November 2023, S. 4

https://www.facebook.com/photo/?fbid=645094057737279&set=pb.100067100723073-2207520000&locale=de_DE / eingesehen am 17. Mai 2024

Südafrika:
**Problem mit
Ausländerfeindlichkeit**

Fremdenfeindlichkeit ist nicht neu in Südafrika, sie flammt immer wieder auf: Im April 2022 wurde ein Simbabweer in Diepsloot nördlich von Johannesburg gesteinigt und verbrannt. 2008 zündeten schwarze Südafrikaner in den Townships die Hütten ihrer ausländischen Nachbarn an. 62 Menschen starben. Daten zu ausländerfeindlichen Übergriffen erhebt die Plattform Xenowatch. Sie wurde vom Afrikanischen Zentrum für Migration und Gesellschaft an der Universität Witwatersrand entwickelt. In dem Beobachtungszeitraum von 1994 bis heute kam es zu insgesamt 1.038 Übergriffen auf Migranten. 661 Menschen kamen ums Leben, 5.131 Läden wurden geplündert. Xenowatch geht zudem von einer Dunkelziffer aus, da nicht alle Vorfälle gemeldet wurden. Jeder zweite junge Mensch in Südafrika sei arbeitslos, heißt es in einer Studie des Instituts für Sicherheitsstudien (ISS) in Pretoria. Die Schuld an der wachsenden Armut, extremer sozialer Ungleichheit, Korruption und hoher Kriminalität wird häufig auf Ausländer abgewälzt.

Der geschätzte Ausländeranteil in Südafrika liegt bei ca. 6,5 Prozent.

<https://www.dw.com/de/s/C3%BCdafrikas-wachsendes-problem-mit-ausl%C3%A4nderfeindlichkeit/a-67239328> / eingesehen am 5. November 2023

Sachsen:
Pegida, Höcke und Kalbitz

Nach über einem Jahr Demonstrationspause organisierte das Pegida-Team um Lutz Bachmann, Siegfried Däbritz und Wolfgang Taufkirch am 6. November erstmals wieder eine Demonstration in Dresden. Redner war der AfD-Politiker Björn Höcke. Nahezu zeitgleich zur Pegida-Kundgebung war der ehemalige AfD-Funktionär Andreas Kalbitz Redner bei einem Aufmarsch der Querdenker-Szene von Dresden. Ein gemeinsamer Spaziergang nach den beiden Kundgebungen »soll Einigkeit und Stärke zeigen«, so das rechtsextreme Internetportal Politically Incorrect. Die rechtsextreme Bewegung Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida) wurde 2014 gegründet. In mehreren Bundesländern werden Pegida-Ableger seit 2015 vom Verfassungsschutz

beobachtet. Dem Vorstand von Pegida e.V. (Amtsgericht Dresden VR 7750) gehören Lutz Bachmann, Rene Jahn und Kathrin Oertel an.

<https://www.dnn.de/lokales/dresden/pegida-hoecke-und-kalbitz-in-dresden-rechter-aufmarsch-am-6-november-H7PI3UMEPNELDDX56JQI4BQQDU.html> / eingesehen am 7. November 2023

<https://www.tag24.de/thema/pegida/1500-gegendemonstranten-stellen-sich-pegida-und-hoecke-entgegen-3003964/> / eingesehen am 7. November 2023

<https://www.pi-news.net/2023/11/pegida-dresden-ist-zurueck-am-6-november-mit-bjoern-hoecke/> / eingesehen am 7. November 2023

**Baden-Württemberg:
Südwest-AfD bleibt
»rechtsextremistischer
Verdachtsfall«**

Der baden-württembergische Verfassungsschutz darf den Landesverband der Alternative für Deutschland (AfD) bis auf Weiteres als rechtsextremistischen Verdachtsfall beobachten. Das Stuttgarter Verwaltungsgericht habe einen Eilantrag der Partei abgelehnt, sagte ein Gerichtssprecher am 7. November. Unabhängig davon geht der Prozess am Verwaltungsgericht in der Hauptsache weiter. Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Baden-Württemberg hatte im Juli 2022 die Südwest-AfD als Verdachtsfall zum Beobachtungsobjekt erhoben. Die Partei erhob Klage gegen ihre Beobachtung und die öffentliche Bekanntgabe derselben (Az. 1 K 166/23). Der Gerichtssprecher erläuterte, der Verfassungsschutz beobachte den AfD-Landesverband nach Auffassung der Kammer zu Recht. Es bestünden tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen. Es gehe dabei um Verhaltensweisen, die darauf abzielten, die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Ausprägung der Menschenwürde im Sinne des Grundgesetzes außer Geltung zu setzen. Auch lägen Anhaltspunkte dafür vor, dass die AfD die Würde von Menschen islamischer Glaubensrichtungen außer Geltung setzen wolle.

<https://verwaltungsgericht-stuttgart.justiz-bw.de/pb/,Lde/18704510?QUERYSTRING=afd/> / eingesehen am 9. November 2023

<https://www.bild.de/regional/stuttgart/muenchen-regional-politik-und-wirtschaft/partei-rechtsextremistischer-verdachtsfall-klatsche-fuer-suedwest-afd-86017640.bild.html> / eingesehen am 7. November 2023

**Sachsen-Anhalt:
AfD »gesichert rechts-
extremistisch«**

Nach Thüringen ist auch in Sachsen-Anhalt die AfD vom Landesverfassungsschutz als »erwiesen rechtsextremistisch« eingestuft worden. Die Behörde hat dafür zahlreiche muslimfeindliche, rassistische und auch antisemitische Aussagen von Funktions- und Mandatsträgern ausgewertet, teilte Behördenleiter Jochen Hollmann am 7. November mit. Zudem strebt die AfD Sachsen-Anhalt nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie in ihrer derzeitigen Form an. Vertreter seien bestrebt, das demokratische Prinzip der Bundesrepublik Deutschland sowie seine Institutionen und deren Vertreter verächtlich zu machen, um das Vertrauen der Bevölkerung in diese fundamental zu erodieren. Der Verfassungsschutz hatte den ca. 1.400 Mitglieder umfassenden Landesverband im Januar 2021 unter Beobachtung gestellt. In Sachsen-Anhalt sitzt die AfD als stärkste Oppositionspartei im Landtag. Verfassungsschutzchef Hollmann sagte weiter: »Wir leben in einer wehrhaften Demokratie. Darin wirkt der Verfassungsschutz als ein Frühwarnsystem. Er warnt die Öffentlichkeit vor verfassungsfeindlichen Bestrebungen, damit niemand sagen kann, er hätte es nicht gewusst.«

In Thüringen hatte der Landesverfassungsschutz die AfD im März 2021 als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat die AfD als Ganzes eine Stufe darunter eingestuft, nämlich als rechtsextremistischen Verdachtsfall.

<https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/verfassungsschutz--afd-sachsen-anhalt-gesichert-rechtsextremistisch/> / eingesehen am 17. Juni 2024

**Österreich:
120. Geburtstag von
Konrad Lorenz**

Vor 120 Jahren, am 7. November 1903, wurde Konrad Lorenz geboren. Wenige Wochen nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich 1938 trat dieser der NSDAP als Mitglied bei. Anlässlich des Geburtstages wird der »Vater der vergleichenden Verhaltensforschung« vom rechtsextremen Monatsmagazin Zuerst! als »großer konservativer Zivilisationskritiker«, der »keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen Tier und Mensch« sah, gewürdigt: »Mit seiner Auffassung, daß der Homo sapiens bis heute in hohem Maß so instinktgebunden wie der Steinzeitmensch ist, provozierte er linke Milieuthoretiker. Viele von ihnen glauben bis heute, daß Verhalten nicht angeboren, sondern

ausschließlich erlernt ist und der Mensch durch Sozialpolitik und Erziehung fast beliebig programmierbar ist.«

Hartmut Lieger: Verhausschweinung des Menschen. Vor 120 Jahren wurde Konrad Lorenz, der Vater der vergleichenden Verhaltensforschung, geboren, in: Zuerst!, Dezember 2023, S. 64f

Nordrhein-Westfalen /
Bundesweit:
Thesen zum Umgang mit der AfD

Thesen zum Umgang mit der AfD hat der DGB Nordrhein-Westfalen, Region Köln-Bonn, veröffentlicht. Festgestellt wird: »Die heutigen Positionen der AfD beinhalten eine Radikalisierung rechter neoliberaler und konservativer Werte, die dann nach 2015 weiterentwickelt wurden in Form eines aggressiven populistischen, nationalistischen, völkischen und rassistischen Kulturkampfes gegen die Moderne.« Außerdem wird festgehalten: »Die AfD ist keine Protestpartei mehr, sondern eine feste Größe in der Mitte der Gesellschaft. Ihre Radikalisierung geht mit ihrer Normalisierung einher.« Aufgerufen wird: »Die Europawahl 2024 kann Europa erschüttern: Einer Diskreditierung Europas durch die Höcke-AfD ‚Die EU muss sterben ...‘ müssen wir uns widersetzen! Die Briten haben es gezeigt: Der Brexit führt zu Armut und Isolation! Wir sollten der rechten Hetze mit einer Kampagne ‚Solidarisch in Europa‘ begegnen.«

<https://koeln-bonn.dgb.de/themen/++co++aed2f84-7ca9-11ee-867e-001a4a160123/>
eingesehen am 7. November 2023

Bundesweit:
**COMPACT, Israel,
»Asylwiderstand« und
»Volkswille« sowie
MdB Christina Baum**

»Israel: Nicht unser Krieg« titelt COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer im Editorial der November-Ausgabe seines rechtsextremen Monatsmagazins. Den Überfall von Terroristen der Hamas und des Islamischen Dschihad auf Israel am 7. Oktober kommentiert Elsässer mit den Worten: »Sind wir wegen des Holocausts moralisch verpflichtet, an der Seite Israels ‚zu kämpfen und zu sterben‘? Nein, denn unsere Vorväter, die man damit belasten könnte, sind längst tot.« Elsässer schließt sein Editorial: »Im Übrigen und vor allem gilt: Wir müssen unsere Grenzen schließen. Wir lassen keinen mehr rein, auch keine Palästinenser und Juden. Macht das unter euch aus.«

Über »Asylwiderstand« und »Volkswille« diskutiert Elsässer im Heft mit dem österreichischen Rechtsextremisten Martin Sellner. Sellner führt aus: »Der Asylwiderstand muss im Vorfeld vorbereitet und aufgebaut werden – Demos, Befragungen, ziviler Ungehorsam. Wenn FPÖ oder AfD in die Regierung kommen, muss es erst recht auf der Straße ungebrochen weitergehen! Der bloße Parlamentspatriotismus scheitert grade an der Küste Lampedusas. Nur der Widerstand auf der Straße kann eine ‚Melonisierung des Abendlandes‘ verhindern.« Sellner, Vordenker der »Remigration«, hat als 17-jähriger Hakenkreuz-Aufkleber an die Synagoge in Baden bei Wien gepappt. Sein Mentor war der Kopf der österreichischen NS-Szene, der gerichtsbekannt Holocaustleugner Gottfried Küssel.

Der baden-württembergischen AfD-Bundestagsabgeordneten Christina Baum ist der Artikel »Die sanfte Kriegerin« gewidmet. Demnach schloss sich die »Ikone des Widerstands« nach ihrem Parteieintritt 2013 »dem Flügel um Björn Höcke an und wurde dessen Obfrau im Ländle«. Als der damalige Parteivorsitzende Jörg Meuthen 2018, »aus Angst vor dem Verfassungsschutz, mit einer umfangreichen Säuberungskampagne begann [...], organisierte sie, und nicht Höcke, den Widerstand der Parteibasis im sogenannten Stuttgarter Aufruf«, lobt COMPACT.

Jürgen Elsässer: Israel nicht unser Krieg, in: COMPACT, November 2023, S. 3

Diskussion zwischen Martin Sellner und Jürgen Elsässer, a.a.O., S. 20-22

Stephanie Elsässer: Die sanfte Kriegerin, a.a.O., S. 35-38

Sachsen-Anhalt:
AfD-MdB Farle verlässt AfD

Robert Farle, sachsen-anhaltischer Bundestagsabgeordneter aus dem Westen, ist aus der AfD ausgetreten. Farle, ehemals langjähriges DKP-Mitglied, sei damit einem absehbaren Parteiausschluss zuvorgekommen. An seinem Mandat im Bundestag will er festhalten, die AfD-Fraktion hatte er bereits im August 2022 verlassen. Als Grund für seinen Fraktionsaustritt hatte Farle die aus seiner Sicht zu kritische Haltung gegenüber Russland genannt; so sprach die AfD-Bundestagsfraktion von einem »völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands«. Grund für den Parteiaustritt sei die Zustimmung der AfD im Bundestag zum Beitritt Schwedens und Finnlands zur NATO.

Farle zog 2016 mit der AfD in den Landtag von Sachsen-Anhalt ein. 2021 wechselte er in den Bundestag. Als direkt gewählter Abgeordneter ist er fraktionslos. Im August 2022 hatte Farle beim Sommerfest des rechtsextremen COMPACT-Magazins im sachsen-anhaltinischen Stößen (Burgenlandkreis) gesagt, dass es sich bei der Invasion in der Ukraine nicht um Wladimir Putins Krieg handele.

»Putins Krieg« sei eine »geniale Wortschöpfung der imperialistischen Ideologen [...] aus irgendeinem amerikanischen Thinktank hereintransportiert in unser Land – und es ist so falsch, wie es nur falsch sein kann«. Das Motto des COMPACT-Treffens lautete »Freiheit für Deutschland und Frieden mit Russland.«

Eigenrecherche DokRex

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/robert-farle-tritt-aus-afd-aus-a-7a9c8574-1110-488c-8758-75e3e30e7fb4> / eingesehen am 8. November 2023

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landespolitik/afd-bundestag-abgeordneter-farle-austritt-100.html> / eingesehen am 8. November 2023

Bayern / Mecklenburg-
Vorpommern:
**Vor 100 Jahren: »Hitler-Putsch« /
NS-apologetische Bettlaken an
Autobahnbrücken**

Am 9. November jährte sich der sogenannte »Hitler-Putsch« zum 100. Mal. In einer Rede im Münchner Zirkus Krone am 30. Oktober 1923 hatte Adolf Hitler, Führer der 55.000 Mitglieder umfassenden NSDAP, bereits öffentlichkeitswirksam verkündet: »Wir müssen den Kampf hinaustragen, den Stoß ins Herz hineinführen [...]. Für mich ist die deutsche Frage erst dann gelöst, wenn die schwarz-weiß-rote Hakenkreuzfahne vom Berliner Schloss weht.«

München war ein Hotspot der extremen Rechten. Schon am Abend des 8. November 1923 hatte der Ausländer Hitler versucht, durch einen bewaffneten Aufstand die Regierungen in München und Berlin abzusetzen und selbst durch einen Putsch die Macht zu ergreifen. Er verbündete sich mit rechtsextremen Kräften und wollte gleichzeitig rechtskonservative Kreise in der bayerischen Regierung und Verwaltung auf seine Seite ziehen. Am Folgetag, dem 9. November 1923, fand der »Marsch zur Feldherrnhalle« statt. 2.000 Putschisten unter der Führung von Hitler und dem kaiserlichen Ex-General Erich Ludendorff marschierten vom Bürgerbräukeller in die Innenstadt. Der Marsch wurde am Odeonsplatz durch die Bayerische Landespolizei gestoppt. Hitlers Vorhaben scheiterte. Bei den Auseinandersetzungen wurden 20 Personen getötet, darunter vier Beamte der Bayerischen Landespolizei. Bei der Landtagswahl 1924 erhielt der Völkische Block, der anstelle der noch verbotenen NSDAP antrat, in München mehr als 30 Prozent, landesweit waren es 17 Prozent. Vorbild des »Putsches« war Benito Mussolinis »Marsch auf Rom« vom Oktober 1922. Der ab Februar 1924 durchgeführte Prozess gegen die Hitler-Putschisten war eine Farce, ein Paradebeispiel dafür, wie sehr die Justiz der Weimarer Republik auf dem rechten Auge blind war.

Es erging ein überaus mildes Urteil. Hitler und die anderen Hochverräter kamen nach wenigen Monaten auf freien Fuß und konnten ihre staatsfeindlichen Aktivitäten fortsetzen. Georg Neithardt, Vorsitzender Richter des Volksgerichtes München I, verurteilte Hitler am 1. April 1924 zur Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft. Neithardt führte beim Prozess aus, dass Hitler gar kein Ausländer sei, er sei sozusagen ein gefühlter Deutscher. »Auf einen Mann, der so deutsch denkt und fühlt wie Hitler, der freiwillig viereinhalb Jahre lang im deutschen Heere Kriegsdienste geleistet, der sich durch hervorragende Tapferkeit vor dem Feind hohe Kriegsauszeichnungen erworben hat, kann nach Auffassung des Gerichts die Vorschrift des Republikenschutzgesetzes keine Anwendung finden«, so Neithardt. Hitler betrachte sich selbst als Deutscher, deshalb sei er es auch. Hitler stellte sich während des Prozesses mit Monologen in den Vordergrund und machte sich so in ganz Deutschland als »Führer« bekannt. Ludendorff wurde »auf Grund seiner Verdienste im Weltkrieg« sogar freigesprochen. Bereits am 20. Dezember 1924 war Hitler wieder auf freiem Fuß.

Die Haftstrafe hatte dieser genutzt, um seinem Mithäftling Rudolf Heß den ersten Band seines Machwerkes »Mein Kampf« zu diktieren. Den getöteten Putschisten, verklärt zu »Blutzeugen der Bewegung«, gedachte der NS-Staat alljährlich am 9. November mit Feiern in Anwesenheit von Hitler. Zwei Mal wurden bei diesen Gelegenheiten Attentate auf Hitler verübt: am 9. November 1938 durch den Schweizer Maurice Bavaud beim Gedenkmarsch und am 8. November 1939 durch Georg Elser im Bürgerbräukeller.

In mehreren Orten in Mecklenburg-Vorpommern beschlagnahmte die Polizei um den 9. November herum Bettlaken mit Namen von Nationalsozialisten, die bei der Niederschlagung des Hitler-Putsches getötet wurden. Nach Polizeiangaben wurden insgesamt 13 Laken an Autobahnbrücken, in Straßburg, Pasewalk, Hoppenwalde, Ueckermünde und Eggessin entdeckt.

Eigenrecherche DokRex

*Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 9. November 2023 (PM 382a/2023):
100. Jahrestag der Niederschlagung des Hitler-Putsches: Dr. Söder, Aigner und Herrmann gedenken der
vier getöteten Polizeibeamten*

Volker Ullrich: Umschwung binnen Sekunden. Wie im Rausch greift Adolf Hitler am 8. November 1923 nach der Macht – und scheitert. Aber gestoppt ist er nicht, in: *Die Zeit* vom 2. November 2023, S. 19

Wolfgang Niess: Nicht hinter Hitler verstecken. Vor 100 Jahren stürmte der Führer den Münchner Bürgerbräukeller, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 8. November 2023

Konstantin Gross: Das Menetekel. Vor 100 Jahren, am 9. November 1923, versucht Adolf Hitler mit seinem »Marsch auf die Feldherrnhalle« in München zum ersten Mal, die Macht in Deutschland an sich zu reißen, in: *Mannheimer Morgen* vom 4. November 2023, S. 5

<https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Vorpommern-Hitler-Putschisten-auf-Bettlaken-verherrlicht,kurzmeldungmv13054.html> / eingesehen am 11. November 2023

**Bundesweit:
85. Jahrestag:
Reichspogromnacht**

Vor 85 Jahren brannten in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 in ganz Deutschland 1.400 Synagogen und Betstuben, zerstörten und plünderten Angehörige von SS und SA, aber auch Bürgerinnen und Bürger, Tausende jüdische Geschäfte und Wohnungen und schändeten Friedhöfe. Der gängigen Zählung zufolge (Schreiben von Reinhard Heydrich an Hermann Göring vom 11. November 1938) wurden im Laufe des Pogroms 91 Juden ermordet. Hunderte wurden verletzt und misshandelt. An den folgenden Tagen wurden etwa 30.000 Juden inhaftiert und in die Konzentrationslager Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald deportiert. Hunderte von jüdischen Gefangenen kehrten nicht aus diesen Lagern zurück. Die Reichspogromnacht war von den nationalsozialistischen Machthabern geplant und organisiert worden; sie markierte den Übergang von der rechtlichen und sozialen Ausgrenzung zur offenen Verfolgung und dem Holocaust an der jüdischen Bevölkerung.

Der Auschwitz-Überlebende Primo Levi warnte im Jahr 1986 davor, im Gedenken an die Verbrechen des Holocaust nachzulassen: »Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen: Darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben. Es kann geschehen, überall. Weder kann ich noch will ich behaupten, dass es geschehen wird.«

<https://yadvashem.org/yv/de/exhibitions/novemberpogromnacht/index.asp> / eingesehen am 9. November 2023

<https://geschichte-bewusst-sein.de/es-ist-geschehen-und-folglich-kann-es-wieder-geschehen/> / eingesehen am 9. November 2023

**Berlin:
2. AfD-Corona-Symposium**

Am 11. und 12. November 2023 fand das 2. Corona-Symposium der AfD in Berlin im Bundestag statt. Vor Ort fanden sich ca. 300 Personen ein. Einer der Redner war der emeritierte Mainzer Mikrobiologe Sucharit Bhakdi. Er behauptete, dass die Hersteller von Impfstoffen Bakterien verwenden, um die DNA-Matrize für die mRNA-Impfstoffe herzustellen, obwohl sie dazu keine Autorisierung hätten. »Das bedeutet, dass die Verwendung rechtswidrig ist und gestoppt werden muss«, so Bhakdi. Das 1. Corona-Symposium veranstaltete die AfD im Juli 2020.

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/corona-symposium-der-afd-im-bundestag-gelingt-die-aufarbeitung-li.2158634> / eingesehen am 17. November 2023

<https://deutsche-stimme.de/herzblut-mut-und-widerstand-das-2-corona-symposium-der-afd/> / eingesehen am 16. November 2023

<https://unser-mittleuropa.com/corona-symposium-der-afd-bundestagsfraktion-wird-totgeschwiegen-medizin-hat-sich-missbrauchen-lassen/> / eingesehen am 19. November 2023

**Sachsen:
Sonntagsgespräch der
Freien Sachsen mit
Queen Jenny**

Im Sonntagsgespräch, einem Videoformat der rechtsextremen Freien Sachsen, empfing Andreas Hofmann (DJ Happy Vibes) am 12. November den Chemnitzer Rechtsanwalt und Freie-Sachsen-Chef Martin Kohlmann. »Jeder, der anders denkt als die Ampel, wird als rechtsextrem bezeichnet«, eröffnet Hofmann das Gespräch. »Sie machen es überall, die Zeitung ist voll, jeder, der anders denkt, ist sofort rechtsextrem.« Kohlmann pflichtet bei, das sei ja »fast schon ein Prädikat«. »Jahrelang« habe das auch »funktioniert«, doch heute fürchte sich »niemand mehr vor dem Gespenst«. Nach 2015 und Corona hätten »die Leute [...] gemerkt, sie sind selber plötzlich rechtsextrem«. Der Begriff verlore »seinen Schrecken [...], wenn die Hälfte der Bevölkerung rechtsextrem ist«. Der Verfassungsschutz sei »schon immer eine politische Behörde« gewesen, »nie mit Experten besetzt«. Es gebe »keine Kriterien, die man nachlesen könnte«. Es handele sich um eine »rein politische Abwehrorganisation der Regierung«, die »Andersdenkende« »madig« und »Existenzen möglichst kaputt« machen solle.

In der 12. Minute wird ein kurzer Ausschnitt aus einem Beitrag des regionalen Senders Sachsen Fernsehen eingespielt. Darin wird dem sächsischen Innenminister Armin Schuster die Frage gestellt: »Wenn Sie es könnten, würden Sie die Freien Sachsen dann verbieten?« Schuster antwortet: »Es ist eine sehr, sehr geübte und erfolgreiche Praxis, erst zu verbieten und dann darüber zu sprechen.«

Kohlmanns Kommentar: »Wenn der Minister schlecht geschlafen hat, kann er Vereine verbieten [...]. Mit Parteien funktioniert das nicht.« Bei einem Parteiverbot sei »ein langes Verfahren« vor dem Bundesverfassungsgericht erforderlich. Es sei gar nicht möglich, darüber erst nach dem Verbot zu sprechen. Hofmann wertet Schusters Statement als »Ankündigung, einen Rechtsbruch zu begehen«. Rechtsanwalt Kohlmann stimmt zu. Die Freien Sachsen hätten einen Eilfeststellungsantrag beim Sächsischen Verfassungsgericht gestellt und Schutzschriften an alle sächsischen Verwaltungsgerichte geschickt.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs erwägt Kohlmann kurz, der Innenminister könne versuchen, den Freien Sachsen die Parteieigenschaft abzusprechen, um sie über das Vereinsrecht zu verbieten. Die Freien Sachsen hätten aber seit ihrer Gründung »an so ziemlich allen Wahlen teilgenommen«. »Parteien, die nicht im Parlament sind, agieren natürlich außerparlamentarisch.« Kohlmann argumentiert hier allerdings nicht ganz widerspruchsfrei, denn ein paar Minuten später meint er, »Hauptaufgabe« der Freien Sachsen sei es, »die ganze Widerstandsszene zu vernetzen«. Auch »wenn wir ins Parlament kommen, werden wir im Fokus das Wichtigste behalten, nämlich die Demonstrationen«.

Ab Minute 42 wird dann ein Whisky namens Queen Jenny getrunken. Unter anderem kommt man nun auf den »Säxit« zu sprechen, der, so Kohlmann, wirtschaftlich sehr gut funktionieren könnte. Er rechne auch nicht damit, dass die »BRD« mit Waffengewalt dagegen vorgehen würde. So etwas käme in der Weltöffentlichkeit nicht gut an. Man sehe das ja gerade bei der Hamas. Happy Vibes widmet sich dann der Gesundheitspolitik: »Ihr wisst ja selber, überall im Bekanntenkreis sind fast alle, die sich haben impfen lassen, mit Problemen beseelt.« »Alle Krankheiten« seien »um 4.600 Prozent gestiegen«. Gegen Ende meint Kohlmann: Die CDU sei in Sachsen »eigentlich keine Partei, sondern ein Geldwäscheunternehmen«. »Das ist ein krimineller Haufen [...]. Die CDU ist ganz klar unser Hauptfeind.« An den Grünen schätzt er hingegen, dass sie ihre Wahlversprechen halten würden. Vor den Wahlen hätten sie gesagt, dass sie das Land kaputt machen wollten, und genau das geschehe jetzt.

Nach gut einer Stunde lautet Kohlmanns Fazit: »Wir waren ziemlich lang und wir haben nicht viel getrunken dazu.« Der Whisky stammt übrigens aus den USA. Wenn das der Führer wüsste.

<https://freie-sachsen.info/2023/sonntagsgespraech-martin-kohlmann-verbot/> / eingesehen am 17. Mai 2024

Polen / Bundesrepublik:
**Deutsche Neonazis beim
Unabhängigkeitsmarsch**

Neonazis der deutsch-schwedischen Gefangenenhilfe haben am Marsch anlässlich des polnischen Unabhängigkeitstages in Warschau am 11. November teilgenommen. Mehrere zehntausend Nationalisten marschierten in der Hauptstadt auf. »Wir hatten Informationsblätter auf Englisch dabei, die schnell vergriffen waren. Selbst die auf Deutsch gehaltenen Informationsblätter fanden viele Abnehmer. In zahlreichen Gesprächen wurde festgestellt, dass es ähnliche Unterstützungsformen auch im osteuropäischen Raum gibt. Durch unsere Präsenz am Unabhängigkeitstag konnten zahlreiche Freunde aus Polen, Mazedonien, Lettland, Litauen, Belarus, Frankreich und anderen europäischen Ländern über die Arbeit informiert werden und zur Teilnahme oder Nachahmung animiert werden«, so die Gefangenenhilfe. Redner riefen beim diesjährigen Unabhängigkeitstag dazu auf, dass sich Polen auf den EU-Austritt vorbereiten solle. Das Staatenbündnis sei zur »föderalistischen Eurokolchose« geworden, die die Souveränität Polens bedrohe. Weitere Parolen richteten sich gegen die Gleichberechtigung von LGBTIQ-Menschen und Migranten sowie gegen Schwangerschaftsabbrüche. Der Unabhängigkeitsmarsch begann nach der Wende als eher kleine Demonstration von Rechtsextremisten, erhielt aber im Laufe der Zeit immer mehr Zulauf weit über die rechtsextreme Szene im Land hinaus. In den letzten Jahren schlossen sich regelmäßig Zehntausende dem von Nationalflaggen und bengalischen Feuern geprägten Zug an. Jedes Jahr am 11. November erinnert Polen an das Ende des Ersten Weltkriegs, mit dem die Republik Polen nach 123 Jahren der Unfreiheit ihre staatliche Unabhängigkeit wiedererlangt hatte.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.gefangenenhilfe.info/veranstaltungen/der-unabhaengigkeitstag-in-warschau/> / eingesehen am 23. November 2023

Schweiz:
**SVP: »Für diese Schweiz
 kämpfen wir!«**

Die Forderungen »Asyl-Chaos stoppen, Zuwanderung kontrollieren, keine EU-Anbindung, Unabhängigkeit und Freiheit« beschloss die Delegiertenkonferenz der 1971 gegründeten Schweizerischen Volkspartei (SVP) bei ihrer Versammlung in Alterswilen (Kanton Thurgau) im November. Laut dem damaligen Parteipräsidenten Marco Chiesa (seit März 2024: Marcel Dettling) wolle man auch »keine Unterwanderung der Gesellschaft durch Links-Grün, sei es durch Klimakleber, Gender-Terror oder Verbots-Wahnsinn«. Die SVP ist die stärkste Partei in der Schweiz. Bei der Nationalratswahl im Oktober 2023 erzielte die SVP knapp 28 Prozent. Im Wahlkampf punktete die SVP vor allem mit dem Thema Zuwanderung. O-Ton SVP-Slogan: »Messerstecherei in Asylantenheim. Wer das nicht will, wählt SVP«. Auf dem zweiten Rang folgt die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) mit etwas über 18 Prozent.

Elektronischer Rundbrief der SVP Schweiz vom 11. November 2023

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/288532/umfrage/ergebnis-der-nationalratswahl-in-der-schweiz/> / eingesehen am 15. März 2024

Österreich:
FPÖ und die »Festung Europa«

»Die illegale Masseneinwanderung eskaliert, die EU-Eliten wollen mitten im Krieg die Ukraine in die Union holen und Schwarz-Grün betreibt [...] den NATO-Beitritt über die Hintertür. Nur die FPÖ hält im Sinne der Österreicher, unserer Neutralität und Sicherheit dagegen«, verkündete der seit Juni 2021 amtierende FPÖ-Bundesparteiobermann Herbert Kickl auf einer Pressekonferenz am 15. November. »Ohne eine ‚Festung Österreich‘ und einen sofortigen Asylstopp werden unser Sozialsystem, unser Gesundheitssystem und die Sicherheitslage im Land ruiniert!«, so Kickl.

Der frühere Redenschreiber von Jörg Haider hat Slogans der FPÖ wie »Daham statt Islam« zu verantworten. Kickl hatte, kaum im Amt als Innenminister, eine umstrittene Razzia beim österreichischen Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) zu verantworten. Im Februar 2018 durchsuchte die sogenannte Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität (EGS), unter Leitung eines FPÖ-Politikers, Räume des Bundesamts. Dabei wurden Ermittlungserkenntnisse zu Burschenschaftern und Identitären mitgenommen. Es kam der Verdacht auf, Kickl wolle herausfinden, ob der Verfassungsschutz gegen Burschenschafter und Rechtsextremisten ermittelt. Bis heute steht der Vorwurf im Raum, dass er Rechtsextremisten vor Verfolgung durch die Justiz schützen wollte. Im März 2020 griff Kickl für die Junge Freiheit zur Feder. »‘No Way‘ statt freie Fahrt« forderte er in Sachen Migration. Am 29. Oktober 2016 war Kickl prominentester Redner beim ersten Kongress der »Verteidiger Europas« im oberösterreichischen Linz. Der Kongress hatte im Vorfeld wochenlang breite Proteste ausgelöst. KZ-Überlebende aus mehreren Ländern meldeten sich ebenso zu Wort wie zahlreiche prominente Persönlichkeiten aus Politik, Kirche, Kunst und Wissenschaft. Vor Ort waren 600 Personen. Das Publikum setzte sich aus Identitären, Burschenschaftern und FPÖ-Vertretern zusammen. Referenten beziehungsweise Podiumsteilnehmer der Veranstaltung waren unter anderem die Rechtsextremisten Jürgen Elsässer und Götz Kubitschek. Kickl betonte in seiner Rede, dass auf dem Kongress »normale Leute und keineswegs Rechtsextreme« seien. Kickl: »Ich muss ja sagen, das ist für mich sehr sehr angenehm. Schon nach den ersten Vorgesprächen und auch jetzt, wenn ich hier hinunterschaue: Das ist ein Publikum, wie ich mir das wünsche und wie ich mir das vorstelle.«

Eigenrecherche DokRex

FPÖ Newsletter vom 15. November 2023

Baden-Württemberg:
Reichsbürger verurteilt

Am 15. November hat das Oberlandesgericht Stuttgart den 55-jährigen Reichsbürger Ingo K. aus dem baden-württembergischen Boxberg-Bobstadt (Main-Tauber-Kreis) nach mehr als 30 Prozess-tagen wegen mehrfachen versuchten Mordes und illegalen Waffenbesitzes zu einer Haftstrafe von 14 Jahren und sechs Monaten verurteilt. Die Bundesanwaltschaft hatte K. in ihrem Plädoyer vorgeworfen, »regelrecht Jagd auf Polizeibeamte gemacht« zu haben und eine lebenslange Freiheitsstrafe wegen versuchten Mordes in mehreren Fällen gefordert. Am 20. April 2022 wollte die Polizei die Wohnung von K. durchsuchen, um ihm eine Pistole abzunehmen, für die er keine Erlaubnis hatte. Doch der 55-Jährige eröffnete mit dem Schnellfeuergewehr vom Typ Zastava M70 das längste Feuergefecht zwischen Polizisten und Straftätern in Deutschland seit der Festnahme des RAF-Terroristen Andreas Baader 1972 in Frankfurt und verletzte einen SEK-Beamten schwer. Später wurde ein ganzes Waffenlager in der Wohnung von K. gefunden – mit Maschinengewehr, Kalaschnikow, Uzi bis hin zu vollautomatischen Waffen und einem G3-Gewehr, wie es die Bundeswehr verwendet.

Die Verurteilung von K. ist in diesem Jahr schon die zweite langjährige Haftstrafe wegen versuchten Mordes, die in Baden-Württemberg gegen einen Angehörigen der Reichsbürger-Bewegung verhängt wird – ein Indiz für die zunehmende Radikalisierung und Gewaltbereitschaft in der Szene.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/heilbronn/boxberg-urteil-reichsbuerger-prozess-gericht-100.html> / eingesehen am 16. November 2023

<https://taz.de/Boxberger-Reichsbuerger-Prozess/!5973177/> / eingesehen am 16. November 2023

Schleswig-Holstein / Bundesweit:
dieBasis hat ihre Kandidaten für das Europäische Parlament gewählt

Die Basisdemokratische Partei Deutschland, kurz dieBasis, hat auf einer zweitägigen Aufstellungsverammlung in Schleswig-Holstein die Listenkandidaten zur EU-Wahl im kommenden Jahr gewählt. Die Bundesliste umfasst 20 Kandidaten aus neun Bundesländern, davon sechs Frauen und 14 Männer. Mit Stand November 2023 hat dieBasis bundesweit rund 25.000 Mitglieder und mit mehr als 50 Prozent weiblichen Mitgliedern verzeichnet sie Eigenangaben zufolge derzeit den höchsten bekannten Frauenanteil unter allen bundesdeutschen Parteien. Auf Listenplatz 1 kandidiert Ellèn Hölzer, Rechtsanwältin mit Schwerpunkt auf Arbeitsrecht aus dem Rhein-Sieg-Kreis (Nordrhein-Westfalen).

<https://diebasis-partei.de/2023/11/eu-wahl-diebasis-hat-ihre-kandidaten-fur-das-europaische-parlament-gewahlt/> / eingesehen am 16. November 2023

Bundesweit / Weltweit:
Anstieg von Hassgewalt gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen (LSBTIQ*). Hohe Opferzahl getöteter trans und genderdiverser Menschen

Die registrierte Zahl an Vorfällen von »Hassgewalt gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen (LSBTIQ*)« ist in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2022 erneut gestiegen. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken im November hervor. Die Bundesregierung verweist auf den Bericht zur Politisch motivierten Kriminalität (PMK) des Bundesinnenministeriums (BMI). Demnach sind 2022 im Unterthemenfeld »sexuelle Orientierung« 1.005 Straftaten (davon 227 Gewaltdelikte) und im Unterthemenfeld »geschlechtliche Diversität« 417 Straftaten (davon 82 Gewaltdelikte) erfasst worden. Dabei handele es sich nur um diejenigen Taten, die auch angezeigt und entsprechend registriert werden, führt die Bundesregierung weiter aus. Es sei von einer hohen Dunkelziffer auszugehen.

Die größte Studie zu den Alltags- und Diskriminierungserfahrungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen sowie queeren Menschen sei der im Mai 2020 von der EU-Grundrechteagentur veröffentlichte LGBTI-Survey, an dem sich mehr als 16.000 Menschen aus Deutschland beteiligt hätten. Laut dieser Studie sind nur 13 Prozent der Befragten zur Polizei gegangen, um einen physischen Angriff oder sexualisierte Gewalt anzuzeigen, wie es in der Vorlage weiter heißt. Man gehe von einer hohen Dunkelziffer aus. Jeder vierte Befragte aus Deutschland gab an, bestimmte Orte und Plätze aus Angst vor Gewalterfahrungen zu meiden. Fast jeder Zweite unterlasse es, mit dem Partner oder der Partnerin Händchen zu halten. Die Bundesregierung bezeichnet in ihrer Antwort Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen (LSBTIQ*) als eine verwundbare gesellschaftliche Gruppe. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, Queerfeindlichkeit entschlossen entgegenzuwirken. Hierzu hat die Bundesregierung am 18. November 2022 den Aktionsplan »Queer leben« beschlossen. Er soll wesentlich dazu beitragen, die Rechte und Akzeptanz von LSBTIQ* weiter voranzubringen.

Weltweit wurden mindestens 320 trans und genderdiverse Menschen zwischen Oktober 2022 und September 2023 ermordet. Das geht aus dem Bericht »Trans Murder Monitoring 2023« hervor, den das Netzwerk Transgender Europe im November veröffentlicht hat. Insgesamt 94 Prozent der Opfer waren trans Frauen, darunter vor allem schwarze Frauen und Sexarbeiterinnen. In Europa handelte es sich bei 45 Prozent der ermordeten trans Personen um Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten. Die tödliche Gewalt gegen trans Menschen bleibt »auf einem konstant hohen Level«, heißt es im Bericht. Die Zahlen würden insgesamt nur einen »kleinen Einblick in die Realität vor Ort« zeigen. »Die meisten Fälle weltweit werden weiterhin nicht gemeldet«, so der Bericht.

»Angriffe auf queere Menschen sind gezielte Angriffe auf unsere Demokratie und ihre Grundwerte. Indem wir sie gemeinsam schützen, schützen wir auch unsere Demokratie«, konstatieren Alexandra Geese, Vize-Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament, und Sven Lehmann, Queer-Beauftragter der Bundesregierung und Parlamentarischer Staatssekretär im Familienministerium, in einem Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Kathrin Vogler, Nicole Gohlke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Angriffe auf Teilnehmende von Pride- bzw. Christopher-Street-Day-Veranstaltungen, BT-Drs. 20/8944 vom 19. Oktober 2023: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/089/2008944.pdf> / eingesehen am 1. Juli 2024

<https://www.behoerden-spiegel.de/2023/11/07/hassgewalt-gegen-lsbtiq-gestiegen/> / eingesehen am 8. November 2023

<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/neuer-bericht-von-transgender-europe-todliche-gewalt-gegen-trans-personen-auf-hohem-level-10776622.html> / eingesehen am 16. November 2023

<https://www.fr.de/meinung/gastbeitraege/queerfeindliche-gewalt-stoppen-92553194.html> / eingesehen am 2. Oktober 2023

Baden-Württemberg: Hasskriminalität gegen queere Menschen

Die Innenministerkonferenz (IMK) hat in ihrer 219. Sitzung am 16. Juni 2023 beschlossen, die Bekämpfung von feindlicher Gewalt gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans und intergeschlechtliche sowie queere Menschen (LSBTIQ*) kontinuierlich weiter zu verbessern. Am 22. Juni 2023 hat der Deutsche Bundestag den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf für ein »Gesetz zur Überarbeitung des Sanktionenrechts – Ersatzfreiheitsstrafe, Strafzumessung, Auflagen und Weisungen sowie Unterbringung in einer Entziehungsanstalt« beschlossen. Damit werden »geschlechtsspezifische« sowie »gegen die sexuelle Orientierung gerichtete« Tatmotive als weitere Beispiele für menschenverachtende Beweggründe ausdrücklich in die Strafgesetze zu Hasskriminalität (§46 StGB) aufgenommen.

In diesem Kontext stellten die SPD-Landtagsabgeordneten Florian Wahl und Sascha Binder die Kleine Anfrage »Hasskriminalität gegen queere Menschen in Baden-Württemberg«. Dies veranlasste das baden-württembergische Innenministerium in seiner Antwort zu einer ausführlichen Darlegung dieses Sachverhalts. Demnach erfolgt die statistische Erfassung Politisch motivierter Kriminalität (PMK) auf der Grundlage des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK). Mit Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 10. Mai 2001 sind rückwirkend zum 1. Januar 2001 mit dem »Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität« und den »Richtlinien für den Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität« die bundesweit einheitlich geltenden Kriterien zur Definition und Erfassung politisch motivierter Straftaten in Kraft gesetzt worden. Diese beinhalten unter anderem bundeseinheitlich vereinbarte Katalogwerte (Themenfelder, Angriffsziele und Tatmittel), die statistisch auswertbar sind. Gemäß dem Definitionssystem PMK ist Hasskriminalität ein bundesweit einheitliches Themenfeld der PMK. Es wurde wegen der besonderen Bedeutung von Straftaten eingeführt, die beispielsweise gegen Personen lediglich aufgrund ihrer Nationalität, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung gerichtet sind. Ausgehend von den Umständen der Tat wird diese nach dem Definitionssystem zunächst einem Themenfeld zugeordnet. Dabei kann eine Straftat unter dem Oberthemenfeld Hasskriminalität mehreren Unterthemenfeldern (Antisemitisch, Antiziganistisch, Ausländerfeindlich, Behinderung, Christenfeindlich, Deutsch-feindlich, Frauenfeindlich, Fremdenfeindlich, Geschlechtsbezogene Diversität, Gesellschaftlicher Status, Islamfeindlich, Männerfeindlich, Rassismus, Sexuelle Orientierung, Sonstige ethnische Zugehörigkeit und Sonstige Religionen) zugleich zugeordnet werden.

Das Innenministerium betont, dass der Begriff »gegen LSBTIQ* Personen« keine unmittelbar auswertbare Entität des KPMD-PMK darstellt. Hilfsweise erfolgte deshalb eine Auswertung des KPMD-PMK der Themenfelder »Sexuelle Orientierung« und »Geschlechtsbezogene Diversität« für das Jahr 2022. Das Themenfeld »Sexuelle Orientierung« wurde zum Jahr 2016 bundesweit eingeführt. Unter dem Begriff ist das Begehren für bestimmte Geschlechtspartner zu verstehen. Die sexuelle Orientierung kann zum Beispiel hetero-, homo-, bi- bzw. pansexuell sowie queer ausgeprägt sein. Das Themenfeld umfasst politisch motivierte Straftaten gegen sexuelle Neigungen, insbesondere aus homophober Einstellung. Das Themenfeld »Geschlechtsbezogene Diversität« umfasst politisch motivierte Straftaten gegen Menschen, deren geschlechtliche Identität vom biologischen Geschlecht abweicht (transsexuelle bzw. nicht-binäre Menschen) sowie intersexuelle Menschen bzw. politisch motivierte Straftaten, die sich gegen das Geschlecht richten, welches nicht eindeutig als männlich oder weiblich zu bestimmen ist.

Im Jahr 2022 wurden im KPMD-PMK 39 Straftaten unter dem Themenfeld »Sexuelle Orientierung« erfasst.

Kleine Anfrage der Abg. Florian Wahl und Sascha Binder SPD und Antwort des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Hasskriminalität gegen queere Menschen in Baden-Württemberg, Landtag von Baden-Württemberg, Drs. 17/5650 vom 24.10.2023: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/5000/17_5650_D.pdf / eingesehen am 17. Mai 2024

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/hasskriminalitaet-gegen-queere-menschen-wird-zukuenftig-besser-geahndet-227514> / eingesehen am 24. November 2023

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/queerfeindliche-hasskriminalitaet-und-gewalt-besser-bekaempfen-227188> / eingesehen am 24. November 2023

<https://www.lsvd.de/de/ct/2445-Homophobe-Gewalt> / eingesehen am 24. November 2023

Baden-Württemberg:
Türkisch-rechtsextreme Szene

Der türkisch-rechtsextremen Szene in Baden-Württemberg rechnet das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) derzeit ca. 2.550 Personen zu. Das Personenpotenzial setzt sich aus den reinen Anhängern türkisch-rechtsextremistischer Organisationen und Einzelpersonen zusammen, ohne dabei nach deutscher oder ausländischer Staatsangehörigkeit sowie einem möglichen Migrationshintergrund der Personen zu differenzieren. So werden für die Berechnung des türkisch-rechtsextremen Personenpotenzials unter anderem auch deutsche Staatsangehörige mit türkischem Migrationshintergrund berücksichtigt.

Dem LfV liegen Erkenntnisse darüber vor, dass die Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu ADÜTDF) und ihre Mitgliedsvereine in Baden-Württemberg Musikveranstaltungen durchführen, bei denen ausschließlich szenebekannte Musikerinnen und Musiker auftreten. Diese Musikveranstaltungen finden in der Regel in Mehrzweckhallen statt und werden regelmäßig von bis zu mehreren hundert Personen besucht. Zuletzt führte der ADÜTDF-Verein in Heilbronn am 4. Februar 2023 eine öffentliche Kultur- und Musikveranstaltung durch.

Antrag des Abg. Daniel Lindenschmid u. a. AfD und Stellungnahme des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Anstieg und Status rechtsextremistischer Personenpotenzials im Verfassungsschutzbericht 2022 und rechtsextreme türkische Graue Wölfe, Landtag von Baden-Württemberg, Drs. 17/5631 vom 20.10.2023: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/5000/17_5631_D.pdf / eingesehen am 25. November 2024

Baden-Württemberg:
Frohnmaier in Hoffnung

Der 32-jährige Bundestagsabgeordnete Markus Frohnmaier aus Weil der Stadt (Kreis Böblingen) stattete der Redaktion des Staatsanzeigers (Wochenzeitung für Wirtschaft, Politik und Verwaltung in Baden-Württemberg) einen Besuch ab. Bei den Kommunalwahlen im Juni 2024 rechnet Frohnmaier im besten Fall mit einer »Verdreifachung« der kommunalen Mandate seines ca. 4.000 Mitglieder zählenden Landesverbandes. Den Rechtsextremisten Höcke verniedlicht Frohnmaier im Gespräch mit dem Staatsanzeiger als »Nationalromantiker«. Seit Juli 2022 teilt sich Frohnmaier mit dem Landtagsabgeordneten Emil Sänze den baden-württembergischen AfD-Landesvorsitz.

Michael Schwarz / Rafael Binkowski: Die AfD gibt sich bürgerlich und professionell, in: Staatsanzeiger, 41/2023, S. 5

Bundesweit / Sachsen:
Neonazi lobt sächsische AfD-Basis

Im Interview mit der Monatszeitung Deutsche Stimme, dem Sprachrohr der Partei Die Heimat (vormals: NPD), lobt der in Heidenau (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) geborene Max Schreiber, Bundesvorstandsmitglied der neonazistischen Partei Freie Sachsen, die AfD-Basis in Sachsen. Demnach kämpfen »einfache Mitglieder und Mandatsträger« der AfD auf den »unteren Ebenen« »mit auf der Straße, sehen immer wieder in großer Zahl das Symbol des Widerstandes – die weiß/grüne Fahne«. Das Ziel des Neonazis Schreiber ist es, »den Protest der Straße in die Politik hereinzutragen. Wir müssen Rathäuser erobern [...]. Wenn uns das in großer Zahl und flächendeckend gelingt, kann man darüber nachdenken, auch für den Landtag anzutreten, damit auch dieser nicht mehr von dem Druck der Straße verschont bleibt«. Schreiber ist Organisator zahlreicher Protestkundgebungen, zuletzt auch im Kontext der Bauernproteste. Seine parteipolitische Sozialisation begann bei der NPD.

»Massenunterkünfte können wir nur mit Massenprotesten verhindern!«, in: Deutsche Stimme, November 2023, S. 23 / eingesehen am 1. Juli 2024

Frankreich /
Bundesrepublik Deutschland:
Hass und Hetze

Am Rande eines Dorffestes in Crépol im Südosten Frankreichs, einem Flecken im Département Drôme mit etwa fünfhundert Einwohnern, wurde in der Nacht zum 19. November der 16-jährige Thomas P. erstochen. An der Tat sollen muslimische Heranwachsende beteiligt gewesen sein. Den tödlichen Vorfall missbrauchten rund 100 Rechtsextremisten, um am 25. November in das nahegelegene Arbeiterviertel La Monnaie der 50.000 Menschen zählenden Kreisstadt Romans-sur-Isère einzumarschieren und randalierend gegen Migranten und Muslime zu hetzen. Dabei kam es zu Verhaftungen von Randalierern. Yvan Benedetti, Kopf der rechtsextremen Gruppierung Les Nationalistes, verkündete nach den Verhaftungen: »Hier werden Ursache und Wirkung miteinander vertauscht. Die Verantwortlichen gehören zu jener politischen Kaste, die seit sechzig Jahren eine aggressive Einwanderungspolitik befürworten und durchsetzen.« Zur »Unterstützung für die Gefangenen« wurde scene-intern auch in der Bundesrepublik für Spenden an die französische Gefangenenhilfe CLAN (Paris) geworben. Marion Maréchal, stellvertretende Vorsitzende der Partei Reconquête, warnte nach der Tat in Crépol vor »antiweißem Rassismus«, der zu einem »ethnischen Bürgerkrieg« führen könne. Für ihre Tante Marine Le Pen ist Crépol der Beweis dafür, dass die Gewalt aus den Banlieues das flache Land erreicht habe, niemand sei irgendwo mehr sicher. Éric Zemmour von der rechtsextremen Partei Reconquête, wie Le Pen französischer Präsidentschaftskandidat im Jahr 2022, sprach von einem »wahren Dschihad, den die Franzosen erdulden müssen«.

Bei der neonazistischen Kleinstpartei Der III. Weg wurde dem »Multikulturalismus« der Kampf angesagt: »Der Fall Crépol zeigt deutlich, daß das von vielen Konservativen als letzte Hoffnung empfundene Landleben längst kein Schutzwall vor Überfremdung und Ausländerkriminalität mehr ist. Der lange Arm des Multikulturalismus mit all seinen Früchten erreicht jeden Ort in Europa, wenn er nur will. Deshalb kann die Losung nur heißen: Deutscher, mache dich wehrfähig! Körperliche Ertüchtigung und das Erlernen grundlegender Selbstverteidigungstechniken sollten für jeden aufrechten Deutschen angesichts der zunehmenden Bedrohung durch Ausländerkriminalität eine Selbstverständlichkeit sein. Mit der Arbeitsgemeinschaft Körper & Geist hat unsere Partei ‚Der III. Weg‘ genau den notwendigen Schritt in die richtige Richtung getan. Denn eines ist klar: Dies war nicht das letzte Crépol!«

Im Gefolge der Proteste kündigte die französische Regierung ein Verbot der rechtsklerikalen und antisemitischen Vereinigung Academia Christiana, eines vermeintlich christlichen Kulturvereins, an. Academia Christiana wurde 2013 im Zuge der Proteste gegen die Einführung »der sogenannten Homoehe gegründet um gegen die globalistische, laizistische und materialistische Dampfwalze vorzugehen«, so der Vorsitzende Julien Langella. Die Organisation sei eine »Bedrohung für Frankreich«, argumentiert das Innenministerium.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.sueddeutsche.de/politik/frankreich-messerattacken-rechtsextreme-linksextreme-1.6308224/> / eingesehen am 30. November 2023

<https://der-dritte-weg.info/2023/11/frankreich-massaker-bei-dorffest-durch-importierte-kriminelle/> / eingesehen am 30. November 2023

<http://www.nsheute.com/nach-crepol-massaker-skandalurteile-gegen-patrioten-in-frankreich/> / eingesehen am 30. November 2023

<https://paz.de/artikel/migrantengewalt-erschuettert-die-nation-a10055.html> / eingesehen am 30. November 2023

<https://wp.heimatkurier.com/2023/12/18/verbot-der-academia-christiana-im-gespraech-mit-julien-langella/> / eingesehen am 18. Dezember 2023

Argentinien:
**Präsident und »Anarchokapitalist«
Javier Milei in Davos**

Mit deutlicher Mehrheit siegte Javier Milei am 19. November 2023 bei der argentinischen Präsidentschaftswahl. Der neue argentinische Präsident und »Anarchokapitalist« hat auf dem Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos im Januar den Kapitalismus gepriesen und den Westen vor dem Sozialismus gewarnt: »Sozialismus führt immer und überall zu Armut.« Zur sozialistischen Verschwörung im Westen zählt Milei auch Universitäten, Nichtregierungsorganisationen und Medien. Milei verkündete, der Westen und internationale Organisationen seien von »Kollektivismus«, »radikalem Feminismus« und einer »sozialistischen Agenda« beeinflusst. Der gesellschaftspolitische Reaktionär will perspektivisch den Staat zerschlagen und die nationale Währung abschaffen. Milei betont den Primat des Marktes, verspricht die Freiheit der Wirtschaft und die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen. Im Rahmen der drastischen Kürzung staatlicher Leistungen wurden Bus-tickets für die Fahrten zur Arbeit teurer, die staatlichen Subventionen für Strom und Gas verringert.

Abgeschafft wurden die staatliche Agentur gegen Diskriminierung und das Ministerium für Frauen. Milei ist gegen Abtreibung und glaubt nicht, dass der Mensch für den Klimawandel verantwortlich ist. Eine der ersten Amtshandlungen des Präsidenten war die Einschränkung des Demonstrationsrechts.

Zur politischen Einordnung von Milei schreibt die Junge Freiheit (JF): »Für ihn sind Steuern Raub. Er wettet gegen die Polit-Kaste. Er glaubt an die Individuen, an die spontane Ordnung, Zivilgesellschaft und Selbstregierung. Obwohl er philosophisch und theoretisch ein Anarchokapitalist ist, findet er sich in der Praxis mit all ihren Zwängen und Widerständen mit einem Minimalstaat ab. Daher bezeichnet er sich eben als liberallibertär. [...] Sein Programm beinhaltet die Reduzierung und Beseitigung von Steuern, Privatisierungen, die Abschaffung der Zentralbank, freien Währungswettbewerb, Reduzierung von Ministerien und Staatsausgaben, Deregulierung und Freihandel.« Als Mileis »Steckenpferd« bezeichnet die JF den »Kulturkampf gegen den Kulturmarxismus, gegen die ‚zurdos de mierda‘, die verdamnten Linken. Kompromißlos kämpft er gegen Wokeness, Cancel Culture, Privilegien für LGTB-Gruppen und Feministinnen, die Klimahysterie und gegen Abtreibung«. Kurzum lobt die JF: »Die beste Beschreibung des argentinischen Präsidenten ist die eines philosophischen Anarchokapitalisten, der sich dem Kulturkampf gegen die Linken verschrieben hat.« »Anarcho-Kapitalismus« im Stil von Milei sei ein »Kind der ‚Österreichischen Schule‘« ist auf der Homepage WIR – Heilbronn bleibt deutsch! des Rechtsextremisten Michael Dangel zu lesen.

Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte Österreichische Schule war in ihren wirtschaftspolitischen Ansichten überwiegend wirtschaftsliberal eingestellt. Als Feindbilder galten die Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie. Ludwig von Mises (1881–1973) und Friedrich August von Hayek (1899–1992), die der zweiten bzw. dritten Generation der Österreichischen Schule angehören, predigten den Kampf gegen Kollektivverträge zur Lohnfestsetzung, Staatsausgaben zur Beschäftigungssicherung und gegen die progressive Einkommensteuer. Glaubensanhänger der Österreichischen Schule sind Kreuzzügler gegen staatliche Wirtschaftspolitik und gegen soziale Marktwirtschaft. Lobend erwähnt WIR – Heilbronn bleibt deutsch!, dass es in Westeuropa adäquates Gedankengut zur Österreichischen Schule gebe: »Peter Böhringer, Bundestagsabgeordneter der AfD, hält die Fahne der Freiheit im bunten Tag hoch. Und in unserem großen westlichen Nachbarland ist nun Marion Maréchal, die Nichte Marine Le Pens und Enkelin des großen Jean-Marie Le Pen, Spitzenkandidaten [Fehler im Original] zur Europawahl für das rechtsgerichtete Bündnis ‚Reconquête‘ um Eric Zemmour.«

<https://www.cicero.de/aussenpolitik/javier-milei-kettensagenprasident-argentinien/>
eingesehen am 27. Januar 2024

http://archiv.arbeit-wirtschaft.at/servlet/ContentServer?pagename=X03/Page/Index&n=X03_1.a_2005_11.a&cid=1182166446284 / eingesehen am 2. April 2024

Jens Glüsing: Leuchtturm der Unfreiheit, in: Der Spiegel, 7/2024, S. 76f

Ingo Malcher / Stefan Willeke: Der Feind seines Staates, in: Die Zeit vom 4. April 2024, S. 11-13

<https://wir-hn.de/blog/javier-milei-marechal-co-im-zeichen-der-kettensaege-libertaere-auf-dem-vormarsch/> / eingesehen am 17. März 2024

Philipp Bagus: Der erste seiner Art. Die Visionen des neuen argentinischen Präsidenten Javier Milei, in: Junge Freiheit, Nr. 52 /23 und /24 vom 22./29. Dezember 2023, S. 22

Bundesweit:

Überblick über Straftaten unter Bezugnahme auf den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)

Einen Überblick über Straftaten unter Bezugnahme auf den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) seit Anfang 2022 gibt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke. Danach wurden mit Stand vom 20. November 2023 im genannten Zeitraum 75 Fälle aus allen Phänomenbereichen der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) erfasst, in denen sich Personen auf den NSU bezogen. Von diesen 75 Fällen entfielen den Angaben zufolge 49 Fälle auf die politisch rechts motivierte Kriminalität. Die Terrorgruppe NSU ermordete von 2000 bis 2007 insgesamt zehn Menschen, davon neun Gewerbetreibende mit Migrationshintergrund. Wie genau das Umfeld der Rechtsterroristen Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe aussah und wer die Opfer auswählte, ist bis heute ungeklärt.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Überblick über Straf- und Gewalttaten unter Bezugnahme auf den »Nationalsozialistischen Untergrund« seit 1. Januar 2022, BT-Drs. 20/9479 vom 27. November 2023: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/094/2009479.pdf> / eingesehen am 30. November 2023

Niederlande:
Wilders Wahlerfolg

Mit dem »Asyl-Thema« hat Geert Wilders (Partij voor de Vrijheid = Partei für die Freiheit PVV) die niederländische Parlamentswahl am 22. November gewonnen, jubilierte die rechtsextreme Monatszeitschrift COMPACT. Fakt ist, dass das Thema Migration den Wahlkampf beherrschte. Mit 23,5 Prozent wurde die 2006 von Wilders gegründete islamfeindliche PVV mit Abstand die stärkste Kraft. Sie stellt 37 von 150 Sitzen in der gesetzgebenden Zweiten Parlamentskammer. »Es ist der glücklichste Tag in meiner politischen Laufbahn«, kommentierte Wilders diesen Erfolg. Die bisher regierende Volkspartei für Freiheit und Demokratie des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Mark Rutte kam nur noch auf 15,1 Prozent.

Dieses Wahlergebnis »zeigt deutlich, dass die Bürger in unserem Nachbarland auch genug haben von der ungebremsten Masseneinwanderung aus fundamental-islamischen Ländern und der damit verbundenen Islamisierung ihrer Heimat«, so der islamfeindliche Blog Politically Incorrect. Die AfD-Bundessprecher Alice Weidel und Tino Chrupalla gratulierten Wilders zum Wahlerfolg: »Die Niederlande haben gewählt: Geert Wilders' PVV wurde mit Abstand stärkste Kraft. Das zeigt: Nicht nur in Deutschland wollen die Bürger den politischen Wandel, sondern überall in Europa. Wir gratulieren Geert Wilders zu seinem grandiosen Erfolg und freuen uns schon jetzt auf die kommende Europawahl!«

Wilders ist das einzige Mitglied seiner Partei PVV. Gefolgsleute können sich nur als Sympathisanten oder Förderer anmelden. Schon vor über 20 Jahren gab es erstmals in den Niederlanden einen Rechtsruck. Damals startete der Soziologie-Professor Pim Fortuyn als erster Populist durch. Kurz vor seinem vorausgesagten Erdrutschsieg bei der Parlamentswahl von 2002 wurde er von einem militanten Tierschutz-Aktivisten auf einem Parkplatz erschossen. Seine Partei zerlegte sich danach selbst und verschwand in der Versenkung.

Eigenrecherche Dokrex

https://www.compact-online.de/niederlande-wahl-historischer-sieg-fuer-geert-wilders/?mc_cid=2dbd7c6a19 / eingesehen am 23. November 2023

<https://afdkompakt.de/2023/11/23/die-afd-bundessprecher-alice-weidel-und-tino-chrupalla-gratulieren-geert-wilders-zum-wahlerfolg/> / eingesehen am 23. November 2023

<https://www.pi-news.net/2023/11/wird-mr-islamkritik-der-naechste-ministerpraesident-der-niederlande/> / eingesehen am 25. November 2023

Irland:
**Rechtsextreme Ausschreitungen
 in Dublin**

Ein Messerangriff mit mehreren verletzten Schulkindern und deren Betreuerin in Irlands Hauptstadt Dublin am 23. November hat gewalttätige Proteste ausgelöst. Am Abend kam es durch ca. 500 rechtsextreme Hooligans zu den schlimmsten Ausschreitungen seit Jahrzehnten in der Dubliner Innenstadt. Mindestens 13 Geschäfte wurden geplündert. Drei Busse sowie elf Polizeiautos und eine Straßenbahn gingen in Flammen auf. Mehrere Beamte wurden verletzt, einer von ihnen schwer. Die Polizei nahm 34 Demonstranten fest, 32 wurden am Freitag dem Strafrichter vorgeführt. Während der Ausschreitungen wurden ausländerfeindliche Parolen gerufen. Um das Parlamentsgebäude wurden vorsichtshalber Polizeiabsperrungen errichtet. Die Demonstranten schwenkten irische Flaggen und hielten Schilder mit der Aufschrift »Irish Lives Matter« (Das Leben von Iren zählt) hoch. Den Ausschreitungen gingen Spekulationen über die Nationalität des mutmaßlichen Täters in sozialen Medien voraus. Polizeichef Drew Harris machte eine »völlig irre, von ultrarechter Ideologie getriebene Hooligan-Gruppe« für die Ausschreitungen verantwortlich.

Die neonazistische Kleinstpartei Der III. Weg gab kund: »Auch in Irland gibt es Widerstand gegen das System. Wird in Irland ein neues nationales oder gar nationalrevolutionäres Erwachen stattfinden?« Weiter heißt es: »Der Widerstand ist die direkte Folge der Politik der Herrschenden. Die Menschen werden nicht aus Verblendung, wegen Versprechungen oder aufgrund von ‚Hetze‘ national. Es sind ihre alltäglichen Erfahrungen. Was sie in ihrer Umwelt erleben, prägt sie. Systemparteien und Antifa können das Erwachen der europäischen Völker nicht verhindern, weil sie die Ursachen dafür ignorieren.«

Eigenrecherche DokRex

<https://www.morgenpost.de/vermishtes/article240663328/Ausschreitungen-in-Dublin-nach-Messerangriff-mit-Verletzten.html> / eingesehen am 23. November 2023

<https://der-dritte-weg.info/2023/11/irland-erwacht-das-erste-land-aus-dem-multikulti-alptraum/> / eingesehen am 29. November 2023

Berlin / Österreich:
FPÖ-Besuch bei AfD und JF

Am 24. November hat der Wiener FPÖ-Chef Dominik Nepp Berlin besucht. Die Hauptstadtfraktion der AfD hatte den 41-Jährigen zu ihrer »ersten konservativen Metropolenkonferenz ‚Metrokon‘« eingeladen, auf der sich 100 Teilnehmer aus den vier bundesdeutschen Millionenstädten sowie aus Wien über »Identität« und »Wohnungskrise« austauschten: »Mit dieser Initiative«, so die AfD, wolle die Partei »die Zusammenarbeit der AfD-Fraktionen in den Parlamenten der vier deutschen Millionenstädte intensivieren«, über »Ähnlichkeiten und Unterschiede austauschen und Lösungsansätze für Probleme finden, die die Metropolen plagen. Und natürlich wollen wir Wege finden, die Stärke der AfD in den eher kleinstädtisch und ländlich geprägten Regionen unseres Landes auch auf die großen Städte zu übertragen, in denen für die Zustimmung zu unserer Partei durchaus noch Luft nach oben ist«. Vor der Konferenz besuchte Nepp die Redaktion der Jungen Freiheit und führte mit JF-Chefredakteur Dieter Stein ein Gespräch. JF-Auslandsredakteur Curd-Torsten Weick stand er für ein Gespräch im JF-TV-Studio zur Verfügung. In Sachen Sexualität vertritt Nepp Ewiggestriges: »Wenn bereits Kleinkinder mit dem Blödsinn indoktriniert werden, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt und sie jederzeit ihr Geschlecht ändern können, dann muss dieser Wahnsinn von den Schwächsten unserer Gesellschaft – den Kindern – ferngehalten werden.«

<https://www.youtube.com/watch?v=1wgcCCCGfbs> / eingesehen am 17. Mai 2024

Junge Freiheit, Nr. 49 / vom 1. Dezember 2023, S. 23

Info-Direkt. Das Magazin für Patrioten, 48. Ausgabe, 2023, S. 17

Newsletter Brinkers Brief vom 1. Dezember 2023

Portugal:
Rechtes Spitzentreffen in Portugal

In Lissabon sind am 24. November Spitzenfunktionäre mehrerer europäischer Rechtsaußenparteien zusammengelassen. André Ventura, Vorsitzender der extrem rechten Partei Chega, begrüßte unter anderem die frühere Vorsitzende des französischen Rassemblement National, Marine Le Pen, und AfD-Co-Chef Tino Chrupalla zum Treffen der EU-Partei Identität und Demokratie (IDP). »In Portugal wie auch in anderen europäischen Ländern ist die Linke am Ende ihres Zyklus angelangt«, sagte Le Pen. »Wir sind hier, um ein neues Europa aufzubauen, das unseren Werten und unserer Lebensweise entspricht«, zitierte die IDP aus der Rede Chrupallas.

<https://yall1067.com/2023/11/24/europes-far-right-gathers-in-portugal-shows-support-for-chega-ahead-of-election/> / eingesehen am 25. November 2023

Sachsen:
Braune Drogen

Im Prozess gegen die mutmaßlich in neonazistische Zusammenhänge verstrickte Familie N. aus dem sächsischen Colditz hat das Landgericht Leipzig am 24. November die Angeklagten zu mehreren Jahren Haft verurteilt. Vater Ralf N. erhielt eine Freiheitsstrafe von vier Jahren. Die Söhne Uwe N. und Andreas N. wurden zu einer Haftstrafe von je drei Jahren verurteilt. Die Strafe wurde wegen gemeinschaftlichen Drogenhandels mit Crystal Meth erlassen. Im März hatten Zollfahnder 5,5 Kilogramm Crystal (Verkaufswert etwa 500.000 Euro), 32.000 Euro Bargeld, fünf Kurz- und zwei Langwaffen sowie zwei hochwertige Fahrzeuge der Marken Lamborghini und Mercedes Benz G-Klasse AMG sichergestellt. Entdeckt wurde auch eine professionelle Indoor-Cannabisplantage. Die illegale Plantage konnte beim Prozess jedoch nicht der Familie N. zugerechnet werden, obwohl sie sich auf deren Grundstück befand. Das Urteil ist rechtskräftig. Die mutmaßlichen Verbindungen der Familie zum Rechtsextremismus wurden im Prozess nicht behandelt.

<https://www.bild.de/regional/leipzig/leipzig-news/sachsen-drogenfund-bei-razzia-220-polizisten-stuermen-firma-83374436.bild.html> / eingesehen am 29. März 2023

<https://www.inventati.org/leipzig/?p=2513> / eingesehen am 10. April 2023

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/leipzig/leipzig-leipzig-land/prozess-urteil-drogen-razzia-waffen-colditz-100.html> / eingesehen am 24. November 2023

Bundesweit:
Vor 40 Jahren: Gründung der Republikaner (REP)

Am 27. November 1983 gründeten ehemalige CSU-Mitglieder in München die Partei Die Republikaner (REP). Anlass war ein Milliardenkredit, den Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß der DDR vermittelte. Unter Franz Schönhuber (1923–2005), ihrem Vorsitzenden von 1985 bis 1994, vormals Freiwilliger der Leibstandarte-SS Adolf Hitler, gelang der Partei zwischen 1985 und 1994 der Einzug in mehrere Parlamente. Ihre größten Wahlerfolge erzielten die REP 1989, als sie mit 7,5 Prozent ins Berliner Abgeordnetenhaus und mit 7,1 Prozent (in Bayern: 14,6 Prozent) ins Europaparlament

>>>

einzoogen, sowie 1992 und 1996 bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg (10,9 bzw. 9,1 Prozent). In den Bundestag schafften es die Republikaner nie. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 mussten sie sich mit 2,1 Prozent begnügen. Die fremdenfeindliche Partei sorgte bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 1989 mit einem Wahlwerbespot für bundesweite Berichterstattung. Die Werbung, die der Sender SFB als Volksverhetzung einstufte, aber nach einem Gerichtsbeschluss im Fernsehen ausstrahlen musste, zeigte »Chaoten«, Brandstifter, die Mauer, Fixer – und dann türkische Geschäfte, türkische Kinder in Berlin. Dazu erklang die düstere Mundharmonika-Melodie aus dem Western »Spiel mir das Lied vom Tod«. Die Botschaft: Diese Leute gehören nicht hierher, sie sollen weg. Der Nachfolger von Schönhuber im Amt des REP-Parteivorsitzenden, der Stuttgarter Jurist Rolf Schlierer, führte die REP nach und nach in die parlamentarische und politische Bedeutungslosigkeit. Auf ihrem Höhepunkt Anfang der 1990er-Jahre hatte die Partei mehr als 25.000 Mitglieder. Vor den Republikanern hatten andere rechtsextreme Parteien bereits den Sprung in Landesparlamente geschafft: die Sozialistische Reichspartei (SRP), die Deutsche Partei (DP), die Deutsche Reichspartei (DRP) und die NPD.

Eigenrecherche DokRex

Schweiz / Frankreich / Bundesweit:
Müllermilch und die AfD

Der Molkerei-Milliardär Theo Müller hat gegenüber dem Handelsblatt erstmals Kontakt mit der AfD eingeräumt. Müller ist Haupteigner der gleichnamigen Unternehmensgruppe. Zur größten Privatemolkerei Deutschlands gehören bekannte Marken wie Müllermilch, Weihenstephan und Landliebe. Der Konzern, der seinen Sitz in Luxemburg hat, beschäftigt mehr als 32.000 Menschen. Mitte Oktober traf Müller die AfD-Bundesvorsitzende Alice Weidel zu einem privaten Dinner in einem Nobelrestaurant im französischen Cannes. »Bei den Gesprächen mit Frau Dr. Weidel galt mein Interesse dem Programm der AfD sowie ihrer persönlichen Ansicht zur aktuellen Politik«, sagte der seit 2003 in der Schweiz lebende Milliardär. Bei den Gesprächen habe er »nicht den geringsten Anhaltspunkt« gefunden, der auf eine NS-Ideologie schließen lasse. Das wäre für ihn »ein absolutes No-Go«. Bereits im Jahr 1989 hatten Medien darüber spekuliert, dass Müller die Partei Die Republikaner mit Parteispenden unterstütze.

<https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/luxus-vom-feinsten-afd-chefin-alice-weidel-mit-milch-milliardaer-in-cannes-85776632.bild.html> / eingesehen am 18. Oktober 2023

<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-konsumgueter/muellermilch-molkerei-milliardaer-mueller-bestaetigt-kontakte-zur-afd/29535086.html> / eingesehen am 30. November 2023

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/milch-milliardaer-mueller-trifft-weidel-und-nimmt-afd-in-schutz> / eingesehen am 1. Dezember 2023

Baden-Württemberg:
**Prozess gegen die rechtsextreme
Terrorgruppe Gruppe S. endet**

Am 30. November ist nach mehr als 170 Verhandlungstagen vor dem Oberlandesgericht Stuttgart (OLG) das Mammutverfahren um die rechtsextreme Terrorgruppe Gruppe S. zu Ende gegangen. Werner S. wurde wegen Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung nach §192a StGB zu sechs Jahren Haft verurteilt. Neben S. wurden acht weitere Mitglieder oder Unterstützer der Gruppe verurteilt; ein Beschuldigter starb zuvor an einem Herzinfarkt, ein weiterer beendete sein Leben. Die Angeklagten wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, teils auf Bewährung. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Die Vertreterin der Bundesanwaltschaft hatte vor Gericht gesagt, Mitglieder der Gruppe hätten die Übernahme der Bundesrepublik Deutschland durch Flüchtlinge gefürchtet und dagegen in den Kampf ziehen wollen. Auch über Attentate auf die Grünenpolitiker Robert Habeck und Anton Hofreiter soll in den Chatgruppen der Rechtsextremisten gesprochen worden sein. Das Gericht bewertete die Gruppierung als gefährlich und als ein neues, rechtsextremes Phänomen, das vor allem durch die sozialen Medien entstanden sei. Den Männern wurde vorgeworfen, eine Terrorzelle gegründet zu haben. Sie wollten demnach mit Anschlägen gegen Moscheen einen Bürgerkrieg in Deutschland provozieren.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/anschlaege-auf-moscheen-geplant-gruppe-s-mitglieder-zu-haftstrafen-verurteilt-19351481.html> / eingesehen am 30. November 2023

<https://taz.de/Rechtsterroristische-Gruppe-S/!5973290/> / eingesehen am 30. November 2023

Dezember

Bundesweit / Türkei: Gefahren durch Graue Wölfe

Die Gefährdungslage für Menschen mit türkischen und kurdischen Migrationserfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland durch sogenannte Graue Wölfe beziehungsweise Anhänger der rechts-extremen Ülkücü-Bewegung ist ein Thema der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der zwischenzeitlich aufgelösten Fraktion Die Linke. Danach ist spätestens seit dem gescheiterten Putschversuch 2016 in der Türkei eine zunehmende Verschärfung des öffentlichen Diskurses gegenüber türkischen Oppositionellen und Kritikern der dortigen Regierung zu beobachten. Damit einhergehend sei auch eine Zunahme »polizeilich relevanter Aktivitäten unter anderem durch türkische Nationalisten zum Nachteil türkischer regierungskritischer Oppositioneller in Deutschland beziehungsweise kurdischer sowie Gülen-naher Personen und Einrichtungen feststellbar«, schreibt die Bundesregierung. Im Wesentlichen handelte es sich dabei laut Vorlage um Beleidigungen, Bedrohungen und Volksverhetzungen – meist über soziale Netzwerke – sowie um Sachbeschädigungen wie etwa Farbschmierereien. Darüber hinaus kam es den Angaben zufolge in wenigen Fällen zu Gewaltdelikten (Körperverletzungen). Einzelne Rechtsextremisten versuchten auch, »vermeintliche oder tatsächliche politische Gegner oder Dissidenten sowie Personen, die von der Türkei als Straftäter verfolgt werden, initiativ aufzuklären«, heißt es in der Antwort weiter. Somit ergebe sich für Betroffene ein erhöhtes abstraktes Risiko. Insbesondere beim Aufeinandertreffen bei Demonstrationen könne sich das »hohe Gewaltpotenzial der unorganisierten Anhänger der ‚Ülkücü‘-Bewegung zeigen«, führt die Bundesregierung aus.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Bedrohungen gegen türkische und kurdische Linke durch türkische Rechtsextremisten in Deutschland, BT-Drs. 20/9590 vom 30. November 2023: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/095/2009590.pdf> / eingesehen am 1. Dezember 2023

Brandenburg / Bundesweit: Verfassungsschutz stuft Jürgen Elsässer als »Multi-Extremist« ein

Jürgen Elsässer, Chefredakteur des in Brandenburg (Falkensee) ansässigen COMPACT-Magazins, wird in einer Pressemitteilung des Verfassungsschutzes Brandenburg als »Multi-Extremist« eingestuft. Elsässer stehe für »Rechtsextremismus, Antisemitismus und Reichsbürgerfantasien«, der seine »devote Moskau-Ausrichtung [...] über die Jahre und all seine extremistischen Schwenks hinweg immer beibehalten« habe. Er träume von einem »Deutschen Demokratischen Reich« (DDR) in einem vom Westen der Republik abgespaltenen Ostdeutschland. Den AfD-Rechtsextremisten Höcke wünsche er sich als »Reichskanzler«. Bereits im Frühjahr 2023 warnte der Verfassungsschutz Brandenburg davor, dass in klassischen Teilen des deutschen Rechtsextremismus zusehends eine Debatte über secessionistische Visionen und Ideen schwele. Mit seiner DDR-Vision habe der Rechtsextremist Elsässer diese Warnung bestätigt.

Die COMPACT Magazin GmbH wird seit dem 9. Dezember 2021 vom brandenburgischen Verfassungsschutz als »erwiesene rechtsextremistische Bestrebung« beobachtet. COMPACT verfolge das Ziel der Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Unter anderem werde die Legitimität des Grundgesetzes offen in Frage gestellt. Hinzu kämen Fantasien, zusammen mit anderen Rechtsextremisten »zum Sturz des Regimes beizutragen«.

<https://mik.brandenburg.de/mik/de/start/service/presse/pressemitteilungen/detail-pm-und-meldungen/-01-12-2023-compact-elsaesser-wuenscht-sich-afd-hoecke-als-reichskanzler/> / eingesehen am 2. Dezember 2023

Bundesweit: Neue und neonazistische Rechte: Lob für AfD-EP-Spitzenkandidat Krah

Krahs Buch sei »überraschend klar in der Beschreibung der heutigen Zustände und Probleme und oft erfrischend klar in den Lösungsansätzen. Er schreibt zutreffend, dass rechte Politik, die inhaltliche Kompromisse für eine Regierungsbeteiligung und Posten schließt, immer scheitert. Wir wollen hoffen, dass die Funktionäre in Zukunft daran denken werden«, ist in der Weihnachtsausgabe 2023 der Zweimonatszeitschrift N.S. Heute zu lesen. Die seit 2017 erscheinende Publikation versteht sich als Beitrag zur Schulung der bundesweiten Neonazi-Szene, sie spiegelt ihre Ideologie und Erlebniswelt. Autor der wohlwollend rezensierten Publikation »Politik von rechts. Ein Manifest« ist Maximilian Krah, Spitzenkandidat der AfD bei der Wahl zum Europäischen Parlament. Der rechtsextreme Hardliner steht dem thüringischen AfD-Fraktionschef Björn Höcke und dem neurechten Strategen Götz Kubitschek ideologisch nahe. Außenpolitisch hat Krah eine Vorliebe für Autokraten in China und Russland. Erschienen ist Krahs Buch 2023. Der N.S.-Heute-Rezensent schreibt dazu: »Aufgrund seiner Zusammenarbeit mit Götz Kubitschek, einem der einflussreichsten Vordenker im Hintergrund der

AfD, ist sein neues Buch in Kubitscheks Verlag Antaios mit einem arbeitsintensiven letzten Feinschliff versehen und veröffentlicht worden. Kubitscheks Verlag beschreibt das Buch als ‚eine weltanschaulich fundierte Alternative zum dominierenden Linksliberalismus‘. KraH unterstreiche ‚mit diesem Manifest seinen Ruf, einer der streitbarsten und visionärsten Politiker der AfD zu sein‘. « Ausdrücklich hervorgehoben wird in N.S. Heute, dass KraH im Kapitel »Identität« »überraschend klar die Familie und das Volk als Grundlage des Eigenen, das gesichert werden muss«, benennt, »im Gegensatz zu den kulturfremden Migranten, deren Remigration durch Umbau des Sozialstaates, Geldanreize und Durchsetzung der deutschen Kultur und Ordnung zu bewerkstelligen ist«.

Schriftleiter und Herausgeber von N.S. Heute ist Sascha Krolzig. Der rechtsextreme Kleinverleger, vormals Bundesvorsitzender der neonazistischen Kleinstpartei Die Rechte und nun für Die Heimat aktiv, ist rechtskräftig wegen Volksverhetzung und verfassungsfeindlicher Propaganda verurteilt. Herausgeber von N.S. Heute ist der in Dortmund ansässige Sturmzeichen-Verlag von Krolzig. Der Sturmzeichen-Verlag & Versand fühlt sich mit seinem Versandsortiment »den Interessen unseres deutschen Volkes sowie der historischen Wahrheit verpflichtet«.

Rezensent des KraH-Buches ist der altgediente Neonazi Christian Malcoci. Malcoci gehörte in den 1980er- und 1990er-Jahren zu den führenden nordrhein-westfälischen Neonazis. Er war einst Bundesvize der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG), amtierte als »Gausekretär« des Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers (KAH) und als »Kameradschaftsführer« der Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA). Außerdem war er Mitglied in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Auslands-u. Aufbauorganisation (NSDAP/AO), deren Ziel die Wiedereinführung der NSDAP als wählbare Partei war, und »Gausekretär« Rheinland der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP). 1992 rief Malcoci im Rheinland den Orden von Thule ins Leben.

Götz Kubitschek findet in seiner Hauspostille Sezession, herausgegeben vom Institut für Staatspolitik (IfS) in Schnellroda, auch ausnahmslos lobende Worte für KraH. Er bespiele »zwei ganz unterschiedliche Ebenen«: So habe dieser in dem Buch »Politik von rechts« seine »Vorstellung von alternativer Politik auf den wesentlichen Arbeitsfeldern ausgebreitet«. Die »Masse und emotionalen Zugriff«, den »suggestiven Teil des politischen Vortriebs«, erreiche KraH ergänzend mit einem zweiten Format, zeigt sich Kubitschek begeistert: »Tik-Tok-Videos von maximal einer Minute Länge«, die »Hunderttausende Mal geschaut« werden. Krahs Titel und Botschaften sind provokant und reißerisch, nationalistisch, queer-feindlich sowie weltverschwörerisch – und zielen auch sprachlich ganz auf ein junges Publikum: »Die Bundesregierung hasst Dich«, »Deine Mutter wird im Alter arm sein«, »Schau keine Pornos«. Die AfD kann bei jungen Wählern vor allem punkten, weil die großen Parteien in Deutschland nur wenig auf TikTok stattfinden.

Euphorisch zeigt sich Kubitschek über KraH-Filmchen, die mit dem Satz »Unsere Vorfahren waren keine Verbrecher« beginnen und enden: »Es ist nicht schwierig, an den Reaktionen der Meinungswächter abzulesen, daß KraH mit diesem Vorstoß seinen Fuß in einen der Taburäume dieser Republik gesetzt hat.« Denn, so Kubitschek: »Die Vergiftung der Vergangenheit durch moralisierende Geschichtserzählung gehört zu den Grundbausteinen unserer Republik.«

Im März 2024 schränkte TikTok die Reichweite von KraH deutlich ein. Seine Beiträge würden für einen Zeitraum von 90 Tagen nicht mehr im »Für-dich-Feed«, dem zentralen Element der Kurzvideo-App, ausgespielt, so das Unternehmen. Der Feed ist entscheidend dafür, ob Beiträge viral gehen oder nicht. Nutzer können Krahs Inhalte nun nur noch sehen, wenn sie gezielt seine TikTok-Seite aufrufen. Als Begründung teilte TikTok mit, dass KraH »wiederholte Verstöße gegen unsere Community-Richtlinien« begangen habe. Des Weiteren hat TikTok mehrere Videos von KraH auf der Plattform vollständig gesperrt.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/maximilian-krah-tiktok-schraenkt-reichweite-von-afd-politiker-deutlich-ein-a-26035ade-4d2a-42fb-aa5a-3c5d365953fc/> / eingesehen am 31. März 2024

<https://www.dw.com/de/afd-auf-tiktok-kampf-um-die-jugend/a-68671408/> / eingesehen am 31. März 2024

Maximilian KraH: Politik von rechts. Ein Manifest, Schnellroda (Verlag Antaios) 2023

Christian Malcoci: Gelungener Entwurf mit kleinen Fehlern. Maximilian KraH – Politik von rechts, in: N.S. Heute, November – Dezember 2023, S. 49

Götz Kubitschek: Betrachtungsebenen, in: Sezession, Oktober 2023, Nr. 116, S. 1

Italien / Bundesrepublik
Deutschland / Österreich:
Rechtsaußen-Vernetzungstreffen

Am 3. Dezember fand in Florenz in der Festungsanlage Fortezza da Basso die Veranstaltung »Freies Europa« der Fraktion Identität und Demokratie (ID) im Europäischen Parlament statt. An dem Treffen unter dem Motto »Arbeit – Sicherheit – gesunder Menschenverstand« versammelte Matteo Salvini, Italiens Vize-Premier und Vorsitzender der nationalpopulistischen Lega, alles, was rechtspopulistisch bis rechtsextrem ist. Vor Ort waren Vertreter der rechtsnationalen und -extremen Parteien aus Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Tschechien, Polen, Rumänien und Österreich. Auch die AfD war durch ihren Co-Vorsitzenden Tino Chrupalla vertreten. In seiner Rede »entschuldigte« sich Chrupalla für die deutsche EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die er als »die gefährlichste Politikerin in der EU« bezeichnete. Aus Österreich angereist war der FPÖ-Europaabgeordnete Harald Vilimsky. Dieser forderte »Schluss mit Globalismus«.

<https://www.n-tv.de/politik/Salvini-laedt-zum-Gipfel-der-EU-Feinde-Chrupalla-ist-dabei-article24577152.html> / eingesehen am 4. Dezember 2023

<https://zurzeit.at/index.php/europas-patrioten-bereiten-sich-auf-eu-wahl-vor/> / eingesehen am 4. Dezember 2023

<https://afdsachsen.de/bundessprecher-chrupalla-folgt-der-einladung-matteo-salvinis-nach-florenz/> / eingesehen am 4. Dezember 2023

Bundesweit:
Weidel bei Tichys Einblick

Im Interview mit der Dezember-Ausgabe des neurechten Monatsmagazins Tichys Einblick (»Standpunkte zu Politik, Wirtschaft & Kultur«) erklärt Alice Weidel, Co-Vorsitzende der AfD und Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, dass die AfD »dem Bürger deutlich mehr Eigenverantwortung übertragen möchte. [...] Wir wollen, dass der Bürger selbst entscheiden kann, dass er Autonomie besitzt, also für seine Lebensentscheidung selbst zuständig ist«. »Zielbild« der AfD sei der Zurückbau der Europäischen Union: »Ich glaube, dass der Nationalstaat das richtige Gefäß für eine Demokratie ist – und kein übergeordnetes supranationales Konstrukt.« Weidel lobt die ehemalige britische Premierministerin Margret Thatcher. Weidel fand sie »recht beeindruckend«, eine »unglaublich starke Person«. Die marktliberale Thatcher setzte sich für einen rigiden Kapitalismus ein und führte einen gnadenlosen Kampf gegen die Gewerkschaften. Sie brach die Herrschaft der Arbeitnehmervertretungen im Mutterland des Kapitalismus.

Interview mit Alice Weidel, in: Tichys Einblick, 12/2023, S. 20-24

Bayern:
**Rechtsextreme Burschenschaft im
Fokus des Verfassungsschutzes**

Seit Anfang Dezember beobachtet der bayerische Verfassungsschutz die Studierendenschaft der Burschenschaft Teutonia Prag zu Würzburg. »Bei der Aktivitas der Burschenschaft Teutonia Prag zu Würzburg handelt es sich um ein Beobachtungsobjekt des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz«, teilte die Behörde mit. Es lägen hinreichend gewichtige Anhaltspunkte dafür vor, dass von den Aktivitäten der Burschenschaft Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgingen, hieß es. Die rechtsextreme Ausrichtung der Gruppe zeige sich unter anderem an zahlreichen in den Gemeinschaftsräumen der Burschenschaft angebrachten Aufklebern mit Bezug zu rechtsextremen Gruppierungen wie dem neonazistischen III. Weg. Außerdem gebe es starke personelle Überschneidungen zwischen Mitgliedern der Aktivitas der Burschenschaft und der Jungen Alternative (JA).

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article248933100/Rechtsextreme-Burschenschaft-Verfassungsschutz-beobachtet-Studentenverbindung-von-AfD-Abgeordnetem.html> / eingesehen am 7. Dezember 2023

Hessen:
**Abschlussbericht zum
Anschlag in Hanau**

Nach gut zwei Jahren beendete der Untersuchungsausschuss des hessischen Landtags zum rassistischen Anschlag von Hanau seine Arbeit. Im hessischen Landtag wurde am 5. Dezember der 642 Seiten umfassende Abschlussbericht präsentiert und diskutiert. Am 19. Februar 2020 hatte Tobias R. aus Hanau in der Stadt neun junge Menschen erschossen. Danach tötete er seine Mutter und sich selbst. In einem Manifest hatte der psychisch kranke Attentäter seine völkisch-rassistischen Motive niedergeschrieben.

<https://www.tagesschau.de/inland/regional/hessen/hanau-abschlussbericht-100.html> / eingesehen am 5. Dezember 2023

<https://kein-abschlussbericht.org/> / eingesehen am 5. Dezember 2023

Berlin / Bundesweit:
**bpb-Informationportal zum
 Themenfeld Rechtsextremismus**

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat ein neues Informationsportal zum Themenfeld Rechts-
 extremismus veröffentlicht: Der »InfoPool Rechtsextremismus« ist seit dem 4. Dezember 2023 unter
 www.bpb.de/infopool abrufbar. Das Format dient als Unterstützungsangebot für Beschäftigte in
 verschiedenen Handlungsfeldern wie Sicherheitsbehörden, Schulen, der Jugend- und Sozialarbeit,
 der politischen Bildung und der öffentlichen Verwaltung. Es wird jedes Quartal praxisbezogene
 Hintergrundtexte zu Themenschwerpunkten wie dem Ausstieg aus der rechtsextremen Szene und
 der Beratung bei Herausforderungen mit rechtsextremen Einstellungen und Reichsbürgern liefern.
 Der InfoPool informiert über Rechtsextremismus und bearbeitet aktuelle Dynamiken, um die Bildungs-
 arbeit gegen rechtsextreme Einstellungsmuster zu stärken.

Weitere Informationen: www.bpb.de/infopool / eingesehen am 10. Dezember 2023

Sachsen:
**Hasskriminalität nimmt seit
 Jahren zu und erreicht 2023
 einen Höchststand**

Der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) des Freistaates Sachsen 2023 ist zu entnehmen, dass sich
 die Zuspitzung gesellschaftlicher Konflikte bei der Entwicklung der Hasskriminalität zeigt. Die Fall-
 zahlen steigen seit dem Jahr 2020 kontinuierlich an und haben gegenüber dem Vorjahr um 23,1 Pro-
 zent (+199 Fälle) zugenommen. Das Spektrum der Hasskriminalität wird maßgeblich von fremden-
 feindlichen (906 Fälle), antisemitischen (275 Fälle) und rassistischen (153 Fälle) Motiven geprägt.
 Sie haben überwiegend einen rechtmotivierten Hintergrund. Bei dem Großteil dieser Straftaten
 handelt es sich um Volksverhetzungs- und Propagandadelikte, Belohnung und Billigung von Straftaten
 sowie Sachbeschädigungen. Die Fallzahlen politisch motivierter Straftaten (PMK) sind gegenüber
 2022 um 9,2 Prozent gesunken, dennoch stellen 5.745 Fälle den zweithöchsten Wert der letzten
 Jahre dar. Der Rückgang der Regelverstöße mit Ende der COVID-19-Pandemie steht einer Zunahme
 von politisch motivierten Straftaten zu Themen mit hohem gesellschaftlichen Konfliktpotenzial
 gegenüber. Fast die Hälfte der registrierten Straftaten der PMK (2.704 Fälle) fallen in den Phäno-
 menbereich PMK-rechts-, der gegenüber dem Vorjahr mit 42 Prozent um 800 Fälle angestiegen ist.
 Darunter dominierten mit mehr als 1.800 Fällen Propagandadelikte.

<https://medienservice.sachsen.de/medien/news/1073977> / eingesehen am 28. März 2024

Sachsen-Anhalt:
**AfD-Landesverband
 »gesichert rechtsextremistisch«**

In Sachsen-Anhalt hat der Verfassungsschutz den Landesverband der Alternative für Deutschland
 (AfD) als »gesichert rechtsextremistische« Bestrebung eingestuft. Die Behörde habe dafür zahlreiche
 muslimfeindliche, rassistische und auch antisemitische Aussagen von Funktions- und Mandatsträ-
 gern ausgewertet, so Behördenleiter Jochen Hollmann. Bereits seit 2021 ist der sachsen-anhaltische
 AfD-Landesverband vom Landesverfassungsschutz als Verdachtsfall eingestuft. Seitdem habe der
 Verfassungsschutz weitere umfangreiche Informationen gesammelt, die nicht mit Menschenwürde,
 Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip vereinbar seien, so Hollmann.

Zudem strebt die AfD Sachsen-Anhalt nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes die Ab-
 schaffung der parlamentarischen Demokratie in ihrer derzeitigen Form an. Vertreter seien bestrebt,
 das demokratische Prinzip der Bundesrepublik Deutschland sowie seine Institutionen und deren
 Vertreter verächtlich zu machen, um das Vertrauen der Bevölkerung in diese fundamental zu ero-
 dieren. Die sachsen-anhaltische AfD ist der zweite derartig eingestufte Landesverband. In Thüringen
 hatte der Landesverfassungsschutz die AfD mit seinem Landespartei- und Fraktionschef Björn Höcke
 bereits im März 2021 als »gesichert rechtsextremistisch« eingestuft. Das Bundesamt für Verfassungs-
 schutz hat die AfD als Ganzes eine Stufe darunter eingestuft, nämlich als rechtsextremistischen
 Verdachtsfall.

<https://www.tagesschau.de/eilmeldung/afd-sachsen-anhalt-rechtsextremistisch-100.html> / eingesehen
 am 7. Dezember 2023

Sachsen:
**AfD-Landesverband
 »gesichert rechtsextremistisch«**

Das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) hat den AfD-Landesverband Sachsen mit
 sofortiger Wirkung als »erwiesene rechtsextremistische Bestrebung« eingestuft. Wie das LfV
 am 8. Dezember mitteilte, war der Einstufung ein vierjähriger Prüfungsprozess vorausgegangen.
 Dabei sei herausgekommen, dass der AfD-Landesverband verfassungsfeindliche Ziele verfolge, so
 LfV-Präsident Dirk-Martin Christian. So bestimme das sogenannte solidarisch-patriotische Lager
 die inhaltliche Programmatik der AfD Sachsen. Dies sei aus dem früheren Flügel hervorgegangen,
 »dessen geistiger Vater und Anführer der Rechtsextremist Björn Höcke« sei. Es dominiere inzwischen
 »den Charakter des gesamten Landesverbandes«, so Christian weiter. Bereits im April 2023 wurde
 die Jugendorganisation der AfD, die Junge Alternative (JA), vom sächsischen Verfassungsschutz als
 rechtsextrem eingestuft. Zuvor hatte der Verfassungsschutz die AfD-Landesverbände in Thüringen

und Sachsen-Anhalt als rechtsextrem eingestuft. Im Hinblick auf Migrationsfragen bescheinigt der sächsische Verfassungsschutz der AfD Sachsen eine Politik der Ausgrenzung von Migranten und ethnischen Minderheiten. Vertreter der Landespartei würden rechtsextreme Kampfbegriffe wie »der große Austausch« oder »Umvolkung« verwenden. Darüber hinaus bediene sich der Landesverband islamfeindlicher und antisemitischer Rhetorik, sagte der sächsische Verfassungsschutz-Präsident. Als Beispiel nannte er Aussagen des Landesvorsitzenden Jörg Urban, dass es »tonangebende Globalisten in Politik, Medien und Konzernen« gebe.

<https://medienservice.sachsen.de/medien/news/1071656> / eingesehen am 8. Dezember 2023

Baden-Württemberg / Bundesweit:
6.000 Corona-Kritiker in Karlsruhe

Querdenker hatten zur großen Demonstration am Tag der Menschenrechte am 10. Dezember in Karlsruhe aufgerufen. 6.000 Teilnehmer kamen, um beispielsweise gegen die Corona-Impfungen während der Pandemie zu protestieren. Angesagt war vermeintlich »zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen die Vertuschung« der »Verbrechen« der »Corona-Zeit«.

Nach der Kundgebung, bei der unter anderem der Rechtsanwalt und Mitorganisator Ralf Ludwig eine Rede hielt, wurden bei der Bundesanwaltschaft Anzeigen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen 599 Politiker und Richter eingereicht, die für die einrichtungsbezogene Impfpflicht in Deutschland gestimmt oder diese angeordnet haben. Unter den Angezeigten befinden sich Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und Stephan Harbarth, der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes. Vor Ort in Karlsruhe waren auch die AfD-Bundestagsabgeordneten Thomas Seitz und Christina Baum. O-Ton Seitz: »Wir hatten keine Krise wegen Corona, sondern die Krise war die Folge der Corona-Maßnahmen.« O-Ton Baum: »Liebe Mitstreiter, liebe Freunde, es ist wunderbar hier oben zu stehen und euch alle zu sehen. Ihr seid diejenigen, die mitgeholfen haben, dass diese allgemeine Impfpflicht verhindert wurde, wenn wir auch die einrichtungsbezogene Impfpflicht damals nicht verhindern konnten. Ich danke euch, dass ihr auf der Straße wart und ich danke euch, dass ihr auch heute wieder hier seid.«

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/karlsruhe/grosse-querdenker-demonstration-in-karlsruhe-100.html> / eingesehen am 13. Dezember 2023

<https://ansage.org/grossdemonstration-am-10-dezember-in-karlsruhe-die-corona-verbrecher-gehoren-vor-gericht/> / eingesehen am 13. Dezember 2023

Elektronischer Rundbrief von klagemauer.TV vom 14. Dezember 2023

Bayern:
**Waffenbesitzverbote
und Entwaffnung von
Rechtsextremisten**

Die für das Waffenrecht zuständigen Kreisverwaltungsbehörden in Bayern haben im Jahr 2023 84 Personen mit extremistischen Bezügen entwaffnet und 47 Waffenbesitzverbote verhängt. Es wurde landesweit gegen 53 Personen mit extremistischen Bezügen der Widerruf der waffenrechtlichen Erlaubnisse ausgesprochen, 31 weitere Personen kamen dem Widerruf zuvor, indem sie ihre Erlaubnisse und Waffen freiwillig abgaben. Insgesamt entzogen die Behörden so im letzten Jahr 145 Waffen. Die Mehrzahl der entwaffneten Erlaubnisinhaber gehört der waffenaffinen rechtsextremen Szene (26 Personen), der Reichsbürger- und Selbstverwalterbewegung (39 Personen) sowie dem Bereich Delegitimierung des Staates (vier Personen) an. Nach dem Waffengesetz führt regelmäßig bereits die Mitgliedschaft in einer extremistischen Vereinigung dazu, dass ein Antrag auf waffenrechtliche Erlaubnis abgelehnt und ein Verfahren zum Entzug einer vorher erteilten Erlaubnis eingeleitet wird. Um extremistische Bezüge zu erkennen, sind die Waffenbehörden gesetzlich verpflichtet, eine Auskunft des Verfassungsschutzes einzuholen. Dabei übermittelt das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz den Waffenbehörden nicht nur Erkenntnisse über Personen, die es gesichert als Extremisten einstuft, sondern auch bereits erste Anhaltspunkte für Bezüge eines Waffenbesitzers zum Extremismus.

Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 19. März 2024: <https://www.stmi.bayern.de/med/pressemitteilungen/pressearchiv/2024/85/index.php> / eingesehen am 4. Juni 2024

Berlin / Bundesweit:
**Auch die AfD will die
Steuerbefreiung für Traktoren
abschaffen!**

Der Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestags sprach sich am 15. Dezember einstimmig(!), d.h. auch mit den Stimmen seiner AfD-Mitglieder, gegen »die Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge« aus.

<https://twitter.com/KreuzAcht/status/1738552109673390215> / eingesehen am 23. Dezember 2023

Bayern:
**Vor 35 Jahren: Mörderischer
 Neonazi-Brandanschlag**

In der Nacht zum 17. Dezember 1988 verübte der 19-jährige Josef S., seit 1986 Mitglied der neo-nazistischen Nationalistischen Front (NF), einen Brandanschlag auf ein überwiegend von Ausländern bewohntes Haus in Schwandorf, bei dem eine dreiköpfige türkische Familie und ein linker Deutscher ums Leben kamen. Wegen besonders schwerer Brandstiftung wurde S. vom Landgericht Amberg zu einer Freiheitsstrafe von 12 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Als die Haftzeit von S. im Juli 2001 zu Ende ging, schaltete Volker G. (Roding), dessen Anschrift sich in den Adressverzeichnissen des österreichischen Neonazis Franz Radl und der Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition (VAPO) von Gottfried Küssel fand, in der Neonazi-Knastpostille HNG-Nachrichten die Anzeige: »Unser Kamerad Josef S. sucht [...] eine Wohnung, evtl. auch vorerst zur Untermiete bei einem Kameraden.« Unterschlupf fand S. dann in einer Wohnung, die unmittelbar neben dem Verlagsgebäude der NPD-Verlagsgesellschaft Deutsche Stimme im sächsischen Riesa lag. Am Ort des Anschlags in Schwandorf steht heute ein Gedenkstein. Die Inschrift erinnert an Fatma, Mehmet und Osman Can, sowie Jürgen Hübener – die vier Menschen, die 1988 ums Leben kamen. Der Brandanschlag von Schwandorf gilt als Auftakt einer ganzen Serie von vergleichbaren Terrorattacken von Neonazis auf türkischstämmige Mitmenschen, die bis Mitte der 1990er-Jahre die Bundesrepublik erschütterten.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/schwandorf-gedenkt-der-anschlagsopfer-von-1988,TyQ8oaa/>
 eingesehen am 17. Dezember 2023

Sachsen:
**Deutschlandweit:
 erster AfD-Oberbürgermeister**

Am 17. Dezember wurde der parteilose, aber für die AfD angetretene Tim Lochner mit einem Wahlergebnis von 38,5 Prozent im zweiten Wahlgang zum ersten AfD-Oberbürgermeister in der 40.000 Einwohner zählenden Stadt Pirna in Sachsen gewählt. »Nachdem erst kürzlich der erste AfD-Landrat und der erste hauptamtliche AfD-Bürgermeister gewählt wurden, ist das Signal des Urnengangs in Pirna klar: Das war erst der Anfang! Schritt für Schritt erobert die AfD die Städte und Gemeinden, Schritt für Schritt werden wir zu Deutschlands Volkspartei Nummer 1«, so der Infobrief des AfD-Bundesverbandes.

Im Gespräch mit der Jungen Freiheit bekundete der 53-jährige Tischlermeister und ehemalige CDU-Stadtrat Lochner: »Es gibt in Pirna keine Brandmauer.« Im Dezember war der AfD-Landesverband Sachsen vom Landesverfassungsschutz als »gesichert rechtsextremistisch« eingestuft worden. Damit hat Lochner nach eigener Aussage kein Problem.

Jens-Christian Wagner, seit Oktober 2020 Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, erinnerte nach der Wahl von Lochner an die einstige Heil- und Pflegeanstalt Pirna-Sonnenstein. Dort ermordeten die Nationalsozialisten in den Jahren 1940 und 1941 rund 13.720 vorwiegend psychisch kranke und geistig behinderte Menschen. Sie wurden im Rahmen der nationalsozialistischen Krankenmorde, der sogenannten »Aktion T4«, in einer Gaskammer im Keller der Anstalt umgebracht.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article249119722/Pirna-in-Sachsen-Tim-Lochner-Wofuer-der-AfD-Sieger-der-OB-Wahl-steht.html> / eingesehen am 18. Dezember 2023

<https://twitter.com/JensChristianW1/status/1736499220008275978> / eingesehen am 18. Dezember 2023

<https://www.stsg.de/cms/pirna/startseite> / eingesehen am 18. Dezember 2023

Infobrief des Bundesverbandes der Alternative für Deutschland (AfD) vom 18. Dezember 2023

Kuba Kruszakin / Lorenz Bien: »Es gibt in Pirna keine Brandmauer«. Oberbürgermeister der sächsischen Stadt wird der von der AfD nominierte Parteilose Tim Lochner, in: Junge Freiheit, 52/2023 – 1/2024, S. 7

Sachsen:
Pegida-Versammlung in Dresden

Bei der Pegida-Kundgebung am 18. Dezember in Dresden sprach Sachsens AfD-Landesvorsitzender Jörg Urban. In seiner Rede zur Migrationspolitik fantasierte er vom »Bevölkerungsaustausch«.

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/dresden/pegida-demo-schlossplatz-joerg-urban-ticker-100.html> /
 eingesehen am 19. Dezember 2023

Bundesweit:
**Waffenrechtliche Erlaubnisse
 bei Rechtsextremisten**

Ende Dezember 2022 waren laut Bundesregierung 1.051 Rechtsextremisten sowie etwa 400 Reichsbürger und Selbstverwalter Inhaber mindestens einer waffenrechtlichen Erlaubnis. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Gruppe Die Linke ausführt, finden im Rahmen der Regelanfrage und Nachberichtspflicht grundsätzlich kontinuierlich Prüfungen zum Fortbestand der waffenrechtlichen Erlaubnisse statt. »Infolge der Einführung einer Verbundabfrage im Jahr 2022 zur Erhebung der waffenrechtlichen Erlaubnisse beziehungsweise Entzüge bei Rechtsextremisten wurden im Erhebungszeitraum 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022 insgesamt 181 rechtsextremistischen Personen waffenrechtliche Erlaubnisse entzogen oder durch diese Personen im Zusammenhang mit einer staatlichen Maßnahme, wie etwa einer vorangegangenen Anhörung durch die Waffenbehörde, freiwillig zurückgegeben«, heißt es in der Antwort. Danach wurden seit der Einrichtung des Phänomenbereichs Reichsbürger und Selbstverwalter im November 2016 bis zum 31. Dezember 2022 etwa 1.125 waffenrechtliche Erlaubnisse entzogen. Keine konkrete Zahlenangabe kann zu den Waffenerlaubnissen des Personenkreises im Phänomenbereich Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates angesichts der unverändert hohen Fluktuation, Dynamik und Volatilität erfolgen. Die Anzahl entsprechender Erlaubnisse liegt im mittleren zweistelligen Bereich.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Clara Bünger, Anke Domscheit-Berg, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke. Waffenbesitz und Waffeneinsatz von und durch Neonazis und Reichsbürger bzw. Selbstverwalter sowie Waffenfunde in Deutschland, BT-Drs. 20/10843 vom 26. März 2024: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/108/2010843.pdf> / eingesehen am 3. April 2024

Baden-Württemberg:
**Vor 20 Jahren:
 Russlanddeutsche
 Jugendliche erstochen**

In der Nacht zum 20. Dezember 2003 wurden im baden-württembergischen Heidenheim Victor Filimonov, Waldemar Ickert und Aleksander Schleicher von dem aus Berlin zugezogenen 17-jährigen Rechtsextremisten Leonard S. aufgrund fremdenfeindlicher Motivation erstochen. Die 15, 16 und 17 Jahre alten Opfer waren russlanddeutscher Herkunft. 2004 wurde S. vom Landgericht Ellwangen zu einer Jugendstrafe von neun Jahren verurteilt. Im August 2012 beging der zwischenzeitlich aus der Szene ausgestiegene S. aus Schuldgefühlen heraus Suizid.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.hz.de/lokales/heidenheim/ein-messer-ein-neonazi-drei-todesopfer> / eingesehen am 6. September 2023

<https://www.morgenpost.de/printarchiv/panorama/article108520799/Ehemaliger-Neonazi-nimmt-sich-das-Leben.html> / eingesehen am 5. Juni 2024

Polen / Bundesweit / Hessen:
**Vor 60 Jahren:
 Beginn des Auschwitz-Prozesses**

Am 20. Dezember 1963 startete der bedeutendste und größte NS-Strafprozess der deutschen Nachkriegszeit: der Frankfurter Auschwitz-Prozess – ein Meilenstein der juristischen Aufarbeitung von NS-Verbrechen. 20 Monate wurde verhandelt. Maßgeblicher Initiator des Prozesses war der seit 1956 amtierende hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. 22 Männer standen für ihre Verbrechen im größten nationalsozialistischen Vernichtungslager vor Gericht. Darunter waren Gestapo-Angehörige, aber auch Ärzte, Apotheker und sogenannte Sanitätsdienstgrade. Zu den Angeklagten gehörte SS-Hauptsturmführer Robert Mulka, ein 68 Jahre alter Exportkaufmann aus Hamburg, 1942/43 Adjutant des Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß, der 52-jährige Karl Höcker aus Lübbecke, SS-Oberscharführer Wilhelm Boger und SS-Rottenführer Pery Broad.

Ziel von Bauer war nicht nur die Bestrafung der einzelnen Auschwitz-Täter, sondern Auschwitz sollte endlich Thema in der Gesellschaft der Täter sein. Der Auschwitz-Prozess war auch deshalb ein wichtiger Schritt der Aufklärung der deutschen Verbrechen, weil die Aussagen von 318 der insgesamt 360 Zeugen auf Tonband aufgenommen wurden. Ursprünglich waren sie nur für das Gericht und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Heute sind die Tonbänder Teil des Weltokumentenerbes der UNESCO und können über die Internetseite des Fritz Bauer Instituts angehört werden: <https://www.auschwitz-prozess.de/> Die große Mehrheit der SS-Täter von Auschwitz – 8.000 SS-Männer und 200 Frauen zählte die Wachmannschaft – mussten sich für ihre Verbrechen nie vor Gericht verantworten.

Am 19. und 20. August 1965 verkündete das Landgericht sein Urteil. Lediglich 16 Angeklagte wurden verurteilt, sechs davon zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe, und es gab einige Folgeprozesse. Die Verhandlung gestaltete sich äußerst schwierig, da der Bundesgerichtshof (BGH) nur vier NS-Größen als Täter eingestuft hatte: Hitler, Himmler, Göring und Heydrich. Alle anderen waren nur

Gehilfen und konnten deshalb nur in Ausnahmefällen zu der Höchststrafe verurteilt werden. Der BGH verlangte damals für eine Verurteilung, dass jedem Einzelnen eine konkrete Tatbeteiligung nachgewiesen wurde. Erst 2016 änderte der BGH diese Linie und erkannte: Die KZs waren Teil einer »industriellen Tötungsmaschine«. Schon untergeordnete Tätigkeiten – wie SS-Buchhalter oder SS-Sekretärin – konnten Beihilfe zum Mord im Gesamtsystem des »organisierten Tötungsapparates« gewesen sein, so der BGH.

Vorsitzender Richter des Auschwitz-Prozesses war Hans Hofmeyer. Hofmeyer gehörte von 1936 bis 1939 dem Erbgesundheitsgericht beim Amtsgericht Gießen an. Am 1. Januar 1934 war das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses in Kraft getreten. Es bestimmte, dass vermeintlich »Erbkranke« unfruchtbar gemacht werden sollten. Dazu zählte das Gesetz Personen, die erbbedingt geistig oder körperlich behindert waren, aber auch psychisch Kranke. Darüber, ob solche Menschen zwangssterilisiert werden sollten, entschieden die Erbgesundheitsgerichte. Deren Beschlüsse führten dazu, dass bis Mai 1945 zwischen 300.000 und 400.000 Personen unfruchtbar gemacht wurden. Tausende, vor allem Mädchen und Frauen, verloren durch Komplikationen nach dem Eingriff ihr Leben.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/auschwitz-prozess-112.html> / eingesehen am 20. Dezember 2023

https://www.focus.de/wissen/mensch/geschichte/nationalsozialismus/vorsitzender-im-auschwitzprozess-forscher-enthuehlt-vorzeige-richter-liess-in-der-nazizeit-jugendliche-unfruchtbar-machen_id_10591605.html / eingesehen am 20. Dezember 2023

Interview mit Peter Kalb, Zeuge im Frankfurter Auschwitz-Prozess, in: Die Zeit vom 8. Mai 2024, S. 76f

Baden-Württemberg:
Sonderausstellung
**»Gestapo vor Gericht. Die Ver-
 folgung von NS-Verbreche(r)n«**

Die Gestapo war an nahezu allen nationalsozialistischen Verbrechen beteiligt: Misshandlungen, Deportationen, Verfolgung, Morde an zahlreichen Menschen. Doch nur wenige dieser NS-Verbrecher mussten sich dafür vor Gericht verantworten. Verfahren wie der Auschwitz-Prozess lösten allerdings gesellschaftliche Diskussionen über den Umgang mit der NS-Vergangenheit aus: Ist die Durchsetzung des Rechts oberstes Gebot? Oder soll sie im Land der Täter gegen den »gesellschaftlichen Frieden« abgewogen und ein Schlussstrich gezogen werden? Wie lange nach der Tat ist Sühne sinnvoll? Der Erinnerungsort Hotel Silber in Stuttgart zeigt bis zum 2. Februar 2025 die Sonderausstellung »Gestapo vor Gericht. Die Verfolgung von NS-Verbreche(r)n«. Die erste Sonderausstellung im Erinnerungsort Hotel Silber beleuchtet die schwierige und schwerfällige Aufarbeitung der Taten der Geheimen Staatspolizei im Nationalsozialismus. »Gestapo vor Gericht. Die Verfolgung von NS-Verbreche(r)n« blickt darauf, wem der Prozess gemacht wurde und wem nicht, wer ins Gefängnis musste und wer trotz seiner Gräueltaten unbehelligt weiterleben konnte. Die Ausstellung zeigt, warum die strafrechtliche Verfolgung in der Bundesrepublik so schleppend verlief. Und sie geht auf die Wirkung markanter Prozesse ein. Das Hotel Silber in Stuttgart war in der NS-Zeit ein Hauptquartier der Geheimen Staatspolizei. Das Gebäude wurde insgesamt mehr als ein halbes Jahrhundert von der Polizei genutzt. Im einstigen Ort des NS-Terrors entstand als Bürgerbeteiligungsprojekt ein Ort des historisch-politischen Lernens und der Begegnung mit Ausstellungen und Veranstaltungen.

<https://www.hdbg.de/ausstellungen/gestapo-ausstellung-stuttgart> / eingesehen am 3. April 2024

Österreich:
**Sechster Bericht über anti-
 muslimischen Rassismus**

Die österreichische Menschenrechtsorganisation SOS Mitmensch hat zum sechsten Mal einen Bericht über antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik herausgebracht. Ziel der Berichte ist eine Schärfung des öffentlichen Bewusstseins für das antidemokratische Phänomen antimuslimischer Rassismus. Für das Jahr 2023 wurden 35 Vorfälle dokumentiert. Das ist ein Anstieg um mehr als 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Großteil der Fälle betrifft FPÖ-Politiker. Negativer Spitzenreiter ist der FPÖ-Parteibmann (= Bundesvorsitzender) Herbert Kickl mit elf Vorfällen. »Wir beobachten, dass die FPÖ und insbesondere Parteibmann Herbert Kickl massiv auf das Ausnutzen und Schüren antimuslimischer Ressentiments setzen. Kickls diesbezügliche Social-Media-Aktivitäten haben sich im vergangenen Jahr vervielfacht«, berichtet SOS-Mitmensch-Sprecher Alexander Pollak. So hat Kickl etwa ein Video verbreitet, das das heutige Österreich als Ort des Grauens darstellt und mittels gezielt verdüsterter Bilder Muslime und schwarze Menschen als Sündenböcke markiert. Als weitere Beispiele werden Äußerungen der FPÖ-Nationalratsabgeordneten Dagmar Belakowitsch und Susanne Fürst angeführt, die muslimische Schulkinder pauschal als Bedrohung darstellen und sie als »störend« bzw. gemäß rechtsextremer Ideologie als Subjekte eines »Bevölkerungsaustausches« abstempeln.

Die Agitation gegen Muslime »ist in den vergangenen Jahren zu einem festen Bestandteil von Teilen der Politik geworden«, so SOS Mitmensch: Das Abwerten von Menschen allein aufgrund ihrer angenommenen oder tatsächlichen Religionszugehörigkeit sowie das Schüren von Angst, Neid, Missgunst und teilweise sogar offenem Hass sei inzwischen kein politisches Randphänomen mehr. Auch einige Personen in hohen politischen Funktionen und mit viel politischer Macht beteiligen sich demnach an der Aufwiegelung und Aufhetzung gegen Muslime. Antimuslimischer Rassismus sei sowohl eine Gefahr für die Betroffenen als auch für die Demokratie, weil er Menschen ausgrenzt und verletzt, das Zusammenleben torpediert, die Gesellschaft spaltet, den Nährboden für Diskriminierung und Gewalt schafft und radikale Gegenbewegungen befeuert, so SOS Mitmensch. Bei den von SOS Mitmensch dokumentierten Fällen geht es nicht um die legitime kritische Auseinandersetzung mit Religion oder einzelnen religiösen Akteuren, sondern um die kollektive negative Abstempelung von Menschen allein aufgrund ihrer angenommenen oder tatsächlichen Religionszugehörigkeit. SOS Mitmensch fordert von der österreichischen Bundesregierung, entschieden gegen jede Form von Rassismus und Antisemitismus aufzutreten. Es sei »unverantwortlich, dass die verantwortliche Politik bislang keinerlei Maßnahmen gegen antimuslimische Ressentiments gesetzt« habe.

Um Bewusstsein zu schaffen, hat SOS Mitmensch eine Erklär-Webseite erstellt. Anhand konkreter Fallbeispiele wird aufgezeigt, was antimuslimischer Rassismus ist, wie er auftritt, was er anrichtet und worin sich rassistische Aussagen von legitimer Kritik unterscheiden. SOS Mitmensch zieht das Fazit: »Es braucht in Österreich mehr Bewusstsein und Sensibilität gegenüber der zerstörerischen Kraft von Ideologien der Ausgrenzung und Spaltung. Es braucht eine Immunisierung der Bevölkerung und insbesondere der jungen Menschen gegen die wiederkehrenden Versuche, Feindbild- und Sündenbockideologien salonfähig zu machen. Es darf kein Schweigen und kein Wegschauen mehr geben, weder bei antimuslimischem Rassismus noch bei Antisemitismus noch bei anderen Formen des Rassismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Österreich braucht eine breite, starke und von Politik, Medien und Zivilgesellschaft unterstützte und geförderte Gegenbewegung gegen jede Form des Rassismus.«

<https://www.antimuslimischer-rassismus.at/> / eingesehen am 28. März 2024

<https://www.sosmitmensch.at/antimuslimischer-rassismus-in-der-politik-bericht-2023/> / eingesehen am 28. März 2024

Bundesweit:
**Lagebild Antifeminismus
veröffentlicht**

Im Rahmen des Verbundprojekts »Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken« der Amadeu Antonio Stiftung, des Gunda Werner Instituts in der Heinrich-Böll-Stiftung und Dissens – Institut für Bildung und Forschung e.V., das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« gefördert wird, ist erstmals ein »Zivilgesellschaftliches Lagebild Antifeminismus« erschienen. 372 der im Berichtsjahr 2023 eingegangenen Meldungen wurden als antifeministische Vorfälle eingeordnet. Sie umfassen eine Bandbreite von Bedrohungen und Beleidigungen über antifeministische Mobilisierung bis hin zu Sachbeschädigung und Gewalt. Kaum ein anderes gesellschaftspolitisches Feld wird derart massiv, aber gleichzeitig unbemerkt, angegriffen wie die Gleichstellungs-, Geschlechter- und Familienpolitik. Das Lagebild Antifeminismus berichtet über das Ausmaß und die Qualität menschenfeindlicher Angriffe gegen Frauen und feministisch Engagierte. In einer umfassenden Analyse zeigt es, wie sich Antifeminismus von frauenfeindlichen Meinungsäußerungen und Sexismus unterscheidet, und beleuchtet die dahinterliegenden Strategien, vielfältigen Erscheinungsformen und Auswirkungen. »Die Verbreitung und die Auswirkungen antifeministisch motivierter Angriffe werden dramatisch unterschätzt und kleingeredet. Wir haben erst begonnen, das Dunkelfeld zu erhellen. Schon jetzt zeigt sich, wie über Antifeminismus politisch Engagierte und Organisationen eingeschüchtert und bedroht werden, aber auch digitale, verbale und körperliche Angriffe erleben«, erklärt Judith Rahner von der Amadeu Antonio Stiftung. »Wenn sich Frauen und queere Menschen aus Politik, Journalismus und Aktivismus wegen der Angriffe aus der Öffentlichkeit zurückziehen, müssen wir von einer handfesten Bedrohung für Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe sprechen. Politik und Sicherheitsbehörden sind jetzt gefragt, den Schutz von Lokalpolitiker*innen, Engagierten und auch Gleichstellungsbeauftragten zu gewährleisten.«

Informationen zum Projekt, aktuelle Veröffentlichungen und Veranstaltungen, Möglichkeit der Anmeldung für den Newsletter und den Netzwerkverteiler unter: <https://antifeminismus-begegnen.de/de/> / eingesehen am 28. März 2024

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/372-antifeministische-vorfaelle-ueber-meldestelle-antifeminismus-registriert-lagebild-antifeminismus-veroeffentlicht-109631/> / eingesehen am 28. März 2024

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/zivilgesellschaftliches-lagebild-antifeminismus-2023/> / eingesehen am 28. März 2024

**Baden-Württemberg:
Verfassungsschutz hat Identitäre
Bewegung im Visier**

Auskunft über die Identitäre Bewegung und ihre Anhängerschaft in Baden-Württemberg hat der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Oliver Hildenbrand (Grüne) vom Innenministerium erfragt. Demnach werden der Identitären Bewegung in Baden-Württemberg ca. 100 Personen zugerechnet; vor allem junge männliche Erwachsene bis ca. 35 Jahre. Aktiv ist die Regionalgruppe Identitäre Bewegung Schwaben, die seit Herbst 2023 unter der Bezeichnung Reconquista 21 in Erscheinung tritt. Zuvor war diese unter dem Namen Wackre Schwaben aktiv. Die einzelnen Ortsgruppen Kesselrevolte, Teck-Patrioten und Festung Ulm entfalten derzeit kaum bzw. keine Aktivitäten und dürften in der Regionalgruppe Reconquista 21 aufgegangen sein. Aktivitäten der Identitären Bewegung Baden lassen sich bereits seit Längerem nicht mehr feststellen. Die Pforzheim Revolte wird durch das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) nicht mehr der Identitären Bewegung zugerechnet. Diese lässt sich in etwa seit dem August 2023 dem Umfeld der Jugendorganisationen der Parteien Die Heimat (vormals NPD) sowie Der III. Weg und damit dem Neonazismus zuordnen. Der Schwäbische Kulturverein e. V. (Konstanz) wurde im Oktober 2017 gegründet. Zu diesem Zeitpunkt waren mindestens fünf der sieben Gründungsmitglieder Aktivisten der Identitären Bewegung Schwaben, darunter der 1. und der 2. Vereinsvorsitzende. Die Alternative Help Association e. V. (Rottweil) wird der Identitären Bewegung zugerechnet. Der Verein wurde im Juni 2017 in Ulm gegründet, wobei zumindest der Vorsitzende und dessen Stellvertreter zum damaligen Zeitpunkt Aktivisten der Identitären Bewegung Schwaben waren. Zwischen der Identitären Bewegung und den baden-württembergischen Landesverbänden der Jungen Alternative (JA) bzw. der Alternative für Deutschland (AfD) sind laut Sicherheitsarchitektur inhaltliche Verbindungen festzustellen, zum Beispiel beim Thema »Remigration«. Nach den Erkenntnissen des LfV und der Polizei Baden-Württemberg war der österreichische Rechtsextremist Martin Sellner bei einer Veranstaltung am 10. November 2023 in einer Sportgaststätte in Nürtingen-Roßdorf vor Ort. Bei der Veranstaltung stellte er sein im rechtsextremen Antaios-Verlag von Götz Kubitschek erschienenes Buch »Regime Change von rechts« vor. Derzeit werden gegen insgesamt fünf Personen aus Baden-Württemberg Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der Identitären Bewegung geführt, unter anderem wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und wegen Hausfriedensbruchs.

Landtag von Baden-Württemberg, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/6258 vom 16. Februar 2024. Antrag des Abg. Oliver Hildenbrand u. a. GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen: Die »Identitäre Bewegung« und ihre Anhängerschaft in Baden-Württemberg: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/6000/17_6258_D.pdf / eingesehen am 4. Juni 2024

https://www.zvw.de/stuttgart-region/region-stuttgart-polizei-einsatz-nach-veranstaltung-mit-rechtsextremist-sellner_arid-735862 / eingesehen am 16. November 2023

**Niedersachsen:
Haftstrafe nach Autofahrt
in Menschenmenge in
Henstedt-Ulzburg**

Im Oktober 2020 fuhr ein damaliges 19-jähriges AfD-Mitglied im niedersächsischen Henstedt-Ulzburg (Kreis Segeberg) mit einem Auto in eine Gruppe Menschen, die gegen eine AfD-Versammlung im Bürgerhaus demonstrierten. Es gab vier Verletzte. Das Landgericht Kiel verurteilte den Mann am 21. Dezember wegen gefährlicher Körperverletzung in vier Fällen und gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr zu einer dreijährigen Haftstrafe. Ob es sich bei der Attacke um eine politische Tat handelt, dazu äußerte sich das Gericht nicht.

<https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Drei-Jahre-Haft-nach-Fahrt-in-Menschenmenge-in-Henstedt-Ulzburg,autoattacke112.html> / eingesehen am 21. Dezember 2023

**Baden-Württemberg:
Urteil gegen Reichsbürger
wegen einer Auto-Attacke
ist rechtskräftig**

Die Verurteilung des Reichsbürgers Manfred J. wegen einer Auto-Attacke auf einen Polizisten in Südbaden ist rechtskräftig. Damit muss der Täter zehn Jahre in Haft. Das hat der Bundesgerichtshof (BGH) am 28. Dezember entschieden. Der Schreiner war der erste Reichsbürger, der von der Bundesanwaltschaft vor Gericht angeklagt wurde. Das Oberlandesgericht Stuttgart hatte den Täter im März wegen versuchten Mordes zu zehn Jahren Haft verurteilt. Das damalige Urteil fiel nur zwei

Tage nach einer Razzia in der Reichsbürger-Szene, bei der ein Polizist in Reutlingen angeschossen wurde. Der 62-jährige hatte am Abend des 7. Februar 2022 im Kreis Lörrach einen Polizisten bewusst angefahren und schwer verletzt (vgl. RECHTS.GESCHEHEN Nr. 3, S. 29f). Der Mann war der Polizei bereits einschlägig wegen Taten mit politischem Hintergrund bekannt. Von Anfang bis Mitte des Jahres 2021 fiel er durch Beleidigungen politischen Inhalts im Zusammenhang mit Polizeikontrollen zur Einhaltung von Corona-Maßnahmen auf. In diesem Zusammenhang war er angeklagt und in einem Fall zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Das BGH-Urteil legt mit diesem Reichsbürger-Fall fest: Wer die Bundesrepublik Deutschland nicht anerkennt und in diesem Geist Straftaten begeht, muss mit den härtesten Strafen rechnen.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/reichsbuerger-urteil-100.html> / eingesehen am 28. Dezember 2023

Baden-Württemberg /
Sachsen-Anhalt:
**AfD-MdB Jongen ist Gastautor
der Sezession**

Vom »Damoklesschwert möglicher Vernichtung der Partei«, schreibt der Sezession-Gastautor Marc Jongen (Karlsruhe). Der AfD-Bundestagsabgeordnete wähnt sich in einem »Universum fast totaler links-grüner Hegemonie«. Dabei »verschwimmen zunehmend« die Grenzen zwischen »Verfassungsschutz wie Antifa«. Den Verfassungsschutz bezeichnet der AfD-Parlamentarier als »ein weisungsgebundenes Instrument der politischen Kräfte, die uns Übelstes wollen«.

<https://sezession.de/68722/ueber-der-afd-haengt-das-damoklesschwert-der-vernichtung-sagt-marc-jongen> / eingesehen am 22. Dezember 2023

Bundesweit:
Mitgliederzulauf für die AfD

Zum Jahresende 2023 liegt die Mitgliederzahl der AfD bei 40.131 und damit rund 37 Prozent höher als Ende 2022. Ein Jahr zuvor hatte die AfD 29.296 Mitglieder. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) stuft die AfD als »rechtsextremen Verdachtsfall« ein. Die Landesverbände der Partei in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt wurden bereits als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Selbiges gilt für die AfD-Jugendorganisation.

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/starker-mitgliederzulauf-fuer-die-afd/> / eingesehen am 3. Januar 2024

Frankreich:
**Rassistische Straftaten in
Frankreich 2023 stark gestiegen**

Das französische Innenministerium registriert für das Jahr 2023 deutlich mehr rassistische Straftaten als im Vorjahr – etwa 8.500 Verstöße (Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um 32 Prozent). Hinzu kämen etwa 6.400 rassistische Verstöße im vergangenen Jahr. Am häufigsten seien Menschen fremdenfeindlich beleidigt, provoziert oder diffamiert worden. Auch Morddrohungen und Erpressungen habe es gegeben. Körperliche Gewalt und Angriffe seien seltener vorgekommen, aber auch diese Fälle hätten im vergangenen Jahr zugenommen. Menschen aus afrikanischen Ländern waren in dem Zeitraum besonders stark von rassistischen Taten betroffen. Während sie nur vier Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, stellten sie elf Prozent der Opfer rassistischer Übergriffe.

<https://www.welt.de/vermishtes/article250663919/Frankreich-Rassistische-Straftaten-2023-stark-gestiegen.html> / eingesehen am 21. März 2024

Nordrhein-Westfalen / Bundesweit:
**Zeitschrift N.S. Heute:
Neonazismus zwischen
Bürgerkrieg & Bürgernähe**

In der 116 Seiten umfassenden Studie »Neonazismus zwischen Bürgerkrieg & Bürgernähe – Themen, Positionen und Strategien in der Zeitschrift N.S. Heute« (NSH) untersucht das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) ausführlich die seit 2017 erscheinende überregionale Zeitschrift des Neonazi-Kaders Sascha Krolzig. Das ermöglicht diskursanalytische Untersuchungen zum zeitgenössischen Neonazismus. Diese Studie präsentiert die Ergebnisse einer solchen Diskursanalyse. Schwerpunkt der Studie sind die Fragen: Welche Gesellschaftsutopie wird in der NSH formuliert? Wie sieht die Gegenwartsanalyse der NSH aus? Welche Strategien werden diskutiert und vorgeschlagen? Wie ist das Verhältnis zu anderen Spektren und Parteien der extremen Rechten? Die Autoren ziehen unter anderem das Fazit, dass bundesdeutsche Neonazis die letzten Jahre als stärkend erlebt haben. Sahen sie sich selbst 2017 noch marginalisiert und ihre Positionen tabuisiert, ist das heute nicht mehr so. Sie sehen sich als Gewinner der multiplen Krise der letzten Jahre. Auch ein gesellschaftliches Klima in der Bundesrepublik Deutschland kommt ihnen zugute, in dem laut Umfragen die AfD zweitstärkste Partei bei den Bundestagswahlen werden würde.

<http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2024/02/DISS-Sonderheft7web.pdf>

Bayern:
**Freundeskreis Ulrich von
 Hutten e.V. aufgelöst**

Der 1982 gegründete NS-apologetische Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V. (Sitz: Starnberg) wurde zur Jahreswende aufgelöst. Die neonazistische Kleingruppe vertrat rassistische Thesen und verbreitete Äußerungen, in denen das Hitler-Regime glorifiziert wurde. Gralsgestalt des Vereins war die 2017 verstorbene Österreicherin Lisbeth Grolitsch. Grolitsch (Graz), erklärte Bewunderin von Adolf Hitler und Anhängerin des NS-Rassentheoretikers Hans F. K. Günther, war einst Gau-Unterführerin im Bund Deutscher Mädel (BDM). Im Herbst 2002 veröffentlichte sie ein Buch, in dem sie Hitler zu den »Großen unseres Volkes« zählt: »Adolf Hitlers Kampf galt der Wiederherstellung des Lebensrechtes des Deutschen Volkes unter anderen Völkern. Diesem Ziel hat er mit dem vollen Einsatz seines Lebens gedient unter Bereitstellung aller genialen Fähigkeiten seiner Persönlichkeit. [...] Die großen Menschheitsfragen des kommenden Jahrtausends schreien unüberhörbar in die Zeit; die Welt eilt einer Katastrophe entgegen. Adolf Hitler hat Wege zu ihrer Lösung gewiesen.« 1979 zählte Grolitsch zu den Mitunterzeichnern des Aufrufs für eine Generalamnestie für NS-Verbrechen in der Deutschen National-Zeitung. Der Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V. trat vorwiegend mit der Herausgabe und Verbreitung der Schrift »Huttenbriefe – für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht« in Erscheinung. Darüber hinaus veranstaltete der Freundeskreis sogenannte »Gästewochen«, mehrtägige Vortragsveranstaltungen. Die »Gästewochen« mit bis zu 200 Teilnehmern zählten zu den größten Treffen bundesdeutscher Rechtsextremisten mit österreichischen Gleichgesinnten. Einer der Liquidatoren des Freundeskreises Ulrich von Hutten e.V. war der frühere NPD-Funktionär Axel Schunk. Der über Jahrzehnte hinweg umtriebige Rechtsextremist amtierte zeitweilig als Vorsitzender der neonazistischen Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V. (AG – GGG) und als Bundesfahrtenführer der HJ-Imitation Wiking-Jugend.

Eigenrecherche DokRex

Lisbeth Grolitsch: Notwende – Aufsätze, Reden und Schriften im Kampf um eine neue Ordnung in Kultur, Geschichte und Politik aus lebensgesetzlichem Denken, Graz (Deutsche Kulturgemeinschaft) 2002, S. 249

Bundesweit:
AfD wirbt aktiv um Migranten

Knapp neun Millionen der rund 60 Millionen potenziell Wählenden in der Bundesrepublik haben Migrationsbiografien. Überproportional oft wählten Russlanddeutsche bei den vergangenen Bundestagswahlen die AfD. Neuerdings werden Migranten verstärkt von der AfD, die in Teilen »Remigration« fordert, umworben. »Türken in Deutschland sollten die AfD wählen«, lautete die Überschrift eines TikToks-Beitrags des AfD-EU-Spitzenkandidaten Maximilian Krahe. Krahe im Originalton: »Türken sollten eine Partei wählen, die dafür sorgt, dass man Vater und Mutter ehrt. Die außenpolitisch dafür steht, Partnerschaften zu pflegen, gerade mit den Ländern, mit denen Deutschland über Jahrhunderte Partnerschaft und Waffenbruderschaft gepflegt hat. Sie sollten eine Partei wählen, die weitere Zuwanderung blockiert, denn diejenigen die jetzt reinkommen, wem nehmen sie denn die Wohnung und Arbeitsplätze weg? Türken in Deutschland haben unendlich viele Gründe, sich von den linken Spinnern der Ampel und ihren Handlangern in der CDU ver-raten und verkauft zu fühlen.«

Die AfD propagiert zielgerichtet eine Mischung aus gesellschaftspolitisch konservativen Positionen, verknüpft mit Wertschätzung der gemeinsamen Vergangenheit der »Waffenbrüder«. Etablierte »gute« Migranten werden in Frontstellung und Konkurrenzsituation zu Neu-Einwandernden gestellt. Eine Melange aus Nationalismus, Homophobie und Antisemitismus soll die AfD für Migranten anschlussfähig machen. In Hessen hat sich im Juni die bislang wenige Dutzend Mitglieder zählende AfD-nahe Vereinigung »Mit Migrationshintergrund für Deutschland« gegründet. Sein Vorsitzender Robert Lambrou, dessen Vater aus Griechenland stammt, ist zugleich hessischer AfD-Landesvorsitzender. Ziel des Vereins ist laut Satzung, »Ansprechpartner für Menschen mit Migrationshintergrund zu sein, die sich der AfD programmatisch verbunden fühlen«. Der neonazistische III. Weg kommentiert das Werben der AfD um Migranten mit den Worten: »Die AfD hat einmal mehr bewiesen, dass sie mitnichten allein die Interessen des deutschen Volkes vertreten will bzw. überhaupt gar nicht erst von einem biologischen Volksbegriff ausgeht. Somit betrachtet die AfD auch nicht die Deutschen als alleinig legitimes Staatsvolk des deutschen Staates, sondern bezieht sämtliche Volksfremde – soweit sie ‚gut integriert‘ sind – mit ein. Einziges integrales Bindeglied der vermeintlichen ‚Nation‘ ist aus AfD-Sicht nicht mehr Herkunft und Abstammung, sondern lediglich die ‚Leitkultur‘ als ein weiterer Dietrich zur gewaltsamen Öffnung eines historisch gewachsenen, genetisch geschlossenen Volksverbandes.«

Eigenrecherche DokRex

Naika Foroutan: »Deutschland mag uns nicht, egal was wir machen«. Immer mehr migrantische Wähler denken darüber nach, ihre Stimme der AfD zu geben, in: Die Zeit, Nr. 11 vom 7. März 2024, S. 10

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-migranten-europawahl-krah-remigration-100.html> / eingesehen am 2. April 2024

<https://der-dritte-weg.info/2023/06/afd-wird-zur-auslaenderpartei-und-wirbt-mit-eigener-migrantenorganisation/> / eingesehen am 20. Juni 2023

**Baden-Württemberg:
2023: Zunahme von Straftaten
gegen Mandatsträger und
Vertreter politischer Parteien
in Baden-Württemberg**

Die angezeigten Straftaten gegen Mandatsträger und Vertreter politischer Parteien in Baden-Württemberg haben im Jahr 2023 deutlich zugenommen. 2023 wurden 540 Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger verübt; das ist ein Anstieg um 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Laut der polizeilichen Kriminalstatistik handelte es sich bei den meisten Straftaten um Beleidigungen. 373 Taten ereigneten sich im Internet – das seien nahezu doppelt so viele wie 2022. Auch die Zahl der Angriffe auf Repräsentanten und Mitglieder politischer Parteien nahm deutlich zu. In Baden-Württemberg haben sich die Zahlen mehr als verdoppelt, wie die Auswertung zeigt. Vor allem die Grünen standen laut der Auswertung im Fokus. Sie waren Ziel von 155 Straftaten (Vorjahr 61), gefolgt von SPD (72, Vorjahr: 39) und FDP (68, Vorjahr: 10). Gegen CDU (20, Vorjahr: 22) und Linke (9, Vorjahr: 8) wurden am wenigsten Angriffe verzeichnet.

AfD-Politiker wurden 54 Mal (Vorjahr: 37) Ziel von Straftaten. »Wer eine politische Partei oder deren Angehörige in der Ausübung ihrer Grundrechte behindert, gezielt Hass und Hetze gegen sie richtet oder sie gar gewaltsam attackiert, überschreitet ganz klar eine rote Linie«, sagte Innenminister Thomas Strobl (CDU). »Das tolerieren wir in Baden-Württemberg nicht.«

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/straf-taten-gegen-amtstraeger-bw-100.html> / eingesehen am 15. April 2024

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/baden-wuerttemberg-deutlich-mehr-straf-taten-gegen-amtstraeger-19654353.html> / eingesehen am 15. April 2024

**Bundesweit:
2023: Angriffe auf Journalistinnen
und Journalisten in der
Bundesrepublik Deutschland
sind gestiegen**

Angriffe gegen Journalistinnen und Journalisten in der Bundesrepublik Deutschland sind laut einer Studie des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit (EPCMF) gestiegen. Die Zahl der Fälle von körperlichen Angriffen ist von 56 Fällen im Jahr 2022 auf 69 Fälle im Jahr 2023 gestiegen, so das EPCMF in seiner jährlichen Langzeitanalyse. In Berlin hat es mit 25 Fällen die meisten gegeben. 77 Prozent aller Fälle ereigneten sich bei Demonstrationen (53 von 69 Fällen). Sachsen ist der Hotspot rechtsextremer Gewalt: 79 Prozent der Angriffe gegen Medienschaffende seit 2015 erfolgten aus dem rechten Spektrum (92 von 117 Fällen). Im Lokalen zeigen sich in Sachsen Anzeichen von Selbstzensur und zunehmend ausbleibender Berichterstattung in Folge extrem rechter Raumaneynung.

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/angriffe-journalisten-102.html> / eingesehen am 16. April 2024

**Hessen:
Jüdischer Journalist und Zeitzeuge
Otto Romberg ist tot**

Im Alter von 91 Jahren ist am Jahresende 2023 der Frankfurter Journalist und Gründer der 2012 eingestellten Vierteljahrszeitschrift Tribüne (Untertitel »Zeitschrift zum Verständnis des Judentums«) Otto Romberg gestorben. Zweimal zum Tode verurteilt überlebte der am 16. Dezember 1932 in Budapest als Sohn jüdischer Eltern geborene Romberg den Holocaust, den Stalinismus und die Revolution in Ungarn im Jahr 1956. Nach der gescheiterten Revolution gegen das von der Sowjetunion gestützte Regime setzte sich Romberg nach Österreich ab. Dort arbeitete er als Journalist, zunächst als Polizeireporter, doch schon bald wurde Romberg Korrespondent für die Bundesrepublik Deutschland. 1962 rief der nun in Frankfurt lebende Romberg die Tribüne ins Leben. Schon frühzeitig war Romberg einer der ersten Warner vor wieder erstarkendem Antisemitismus und Neonazismus. Zum Herausgeberkonzept der Tribüne führte Romberg einst aus: »Die Hakenkreuzschmierereien von 1959 und 1960 zuerst an der Kölner Synagoge und dann im weiteren Bundesgebiet haben seinerzeit im In- und Ausland Alarm ausgelöst. Knapp 15 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und damit auch der Schoah lebte in der Bundesrepublik Deutschland keine sichtbare jüdische Gemeinschaft. Die demokratisch gesinnten Kräfte waren bis dahin davon ausgegangen, dass in Deutschland kein Antisemitismus mehr verbreitet sein könne. Die Schändung der Kölner Synagoge und sich daran anschließende antisemitische Vorfälle erbrachten jedoch den dramatischen Beweis,

dass Antisemitismus auch ohne Juden existent ist. Diese Erkenntnis war eine der wesentlichen Motivationen, ‚TRIBÜNE – Zeitschrift zum Verständnis des Judentums‘ zu gründen.«

Die Redaktion von RECHTS.GESCHEHEN hat einen jahrzehntelangen Mitstreiter und väterlichen Freund für politische Aufklärung und gegen menschenverachtende Hetze verloren.

<http://www.tribuene-verlag.de> / eingesehen am 2. Januar 2022

<https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/otto-romberg-gestorben-kaempfer-gegen-antisemitismus-19419990.html> / eingesehen am 2. Januar 2024 [kostenpflichtig]

**Bundesweit:
2023: »Erschreckend hohes
Niveau«: Gewalt gegen
Journalistinnen und Journalisten**

290 Mal wurden Journalistinnen und Journalisten im Jahr 2023 Opfer von politisch motivierten Angriffen in der Bundesrepublik Deutschland. Damit liegt die Zahl der Angriffe nur knapp hinter dem Höchstwert von 2022 mit 320 Attacken. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Gruppe Die Linke hervor. Bei den 290 Angriffen handelte es sich in 25 Fällen um Gewaltdelikte wie Körperverletzung. In 14 Fällen kam es zu Propagandadelikten, 30 Mal zu Bedrohungen und in 49 Fällen zu Volksverhetzung. Mit 76 Angriffen wurde ein großer Teil der Delikte im Umfeld von Demonstrationen, besonders auf Demonstrationen der selbsternannten Querdenker, verübt. Zum Vergleich: 2018 waren es noch 93 Straftaten, 2019 gab es 104 Angriffe gegen Medienschaffende. Auffällig sind starke regionale Unterschiede. So fanden in Sachsen mit insgesamt 59 die meisten Angriffe statt. Auf die Frage »Welche Projekte zur Unterstützung und zum Schutz bedrohter Medienschaffender hat die Bundesregierung in welchem Umfang 2023 unterstützt, und wie viele Medienschaffende wurden damit erreicht?«, lautete die Antwort: »Die Bundesregierung unterstützt vor allem über das Journalistenschutzprogramm Hannah-Arendt-Initiative (HAI) bedrohte Medienschaffende weltweit. Die HAI ist ein von der Bundesregierung in enger Abstimmung zwischen dem Auswärtigen Amt (AA) und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) gemeinsam geführtes und von zivilgesellschaftlichen Organisationen (Netzwerkpartner) umgesetztes Programm zur Unterstützung und zum Schutz von bedrohten Journalistinnen und Journalisten in Krisen und Konflikten – sowohl im Ausland (in den Herkunftsländern und in der Region) als auch im Exil in Deutschland. [...] 2023 profitierten rund 1.300 Medienschaffende und zusätzlich 41 Medien von der Programmlinie Inland der BKM, umgesetzt durch den European Fund for Journalism in Exile (JX Fund).«

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Petra Sitte, Clara Bünger, Anke Domscheit-Berg, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke. Angriffe auf Medienschaffende 2023, BT-Drs. 20/11127 vom 22. April 2024: <https://ds.server.bundestag.de/btd/20/111/2011127.pdf> / eingesehen am 4. Juni 2024

<https://www.fr.de/politik/gewalt-journalisten-journalismus-medien-angriff-straftat-pressefreiheit-linke-bundesregierung-zr-93044056.html> / eingesehen am 1. Mai 2024

**Bayern:
2023: Antisemitische Straftaten
in Bayern auf Rekordhoch.
Mehr als die Hälfte der Fälle
durch Rechtsextremisten**

Die Zahl antisemitischer Straftaten in Bayern hat im Jahr 2023 mit insgesamt 589 registrierten Fällen einen neuen Höchststand erreicht. Dies geht aus einer Rückmeldung des Innenministeriums auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen im Münchner Landtag hervor. Von den 589 dokumentierten Fällen handelte es sich bei 15 von ihnen um Gewaltakte mit 26 dokumentierten Opfern. Ebenfalls 15 Fälle zielten auf jüdische Einrichtungen und Synagogen ab, einschließlich eines versuchten Brandanschlags auf eine Synagoge in Oberfranken zu Beginn des Jahres 2023.

Zum Vergleich: Im bisherigen Rekordjahr 2021 wurden in Bayern 510 antisemitische Straftaten gezählt, im Jahr 2022 insgesamt 358. Von den 589 antisemitischen Straftaten, die 2023 registriert wurden, konnten laut Innenministerium 369 Fälle von der Polizei aufgeklärt werden. Dabei wurden 397 Tatverdächtige identifiziert. Mehr als die Hälfte der Straftaten wurde rechtsextremen Tätern zugeschrieben.

<https://www.merkur.de/bayern/antisemitische-straftaten-in-bayern-auf-rekordhoch-darf-nicht-sein-rechtsextreme-93038656.html> / eingesehen am 30. April 2024

Bundesweit:

2023: Mehr rechtsextreme Gewalt

Die Zahl der rechtsextremen Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland im Berichtsjahr 2023 ist gestiegen. Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Die Linke) sieht ein »verheerendes Ausmaß«. Laut Antworten des Bundesinnenministeriums auf Anfragen im Bundestag, welche die Linken-Gruppe im Bundestag quartalsweise abfragt, gab es im vergangenen Jahr zusammengerechnet 28.945 Straftaten, die vorläufig im Bereich »Politisch motivierte Kriminalität rechts« erfasst wurden. Das ist ein deutlicher Anstieg zum Vorjahr. 2022 waren es rund 5.450 weniger: 23.493 – und erfahrungsgemäß kommen durch Nachmeldungen noch mehr Delikte hinzu. Auch bei den rechtsextremen Gewalttaten zeichnet sich ein Zuwachs ab: Hier werden vorläufig 1.270 Delikte gezählt, darunter auch vier versuchte Tötungsdelikte. Im Vorjahr waren es 1.170 Gewalttaten. Zudem zeigte sich auch die rechtsextreme Szene wieder deutlich aktiver auf der Straße, was wiederholt auch zu Straftaten führte. Gezählt wurden im letzten Quartal 2023 bundesweit 71 rechtsextreme Aufmärsche oder Kundgebungen – auch dies ein Anstieg. In allen drei Quartalen zuvor waren es zusammen 128.

<https://taz.de/Zahlen-des-Bundeskriminalamts/!6005336> / eingesehen am 20. April 2024

<https://www.deutschlandfunk.de/zahl-der-rechtsextremen-straftaten-im-vergangenen-jahr-gestiegen-106.html> / eingesehen am 20. April 2024

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/rechtsextremismus-straftaten-100.html> / eingesehen am 20. April 2024

Schweiz:

Zunahme von Rassismus-Vorfällen

Noch nie meldeten Schweizer Beratungsstellen so viele Fälle von Diskriminierung wie im vergangenen Jahr. Rassismuserfahrungen sind in der Schweiz weit verbreitet. Sie finden sowohl in zwischenmenschlichen Interaktionen durch individuelle Handlungen als auch in den Strukturen und Institutionen unserer Gesellschaft durch Normen, Prozesse und Praktiken statt, die Menschen auf verschiedenste Weise ausschließen oder benachteiligen. Im Jahr 2023 sind in der Schweiz 24 Prozent mehr rassistische Vorfälle gemeldet worden als 2022. Der Krieg im Nahen Osten habe rassistische und antisemitische Dynamiken in der Gesellschaft verstärkt, sagt die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR). Insgesamt seien ihr im vergangenen Jahr 876 Fälle rassistischer Diskriminierung gemeldet worden, teilte die EKR mit. Die 2023 am häufigsten genannten Diskriminierungsmotive sind Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit mit 387 sowie Anti-Schwarzen-Rassismus mit 327 Meldungen. Der diesjährige Bericht des Beratungsnetzes für Rassismuspfer zeigt, dass die Anzahl der gemeldeten Fälle kontinuierlich steigt. Eine Erkenntnis aus dem Bericht sticht heraus: Meldungen von rassistischer Diskriminierung in der Schule stehen im Berichtsjahr an erster Stelle. Das ist bedenklich. Denn gerade die Schule sollte derjenige Ort sein, an dem Kinder und Jugendliche vor jeglicher Diskriminierung geschützt sind. Am häufigsten betroffen waren, wie schon in den Jahren zuvor, Schwarze. Dahinter folgen Muslime und Menschen aus dem arabischen Raum. Meist blieb es bei Drohungen, Beschimpfungen oder schwerer Benachteiligung. In 79 Fällen war aber auch Gewalt im Spiel. Die in diesem Bericht vorgelegten Zahlen basieren auf der Auswertung der Rassismussvorfälle, die den 23 angeschlossenen Fachstellen des Beratungsnetzes für Rassismuspfer gemeldet wurden. Das Beratungsnetz besteht seit 2005 als Joint Venture zwischen der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus EKR und der Menschenrechtsorganisation humanrights.ch.

<https://www.ekr.admin.ch/publikationen/d602/1387.html> / eingesehen am 28. April 2024

<https://www.srf.ch/news/schweiz/rassismus-in-der-schweiz-immer-mehr-rassistische-vorfaelle-an-schulen-gemeldet> / eingesehen am 28. April 2024

<https://www.blick.ch/news/muslima-gewuergt-schwarzer-ins-koma-gepruegelt-876-rassismus-faelle-im-jahr-2023-neuer-hochststand-id19677500.html> / eingesehen am 28. April 2024

Brandenburg / Bundesweit:

COMPACT bietet »Höcke-Taler« an

Im Online-Shop des rechtsextremen COMPACT-Verlags im brandenburgischen Falkensee wird der »Höcke-Taler« angeboten. Der Kauf der 69,95 Euro teuren Silbermedaille sei »ein patriotisches Bekenntnis – und eine stabile Kapitalanlage. Und wer weiß: Wenn der Euro kollabiert, könnte er zur Währung eines echten Freistaates werden. [...] Denn in Zeiten von Inflation und unseriöser Staatsfinanzen behält oder steigert Edelmetall seinen Wert.« Die Silbermedaille mit dem Konterfei des AfD-Rechtsextremisten Björn Höcke wird als »wertstabile Geldanlage« beworben – und das, obwohl sie rund dreimal so teuer ist wie vergleichbare Silbermünzen.

Vor dem »Höcke-Taler« konnte im Shop des gebürtigen Baden-Württembergers Jürgen Elsässer die Prägeserie »Deutsche Helden« erworben werden. Im Angebot der Münzserie war auch der einstige Wehrmacht-Oberst Hans-Ulrich Rudel, der am höchsten dekorierte Soldat in der NS-Zeit.

>>>

Damit »seine Heldentaten nicht in Vergessenheit geraten«, würdigt der COMPACT-Verlag »den legendären ‚Adler der Ostfront‘ mit einer Medaille in unserer Münzserie ‚Deutsche Helden‘« (»Eine echte Wertanlage für Patrioten!«). Gedenkmünzen für Rudel, Idol alter wie junger Rechtsextremisten, vertrieb in den 1980er-Jahren bereits der FZ-Verlag von Gerhard Frey, dem Bundesvorsitzenden der Deutschen Volksunion (DVU) und Verleger der National-Zeitung. COMPACT berichtete 2023 sichtlich stolz, dass »der Fliegerheld« im Juni 1978 während der Fußball-WM die bundesdeutsche Nationalmannschaft in ihrem Quartier in Argentinien besuchte: Empfangen wurde der »legendäre ‚Adler der Ostfront‘ in dem Erholungsheim der argentinischen Luftwaffe in Ascochinga von Trainer Helmut Schön und anderen Offiziellen. Man tauscht gute Wünsche aus, wobei sich Rudel in Fachsimeleien als ausgesprochener Sportfachmann erweist. Anschließend geht man herzlich auseinander. Dass sich diese Stippvisite zum ‚vielleicht größten politischen Skandal der Nachkriegsgeschichte des DFB‘ (Tagesspiegel) ausgewachsen würde, konnte zu diesem Zeitpunkt niemand ahnen«.

Eigenrecherche DokRex

https://www.compact-online.de/hans-ulrich-rudel-der-adler-der-ostfront/?mc_cid=87290008c5/ eingesehen am 20. November 2023

https://www.compact-online.de/besuch-vom-stuka-oberst-hans-ulrich-rudel-und-die-deutsche-nationalmannschaft/?mc_cid=3400e40729/ eingesehen am 11. Dezember 2023

<https://www.compact-shop.de/shop/fanartikel/sonstige-bekennerartikel/compact-silbermedaille-hoecke-taler/> eingesehen am 20. Januar 2024

**Bundesweit / Thüringen:
Höcke und die Neonazi-
Demonstration**

Der Bundesregierung liegen Erkenntnisse darüber vor, dass der thüringische AfD-Parlamentarier Björn Höcke Teilnehmer einer von der neonazistischen Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) organisierten Gedenkdemonstration anlässlich des 65. Jahrestages des Bombenangriffs auf Dresden am 13. Februar 2010 war.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Bearbeitung von rechtsextremistischen Verdachtsfällen im Bundesamt für den militärischen Abschirmdienst, BT-Drs. 20/9954 vom 2. Januar 2024: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/099/2009954.pdf> / eingesehen am 4. Juni 2024

**Baden-Württemberg:
Aus für Informatik-Pionier
beim Karlsruher Institut
für Technologie (KIT)**

Der 1917 in Stuttgart geborene Karl Steinbuch, 2005 mit 87 Jahren im badischen Ettlingen verstorben, gilt als Vordenker des Computer-Zeitalters und als Wegbereiter der Künstlichen Intelligenz. Steinbuch war der Begründer der deutschen Informatik, er prägte 1955 den Begriff »Informatik«. Ab 1958 arbeitete Steinbuch als Professor für Nachrichtenverarbeitung und Nachrichtenübertragung an der Universität Karlsruhe (damals noch TH Karlsruhe). Er entwickelte erste deutsche Computer sowie die »Lernmatrix« und dachte Künstliche Intelligenz (KI) voraus. Der große Informatik-Pionier der Karlsruher Universität ist in den letzten Jahren nicht nur wegen seiner offen propagierten rechtsextremen Gesinnung nach der Emeritierung, sondern auch wegen Funden zu seiner NS-Vergangenheit in die Kritik gekommen. Steinbuch, mit 16 Jahren der SS beigetreten und später auch Mitglied der NSDAP geworden, soll sich bereits als junger Mensch mit nicht zu billigenden Kriegshandlungen identifiziert haben. In seinen späteren Lebensjahren tätigte Steinbuch völkisch-nationalistische Äußerungen und engagierte sich in rechtsextremen Kreisen. Er äußerte sich geschichtsrevisionistisch gegenüber Deutschlands Rolle während der NS-Zeit und der daraus folgenden historischen Verantwortung. Feindbilder von Steinbuch waren Intellektuelle und die Frankfurter Schule: »Die ‚kritische Theorie‘ ist fixiert auf Wünsche, Hoffnungen und Ansprüche des Subjekts, hat aber kein Verständnis für deren Realisierbarkeit. Sie ist zwar geeignet, unsere Universitäten in Tollhäuser zu verwandeln, aber sie ermöglicht kein Zusammenleben und Zusammenarbeiten, d. h. sie liefert uns keine Orientierung für die Zukunft. Die ‚kritische Theorie‘ hat Scheuklappen gegenüber der Realität«, so Steinbuch in seinem Buch »Kurskorrektur« (1973). Steinbuch gehörte dem extrem rechten Studienzentrums Weikersheim als Kuratoriumsmitglied an, fungierte als Ideologe des Bundes Freiheit der Wissenschaft, publizierte in Rechts-Postillen wie Criticon, Nation Europa oder im Republikaner. Äußerungen zur Bevölkerungspolitik in den 1980er-Jahren lassen auf biologistisches Gedankengut bei Steinbuch schließen. Einen Brief an den CDU-Rechtsaußen Alfred Dregger unterschrieb er im Jahr 1992 mit Grüßen von einem Mann, »dessen Herz noch immer der deutschen Wehrmacht ist«. Zum Jahresende hat sich das Informationstechnologie-Zentrum des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), das Rechenzentrum der Karlsruher Universität, von seinem Namensgeber getrennt.

Seit dem 1. Januar 2024 heißt das Rechenzentrum nicht mehr Steinbuch Centre for Computing (SCC), sondern Scientific Computing Center.

Eigenrecherche DokRex

Elvira Weisenburger: Die Elite-Uni verstößt den Informatik-Pionier. Nazi-Vorwürfe und späte Kontakte zur NPD: Das KIT streicht den Namen von Karl Steinbuch, in: Badische Neueste Nachrichten vom 22. November 2023, S. 7

<https://www.deutsche-biographie.de/sfz126158.html> / eingesehen am 31. März 2024

<https://idw-online.de/de/news823763> / eingesehen am 31. März 2024

https://www.asta-kit.de/sites/www.asta-kit.de/files/Offener_Brief_Karl_Steinbuch.pdf / eingesehen am 31. März 2024

Anton Guhl: Kurskorrekturen eines Technokraten – Die politische Rechtswendung des Nachrichtentechnikers und Zukunftsforschers Karl Steinbuch nach 1970; Technikgeschichte Bd. 87 (2020) H. 4, S. 315-334

Index

Institutionen, Parteien, Medien

- Academia Christiana ... 72
 Afrikanisches Zentrum für Migration und Gesellschaft ... 62
 Ahriman-Verlag ... 32
 Aktion 451 ... 56
 Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) ... 78
 Aktionsgemeinschaft Deutschlandliebender ... 58
 Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) ... 58
 Albia zu Bad Ischl ... 55
 Alternative für Deutschland (AfD) ... 6, 18, 28, 31, 32, 34, 35, 38, 41, 47, 49, 51, 53, 55, 56, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 66, 71, 73, 74, 75, 76, 77, 79, 80, 81, 82, 86, 87, 88, 89, 91, 92
 Alternative Help Association e. V. ... 86
 Amadeu Antonio Stiftung ... 85
 Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus ... 42
 Antaios Verlag ... 33, 78, 86
 Antikonform ... 60
 Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V. (AG – GGG) ... 88
 Asatru-Versand ... 60
 Aufbruch ... 60
 Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis) ... 61, 69
 Beauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben ... 14, 18
 Bozkurtlar (Graue Wölfe) ... 77
 Bragi ... 60
 Brothers of Honour ... 60
 Bund Deutscher Mädler (BDM) ... 88
 Bundesgerichtshof (BGH) ... 49, 83, 86
 Bundesnachrichtendienst (BND) ... 48, 55
 Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ... 38
 Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) ... 80
 Bund freier Jugend (Bfj) ... 59
 Bund Freiheit der Wissenschaft ... 92
 Bund für deutsche Schrift und Sprache e. V. (BfdS) ... 34
 Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V. (BfG) ... 19
 Bund gegen Anpassung ... 32
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ... 24, 58, 67, 89
 Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) ... 55
 Burschenschaft Nibelungia zu Wien ... 49
 Burschenschaft Teutonia Prag zu Würzburg ... 79
 CasaPound ... 50
 CATO ... 33
 Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) ... 22
 Chega ... 75
 Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) ... 34, 48, 67, 89
 Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) ... 30, 75
 CLAN ... 72
 Combat 18 Deutschland ... 52
 COMPACT ... 30, 32, 49, 55, 64, 74, 77, 91, 92
 Criticon (Zeitschrift) ... 92
 Danubia ... 53
 Der III. Weg ... 19, 50, 72, 74, 79, 86
 Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V. (DES) ... 33, 62
 Deutsche Geschichte (DG) ... 30
 Deutsche Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum (TFP) ... 33
 Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ... 64
 Deutsche National-Zeitung ... 88, 92
 Deutsche Partei (DP) ... 76
 Deutsche Reichspartei (DRP) ... 76
 Deutsche Sprachwelt (DSW) ... 34
 Deutsche Stimme ... 71, 82
 Deutsche Vereinigung für eine christliche Kultur e.V. (DVCK) ... 33
 Deutsche Volksunion (DVU) ... 92
 Deutsch-Iranische Industrie- und Handelskammer ... 20
 Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) ... 20, 24
 Deutschland in Geschichte und Gegenwart (DGG) ... 34
 DGB Nordrhein-Westfalen ... 64
 Die Aula ... 30
 Die Heimat ... 18, 48, 50, 59, 62, 71, 78, 86
 Die Kehre ... 32
 DIE LINKE ... 89
 Dienstgericht für Richter am Landgericht Leipzig ... 49
 Die Rechte ... 19, 50, 78
 Die Republikaner (REP) ... 75, 76
 Dissens – Institut für Bildung und Forschung e.V. ... 85
 Diyanet ... 27
 Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW) ... 56
 Dokumentationszentrum Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa (ZWBE) ... 57
 Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) ... 87
 Edition BuchHaus Loschwitz ... 33
 Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) ... 91
 Ein Prozent e.V. ... 62
 Eishammer ... 60
 Erinnerungsort Hotel Silber ... 84

- EU-Grundrechteagentur ... 69
 Europäisches Parlament (EP) ... 77, 79
 Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (EPCMF) ... 89
 Festung Ulm ... 86
 Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (ADÜTDF) ... 54, 71
 Fraktion Identität und Demokratie (ID) ... 79
 Fratelli d'Italia (FdI) ... 57
 Freie Demokratische Partei (FDP) ... 89
 Freie Sachsen ... 48, 58, 66
 Freie Wähler ... 33
 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) ... 59, 78
 Freiheitliche Jugend ... 56
 Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ... 30, 31, 49, 55, 56, 64, 68, 75, 79, 84
 Freiheitliches Bildungsinstitut (FBI) ... 56
 Freiheit-Sounds ... 60
 Freilich ... 58
 Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V ... 88
 Freundeskreis Unabhängige Nachrichten ... 33
 Fritz Bauer Institut ... 83
 FZ-Verlag ... 92
 Gefangenenhilfe ... 67
 Geheime Staatspolizei ... 84
 Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof ... 53, 68, 76, 81
 Generalstaatsanwaltschaft Celle ... 59, 60
 Génération Identitaire ... 56
 Germanium ... 60
 Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) ... 34
 Golden Dawn ... 62
 Gothia Meran im Österreichischen Pennäler Ring (ÖPR) ... 49
 Grabert-Verlag ... 34
 Graue Wölfe (Bozkurtlar) ... 23
 Grazer Akademische Burschenschaft Marko-Germania ... 59
 Grüne Liste Schleswig-Holstein ... 58
 Gruppe S. ... 76
 Gunda Werner Institut ... 85
 Halle-Leobener Burschenschaft Germania 2017 ... 53
 Halt ... 50
 Hamas ... 7, 8, 10, 15, 18, 20, 22, 26, 32
 Hamburger Burschenschaft Germania 2019/20 ... 53
 Hannah-Arendt-Initiative (HAI) ... 90
 Hard & Smart ... 60
 Heil- und Pflegeanstalt Pirna-Sonnenstein ... 82
 Heinrich-Böll-Stiftung ... 85
 Hilfgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS (HIAG) ... 55
 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) ... 78
 HNG-Nachrichten ... 82
 Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl ... 28
 Huttenbriefe – für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht ... 88
 Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) ... 30, 59, 86
 Identitäre Bewegung (IB) ... 59
 Identitäre Bewegung Schwaben ... 86
 Identitäre Bewegung Baden ... 86
 Identität und Demokratie (IDP) ... 75
 Institut für Sicherheitsstudien (ISS) ... 62
 Institut für Staatspolitik (IfS) ... 30, 78
 Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA) ... 21
 Islamischer Jihad ... 22
 Israelitische Religionsgemeinschaft Baden (IRG Baden) ... 8, 15, 19, 29
 Israelitische Religionsgemeinschaft Württemberg (IRGW) ... 15, 19
 Jüdische Allgemeine ... 5, 9, 27, 41
 Jüdische Gemeinde Pforzheim ... 8
 Jugendheim Hohenlohe ... 19
 Junge Alternative (JA) ... 79, 80, 86
 Junge Freiheit (JF) ... 29, 32, 33, 52, 68, 73, 75, 82
 Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) ... 92
 Junge Nationalisten (JN) ... 18, 50, 62
 Jungeuropa Verlag ... 33
 Kameradenwerk Korps Steiner ... 55
 Kameradschaft Horst Wessel Saarlautern ... 53
 Karlsruher Institut für Technologie (KIT) ... 15, 92
 Kesselrevolte ... 86
 Ketzerbriefe ... 32
 Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers (KAH) ... 78
 Kommando Skin ... 60
 Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg ... 48
 Konzentrationslager Buchenwald ... 66
 Konzentrationslager Dachau ... 66
 Konzentrationslager Sachsenhausen ... 66
 Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ... 7
 Krautzone ... 32
 Landgericht Amberg ... 82
 Landgericht Ellwangen ... 83
 Landgericht Kiel ... 86
 Landgericht Leipzig ... 75
 Landgericht Frankfurt am Main ... 16, 83
 Landgericht Leipzig ... 49
 Landhaus Adlon ... 34, 55

- Lega ... 31, 57, 79
 Lega Nord ... 57
 Lesen & Schenken Verlagsauslieferung und
 Versandgesellschaft mbH ... 29
 Les Nationalistes ... 72
 Marxistisch-Reichistische Initiative (MRI)
 ... 32
 MC Born To Be Wild ... 60
 Memorial National de Gurs ... 28
 Milli Görüs ... 27
 Milliyetçi Hareket Partisi (MHP) ... 54
 Mit Migrationshintergrund für Deutschland
 ... 88
 Naked but armed ... 60
 Nationaldemokratische Partei Deutschlands
 (NPD) ... 18, 38, 48, 50, 53, 59, 62, 71,
 76, 86, 88
 Nationaldemokratische Partei Österreichs
 ... 50
 Nationalistische Front (NF) ... 82
 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-
 partei/Auslands-u. Aufbauorganisation
 (NSDAP/AO) ... 78
 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-
 partei (NSDAP) ... 48, 65
 Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)
 ... 30, 50, 54, 73
 Nation Europa ... 92
 Noie Werte ... 60
 Nordische Widerstandsbewegung (Nordiska
 motståndsrörelsen NMR) ... 50
 N.S. Heute ... 48, 77, 87
 Oberlandesgericht (OLG) Koblenz ... 53
 Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart ... 68,
 76, 86
 Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster ... 39
 Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) ... 58
 Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger
 (Odr) ... 55
 Orden von Thule ... 78
 Österreichische Landsmannschaft (ÖLM) ... 56
 Österreichische Volkspartei (ÖVP) ... 55
 Palästinensische Befreiungsorganisation
 (PLO) ... 10
 Partij voor de Vrijheid / Partei für die Frei-
 heit (PVV) ... 31, 74
 PEGIDA ... 62, 82
 Pforzheim Revolte ... 86
 Politically Incorrect ... 62, 74
 Priesterbruderschaft St. Pius X. (FSSPX) ... 54
 Pro Chemnitz ... 48
 QAnon ... 25
 Querdenker ... 35, 60, 62, 81
 Rassemblement National (RN) ... 31, 75
 Recherche- und Informationsstelle Anti-
 semitismus (RIAS) ... 10
 Reconquête ... 72, 73
 Reconquista 21 ... 86
 Reichsbürger und Selbstverwalter ... 35, 61,
 68, 81, 83, 86, 87
 Republikaner (Zeitschrift) ... 92
 Rote Armee Fraktion (RAF) ... 68
 Samidoun ... 10
 Schura ... 27
 Schwäbischer Kulturverein e. V. ... 86
 Schweizerische Volkspartei (SVP) ... 68
 Sozialistischer Deutscher Studentenbund
 (SDS) ... 32
 Sezession ... 51, 78, 87
 Simon Wiesenthal Center ... 16
 SOS Mitmensch ... 84
 Sozialdemokratische Arbeiterpartei
 Norwegens ... 49
 Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP)
 ... 68
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands
 (SPD) ... 89
 Sozialistische Reichspartei (SRP) ... 76
 Staatsbriefe ... 50
 Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft
 (SWG) ... 33, 59
 Stahlgewitter ... 60
 Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und
 Mittelbau-Dora ... 82
 Studienzentrum Weikersheim ... 62, 92
 Sturmzeichen-Verlag & Versand ... 78
 Süd-Tiroler Freiheit ... 57
 Südtiroler Volkspartei (SVP) ... 57
 Teck-Patrioten ... 86
 Teutonia Prag ... 51
 Thanilo Verlags- und Vertriebs-GmbH ... 32
 Thule Seminar ... 50
 Tichys Einblick ... 31, 79
 Transgender Europe ... 69
 Tribüne – Zeitschrift zum Verständnis des
 Judentums ... 89
 Türkisch-Islamische Union der Anstalt für
 Religion e.V. (DITIB) ... 27
 Ülkücüler (Idealisten) ... 77
 Unabhängige Nachrichten (UN) ... 33
 Union der Türkisch-Islamischen Kultur-
 vereine in Europa e.V. (ATIB) ... 54
 Universität Leipzig ... 18
 Verein Deutsche Sprache e.V. (VDS) ... 34
 Verein für Sprachpflege e. V. ... 34
 Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg
 ... 8
 Verfassungsschutz Baden-Württemberg ...
 54, 60, 63, 71, 86
 Verfassungsschutz Bayern ... 53, 79, 81
 Verfassungsschutz Brandenburg ... 77
 Verfassungsschutz Bund (BfV) ... 31, 35, 48,
 59, 63, 80, 87
 Verfassungsschutz Hamburg ... 59
 Verfassungsschutz Österreich ... 68
 Verfassungsschutz Sachsen ... 80, 82
 Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt ... 63, 80
 Verfassungsschutz Thüringen ... 63, 80
 Verlag + Agentur Werner Symanek (VAWS)
 ... 32

Verlagsgesellschaft Berg mbH (VGB) ... 30
 Verwaltungsgericht Köln ... 59
 Verwaltungsgericht Stuttgart ... 63
 Volksgericht München I ... 65
 Volkspartei für Freiheit und Demokratie ... 74
 Volkstreue Außerparlamentarische
 Opposition (VAPO) ... 82
 Von Thronstahl ... 33
 Wackre Schwaben ... 86
 Wegbereiter ... 60
 Wehrhammer ... 60
 Weltwirtschaftsforum ... 72
 WerteUnion e. V. ... 34

Orte

Alterswilen (CHE-TG) ... 68
 Ardeatinische Höhlen (ITA) ... 54
 Argentinien (ARG) ... 54, 72
 Ascochinga (ARG) ... 92
 Athen (GRC) ... 62
 Baden (AUT) ... 64
 Baden-Württemberg (DEU-BW) ... 15, 18,
 28, 31, 48, 54, 59, 60, 62, 70, 71, 83, 84,
 86, 87, 89, 92
 Bariloche (ARG) ... 54
 Basel (CHE) ... 60
 Bayern (DEU-BY) ... 51, 53, 60, 65, 79, 81, 82,
 88, 90
 Belarus (BLR) ... 67
 Belgien (BEL) ... 79
 Berlin (DEU-BE) ... 29, 59, 66, 75, 80, 81, 89
 Bodensee (DEU-BW) ... 60
 Boxberg-Bobstadt (DEU-BW) ... 68
 Bozen (ITA) ... 57
 Brachtal (DEU-HE) ... 51
 Brandenburg (DEU-BB) ... 77, 91
 Brasilien (BRA) ... 22
 Braunschweig (DEU-NI) ... 31
 Brokdorf (DEU-SH) ... 58
 Bundesrepublik Deutschland (DEU) ... 20,
 47, 48, 50, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 61, 62,
 64, 66, 67, 69, 71, 72, 73, 75, 76, 77, 79, 80,
 81, 83, 85, 87, 88, 90, 91, 92
 Burg Lichtenberg (DEU-BW) ... 62
 Cannes (FRA-06) ... 76
 China (CHN) ... 77
 Colditz (DEU-SN) ... 75
 Cornberg (DEU-HE) ... 51
 Cottbus (DEU-BB) ... 36
 Crépol (FRA-26) ... 72
 Dänemark (DNK) ... 79
 Davos (CHE-GR) ... 72
 Dettenhausen (DEU-BW) ... 60
 Diepsloot (ZAR) ... 62
 Dortmund (DEU-NW) ... 48, 78
 Dresden (DEU-SN) ... 33, 58, 62, 92
 Dublin (IRL) ... 74
 Duisburg (DEU-NW) ... 32
 Eggesin (DEU-MV) ... 65
 Eppingen (DEU-BW) ... 60
 Erlangen (DEU-BY) ... 34
 Estland (EST) ... 79
 Falkensee (DEU-BB) ... 77, 91
 Finnland (FIN) ... 61, 79
 Florenz (ITA) ... 79
 Frankreich (FRA) ... 31, 56, 67, 72, 76, 87
 Freiburg (DEU-BW) ... 32
 Fretterode (DEU-TH) ... 59
 Frielendorf (DEU-HE) ... 51
 Gilching (DEU-BY) ... 30
 Graz (AUT) ... 88
 Griechenland (GRC) ... 62
 Grimma (DEU-SN) ... 58
 Gurs (FRA) ... 28
 Hamburg (DEU-HH) ... 59
 Hanau (DEU-HE) ... 79
 Heidelberg (DEU-BW) ... 8
 Heidenheim (DEU-BW) ... 83
 Heilbronn (DEU-BW) ... 71
 Henstedt-Ulzburg (DEU-NI) ... 86
 Hessen (DEU-HE) ... 47, 79, 83, 89
 Hochtaunuskreis (DEU-HE) ... 52
 Hoppenwalde (DEU-MV) ... 65
 Hünigen (FRA) ... 60
 Idar-Oberstein (DEU RP) ... 35
 Iran (IRA) ... 20, 22
 Irland (IRL) ... 74
 Israel (ISR) ... 7, 8, 9, 15, 18, 20, 22, 24, 32, 50, 64
 Italien (ITA) ... 31, 50, 54, 57, 79
 Jena (DEU-TH) ... 15
 Kahlenberg (AUT) ... 47
 Karlsruhe (DEU-BW) ... 60, 81, 87, 92
 Kehl (DEU-BW) ... 28
 Kirchberg/Jagst-Herboldshausen (DEU-BW)
 ... 19
 Konstanz (DEU-BW) ... 36, 86
 Leipzig (DEU-SN) ... 32
 Lettland (LVA) ... 67
 Linz (AUT) ... 68
 Litauen (LTU) ... 67
 Lörrach (DEU-BW) ... 48, 87
 Magdeburg (DEU-ST) ... 59
 Mailand (ITA) ... 31
 Wiener akademische Burschenschaft Libertas
 ... 53
 Wiesel/Heureka (Band) ... 60
 Wiking-Jugend (WJ) ... 88
 WIR – Heilbronn bleibt deutsch! ... 73
 Xenowatch ... 62
 Zentrale Kriminalinspektion Oldenburg ... 59
 Zentralrat der Juden in Deutschland ... 8
 Zuerst! ... 29, 52, 53, 55, 57, 58
 Zur Zeit ... 30

- Mallorca (ESP) ... 59
 Mannheim (DEU-BW) ... 8, 60
 Mazedonien (MKD) ... 67
 Mecklenburg-Vorpommern (DEU-MV) ...
 52, 65
 Mühlheim am Main (DEU-HE) ... 33
 München (DEU-BY) ... 65
 Niederlande (NLD) ... 31, 59, 74
 Niedersachsen (DEU-NI) ... 59, 86
 Nordbaden (DEU-BW) ... 60
 Nordrhein-Westfalen (DEU-NW) ... 59, 64, 87
 Nordwürttemberg (DEU-BW) ... 60
 Nürtingen-Roßdorf (DEU-BW) ... 86
 Oberhausen (DEU-NW) ... 33
 Oberstenfeld (DEU-BW) ... 62
 Odessa (UA) ... 7
 Oslo (NOR) ... 49
 Österreich (AUT) ... 30, 49, 50, 52, 53, 55, 56,
 58, 59, 75, 79, 84
 Pasewalk (DEU-MV) ... 65
 Pirna (DEU-SN) ... 49, 82
 Polen (POL) ... 67, 79, 83
 Portugal (PRT) ... 75
 Potsdam (DEU-BB) ... 34, 55
 Reichenau (DEU-BW) ... 48
 Reutlingen (DE-BW) ... 87
 Rheinland-Pfalz (DEU-RP) ... 59
 Rhein-Sieg-Kreis (DEU-NW) ... 69
 Riesa (DEU-SN) ... 82
 Riga (LVA) ... 7
 Roding (DEU-BY) ... 82
 Romans-sur-Isère (FRA-26) ... 72
 Rottweil (DEU-BW) ... 86
 Rumänien (ROU) ... 79
 Russland (RUS) ... 65, 77
 Saarbrücken (DEU-SL) ... 53
 Saarland (DEU-SL) ... 53
 Saarlouis-Fraulautern (DEU-SL) ... 53
 Sachsen-Anhalt (DEU-ST) ... 56, 63, 64, 80,
 81, 87
 Sachsen (DEU-SN) ... 48, 49, 66, 71, 75, 80,
 82, 87, 89, 90
 Schleswig-Holstein (DEU-SH) ... 58, 69
 Schnellroda (DEU-ST) ... 30, 78
 Schwandorf (DEU-BY) ... 82
 Schwarzwald (DEU-BW) ... 60
 Schweden (SWE) ... 50
 Schweiz (CHE) ... 50, 68, 76, 91
 Seesen (DEU-NI) ... 34
 Stammheim (DEU-BW) ... 48
 Starnberg (DEU-BY) ... 88
 St. Georgen (DEU-BW) ... 60
 Stößen (DEU-ST) ... 64
 Straßburg (FRA) ... 65
 Stuttgart (DEU-BW) ... 28, 35, 60, 84
 Südafrika (ZAF) ... 62
 Teheran (IRN) ... 21
 Themar (DEU-TH) ... 52
 Thüringen (DEU-TH) ... 59, 63, 80, 87, 92
 Tschechien (CZE) ... 50, 79
 Tübingen (DEU-BW) ... 34, 60
 Türkei (TUR) ... 54, 77
 Ueckermünde (DEU-MV) ... 65
 Ukraine (UKR) ... 20, 64, 68
 Ulm (DEU-BW) ... 86
 Ulrichsberg (AUT) ... 55
 Ungarn (HUN) ... 30, 50
 United States of America (USA) ... 31, 32
 Utøya (SWE) ... 49
 Warschau (POL) ... 67
 Weil am Rhein (DEU-BW) ... 60
 Weil der Stadt (DEU-BW) ... 71
 Weltweit ... 69
 Wien (AUT) ... 50, 56
 Worms (DEU-RP) ... 53

Personen

- Ahmadinejad, Mahmoud ... 22
 Anderson, Christine ... 47
 Andres, Robert ... 48
 Angerer, Erwin ... 55
 Apfel, Holger ... 53
 Appelbaum, Martin ... 60
 Atz Tammerle, Myriam ... 57
 Baader, Andreas ... 68
 Bachmann, Lutz ... 62, 63
 Baron, Anton ... 18
 Bas, Bärbel ... 61
 Bauer, Fritz ... 83
 Baum, Christina ... 60, 64, 81
 Bavaud, Maurice ... 65
 Beck, Joachim ... 28
 Beck, Volker ... 24
 Beißwenger, Heidrun ... 19
 Belakowitsch, Dagmar ... 84
 Benedetti, Yvan ... 72
 Bhakdi, Sucharit ... 66
 Binder, Sascha ... 70
 Blume, Michael ... 14, 18
 Boger, Wilhelm ... 83
 Böhnhardt, Uwe ... 30, 73
 Böhringer, Peter ... 73
 Boßdorf, Irmhild ... 59
 Brancaglion, Davide ... 50
 Brandt, Tino ... 54
 Breivik, Anders ... 49
 Broad, Pery ... 83
 Burwitz, Gudrun ... 55
 Can, Fatma ... 82
 Can, Mehmet ... 82
 Can, Osman ... 82
 Chavez, Hugo ... 22
 Chiesa, Marco ... 68
 Chomeini, Ruhollah ... 21
 Christian, Dirk-Martin ... 80
 Chrupalla, Tino ... 52, 74, 75, 79
 Clinton, Hillary ... 25
 Corrêa de Oliveira, Plínio ... 33
 Däbritz, Siegfried ... 62
 Dagen, Susanne ... 33
 Dangel, Michael ... 73
 Dettling, Marcel ... 68
 Dregger, Alfred ... 92
 Easton, David ... 35
 Eichler, Richard W. ... 34
 Elsässer, Jürgen ... 64, 68, 77, 91
 Elser, Georg ... 65
 Faeser, Nancy ... 31, 58
 Farle, Robert ... 64
 Filbinger, Hans ... 48, 62
 Filimonov, Victor ... 83
 Fortuyn, Pim ... 74
 Fountoulis, Georgios ... 62
 Frey, Gerhard ... 92
 Frohnmaier, Markus ... 71
 Fürst, Susanne ... 84
 Galateo, Marco ... 57
 Gauland, Alexander ... 29
 Gedeon, Wolfgang ... 28
 Geese, Alexandra ... 69
 Genscher, Hans-Dietrich ... 20
 Gerlach, Holger ... 54
 Gersdorff, Mathias von ... 33
 Göring, Hermann ... 66
 Grigat, Stephan ... 20
 Grolitsch, Lisbeth ... 88
 Grossi, Rafael ... 21
 Gruhl, Herbert ... 58
 Gülen, Fethullah ... 77
 Günther, Hans F. K. ... 88
 G., Volker ... 82
 Habeck, Robert ... 52, 76
 Hafenecker, Christian ... 49, 56
 Haider, Claudia ... 55
 Haider, Jörg ... 55, 68
 Haldenwang, Thomas ... 31
 Halemba, Daniel ... 51
 Harbarth, Stephan ... 81
 Harris, Drew ... 74
 Hartwig, Roland ... 55
 Hayek, Friedrich August von ... 73
 Hedrich, Klaus Jürgen ... 54
 Heise, Thorsten ... 59
 Herr, Sascha ... 52
 Hessler, Jens ... 60
 Heß, Rudolf ... 65
 Heydrich, Reinhard ... 66
 Hildenbrand, Oliver ... 60, 86
 Himmler, Heinrich ... 51, 55
 Hitler, Adolf ... 65, 88
 Höcke, Björn ... 28, 29, 39, 49, 51, 62, 64, 71,
 77, 80, 91, 92
 Höcker, Karl ... 83
 Hoevels, Fritz Erik ... 32
 Hofmann, Andreas ... 66
 Hofmeyer, Hans ... 84
 Hofreiter, Anton ... 76
 Hollmann, Jochen ... 63, 80
 Hölzer, Ellèn ... 69
 Honsik, Gerd ... 50
 Höß, Rudolf ... 83
 Hübener, Jürgen ... 82
 Hudal, Alois ... 54
 Ickert, Waldemar ... 83
 Jahn, Rene ... 63
 J., Manfred ... 86
 Jongen, Marc ... 87
 Jünger, Ernst ... 30
 Juritz, Stefan ... 59
 Kalbitz, Andreas ... 62
 Kallina, Bernd ... 59
 Kapelonis, Manolis ... 62
 Karsten, Andreas ... 53
 Kassegger, Axel ... 56
 Kempf, Volker ... 62

- Kickl, Herbert ... 68, 84
 K., Ingo ... 68
 Klöckler, Jürgen ... 48
 Knoll, Sven ... 57
 Kohlmann, Martin ... 48, 66
 Kompatscher, Arno ... 57
 Köpping, Petra ... 58
 Kositza, Ellen ... 28, 33
 Krah, Maximilian ... 77, 88
 Krebs, Pierre ... 50
 Kretschmer, Michael ... 58
 Krolzig, Sascha ... 78, 87
 Kubitschek, Götz ... 28, 30, 33, 51, 56, 68, 77, 86
 Küpeli, Ismail ... 23
 Küssel, Gottfried ... 59, 64, 82
 Lambrou, Robert ... 51, 88
 Lange, Christian ... 29
 Langella, Julien ... 72
 Lauterbach, Karl ... 81
 Lehmann, Sven ... 69
 Leitges, Konrad ... 53
 Le Pen, Marine ... 31, 72, 73, 75
 Levi, Primo ... 66
 Leyen, Ursula von der ... 79
 Lichert, Andreas ... 52
 Lichtmesz, Martin ... 56
 Lober, Jochen ... 50
 Lochner, Tim ... 82
 Loewenstein, Karl ... 42
 Ludendorff, Erich ... 65
 Ludendorff, Mathilde ... 19
 Ludwig, Ralf ... 81
 Maaßen, Hans-Georg ... 31, 58, 62
 Maier, Christoph ... 53
 Maier, Jens ... 49
 Malcoci, Christian ... 78
 Mang, Ferdinand ... 53
 Maréchal, Marion ... 72, 73
 Meloni, Giorgia ... 57
 Merkel, Angela ... 18, 29, 33, 52
 Meuthen, Jörg ... 28, 64
 Milei, Javier ... 72
 Mises, Ludwig von ... 73
 Mohler, Armin ... 30
 Mölzer, Andreas ... 31
 Moses, A. Dirk ... 9
 Mulka, Robert ... 83
 Müller, Theo ... 76
 Mundlos, Uwe ... 30, 54, 73
 Munier, Dietmar ... 29
 Mussolini, Benito ... 57, 65
 N., Andreas ... 75
 Neithardt, Georg ... 65
 Nepp, Dominik ... 75
 N., Ralf ... 75
 N., Uwe ... 75
 Nyman, Viljam Lauri Antero ... 61
 Ochsenreiter, Manuel ... 53
 Oertel, Kathrin ... 63
 Orban, Viktor ... 30
 Oven, Wilfred von ... 54
 Paulwitz, Thomas ... 34
 Paus, Lisa ... 31
 Peyman Engel, Philipp ... 5, 9, 27, 41
 Poggenburg, André ... 30
 Pollak, Alexander ... 84
 Priebke, Erich ... 54
 P., Thomas ... 72
 Putin, Wladimir ... 64
 Rabensteiner, Hannes ... 57
 Radl, Franz ... 82
 Rahner, Judith ... 85
 Ramin, Mohammad-Ali ... 21
 Roewer, Helmut ... 33
 Romberg, Otto ... 89
 Rosenkranz, Walter ... 53
 Roth, Claudia ... 27, 41, 57
 R., Tobias ... 79
 Rudel, Hans-Ulrich ... 91
 Rutte, Mark ... 74
 Salvini, Matteo ... 31, 57, 79
 Salzborn, Samuel ... 42
 Sänze, Emil ... 71
 Schachtschneider, Karl Albrecht ... 62
 Schapira, Esther ... 5
 Schiess, Karl ... 48
 Schleicher, Aleksander ... 83
 Schlierer, Rolf ... 76
 Schmitt, Carl ... 22, 30
 Schön, Helmut ... 92
 Schönhuber, Franz ... 75
 Schreiber, Max ... 58, 71
 Schröder, Silke ... 34
 Schunk, Axel ... 88
 Schuster, Armin ... 67
 Seitz, Thomas ... 81
 Sellner, Martin ... 34, 56, 64, 86
 Semlitsch, Martin ... 56
 Silva, Luca da ... 22
 S., Josef ... 82
 S., Leonard ... 83
 Soros, George ... 31
 S., Peter ... 53
 Springmann, Baldur ... 58
 Staroselski, Anna ... 11
 Stefan, Harald ... 49
 Steinbach, Kerstin ... 32
 Steinbuch, Karl ... 92
 Stein, Dieter ... 75
 Steinmeier, Frank-Walter ... 41, 81
 Storch, Beatrix von ... 28
 Strauß, Franz Josef ... 75
 Strobl, Thomas ... 89
 Suliman, Rami ... 8, 19, 29
 S., Werner ... 76
 Symanek, Werner ... 33
 Tarrant, Brenton ... 53
 Taufkirch, Wolfgang ... 62

Thatcher, Margret ... 79
Tomaschitz, Bernhard ... 31
Traub, Barbara ... 19
Trump, Donald ... 33
Türkes, Alparslan ... 54
Urban, Jörg ... 81, 82
Vejdeland, Fredrik ... 50
Ventura, André ... 75
Vilimsky, Harald ... 79
Wagner, Jens-Christian ... 82
Wahl, Florian ... 70
Walter, Alexandra ... 52
Weick, Curd-Torsten ... 75
Weidel, Alice ... 55, 74, 76, 79
Weinthal, Benjami ... 16
Weinzierl, Maximilian ... 56
Wenzel Schmidt, Jan ... 56
Wiesenthal, Simon ... 50
Wilders, Geert ... 31, 74
Wohlleben, Ralf ... 50, 54
Yeboah, Samuel ... 53
Zemmour, Éric ... 72, 73
Zimmerhofer, Bernhard ... 57
Zschäpe, Beate ... 30, 54, 73

Erscheinungsdatum:

Juni 2024

Impressum:

Landesarchiv Baden-Württemberg
Dokumentationsstelle Rechtsextremismus
www.rechts-geschehen.de

Text / Redaktion:

Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Gestaltung:

Xdream GmbH, Karlsruhe

Das Heft erscheint vierteljährlich und wird als PDF-Datei kostenlos abgegeben.
Ältere Ausgaben finden sie als PDF-Datei unter www.rechts-geschehen.de.
Abonnement-Bestellungen sind unter folgender E-Mail-Anschrift möglich:
dokumentationsstelle@la-bw.de

